Mittwoch, 5. Oktober 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 232 - 40.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 28,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 90 Dr. Großbritannien 85 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 100,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Hilfe für Lehrlinge: Mit einem einmaligen Sonderprogramm will das Bundeskabinett 7000 bis 8000 zusätzliche Lehrstellen schaffen. Dafür sollen bis Ende 1987 rund 160 Millionen Mark aufgewendet werden. Lehrstellen sollen in jenen Regionen geschaffen werden, in denen die Jugendarbeitslosigkeit besonders hoch ist.

Neues Kabinett Rau: Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident bildet seine Mannschaft um: abgelöst werden Kultusminister Girgensohn und (im Dezember) Justizministerin Donnepp. Nachfolger werden Hans Schwier und Dieter Haak. Neuer Wissenschaftsminister (für Schwier) wird Kanzleichef Krumsiek.

„Build down“: Der US-Chefdelegierte bei den Genfer Verhandlungen über strategische Waffen (START), Rowny, wird den Sowjets eine Absenkung der gegenseitigen atomaren Arsenale im Zuge der Modernisierung der Waffensysteme beider Großmächte vorschlagen („build down“).

Kohl optimistisch: In einem Schreiben an die evangelischen Kirchenleitungen in der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ hat Bundeskanzler Kohl die Ansicht bekräftigt, daß in Genf eine Lösung bei den Mittelstrecken-Verhandlungen noch in diesem Jahr möglich sei. (Wortlaut S.10)

Carstens: Nur das Prinzip des militärischen Gleichgewichts kann Frieden und Freiheit erhalten, erklärt Bundespräsident Carstens in Washington. – Zur 300-Jahr-Feier der ersten deutschen Einwanderung in Nordamerika halten sich mehrere Politiker-Delegationen in den USA auf. (S. 1 und 5)

Waldsterben: Der Staat könne Programme gegen das Waldsterben aufstellen und Forschungsaktivitäten intensivieren, aber er könne nicht Einsicht und privates Engagement per Dekret verordnen, erklärt Innenminister Zimmermann

SPD-Absage an die NATO? CDU-Generalsekretär Geißler befürchtet nach einem Nein der SPD zur Nachrüstung Auftrieb für jene Kräfte der Partei, die den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO fordern. (WELT-Gespräch S. 7)

Gegenleistungen: Die Bundesregierung rechnet nach dem Abbau der ersten Todesautomaten an der Demarkationslinie mit zusätzlichen Gegenleistungen der „DDR“, erklärt der Staatsminister im Kanzleramt, Jenninger.

Heute: Bundespräsident Carstens spricht vor dem amerikanischen Kongreß. – Bekanntgabe des Friedensnobelpreisträgers. – Bundeskanzler Kohl reist nach Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien. – Graf Lambsdorff nimmt in Peking Wirtschaftsgespräche auf.

ZITAT DES TAGES



»Wenn man auf Dauer niedrige Zinsen haben will, erreicht man das nicht mit einer laxen Geldpolitik, sondern mit dem Gegenteil.«

Karl Otto Pöhl, Präsident der Deutschen Bundesbank, im Gespräch mit der WELT (S.11)

FOTO: DPA/RHEM

WIRTSCHAFT

Arbeitsmarkt: Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland sank im September um 62 000 auf 2 134 140. Damit betrug die Arbeitslosenquote 8,6 Prozent (August: 8,9). Die Zahl der Kurzarbeiter stieg um 91 027 auf 470 209.

Kreditzinsen: Aufgrund der niedrigen Inflationsraten und der Geldpolitik der Bundesbank erwarten die Volks- und Raiffeisenbanken vorerst keine Steigerung der Kreditzinsen. Nach Darstellung von Verbandspräsident Schramm geht die konjunkturelle Entwicklung stetig voran.

Bundesobligationen: Die Rendite der fünfjährigen Bundesobligationen wird von 8,15 auf acht Prozent gesenkt.

Argentinien: Die Rückzahlung der Auslandsverbindlichkeiten könnte durch internen Streit zwischen Regierung und einem Bundesrichter gefährdet werden, der die bisherigen Umschuldungs-Modellverträge für Aerolineas Argentinas als in Teilen nicht zulässig bewertet hat. Zentralbankpräsident Gonzalez wurde in diesem Zusammenhang sogar nach Umschuldungsverhandlungen in den USA festgenommen. (S.12)

Börse: Gewinnmitnahmen unterbrachen die freundliche Stimmung an den Aktienmärkten. Der Rentenmarkt war gut behauptet. WELT-Aktienindex 139,1 (139,1). Dollarmittelkurs 2,6295 (2,6215) Mark. Goldpreis pro Feinunze 393,50 (389,00) Dollar.

KULTUR

Lutherjahr: In einer vierteiligen Serie stellt Radio Vatikan ab 1. November die Person und das Werk Martin Luthers vor, dessen Geburtstag sich am 10. November zum 500. Mal jährt.

Picasso: Die erste zusammenfassende Ausstellung der Plastiken Picassos in Deutschland wird am Freitag in der Berliner Nationalgalerie eröffnet.

Kusenberg: In Hamburg starb der deutsch-schwedische Schriftsteller Kurt Kusenberg (79).

SPORT

Fußball: Bundestrainer Derwall und sein österreichischer Kollege Hof werden die Aufstellungen für das heutige Spiel Deutschland gegen Österreich erst kurz vor Spielbeginn bekanntgeben. (S.9)

Tischtennis: Die beste deutsche Tischtennisspielerin, Kirstin Krüger aus Flensburg, will nicht mehr in der Europaliga für Deutschland spielen. Die Vize-Europameisterin gab berufliche Gründe an.

AUS ALLER WELT

Rauschgifttote: Durch „harte Drogen“ starben in der ersten Hälfte dieses Jahres in der Bundesrepublik Deutschland 185 Personen – 40 mehr als im entsprechenden Zeitraum 1982. (S.20)

Schauflüge: Das Verteidigungsministerium hat alle Schauflüge von Militärmaschinen über Ballungsgebieten verboten; Pfingsten waren beim Absturz eines Starfighters in Frankfurt fünf Personen getötet worden.

Wetter: Im Südosten noch warm und heiter; im Norden und Westen wechselnd wolkig, 17 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Zu Lasten der Zukunft – Der Bundesbürger als Wohlstandspatient S.2

Tschechoslowakei: Der Schwejk '83 flüchtet in private Träume – Wochenendhaus und Auto S.3

Saarland: Wirtschaftsminister Hügel (FDP) von der Partei zum Rücktritt gezwungen S.4

Prof. Kaiser: „Das Bild der SPD wird zunehmend verschwommen und widersprüchlich“ S.6

Brasilien: Wirtschaftspolitik und IWF-Anleihe; was Religion mit Löhnen zu tun hat S.7

Fernsehen: Informations-Defizite; TV-Berichterstattung über Wirtschaftsfragen S.8

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S.8

Fußball: Neuberger stärkt Derwall den Rücken; er bleibt Trainer bis 1986 S.9

Opernfilm: Am Sterbebett wartet der Gerichtsvollzieher; Zeffirellis „La Traviata“ S.19

WELT-Report Neuseeland: Ein Land entdeckt seine Vorliebe für die Bundesrepublik S.I bis VIII

Bonn beschließt Sonderprogramm für 7500 Ausbildungsplätze

Finanzierung durch Einsparungen in den Etats zweier Bundesministerien

GISELA REINERS, **Bonn**

7000 bis 8000 zusätzliche Lehrstellen sollen durch ein einmaliges Sonderprogramm für Lehrstellenbewerber, die bis Ende September noch nicht vermittelt waren, geschaffen werden. Das hat das Bundeskabinett gestern in einem Grundsatzbeschluß festgelegt. Das Programm, für das bis Ende 1987 160 Millionen Mark aufgewendet werden sollen, erfordert keine zusätzlichen Mittel; in den Haushalten des Bildungs- und des Arbeitsministeriums sollen entsprechende Einsparungen vorgenommen werden.

Bildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) erläuterte gestern vor der Presse in Bonn, daß nach diesem Programm die ersten Lehrlinge vermutlich schon Ende Dezember eingestellt werden können, wenn die Richtlinien für die Mittelvergabe ausgearbeitet und die Plätze in Absprache zwischen Arbeitsverwaltung, Wirtschaft und Kammern zur Verfügung gestellt worden sind. Junge Leute, die bis zum 31. 3. 1984 einen Vertrag abschließen, erhalten nach den Richtlinien des Arbeitsförderungsgesetzes eine Ausbildungsvergütung von 395 Mark. Darüber hinaus zahlt der Bund die gesamten Sozialabgaben (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil) und eventuell anfallende Sachkosten. Die Mittel sollen vorrangig in Regionen fließen, wo die Jugendarbeitslosigkeit besonders hoch ist; weiter sollen sie bevorzugt zur Vermittlung von Mädchen in Lehrstellen verwendet werden.

Wie Frau Wilms und der Parlamentarische Staatssekretär im Arbeitsministerium, Vogt (CDU), mitteilten, werden aus ordnungspolitischen Gründen nur über- und außerbetriebliche Lehrstellen gefördert. Man erhofft sich eine Überleitung in die betriebliche Ausbildung, will aber die jungen Leute „notfalls bis zur Abschlußprüfung“ fördern. Von Wirtschaft, Berufsschulen und Kammern sei, was Einstellung, Schulbeginn und Prüfungsabnahme anbetreffe, ein großes Maß an Flexibilität gefordert. Nach Meinung von Frau Wilms sind jetzt vor allem die Kammern gefordert, in Zusammenarbeit mit Arbeitsämtern und Betrieben Ausbildungskapazitäten zu mobilisieren, sei es in Konkursbetrieben, seien es Teilkapazitäten für den Ausbildungsverbund.

Die Bildungsministerin betonte, der Kabinettsbeschluß sei keine Reaktion auf die Berufsbildungsbilanz, die von der Bundesanstalt für Arbeit erst heute veröffentlicht wird. Es zeichne sich ab, daß die Wirtschaft die versprochenen 685 000 Lehrstellen zur Verfügung gestellt habe, entsprechend der Zusage an den Kanzler, 30 000 Plätze mehr anzubieten. Die Garantie des Kanzlers, jedem Ausbildungswilligen und -fähigen eine Lehrstelle zu besorgen, sei nach der damaligen Geschäftsgrundlage erfüllt. Allerdings habe sich das Ausbildungsverhalten der jungen Leute sehr rasch geändert. Es hätten viel mehr um eine Lehrstelle nachgefragt als es zum damaligen Zeitpunkt anzunehmen gewesen sei. So verzichteten zum Beispiel viele Frauen auf ein Lehrerstudium, weil sich ihre Einstellungschancen verschlechtert hätten.

Wo in den Haushalten der Ministerien gespart werden soll, war nicht zu erfahren. Für 1984 müssen Arbeits- und Bildungsministerium etwa 85 Millionen zusammenbekommen. Mit „gewisser Sorge“ blickt Frau Wilms auch auf 1984. Die Zahl der Bewerber werde nach wie vor hoch sein, und es bedürfe „großer Anstrengungen“ von allen, um vernünftige Ergebnisse zu erzielen. „Gott sei Dank“ sei zur Zeit der Lehrstellenmarkt noch in Bewegung, so daß am Jahresende, wenn die Zahlen der Kammern über die abgeschlossenen Verträge vorlägen, „niemand sich verstecken muß“.

DER KOMMENTAR

Chance der Jugend

GERD BRÜGGEMANN

Die Diskussion über den vermeintlichen Mangel an Ausbildungsplätzen für die geburtenstarken Jahrgänge hat längst das Feld des Sachlichen verlassen und ist Tummelplatz tagespolitischer Polemik geworden. Daran ist Bundeskanzler Helmut Kohl nicht ganz unschuldig. Mit seiner gutgemeinten, aber doch etwas vollmundigen Garantie, er wolle dafür sorgen, daß jeder ausbildungswillige Jugendliche auch einen Ausbildungsplatz erhalte, schuf er eine ganz und gar unnötige Angriffsfläche. Wahr ist, daß die Regierung eine Menge bewirkt hat.

Wie Ministerin Dorothee Wilms und Blüms Staatssekretär, Vogt, in Bonn berichteten, ist das anvisierte Ziel beinahe erreicht, und das ist mehr, als noch vor einem Jahr erhofft werden konnte. Überdies sollen mit Hilfe eines einmaligen Sonderprogramms zusätzlich noch einmal 7000 bis 8000 Lehrstellen geschaffen werden, um auch in strukturschwachen Gebieten ein ausreichendes Angebot zur Verfügung zu stellen.

Dies ist nur der zahlenmäßige Aspekt einer Sache, deren eigentliches Problem qualitativer Natur ist. Abgesehen von den zahlreichen Vorschriften vergangener Jahre, die mit guter Absicht, aber schlecht bedacht, die Berufsausbildung junger Menschen eher behinderten als förderten, ist insgesamt nur wenig gewonnen, wenn die Thematik auf den quantitativen Gesichtspunkt verkürzt bleibt. Berufsausbildung sollte doch mehr sein, als das Unterbringen von Schulabgängern in Lehrstellen. Daß genügend Lehrstellen vorhanden sind, ist eine wichtige Voraussetzung, aber nicht mehr. Der erwünschte Erfolg wird nur dann eintreten, wenn die Jugendlichen schon in der Schule und Elternhaus in angemessener Weise auf das vorbereitet werden, was sie erwartet: die Arbeit im Beruf wird einen wesentlichen Teil ihres Lebens ausmachen.

Wer hingegen Kinder dazu erzieht, Leistungs- und Lernwillen für überflüssig, gar für schädlich zu halten, wer ihnen beibringt, in der Arbeit eine lästige Unterbrechung der Freizeit zu sehen, kann noch so viele Ausbildungsplätze schaffen, er wird das Problem nicht lösen, weder für die Jugendlichen, noch für die Gesellschaft. Es ist an der Zeit, die Aufmerksamkeit in diese Richtung zu lenken.

Carstens bekräftigt Bündnis mit USA

Deutscher Dank für Amerikas Hilfe nach beiden Weltkriegen / Genscher bei Bush

BERNT CONRAD, **Washington**

Bundespräsident Karl Carstens hat in Washington darauf hingewiesen, daß nach wie vor nur das Prinzip des militärischen Gleichgewichts in der Lage sei, Frieden und Freiheit zu erhalten. „Beide wären gefährdet, wenn die andere Seite eine militärische Überlegenheit erlangte. Das Schicksal Afghanistans liefert dafür ein trauriges Beispiel“, erklärte Carstens gestern abend bei einem von Präsident Ronald Reagan gegebenen Dinner im Weißen Haus.

„Wir dürfen nicht müde werden, diejenigen unter unseren Mitbürgern, die sich für eine einseitige Abrüstung einsetzen und deren Motive ich achte, immer wieder auf diese Zusammenhänge hinzuweisen“, fuhr der Bundespräsident fort. Zu Reagan gewandt versicherte er: „Wir Deutschen werden als Ihre Verbündete und Partner auch künftig an Ihrer Seite stehen.“

Mit diesen Worten ließ Carstens exakt die Absicht erkennen, der sein Staatsbesuch in den Vereinigten Staaten dient: das gegenseitige Verständnis zu vertiefen und die Zuverlässigkeit der Bundesrepublik Deutschland als Freund und Partner zu unterstreichen. Die 300-Jahr-Feier der ersten deutschen Einwanderung nach Amerika bietet dafür einen willkommenen Anlaß.

SEITE 10:
Festigung der Allianz

Offizieller Auftakt des Staatsbesuches war gestern morgen ein farbenfrohes militärisches Begrüßungszeremoniell im Garten des Weißen Hauses. Amerikanischem Protokoll gemäß waren zur Begrüßung des Bundespräsidenten auf dem Rasen vor dem Weißen Haus neben der Militärkapelle Einheiten des Heeres, der Luftwaffe, der Marine, der Marineinfanterie und der Küstenwacht in Paradeuniform angetreten. 21 Schuß Salut donnerten bei strahlender Sonne über die weite Rasenfläche zwischen dem Weißen Haus und dem Washington-Denkmal.

Während des Zeremoniells betonte der Bundespräsident nach herzlichen Worten Ronald Reagans die Gefühle der Dankbarkeit, „die wir Deutschen für die Vereinigten Staaten, für die Amerikaner empfinden. Im Namen des deutschen Volkes danke ich Ihnen für die Hilfe, die Sie uns nach beiden Weltkriegen gegeben haben: die Kinderspeisungen in den zwanziger Jahren und die Care-Paket-Aktion nach dem Zweiten Weltkrieg sind bei uns unvergessen.“ Carstens betonte: „Der Marshallplan bewahrte unsere Wirtschaft vor dem völligen Zusammenbruch. 1948/49 haben die Amerikaner durch die Errichtung der Luftbrücke die Freiheit Berlins be-

● **Fortsetzung Seite 10**

Unter Druck bildet Rau sein Kabinett um

hy. **Düsseldorf**

Die nordrhein-westfälische SPD-Regierung wird in Etappen umgebildet. Dies ist die Konsequenz aus den öffentlich gewordenen Rücktrittsabsichten von Kultusminister Jürgen Girgensohn, dessen Drängen nach Demission Ministerpräsident Johannes Rau ebenso überraschte wie der Rücktritt seines Landwirtschaftsministers Hans-Otto Bäumer im Juni.

Unter dem Druck von Fraktionschef Karl-Josef Denzer formierte Rau gestern seine Mannschaft um. Wissenschaftsminister Hans Schwier übernimmt das Amt von Girgensohn, der Ende des Monats das Kultusministerium verläßt. Mit Schwier folgt der Chef der Staatskanzlei, Rolf Krumsiek, der wiederum von Dieter Leister ersetzt wird, jetzt noch Staatssekretär bei Innenminister Herbert Schnoor. Heute vereidigt Landtagspräsident Nes van Ziegler (SPD) den Bäumer-Nachfolger Klaus Matthiesen. Nach Beendigung der Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Indiskretionen aus der Justiz bei der Parteispenden- und bei der Flick-Affäre untersucht, wird Inge Donnepp nach ihrem 65. Geburtstag am 13. Dezember das Justizministerium verlassen. Ihr folgt Dieter Haak, der bisher eher farblose Bundesratsminister in Bonn. Die immer wichtiger werdende Koppelung der SPD-Bundestagsfraktion in Bonn und der SPD-Regierungsfraktion in Düsseldorf wird Günther Einert übernehmen.

Seite 2: Ohne Mut kein Glück
Seite 4: Rau unter Druck

Stingl: „Die Talsohle scheint erreicht“

Rei. **Bonn**

Zum erstenmal seit dreieinhalb Jahren hat sich die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt nicht mehr erhöht. In absoluten Zahlen ausgedrückt, ist im September die Zahl der Erwerbslosen um rund 62 100 auf 2,134 Millionen gesunken. Die Arbeitslosenquote ging von 8,9 auf 8,6 Prozent zurück. Dennoch zeigen die Zahlen den höchsten Stand in einem September seit der Währungsreform 1948.

Nach Angaben des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, Stingl, scheint die Talsohle der Arbeitslosigkeit erreicht. Doch sei es nicht sicher, ob die Talsohle nicht noch Löcher habe. Es zeichne sich ein geringerer Zuwachs bei den Erwerbstätigen ab und der Personalabbau in den Betrieben lasse nach. Stingl: Es sei zu hoffen, daß sich die günstige Entwicklung auch im Oktober fortsetze.

Die Arbeitslosenzahl liegt um 17 Prozent oder rund 314 000 über der des Vorjahres. Von Januar bis September waren im Durchschnitt 2,28 Millionen Arbeitsuchende registriert – knapp eine halbe Million Menschen mehr als zur gleichen Zeit 1982. Die Bundesregierung rechnet mit einer Durchschnittszahl von 2,35 Millionen Erwerbslosen für 1983. Die günstige Entwicklung der saisonbereinigten Zahlen lasse auf einen Stillstand der Abwärtsbewegung schließen, heißt es in Nürnberg, doch könne man noch nicht sagen, ob die Entwicklung „durchhält“ oder ob es sich nur um eine „Eintagsfliege“ handelt.

Weitreichende US-Vorschläge für Genf

Weisungen an START-Unterhändler Rowny berücksichtigen sowjetische Bedenken

TH. KIELINGER, **Washington**

Der amerikanische Chefdelegierte für die Abrüstungsverhandlungen bei den strategischen Waffen, Edward Rowny, wird morgen mit neuen Weisungen und Vorschlägen an den Genfer Verhandlungstisch zurückkehren. Am bedeutsamsten ist die Idee eines sogenannten atomaren „build-down“: eine Absenkung der nuklearen Arsenale der Amerikaner und der Sowjets im Verlauf der Modernisierung dieser Arsenale.

Danach will Rowny den Sowjets vorschlagen, daß beide Supermächte für jeden neu eingeführten atomaren Sprengkopf einen oder mehrere ihrer bereits dislozierten Sprengköpfe auf älteren Systemen aus dem Verkehr ziehen. Diess würde beide Länder, so argumentiert man in Washington, allmählich in die Richtung von Ein-Sprengkopf-Waffen drängen, wie die strategische Beraterkommission des Weißen Hauses, die Scowcroft-Kommission, sie seit längerem vorgeschlagen hat.

Darüber hinaus will die amerikanische Delegation weitreichende Beschränkungen in ihrem strategischen Programm der Bomber, Cruise Missiles und „Trident“-Unterwasserraketen (D-5) anbieten, wenn die Sowjets ähnliche Einschnitte in ihren 308 schweren Fernraketen vom Typ SS 18 konzedieren. Diese fest verbunkerten Systeme mit je zehn Sprengköpfen, gelten als die destabilisierendsten Waffen überhaupt.

Rowny wird auch die bisherigen US-Vorschläge, die seit Mai 1982 gültig waren, in einem entscheidenden Punkt modifiziert anbieten. Die bisherigen Vorschläge hatten besagt, daß beide Seiten in einem ersten Anlauf die Zahl ihrer Sprengköpfe von bisher ca. 7500 um ein Drittel auf 5000 verkürzen sollten und daß danach weitere Untergrenzen festzuschreiben seien, so etwa, wieviel Sprengköpfe überhaupt noch auf landgestützten Systemen erlaubt wären etc. Diese Unterbegrenzungen haben die amerikanischen Experten jetzt fallengelassen, nachdem Moskau Klage geführt hatte, dieser Vorschlag ziele auf eine Umstrukturierung des landgestützten sowjetischen Arsenals ab, zugunsten der amerikanischen Rüstung, die stark auf die Dislozierung zur See ausgerichtet ist.

Statt der Untergrenzen wird Rowny jetzt eine Absenkung des Abwurfgewichts, welches Raketen in ihr Ziel tragen können, vorschlagen. Das Messen nach dieser Einheit von Zerstörungskraft gilt jetzt als besserer Maßstab der beiderseitigen Potentiale. Die Sowjets haben in dieser Kategorie einen Vorteil gegenüber den Amerikanern von etwa 4:1. Rowny hofft, seine Verhandlungspartner zu dieser Reduktion der Wurflast zu bringen, wenn seine Delegation auf die Forderung nach Untergrenzen verzichtet.

Die Idee eines atomaren „build-down“ entspringt einem Kompromiß zwischen dem Weißen Haus und führenden Mitgliedern des Kongresses, die seit langem dieses Konzept als Teil der amerikanischen Verhandlungsposition gefordert hatten. Der Präsident gab schließlich nach, weil nur unter dieser Bedingung das MX-Programm im Kongreß noch eine Chance haben würde.

Christdemokraten der EG: Integration nicht verzögern

Rolle der Europäischen Volkspartei soll verstärkt werden

ULRICH LÜKE, **Brüssel**

Die Vorsitzenden der christlich-demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft haben entscheidende Fortschritte auf dem Weg zur Europäischen Union gefordert. Der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP), der belgische Außenminister Léo Tindemans, sagte gestern in Brüssel, wenn diese Fortschritte nicht bis zum Ende des Jahrzehnts erreicht seien, werde Europa seine Chance verspielt haben. Der europäischen Integration komme „existentielle Bedeutung“ zu. Sie sei der „einzige Wall gegen eine Rückkehr zum wirtschaftlichen und politischen Nationalismus“, meinte Tindemans.

Die Vorsitzenden und Generalsekretäre der christlich-demokratischen Parteien innerhalb der EG waren am Montagabend in Brüssel zu einem fünfstündigen Meinungsaustausch zusammengekommen. An diesem Treffen nahmen für die CDU Bundeskanzler Helmut Kohl und für die CSU die stellvertretende Parteivorsitzende Mathilde Berghofer-Weichner teil. Mit Ausnahme Dänemarks und Großbritanniens waren bei dem Treffen alle EG-Mitgliedstaaten vertreten. Es handelte sich um die erste Zusammenkunft in diesem kleinen Kreis seit längerer Zeit.

Tindemans kündigte jetzt schon ein weiteres Treffen Anfang November an, das vor allem im Zeichen des Wahlkampfs für die zweite europäische Direktwahl im kommenden Juni stehen dürfte. Alle Teilnehmer waren sich dem Vernehmen nach darüber einig, daß die Rolle der Europäischen Volkspartei im Vorfeld dieses Wahlkampfs erheblich verstärkt werden müsse. Konkret bedeutet dies offenbar, den Appell, an die nationalen Mitgliedsparteien der EVP größere finanzielle Zuschüsse zukommen zu lassen. Die EVP, so formulierte es ein Teilnehmer, dürfe nicht nur ein „Klub“, also ein unverbindlicher Zusammenschluß sein, sondern müßte zu einer echten europäischen Partei ausgebaut werden.

Auf ihrer Novembersitzung werden sich die Parteivorsitzenden auch mit dem europäischen Gipfeltreffen befassen, das Anfang Dezember in Athen stattfindet.

Ursache des Schießunglücks ungeklärt

Staatsanwalt und Bundeswehr untersuchen Hergang / Wörner informiert sich vor Ort

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Die Ursache für das Schießunglück auf dem Truppenübungsplatz in Münsingen konnte von der mit den Ermittlungen betrauten Staatsanwaltschaft Tübingen noch nicht geklärt werden. Bei einer „Lehrvorführung“ der Heimatschutzbrigade 56 – sie sollte die Wirkung aller Waffen des Heeresverbandes demonstrieren –, schlug eine Mörsergranate wenige Meter von den Zuschauern entfernt ein. Zwei Stabsoffiziere kamen ums Leben, 15 weitere Menschen wurden schwer verletzt, unter ihnen der CSU-Bundestagsabgeordnete Fritz Wittmann. Neun Personen erlitten durch Splitter leichte Verletzungen.

Gleich nach Bekanntwerden des Unglücks reiste am Montagnachmittag Bundesverteidigungsminister Wörner in Begleitung von Heeresinspekteur Generalleutnant Glanz nach Münsingen, um die Verletzten zu besuchen und sich über den Hergang des Unglücks zu informieren. Auf Weisung des Ministers leitet der Befehlshaber des Territorialkommandos Süd, Generalmajor Kommossa, von seiten der Bundeswehr die Untersuchung der Unglücksursache. Erste Vermutungen deuteten auf menschliches Versagen hin.

Die Sprenggranate, die das Unglück verursachte, war nach ersten Ermittlungen von einem Panzermörser des Kalibers 120 Millimeter abgeschossen worden. Von zuständiger Seite wurde der WELT erklärt, die Sicherheitsbestimmungen, die für ein Scharfschießen gelten, seien in jeder Weise beachtet worden. Neben der Mannschaft des Panzermörsers sei in der „Feuerstellung“ auch der für die Sicherheit verantwortliche Offizier anwesend gewesen. Vor dem Schuß wird in solchen Fällen der Mörser „nach Seite und Höhe gerichtet“. Die Werte werden vom Sicherheitsoffizier überprüft. Dann wird die für die Schußweite notwendige Treibladung befohlen, bevor das Feuerkommando erteilt wird.

Die Lehrvorführung der Heimatschutzbrigade war am Vormittag bereits einmal ohne Zwischenfall nur vor Soldaten als Zuschauern abgelaufen. Am Nachmittag fand sie vor zivilen Gästen, Reservisten und weiteren Soldaten statt. Die von der fehlgeschossenen Granate getöteten Offiziere gehörten zum Stab des II. Korps in Ulm.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Schiefe Argumente

Von Günther Bading

Millionenfach hat der DGB gestern in Zeitungsannoncen zu den für heute mittag angesetzten „Fünf Mahn-Minuten für den Frieden" aufgerufen. Die Gewerkschaften – unterzeichnet ist die Anzeige von der DGB-Führung und allen Einzelgewerkschafts-Vorsitzenden – wollen von fünf vor zwölf bis Mittag die Arbeit ruhen lassen.

Sie pochen auf ein moralisches Recht, als Arbeitnehmerorganisation, als die Sammlungsbewegung des kleinen Mannes, diese Mahnwache auszurufen. Die Gewerkschaften, so hört man es von den Funktionären, seien traditionell die wirkliche Friedensbewegung im Lande.

Dem DGB und seinen – trotz Mitgliederschwund – noch immer fast acht Millionen Organisierten soll dieser Anspruch, etwas für den Frieden zu tun, in keiner Weise abgesprochen werden. *Für den Frieden kann man nie genug tun.*

Allerdings muß sich die Gewerkschaftsbewegung zwei Dinge vorhalten lassen. Zum einen: Jede noch so gut gemeinte, moralisch auch gerechtfertigte Aktion mit politischem Ziel hat nichts am Arbeitsplatz zu suchen. Aus gutem Grund läßt unsere Gesetzgebung politische Agitation in den Betrieben nicht zu. Daran muß sich auch der DGB halten.

Vorhalten muß man den Gewerkschaften auch, ihre neueste Argumentation, politische Demonstrationen oder Aktionen in den Betrieben seien auch früher schon gebilligt worden – nämlich dann, wenn sie ins politische Konzept der Regierenden paßten. *Das ist schlicht falsch.*

Der Hinweis auf die Betriebsruhe als Zeichen des Protestes gegen die brutale Unterdrückung der Arbeiter im SED-Staat 1953 oder auf die Gedenkminute für den von Terroristen ermordeten Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer geht fehl. Damals protestierten Millionen gegen die Unterdrückung der Freiheit eines großen Teils unseres Volkes; sie demonstrierten für Grund- und Menschenrechte. Nach Schleyers Tod gedachte man eines Mannes, der sein Leben ließ, weil er symbolhaft eine Gesellschaftsordnung verkörperte.

Der DGB protestiert gegen eine einzelne politische Entscheidung, die der Nachrüstung. Grundrechte und Menschenwürde sind nicht berührt. Auch Gewerkschafter müssen hier Unterschiede erkennen.

Ohne Mut kein Glück

Von Wilm Herlyn

Ein Revirement mit Glanzlichtern ist das nicht, was sich da *der nordrhein-westfälische Regierungschef Johannes Rau* zur Nacht einfallen lassen mußte. Es ist eine Mannschaft – aus der Not heraus geboren, in der Öffentlichkeit zumindest nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, daß ihm sein Regiment zwischen den Fingern zerrinnt.

Was ist aus ihm geworden, den sie zu Recht den „Hans im Glück" nannten? Sein Aufstieg stand unter günstigen Sternen. Alles sprach für ihn: wie er sich gegen seine innerparteilichen Konkurrenten Friedhelm Farthmann und Diether Posser nur um Haaresbreite durchsetzte, der strahlende Landtagssieg mit einer absoluten Mehrheit im Kernland der Bundesrepublik, fast zwingende Folge dann das Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD. Neben Willy Brandt und Helmut Schmidt. Schon als Nachfolger genannt. Und die Partei verbrauchte ihn nicht wie Hans-Jochen, den gescheiterten Kanzlerkandidaten, der Nimbus des Siegers, des Hoffnungsträgers *seiner Partei blieb ihm erhalten.*

An ihm klebte förmlich jenes Quentchen Glück, jene Fortüne, die der tüchtige Politiker nun einmal braucht, die ihn herausragen läßt – auch wenn es – im nachhinein besehen – nur Zufallsglück ist. Das nun scheint sich von ihm abzuwenden. Die absolute Mehrheit im Land nutzt Rau angesichts leerer Kassen und wachsender Schuldenberge nichts, sie belastet ihn eher. Kaum noch lösbare wirtschaftliche Strukturprobleme – allesamt zu spät erkannt und noch gar nicht angepackt, sichtbar jeden Tag im Herzen der Republik, im Ruhrgebiet – drücken ihn jetzt nieder.

Heute bestimmten Kabinetts-Querelen seinen Tag: es ist da ein Stühlerücken und Austauschen von Namensschildern an Ministersesseln. Und es ist da kein starker Mann, an den sich Johannes Rau anlehnen kann wie damals an Helmut Schmidt, dem er sogar folgen konnte in seiner Haltung zum NATO-*Doppelbeschluß. Der Wind in der Partei hat sich gedreht. Jetzt* ist Johannes Rau selbst gefragt, jetzt endlich hätte er seinen Mann zu stehen.

Gipfel-Mühen

Von Manfred Neuber

Die Dritte Welt muß wohl oder übel neue Überlegungen für den verstummenden *Nord-Süd-Dialog* anstellen. *Das ist* die Lehre aus dem gescheiterten Versuch, am Rande der UNO-Vollversammlung einen Wirtschaftsgipfel zustande zu bringen.

Indira Gandhi ließ vorige Woche nach New York bitten, aber es kamen nur wenige, auf die es ankommt. Ronald Reagan und Margaret Thatcher, nur eine Flugstunde entfernt in Washington beisammen, gaben ihr einen Korb.

Sogar die Russen ließen sich die Gelegenheit entgehen, in Abwesenheit jener westlichen Länder, die am meisten für die Entwicklung der jungen Nationen leisten, als „wahre Freunde" *der Dritten Welt* aufzutreten.

Der Westen ist der ungerechten Anklagen und maßlosen Forderungen überdrüssig, wie sie in diesem Jahr auf dem Blockfreien-Treffen in Neu-Delhi und auf der Welthandelskonferenz in Belgrad vorgebracht wurden. Daß man oft aneinander vorbeiredet, war in Williamsburg beim Wirtschaftsgipfel der Industrienationen herauszuhören.

Für den zunehmenden Realismus in den Entwicklungsländern spricht, daß dort der propagandistische Beistand des Ostens nicht mehr für bare Münze genommen wird. Unter dem Strich steht eben eklatant wenig, was die sozialistischen Staaten tatsächlich zahlen.

Der Mißerfolg Frau Gandhis, mit einer Gipfel-Show auf den Internationalen Währungsfonds (und auf den US-Kongreß, der zunächst die Gelder für neue IWF-Anleihen bewilligen muß) Druck auszuüben, dürfte eine heilsame Wirkung haben.

Wenn effektiv geholfen werden soll, sind kleine Experten-Runden gefragt, aber keine Mammutkonferenzen, die sich an Maximalzielen berauschen. Das Rumpftreffen bei der UNO besann sich auf die Tugend des vertraulichen Gesprächs. Dabei wird mehr herauskommen als aus hochtönenden Resolutionen. So kann Indira Gandhi ihren Gesichtsverlust als Vorsitzende der Blockfreien-Bewegung vielleicht noch durch Fortschritte im Nord-Süd-Verhältnis in absehbarer Zeit aufwiegen.



Der Eiertanz

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Zu Lasten der Zukunft

Von Heinz-Dietrich Ortlieb

Es ist ja nicht unser System, sondern seine Handhabung, die unsere gegenwärtige Malaise verursacht, nämlich das Verkennen der Wechselbeziehungen zwischen Rechten und Pflichten, zwischen Anspruch und Leistung, zwischen Freiheit und Gleichheit, zwischen Sicherheit und Opfer- und Verteidigungsbereitschaft. Solche Mißverständnisse und Fehleinschätzungen sind von unserem auf labilem Grunde nur ruhenden Wohlstand gefördert worden. In seiner Treibhausluft ist unsere Gesellschaft nicht gereift, sondern in eine teils aggressive, teils bequemliche Teenager-Mentalität geraten.

Im Grunde bedürfte all das, was in den letzten fünfzehn Jahren im Namen von Freiheit und Gleichheit *reformiert worden ist, der* Überprüfung: ob nicht aus Übereifer, dem einzelnen Menschen sogenannte Lebensqualität zu bescheren, die Existenz des Gemeinwesens und damit auch die Existenz jedes *einzelnen schließlich wieder* gefährdet wird. Auch wenn wir unserem Gemeinwesen, ob wir es nun Volk oder Gesellschaft nennen, keinen Eigenwert beimessen, sondern diesen davon ableiten, daß dem *einzelnen* ein *Optimum* an Freiheit, Gleichheit und Wohlstand gesichert wird, verlangt eben diese Sicherung unter Einbeziehung künftiger Generationen, daß im Zweifelsfall die Bedürfnisse des Gemeinwesens vor denen des einzelnen zu beachten sind. Das heißt, vereinfacht formuliert, nichts anderes, als daß unsere gegenwärtigen Ansprüche nicht auf Kosten der zukünftigen gehen dürfen.

Recht auf Arbeit, Freiheit der Berufs- und Arbeitsplatzwahl, Emanzipation der Frau, Wehrdienstverweigerung, Mitbestimmungsrecht, Kündigungsschutz, Sozialfürsorge – um nur einige der wichtigsten Beispiele zu nennen – dürfen nicht zu Ansprüchen führen, die mit der pseudohumanitären Absicht, niemandem wehzutun, Staat und Wirtschaft ständig überfordern und den einzelnen zu asozialem Verhalten legitimieren.

Nachdem bei uns inzwischen jene Einrichtungen, die maßgeblichen Einfluß auf unser öffentliches Bewußtsein haben (Massenmedien, Schulen, Hochschulen, Kirchen, Literatur, Theater, Film usw.), von pseudoprogressiven Intellektuellen unterwandert worden sind, welche die Freiheit des einzelnen als Recht auf alles und jedes verkaufen, dürfte es allerdings schwer sein, das Rettende noch zu tun. Denn wer es heute wagt, so etwas wie Mißbrauchskontrolle zu verlangen, dem wird sofort vorgeworfen, er wolle das „Rad der Geschichte" zurückdrehen. Offenbar wird angenommen, das „Rad der Geschichte" kenne nur eine Richtung, nämlich die auf immer mehr Freiheit und immer mehr Gleichheit hin bis zur Anarchie existenzunfähiger amorpher Massen. Wenn dem aber so wäre, würde nicht Karl Marx, sondern Oswald Spengler recht behalten, der von Blüte, Reife und Verfall aller Kulturen sprach und daher auch den Verfall der unseren vorherzusehen glaubte.

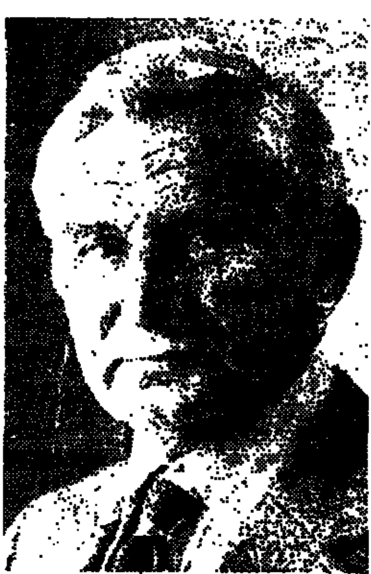
Die Mehrheit von uns Wohlstandsbürgern ist freilich von Kulturtheorien kaum zu beeindrukken. Unsere Unbeweglichkeit ist eher gewohnheitsmäßig als intellektuell bestimmt. Wir stecken – ob Bürger oder Antibürger – als Wohlstandskinder offensichtlich in der gleichen Situation, die der Arzt heute immer wieder erlebt, wenn zivilisationsgeschädigte Wohlstandspatienten zu ihm kommen. Solche Patienten erwarten Pillen oder andere bequeme Mittelchen gegen ihre Leiden. Der eigentlichen Ursache der Krankheit, ihrer falschen Lebensweise, wollen sie um keinen Preis begegnen. Lieber wird der Arzt gewechselt, und es wird immer jemand gefunden, der bereit ist, mit falschen Heilmitteln am Symptom zu kurieren.

Um die Krankheit unserer Gesellschaft ist es nicht besser bestellt. Auch hier ist eine Besserung nur zu erwarten, wenn wir nicht mehr darauf aus sind, uns ein libertines *Schlaraffenland zu sichern,* wenn wir vielmehr bereit sind, nicht nur anderen und dem Staate, sondern vor allem uns selbst etwas abzuverlangen, und wenn wir dem entsprechend über die Umweltkritik *nicht mehr die Selbstkritik* vernachlässigen. Nur dann wären wir fähig zu erkennen, welche „Operationen" (Reformen) unumgänglich sind, und wir wären bereit, uns auf einen neuen Lebensstil umzustellen.

Allerdings: Auch im Leben einer Gesellschaft finden sich allzuleicht „Ärzte", die, um Patienten zu ködern, das verordnen, was diese verordnet haben möchten. Oder es sind „Ärzte", die unter dem Einfluß der Zeitströmung an der gleichen seelischen Krankheit leiden und erst einmal die sich daraus ergebenden psychischen Sperren selbst überwinden müßten, ehe sie ihre diagnostischen und therapeutischen Pflichten zu erfüllen vermöchten.

Die neuen Ärzte, die ans Krankenbett unserer Wohlstandsgesellschaft gerufen wurden, weil die alte Gefälligkeitsmedizin ebensowenig wie die Drogen der alternativen Kurpfuscher immer weniger überzeugte, sind in einer schwierigen Situation. Denn sich zu strapaziösen Kuren *zu entschließen ist* eine Sache; eine ganz andere Sache aber ist es, sie auch durchzuführen, zumal wenn auch die neue Kur keine rasche Heilung verspricht. Alles hängt dann von der Überzeu*gungskraft des Arztes ab – und von* der Einsichtsfähigkeit des Patienten.

GAST-KOMMENTAR



Prof. Heinz-Dietrich Ortlieb, emeritierter Ordinarius für Volkswirtschaftslehre der Universität Hamburg, war stets ein Kritiker des übersteigerten Kommerzialismus und der Überflußgesellschaft. Seine Forderung lautet damals wie heute: Erziehung zum Gemeinsinn.
FOTO: KLAUS ABS

IM GESPRÄCH F. J. SCHOELLER

Von Klein-Paris nach Groß-Paris

Von Evi Keil

Franz Jochen Schoeller, einer der beliebtesten unter den früheren Zeremonienmeistern Bonns, wird deutscher Botschafter in Paris. Der ehemalige Protokollchef und heutige Botschafter in Brasilien, wird an der Seine den Botschafter Axel Herbst ablösen, der mit 65 Jahren in den Ruhestand geht. Paris, einer der begehrtesten Botschafterposten im Auswärtigen Amt, wird erneut an einen Mann vergeben, der neben fachlicher Kompetenz Liebe zu Frankreich mitbringt, perfekte französische Sprachkenntnisse und geschliffene Manieren.

In Klein-Paris, in Düsseldorf, wurde Franz Jochen Schoeller 1926 geboren. Sein Vater, Vorstandsmitglied der Gerresheimer *Glashütte, schickte* den Sohn auf das renommierte Aloisiuskolleg in Bad Godesberg, das auch heute noch von den Jesuiten betrieben wird. Noch als Schüler wurde Franz Jochen Schoeller Soldat, kam zu den Panzergrenadieren an die Westfront und später in englische Gefangenschaft. 1946 machte er in einem Sonderlehrgang das Abitur. Sein Vater, fürs Praktische, schickte den Sohn erst einmal bei einer Firma *für Malzkaffee und Haferflocken in* eine kaufmännische Lehre. 1948 begann Schoeller dann mit dem Jurastudium, unter anderem in Paris. Dort baute er 1951 auch den „Bachelier en Droit". *Nach einem Referendarexamen in Köln ging Franz Jo*chen Schoeller 1955 zum Auswärtigen Amt. Er wurde wiederum nach Paris geschickt, dieses Mal als Attaché.

1961 eröffnet Schoeller in Daressalam, dem heutigen Tansania, das erste deutsche Konsulat. Seit 1916 war dort kein deutscher Beamter mehr tätig gewesen. Es folgten diplomatische Verwendungen in Madrid und 1969 seine Versetzung nach Teheran, wo er Ständiger Vertreter des Botschafters wurde. 1973 ging Schoeller als Stellvertretender Protokollchef nach Bonn zurück. 1975 übernahm er das Protokoll. Seine Feuerprobe war der Besuch des damaligen sowjetischen Staats- und Parteichefs Leonid Breschnew in Bonn, 1973. Schoeller, der seinerzeit ein besonders enges Verhältnis zum Bundespräsidenten Walter Scheel hatte, sorgte dafür, daß dieser 1975 seinen ersten glanzvollen *Staatsbesuch in Frankreich* absolvierte. Protokoll, für Franz Jochen Schoeller „weniger Zeremoniell als Organisation", wurde von ihm trotz Streß und Strapazen mit eher leichter *Hand betrieben, so wie* Walter Scheel *sich das auch wünschte.* Schoeller setzte sich mit dafür ein, Schloß Gymnich zu einer würdigen Residenz für die Gäste der Bundesregierung zu machen.

Mit Hochdruck lernten Schoeller und seine Frau Inge, ebenfalls eine Düsseldorferin, Portugiesisch, als die Versetzung nach Brasilia erfolgte. Schoeller war fasziniert von diesem gewaltigen Land. In Bonn wird nun erwartet, daß die französische Regierung Schoeller in den nächsten Tagen das Agrément erteilt.



Bald Hausherr im Palais Beauharnais: Botschafter Schoeller
FOTO: SVEN SIMON

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Zum Abgang des Düsseldorfer Kultusministers Girgensohn schreibt das Blatt:

Nicht selten mußte man sich fragen, wer denn nun eigentlich im Düsseldorfer Kultusministerium regiere: der Minister oder sein von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) beeinflußter Planungsstab. Damit, daß der Minister geht, ändert *sich also wenig. Eigentlich* müßten große Teile des Ministeriums ausgewechselt werden, Eingeweihte meinen, daß nur ein Bruchteil der dort wirkenden Beamten streng sachbezogen arbeitete. Aber der neue Mi*nister wird aus Gründen* der Sparsamkeit kaum neue Mitarbeiter seiner Wahl einstellen können. Girgensohns Nachfolger wird also nichts zu lachen haben, und es ist zu hoffen, daß nicht ausgerechnet Wissenschaftsminister Schwier dorthin kommandiert wird, denn ihn brauchen die Hochschulen noch.

BADISCHE ZEITUNG

Das Freiburger Blatt schreibt über die SPD und die Nachrüstung:

Die Bemühungen des SPD-Vorstandes sind beinahe schon rührend, der Öffentlichkeit auch jetzt noch einreden zu wollen, die Entscheidung der SPD in der Frage der Raketenstationierung sei *offen.* Denn daran glaubt inzwischen doch keiner mehr. Wozu also das Versteckspiel? Ein SPD-Bezirk nach dem anderen schwenkt auf das prinzipielle Nein ein, ganz gleich, was sich in den nächsten Wochen in Genf noch bewegt. Da ist kein Halten mehr, vor allem nachdem jetzt auch Egon Bahr die Parole ausgegeben hat, er werde unter den gegebenen Umständen ein Nein empfehlen. Jetzt so zu tun, als habe der SPD-Parteitag noch eine freie Entscheidung, ist blankes Wunschdenken. Daß es dahin gekommen ist, hängt nicht nur mit der sich ausbreitenden Bewegung gegen jede Raketenstationierung zusammen. Es hat auch mit der eigenen Politik zu tun. Unter diesen Umständen wirkt Brandts Schelte der Bundesregierung völlig unglaubwürdig. Sein Vorwurf, die Regierung habe den Glauben daran aufgegeben, daß sich in Genf in den nächsten sechs Wochen doch noch etwas bewegen könne, fällt voll auf die SPD zurück. Denn sie ist es ja, die Genf längst abgeschrieben hat.

Süddeutsche Zeitung

Hier heißt es über die geplante Diätenerhöhung für MdB's:

Nicht alle Ratgeber, die argumentieren, eine Aufstockung der Diäten sei zur Zeit wegen der Arbeitslosen und der von der Regierung verfügten Einsparungen wenig taktvoll, meinen es ehrlich. Schon früher hat sich gezeigt, daß mit dem vermeintlich unpassenden Zeitpunkt jede Entscheidung endlos hinausgeschoben werden kann. Statt dessen könnte das Parlament, das schon seine Neubaupläne wegen des Sparzwangs zurückgestellt hat, an anderer Stelle Bescheidenheit demonstrieren, etwa bei den Delegationsreisen in ferne Länder. Wenig sinnvoll erscheint dagegen eine Koppelung der Diätenerhöhung mit der Neuordnung der Parteifinanzen, die einige wiederum mit dem Ergebnis der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen bei den Parteispenden verbinden wollen. Jeder dieser Komplexe muß getrennt behandelt werden, mit einer Ausnahme: Da nach dem Urteil der Sachverständigenkommission die Abgaben der Abgeordneten an die Parteien und Fraktionen verfassungswidrig sind, sollte diese Praxis auch sofort eingestellt werden. Damit sparen die Abgeordneten immerhin einige hundert Mark ein. (München)

Vogel und der Zielkonflikt zwischen SPD-Fraktion und Partei

Alle wissen, daß die Abkehr von der Nachrüstung schon so gut wie gelaufen ist / Von Peter Philipps

Der Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel ist fraglos ein eloquenter Mann und ausgestattet mit einem scharfen Intellekt. Doch die kommenden Wochen werden von ihm darüber hinaus Fähigkeiten verlangen, die mit dem Kunststück zu vergleichen sind, die Hände zu waschen, ohne sich naß zu machen. Den Beweis wird er am 21. November vor der Öffentlichkeit antreten müssen, wenn der Deutsche Bundestag zwei Tage nach dem außerordentlichen Bundesparteitag der SPD über den NATO-Doppelbeschluß und eine vermutlich notwendig werdende Nachrüstung diskutiert und abstimmt.

An diesem Tag steht die Glaubwürdigkeit *der SPD-Fraktion auf* dem Prüfstand. Denn wie wird sie sich entscheiden, wie werden zum Beispiel die Abgeordneten Schmidt-Bergedorf und Apel votieren? Wie wird der Fraktionsvor*sitzende Vogel seine Mannen* (und Frauen) über den Slalomkurs semantischer Schlitterbahnen bringen? Der Zielkonflikt zwischen Fraktion und Partei tritt in diesen Wochen der SPD-Basisbeschlüsse immer deutlicher zutage.

Hans-Jochen Vogel hatte sein Amt als Oppositionsführer mit dem Anspruch angetreten, seine Bonner Parlamentarier-Truppe zum Kern einer sich nach der Wahlniederlage vom 6. März regenerierenden SPD zu machen. Vom Bundeshaus sollten die argumentativen Impulse ausgehen, hier sollte die Zusammenarbeit ohne Flügelkämpfe erprobt und dann in die Gesamtpartei eingeführt werden.

Deshalb auch ist die Fraktion mit einem eigenen Vier-Punkte-Vorschlag zu den Genfer Abrüstungsverhandlungen an die Öffentlich*keit getreten. In einer zusätzlichen* „Handreichung", die als Arbeitsgrundlage für die Fraktion erstellt wurde, sind Positionen zum NATO-Doppelbeschluß und zu den Genfer Verhandlungen einvernehmlich *festgelegt* worden; man war dabei bestrebt, immer wieder an die Beschlüsse anzuknüpfen, die Fraktion und Partei gefaßt hatten, als die Sozialdemokraten noch den Bundeskanzler stellten.

Doch Vogel denkt, und die Parteiführung lenkt – besser: läßt laufen. Denn parallel zu den Fraktions-Bemühungen beschäftigten sich die ersten Bezirks- und Landesparteitage der SPD mit den *Genfer Verhandlungen. Und hier* wurde jeweils, fast mit einem Gefühl des Befreitseins von der Verantwortung, der Bruch mit der eigenen Vergangenheit vollzogen. Wenn Entsandte des Bonner Par*tei-Establishments auf diesen* Foren – oft mehr pflichtbewußt als überzeugend – versuchten, Dämme zu errichten, wurden sie von der Flut dieses Umschwungs hinweggespült. Mitglieder des Fraktionsvorstands schwiegen, was den ehemaligen Bundeskanzler Schmidt bei einer Fraktionssitzung an die àANmoralische und auch politische Pflicht" der Abgeordneten erinneÖ ließ, „das, was mit ihrer Stimme beschlossen worden ist, an jedem Ort zu vertreten und überall mit der gleichen Zunge zu sprechen".

In der Fraktion – und auch auf den Bundesparteitagen in Berlin und München – war beschlossen worden, nicht „in jedem Falle" eine Nachrüstung abzulehhnen, sondern „endgültig erst Stellung zu nehmen, wenn ein Ergebnis vorliegt". Schmitt warnte: „Die Handlungsfähigkeit der Opposition durch die Sozialdemokratie" werde zerstört.

Der einzige, der das notwendige Ansehen gehabt hätte, gleich zu Beginn der Basis-Parteitage richtungsweisend *einzugreifen, wollte* dies nicht: Willy Brandt. Der unumstrittene „Große Vorsitzende" wollte schon immer „dieses Zeug hier nichÜhaben", die Pershing 2 und die Cruise Missiles. Er betonte sogar, daß er auf dem Münchner Parteitag bei der Abstimmung über den NATO-Doppelbeschluß nur der „Pflicht" genügt habe, den Bundeskanzler „nicht hängenzulassen". Dies wirkte an der Basis wie ein Vestärker.

Offiziell hat sich die SPD-Parteispitze auf die Sprachregelung verständigt, daß man sich von den Basis-Beschlüssen nicht beeinflussen lassen werde. Und es ist grundsätzlich richtig, daß Beschlüsse auf Bezirks- und Landesparteitagen kein Präjudiz sind für Bundesparteitage. Auch die Zusammensetzung der Delegierten ist eine andere. Doch Brandt weiß natürlich auch, daß an der Basis durch die Beschlüsse dieser Wochen emotional so viel in Gang gesetzt wird, daß die Abstimmung auf dem Bundesparteitag zum Selbstläufer wird. Offen ist eigentlich nur noch, inwieweit *man den Parteibeschluß* mit einem Bekenntnis zur NATO und der Aufforderung zum Weiterverhandeln in Genf verbrämen kann.

Und dann beginnt der Eiertanz für Hans-Jochen Vogel und seine Fraktion: Mit diesem Beschluß im Rücken soll er im Bundestag zugleich in der Glaubwürdigkeit alter SPD-Beschlüsse wie dieses neuen Votums in die Debatte ziehen. Er soll vermeiden, daß die Regierungskoalition ihm auf jedes Argument, das er vorbringt, mit einem SPD-Beschluß – neu oder alt – antworten kann.

Der Schwejk '83 flüchtet in private Träume

Politik, das ist für die meisten Bürger der CSSR kein Thema mehr. Die Schwejks von 1983 haben sich in ihr Privatleben zurückgezogen. Was zählt, sind das Wochenendhaus, das Auto und Waren aus dem Westen.

Von CARL G. STRÖHM

Aus dem U-Bahn-Schacht am Prager Wenzelsplatz, gleich neben dem Denkmal des böhmischen Nationalheiligen, vor dem sich einst der junge Jan Palach aus Protest gegen die sowjetische Okkupation verbrannte, steigen zwei junge Burschen. Sie tragen amerikanische Armee-Anoraks mit der selbst aufgenähten, deutlich lesbaren Aufschrift „United States Army" auf der Brust. Niemand beachtet sie, als sie in Richtung Altstadt schlendern, vorbei an einer großen Reklametafel, die den Kurs der heutigen Tschechoslowakei sichtbar festlegt: „Mit der Sowjetunion auf ewige Zeiten."

Mehr denn je ist die junge Generation von Prag – zumindestens in ihrem äußeren Erscheinungsbild – westlich orientiert. Nirgendwo sieht man irgendeinen Zivilisten mit einem roten Stern oder einem anderen kommunistischen Emblem herumlaufen. Dafür gleichen die Prager Straßen- und U-Bahnen ebenso wie die belebten Plätze im Zentrum oftmals einer westlichen Reklame-Schau: Mädchen und Halbwüchsige, ja sogar Erwachsene tragen T-Shirts mit der Inschrift „Coca-Cola" oder „Harvard-University" – oder gar „Hells Angels". Aus den Diskotheken ertönt nachts wilde Musik. Hier mischen sich junge Tschechen mit jungen Deutschen aus der „DDR", für die Prag nach der Schließung der polnischen Grenze einziger nahegelegener ausländischer Ausflugsort ist.

Für diese junge Prager Generation sind die Ereignisse des Jahres 1968, der Sowjet-Einmarsch oder auch der Prager Frühling mitsamt Alexander Dubcek und dem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz" nur noch ferne Legende, die mit ihrer Wirklichkeit und ihrem Leben kaum noch etwas zu tun hat. Die Jungen haben sich eingerichtet: Aus dem sozialistischen Alltag flüchten sie in eine Art innere Protesthaltung – und dokumentieren dies durch betont westliche Kleidung und Frisur. Ob das etwas mit politischer Opposition zu tun hat, muß bezweifelt werden: Politik scheint nicht zu interessieren. Man wendet sich statt dessen persönlichen Träumen und Sehnsüchten zu. Natürlich gehört dazu auch der Traum vom Westen – und da man das eigene Regime ärgern möchte, kostümieren sich die Wagemutigeren in der sowjetisch besetzten CSSR eben mit amerikanischen Armee-Jacken.

Das Regime duldet diese indirekten Proteste, vielleicht als bewußt gestattetes Ventil, vielleicht auch, weil es heute viel subtilere Mittel der Kontrolle und der Beherrschung gibt als etwa Verhaftungen auf offener Straße. Was nämlich für die Jugend von Prag gilt, gilt auch für die Erwachsenen: Die Tschechen als Nation haben sich in ihr Privatleben zurückgezogen. Ein Volk, das, wie so oft in seiner Geschichte, auch diesmal wieder erkennen mußte, daß die Träume von persönlicher und politischer Freiheit an fremden Mächten scheitern, hat seine kleine private Welt aufgebaut. An Wochenenden ist Prag leer: Wer es sich irgend leisten kann, fährt im Auto in sein Wochenendhaus, in seine „Chata" – irgendwo am Berounka-Fluß, an einem malerischen Stausee oder in den einst sudetendeutschen Gebieten, wo viele Prager verlassene Bauernhöfe ausgebaut haben.

Das Husak-Regime hat sich die tschechische Neigung zum Privat-Kleinbürgerlichen zunutze gemacht. Im Gegensatz zu Polen ist die Versorgung mit Lebensmitteln und Konsumgütern relativ gut, auch wenn manche Preise (zum Beispiel Fleisch) in letzter Zeit drastisch erhöht wurden. Ein einziges Mal habe ich in Prag eine Käuferschlange gesehen: vor einer der vielen Bierkneipen in der Altstadt, wo man auf ein neues Faß Pilsener Urquell wartete.

An einem Würstl-Stand wurde ich zu mitternächtlicher Stunde zufällig und unfreiwillig Ohrenzeuge eines Gespräches, das ein junger Deutscher – offensichtlich aus der „DDR" – mit einem gleichaltrigen Tschechen führte. Es war ein dramatisches Gespräch, das blitzartig die Lage erhellte. Der Tscheche murmelte halblaut mit dem tschechisch gefärbten langgezogenen „e": „Ich sage dir, es ist ein Bleedsinn, schwarz über die Grenze zu geben – die schießen sofort, bei uns ist das genauso wie bei euch. Und im übrigen: man muß nicht unbedingt in Westdeutschland oder der Schweiz leben. Sterben müssen die da drüben genauso wie wir hier eines Tages – und schau, man kann es sich auch hier einrichten."

Da war er also wieder: der vielzitierte brave Soldat Schwejk, der sich auch noch in der absurdesten Situation zurechtfindet. Das kommunistische Regime aber erlaubt dem gewöhnlichen Bürger die „Flucht nach innen". Die Wochenend-Kultur wird nicht nur geduldet, sondern gefördert. Wer sich ein Auto kaufen will, braucht – anders als etwa in der „DDR" – nicht jahrelang zu warten, sondern kann den Wagen in kürzester Zeit bekommen. Es gibt sogar Abzahlungskredite zu diesem Zweck.

Der durchschnittliche Monatsverdienst liegt bei 2500 bis 3000 Kronen (nach offiziellem Kurs zwischen 500 und 600 Mark). Wenn man den Massenverkehr privater Personenwagen in den Prager Straßen sieht und dann erfährt, daß das Benzin pro Liter 9 Kronen kostet – zwei Tankfüllungen also bereits ein Drittel des Gehalts auffressen –, fragt man sich, wie das überhaupt bezahlt werden kann. Nun, in fast jeder Familie verdienen Mann und Frau, manchmal auch die erwachsenen Kinder. Hinzu aber kommt für breite Schichten die „weite Ebene" der Bezahlung: Wenn man dem – natürlich staatlichen – Klempner am Telefon sagt: „Kommen Sie nach vier Uhr" (also nach Ende der offiziellen Arbeitszeit), dann kommt er nicht erst in Wochen oder Monaten, sondern sofort, weil er weiß, daß er „extra" bezahlt wird. Diese zweite Ökonomie wird offensichtlich amtlich toleriert, obwohl die CSSR sich ansonsten noch immer scheut, wirkliche Wirtschaftsreformen wie etwa in Ungarn – durchzuführen. Da steht das Jahr 1968 wie eine Mauer davor: Denn jene, die in der CSSR etwas ähnliches einführen wollten wie etwa das ungarische Modell – nämlich eine „sozialistische Marktwirtschaft" –, mußten flüchten und leben jetzt, wie etwa der bekannte Nationalökonom Ota Sik, als Universitätslehrer im Westen. Immerhin, unter dem Druck der Krise, die auch die tschechoslowakische Volkswirtschaft in Mitleidenschaft zieht, sind jetzt gewisse private Dienstleistungen und Geschäfte einfachster Art erstmals gestattet worden: Flickschuster dürfen ohne staatliches Kommando wieder privat Schuhe reparieren, und Kolchosbauern dürfen auf dem Land ihr Gemüse privat verkaufen. „Die Dienstleistungen sind bei uns leider völlig auf dem Hund", lamentiert der Direktor einer renommierten Prager Gaststätte, als ich vergeblich versuche, telefonisch ein Taxi zu bestellen.

Neben der „zweiten" gibt es noch eine „dritte" ökonomische Ebene: die sogenannten Tuzex-Läden, vergleichbar mit dem Intershop in der „DDR". Hier kann man von Waschpulver und Baby-Nahrung bis zu Elektronik und Fertighäusern alle westlichen Waren erhalten, sofern man in harter Valuta bezahlt. Da in der Tschechoslowakei ein blühender Schwarzhandel mit Devisen existiert – fast alle Taxifahrer und Kellner scheinen sich auf dieses Geschäft zu verstehen – und da überdies viele Tschechen und Slowaken Verwandte im Ausland, vorzugsweise in den USA haben, strömen große Dollar- und Mark-Beträge ins Land. Über die Tuzex-Geschäfte bekommt der Staat auch die „schwarzen" Devisen weitgehend in die Hand. Wer bei „Tuzex" erscheint, wird weder nach der Nationalität noch nach der Herkunft des Geldes gefragt – Hauptsache, er zahlt.

„Die Tuzex-Krone", sagt uns ein Böhme verschmitzt, „ist in der sozialistischen Tschechoslowakei das einzige zugelassene Wertpapier." Denn es gebe nicht wenige Tschechoslowaken, die – sei es durch Arbeit im Ausland oder durch die Erbschaft eines Onkels in den USA – große Tuzex-Beträge zur Verfügung hätten. Diese würden dann gehortet und zu zwei- bis dreifach überhöhten Preisen auf dem schwarzen Markt verkauft.

Ist die kommunistisch regierte Tschechoslowakei also nichts anderes als eine gebremste Konsumgesellschaft auf östlich angepaßtem, entsprechend niedrigerem Niveau? Sicher, es gibt die im Westen viel zitierten und wegen ihres persönlichen Mutes oft bewunderten Dissidenten der „Charta 77". Diese Menschen, die in ihrem eher untypischen Bekennermut so gar nicht in die angepaßte Seelenlandschaft der heutigen Tschechoslowakei einzufügen sind, stellen aber nur eine kleine Minorität dar. Anders als in Polen betrachten sie sich auch nicht als Führer einer potentiellen Volksbewegung, sondern als „moralisches Gewissen" der Nation. Der durchschnittliche Tscheche sieht keinen Sinn darin, sich in einer aussichtslos scheinenden Sache zu exponieren. Er wurstelt sich lieber durch und versucht an die subtil abgestuften Begünstigungen zu gelangen, die das Regime verteilt. Natürlich kennt er auch die Mechanik der Macht – und die Macht der Geheimpolizei.

Ein Abend in der „Laterna magica" – dieser nun schon weltberühmten Schau aus Film, Bühnenschauspiel und Pantomime – bestätigt, daß es auch in der heutigen Tschechoslowakei Gedanken und Gefühle geben muß, die über die hergebrachten Klischees – die kommunistischen ebenso wie die antikommunistischen – in eine ganz andere Richtung weisen. Da wird in einer Szene dieses Theaters die Heilige Nacht dargestellt, die Geburt des Menschen als Geburt des Christuskindes. Die Heiligen Drei Könige ziehen über verschneite Felder zu den Bauernhäusern Böhmens und der Slowakei, an einer Wegkreuzung taucht das Kreuz auf; dann bewegt sich ein Leichenzug auf eine kleine Kirche zu – und plötzlich, in einer anderen Szene, sieht man einen Mann, der von einem Riesen-Bulldozer gejagt wird, bis das technische Ungeheuer ihn einholt und ihn mit Erde und Geröll lebendig begräbt. Eine weitere Szene ist von bedrückender Intensität: Ein Mann geht durch eine Gasse der Prager Altstadt – und plötzlich wird die Gasse immer enger, die Mauern scheinen zusammenzuwachsen. Er kann nicht mehr weiter. Der Weg ist versperrt.

Nicht nur Schwejk, auch Kafkas Geist scheint in der Stadt an der Moldau lebendig zu sein.



Karlsbrücke in Prag: Musik ist für die jungen Tschechen wichtiger als Politik. FOTO: MANFRED KUNST



Was für die Jugend gilt, gilt auch für Erwachsene: Freizeit hat Vorrang FOTO: RUDOLF DIETRICH

WIE WAR DAS? Als an Yom-Kippur der Krieg ausbrach

Von RAFAEL SELIGMANN

An Yom-Kippur scheint der jüdische Staat für gewöhnlich in Untätigkeit zu versinken. Das Bild am Versöhnungstag des Jahres 1973, der auf den 6. Oktober fiel, war jedoch anders als gewohnt. Am Abend zuvor erhielten mehrere tausend Reservisten Befehl, sich bereitzuhalten. Und am Yom-Kippur fand man ungewöhnlich viele Uniformierte unter den Betenden. An einen Krieg wollte dennoch niemand glauben.

Stundenlang berieten am Morgen dieses höchsten jüdischen Feiertages Regierungs- und Armeespitze. Entscheidungen wurden allerdings so gut wie nicht gefällt.

Um 3.30 Uhr war Verteidigungsminister Dayan durch einen Anruf des Chefs des militärischen Geheimdienstes Aman geweckt worden. Es stehe nun definitiv fest, daß Ägypten und Syrien am Abend angreifen würden, meinte General Zeira. Dayan verständigte umgehend Premierministerin Golda Meir und Sonderminister Israel Galili und vereinbarte mit ihnen sowie mit Vize-Premier Allon und Generalstabschef Elazar ein Treffen im Amt der Regierungschefin.

Bei dieser Zusammenkunft legte General Zeira Beweise dafür vor, daß ägyptische und syrische Einheiten in den Abendstunden gleichzeitig am Suezkanal und auf den Golanhöhen angreifen würden. Der Aman und der Auslandsgeheimdienst Mossad hatten seit Tagen darauf hingewiesen, daß die Armeen Syriens und Ägyptens sich zum Angriff formiert hätten.

Im Mai und August bereits hatten sich die ägyptische und syrische Armee in gleicher Position gruppiert, von der aus ein Angriff möglich war. Generalstabschef Elazar hatte danach entgegen dem Rat des Aman-Chefs einen Teil der Reservisten mobilisiert. Doch Kairo und Damaskus hatten nicht angegriffen. Die Folgen: Die Einschätzungen Zeiras hatten an Gewicht gewonnen. Der General war davon überzeugt, daß Kairo Israel nicht angreifen würde, ehe seine Luftwaffe den Israelis Paroli bieten könnte. Dafür bestanden aber 1973 keine Chancen.

Der Aufmarsch wurde als Drohgeste mißdeutet

Als in den ersten Oktobertagen die Ägypter und Syrer nun wieder Angriffspositionen bezogen, waren Elazar und Dayan geneigt, sich das Urteil Zeiras zu eigen zu machen und den Aufmarsch lediglich als Drohgeste anzusehen. Vor allem auf Drängen des Kommandeurs der Nordregion, General Hofi, entschieden sie sich immerhin, auf den Golanhöhen das Panzerkontingent von 100 auf gut 240 zu erhöhen.

Der am 1. September eingesetzte Befehlshaber der Südregion, General Zeevi, konnte eine Angriffsabsicht der Ägypter nicht erkennen. So verblieben lediglich 150 Panzer entlang des 160 Kilometer langen Suezkanals. Davor lag die Bar-Lev-Linie: ein System mit insgesamt 16 Bunkeranlagen. Der ehemalige Generalstabschef Chaim Bar Lev war überzeugt, daß an der von ihm konzipierten Linie ein Angriff der Ägypter so lange aufgehalten werden könnte, bis Verstärkung den Gegner zurückwerfen würde.

Gegen dieses Konzept setzte sich der frühere Kommandeur des südlichen Befehlsbereichs, General Ariel Sharon, vehement zur Wehr. Die starre Linie beraube die israelische Armee ihrer wichtigsten Trümpfe: Initiative und Beweglichkeit. Sein Protest verhallte ungehört. So standen am Mittag des 6. Oktober etwa 800 Soldaten, 150 Panzer und zwei Dutzend Artilleriebatterien zur Abwehr des Angriffs bereit.

Washington mahnte zur Zurückhaltung

Die Runde im Büro von Golda Meir konnte sich nicht einigen. Elazar forderte die sofortige Mobilisierung der rund 250 000 Reservisten und die Genehmigung zu einem präemptiven Luftschlag gegen die syrischen Stellungen. Aus Rücksicht auf Washington wollte Dayan dies nicht gestatten. So wurden nur 50 000 Reservisten mobilisiert. Golda Meir, die zunächst Elazar unterstützte, mahnte nach einem Telefonat mit dem Botschafter in den USA zur Zurückhaltung. Ein israelischer Luftschlag und die gleichzeitige Mobilisierung der Reserven würden Israel eindeutig zum Aggressor stempeln, wurde den Israelis in Washington bedeutet.

Wenige Monate später stellte die Agranat-Kommission fest, daß im Generalstab keine Planungen für den Fall eines gleichzeitigen Angriffs der Ägypter und Syrer bestanden. Während Elazar und die Spitzenmilitärs noch eine effektive Verteidigung zu improvisieren versuchten, begann um 14 Uhr der Angriff.

Eta 70 000 syrische Soldaten griffen mit Unterstützung von rund 100 Artillerie-Einheiten und etwa 1500 Panzern die israelischen Stellungen an. In den kommenden Tagen gelang es der israelischen Luftwaffe nur unter immensen Verlusten, den syrischen Vorstoß aufzuhalten. Danach gingen die Panzereinheiten zum Gegenangriff über. Eine Woche nach Kriegsbeginn stand die Vorhut der israelischen Armee nur wenige Kilometer vor den Außenbezirken von Damaskus.

Nach einstündigem Trommelfeuer aus über 2000 Geschützen setzten um 15 Uhr rund 100 000 ägyptische Soldaten über den Kanal. Wenige Stunden später hatten sie die Bar-Lev-Linie überrannt und mit rund 1000 Panzern und Panzerabwehrwaffen die etwa 150 israelischen Panzer restlos ausgeschaltet. Allein eine schwer zu überwindende Bergkette hinderte die ägyptische Armee an einem schnellen Vorstoß in die Tiefe des Sinai. Die israelische Luftwaffe wurde in den ersten Tagen durch einen dichten Schirm von Luftabwehrraketen fast vollständig neutralisiert. Erst als es einer Panzerdivision unter Führung von Sharon gelang, den Suezkanal zu überqueren und einen Großteil der Raketenbatterien auszuschalten, bahnte sich die Wende an.

Israel bezahlte den Sieg mit fast 3000 Toten – ein Schock für dieses kleine Land. Elazar mußte gehen, später auch Dayan und Frau Meir.

Der starke Mann in der Fraktion setzt Johannes Rau unter Druck

Denzer erzwingt Revirement / Hans Schwier tritt Girgensohns schweres Erbe an

WILM HERLYN, **Düsseldorf**

Johannes Rau, der nordrhein-westfälische Regierungschef, ist gezeichnet durch die Nacht, in der sich Krisensitzungen mit endlosen Telefonaten ablösten. Aber nicht nur die schlaflosen Stunden hinterlassen ihre Spuren, sondern vor allem auch die Überlegungen und Spekulationen der vergangenen Wochen, die Rücktritte in seinem Kabinett und die mühsame Suche nach Entsatz, der Ärger über zu früh durchsickernde Informationen. Vor ihm türmen sich die ungelösten Personalprobleme. Sie lassen ihm kaum noch Zeit, sich der drängenden Sachprobleme zu widmen.

Nach dem – fast verzweifelten – Schritt seines Kultusministers Jürgen Girgensohn, durch lancierte Rücktrittsabsichten, ist Rau im Zugzwang. Und rafft er sich auf, damit ihm nicht alles entgleitet. Im Nacken seinen SPD-Fraktionsvorsitzenden Karl-Josef Denzer, der es leid ist, sich mit Andeutungen und halben Sachen zufriedengeben zu müssen. Schon in der Frage der Nachfolge des im Juni aus Zorn über die Entscheidungslosigkeit Raus zurückgetretenen Landwirtschaftsministers Hans-Otto Bäumer und der Berufung von Klaus Matthiesen aus Schleswig-Holstein gibt es Groll und Hader in der Fraktion. Zu Recht fragen sich die Genossen, ob denn ein Import notwendig gewesen sei.



Aus Loyalität

Denzer hat das – aus Loyalität heraus – ertragen, mit zusammengebissenen Zähnen. Der Girgensohn-Entschluß aber ist das Signal, saubere Lösungen hier und jetzt zu fordern. Daß es dabei Blessuren bei den Betroffenen geben muß, ist allen Beteiligten klar – vor allem Rau. „Und ich bin einer der Betroffenen", formulierte er bei der Namensvorstellung seines neuen Kabinetts gestern. Auffällig dabei die pointierten Formulierungen von Denzer, der betonte, es „gab nie einen Zweifel in der Fraktion darüber, daß es seine Entscheidung ist". Sekundiert von Kopfnikken des Regierungschefs Rau: „Ich übernehme die volle Verantwortung." Und auffällig das zweifache Kopfnicken Denzers, als Rau sagt: „Ich kann nicht erwarten, daß alle in der Fraktion alles nachvollziehen. Auch Sozialdemokraten sind Menschen. Doch ich verlange Solidarität als mindestes."

Die – nach Rau – stärkste Blessur wird Hans Schwier zugefügt. Er soll Girgensohn nachfolgen und damit das schwerste Amt übernehmen, das die größten Verfassungskompetenzen hat.

Die Bildungslandschaft ist von seinem Vorgänger gründlichst verformt worden – da gibt es nur noch den Weg



Tritt zurück: NRW-Kultusminister Jürgen Girgensohn FOTO: JUPP DARCHINGER

zurück aus der Maßlosigkeit der Reformitis zu Korrekturen der Reformen – so wie kürzlich auch die SPD-Fraktion ein Einsehen hatte und Deutsch wieder als Pflichtfach in die Oberstufe einführte.

Erinnern wir uns: Die SPD – schon immer eifriger Verfechter der flächendeckenden integrierten Gesamtschule, konnte sich nicht durchsetzen, weil der kleinere Koalitionspartner FDP nicht mitzog. Der Ostwestfale Jürgen Hinrichs entwarf dagegen das Modell der kooperativen Schule (Koop), das die Zerschlagung der beiden unteren Stufen des Gymnasiums vorsah. Schwier, damals schulpolitischer Sprecher der SPD, setzte sich in der Partei durch: wenn schon die Gesamtschule nicht erreichbar ist, wenigstens das Koop-Modell der FDP zu übernehmen. Er wurde zum Promotor der Idee, Girgensohn sein aktiver Mitstreiter und verantwortlich als Minister.

Erfahrungen aus Bonn

Aber jeder sieht noch Hans Schwier nach dem Volksbegehren, das im März 1978 einen glänzenden Sieg den Koop-Gegnern bescherte, zusammengesunken in seiner Bank im Landtag. Dieser Schwier, 1980 als Wissenschaftsminister ins Kabinett berufen, wird sich zweifellos schnell in die – vertraute – Welt einfinden. Aber er ist einer der wenigen nordrhein-westfälischen Minister, die wirklich etwas angepackt und bewirkt haben. Nun wird er mitten aus dieser Arbeit herausgerissen. Denn es ist das Verdienst von Schwier, in die auseinanderlaufenden Hochschulstrukturen, die ein Wissenschaftsminister namens Johannes Rau wildwachsen ließ, ein Raster einzupassen, Fakultäten zusammenzulegen, solide Finanzausstattungen durchzusetzen. Schwier hatte für dieses Ordnungssystem einen Zeitplan – bis 1985. Ob Rolf Krumsiek, der gelernte Verwaltungsjurist, der Chef der Staatskanzlei und nun Nachfolger im Wissenschaftsministerium, dieses Werk fortsetzen kann? Krumsiek soll ersetzt werden durch den Staatssekretär im Innenministerium, Diether Leister – erfahren in der Stabsarbeit aus seiner Bonner Zeit im Kanzleramt unter Helmut Schmidt. Leister ist erst seit einem Jahr in Düsseldorf – Nachfolger von Friedrich Brodeßer, ein FDP-Mann, der nach der Wende in Bonn in Düsseldorfer Ungnade fiel.

Die Kabinettsumbildung vollzieht sich in Raten: Heute ist die Vereidigung von Klaus Matthiesen als neuer Landwirtschaftsminister, Ende Oktober geht Girgensohn und gibt den Weg frei für Schwier, Krumsiek und Leister. Im Dezember folgt die dritte Etappe. Johannes Rau, der sagt, Menschen seien keine Schachfiguren, setzt dann voraussichtlich am 13. Dezember seine Justizministerin Inge Donnepp frei – an ihrem 65. Geburtstag.

Dieter Haak, der in Bonn als Bundesratsminister wenig Furore machte, dem aber eine hohe juristische Qualifikation zugeschrieben wird, ersetzt dann die einzige Dame im Kabinett. Nach Bonn geht dann der jetzige Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Günther Einert, der schon als Landwirtschaftsminister im Gespräch war.

Umbildung in Raten

Doch ist's mit der Umbildung damit nicht genug. Von Anfang an hatte Rau vor, im März kommenden Jahres die eigentliche Führungsmannschaft für die Wahlkämpfe – am 31. September ist dann Kommunalwahl und im Mai 1985 die entscheidende Landtagswahl – vorzustellen. Dazu wird Anke Brunn gehören, die Hans-Jochen Vogel für Berlin ausgeborgt hatte. Dazu wird auch Hermann Heinemann, der Chef des mitgliederstärksten Bezirks der SPD, Westliches Westfalen, gehören, dazu zählt auch Karl-Josef Denzer, der Fraktionschef, der Mann, der auf Rau den zur Zeit stärksten Druck ausübt.

Zwar betonte Denzer, der Entschluß von Johannes Rau werde von der Fraktion getragen, doch äußerte zumindest einer laut Unmut. Hans-Otto Bäumer verließ aufgebracht den Fraktionssaal und diktierte umstehenden Journalisten: „Das ist wohl ein Witz. Wer in der Staatskanzlei nicht funktioniert, ist gut genug für das Kabinett." Raus Entscheidung sei „wirklich schmählich".

Von Partei zum Rücktritt gezwungen

Nachfolger für saarländischen Wirtschaftsminister Hügel (FDP) noch nicht bekannt

JOACHIM NEANDER, **Saarbrücken**

Nach fast siebenstündiger Sitzung gelang es dem Landeshauptausschuß der saarländischen FDP in der Nacht *zum Dienstag, Wirtschaftsminister* Edwin Hügel zum Rücktritt zu bewegen. Bis zuletzt hatte Hügel sich gegen die Rücktrittsaufforderung aus der eigenen Partei gesträubt. Enttäuscht und zornig denkt er jetzt an Parteiaustritt. Ein Nachfolger ist noch nicht bekannt.

Das spektakuläre Ende der nur etwas über ein Jahr dauernden Amtstätigkeit des 63jährigen Druckereibesitzers Hügel im krisengeschüttelten Saarland hat eine Vorgeschichte, die jetzt nicht unerheblich zu einer kritischen Situation vor allem für die FDP beiträgt.

Als der erfolgreiche und populäre FDP-Wirtschaftsminister Klumpp Ende 1981 seinen Rückzug aus der Landespolitik vorbereitete, um hauptamtlicher Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes zu werden, dachte er zunächst an den Wirtschaftsprofessor Stützel oder den Sparkassendirektor Heidemann als seinen Nachfolger.

Aber die FDP-Landtagsfraktion durchkreuzte diese Pläne. Sie favorisierte ihren Fraktionsvorsitzenden Edwin Hügel, obwohl der damals nach einer Bandscheibenoperation und (wie Gerüchte besagen) auch einem Herzinfakrt im Krankenhaus lag.

Bis zum Sommer 1982 zogen sich die innerparteilichen Diskussionen hin. Im saarländischen Wirtschaftsministerium, das nach dem zwischen CDU und FDP abgeschlossenen Koalitionsbündnis den Freien Demokraten zusteht, entstand just vor dem Höhepunkt der Stahlkrise im Lande zeitweise ein Interregnum. Mit 21:19 Stimmen in der dritten Stichwahl setzte sich schließlich Hügel, inzwischen aus Krankenhaus und Kur wieder zurück, im FDP-Landeshauptausschuß durch und trat im Juli 1982 sein Amt an.

Dies bildet den Hintergrund einer Geschichte, die nicht ohne persönliche Tragik ist. In den letzten Monaten wuchs die Kritik an dem Minister fast



Zurückgetreten: Saarlands Wirtschaftsminister Edwin Hügel FOTO: FERDI HART

von Tag zu Tag. In wichtigen Landtagsdebatten, die sein Ressort betrafen, zeigte sich der gelernte Schriftsetzer den ungeheuren Problemen der saarländischen Wirtschaft nicht gewachsen.

Um dem im ganzen Lande immer noch menschlich hochangesehenen Hügel, der oft mit dem Spitznamen „Der gute Mensch von Bexbach" tituliert wurde, einen ehrenvollen Abschied zu sichern, rieten ihm Bekannte schon vor einiger Zeit zu einem Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen.

Aber Hügel wies alle Ratschläge in fast unerklärlichem Starrsinn zurück. Bis zuletzt glaubte er, das Opfer einer Intrige – vor allem von seiten seines Vorgängers Klumpp – geworden zu sein.

Ministerpräsident Werner Zeyer (CDU) sagte gestern auf einer Pressekonferenz, er werde „den Deibel tun", sich in die Angelegenheiten des Koalitionspartners zu mischen. Inoffiziell verlautet allerdings, daß Zeyer dringend daran interessiert ist, schon bis zum 12. Oktober – dem Tag, an dem in Bonn die entscheidenden Gespräche über die Zukunft der Stahlindustrie geführt werden – einen präsentablen neuen Wirtschaftsminister vorstellen zu können. Der Regierungschef, der seinen scheidenden Minister gestern nach dessen offiziellem Rücktrittsbesuch noch bis zum Auto hinausbegleitete, wird in Kürze ein Gespräch mit dem FDP-Landesvorsitzenden Klumpp führen.

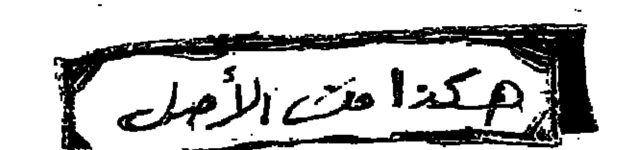
Klumpp selbst sagte im Saarländischen Rundfunk, es werde „schwer, vielleicht sogar unmöglich" sein, schnell einen geeigneten Kandidaten in den Reihen der FDP zu finden. Wenn dies nicht möglich sei, müsse man andere Wege gehen: „Dann ist es besser, man gibt ein Ressort ab und sagt, wir wollen und können es nicht besetzen, wie wir uns das vorstellen."

Das spielt auf Erwägungen innerhalb der saarländischen FDP an, die schon vor der Berufung Hügels zum Wirtschaftsminister aufgetaucht waren, nämlich statt des dornenreichen Wirtschafts- lieber das Innenressort für sich zu beanspruchen. Diese Erwägungen sind jetzt wieder aktuell, zumal für dieses Ressort die Freien Demokraten in ihrem Fraktionsvorsitzenden Mann sofort einen Kandidaten parat zu haben glauben.

In der Bonner Parteispitze jedoch wird dagegen Widerspruch erhoben. Dies, so wird gesagt, sehe nach einer Flucht der FPP vor den Problemen aus. Die Partei müsse sich stellen. Ein namhafter Kandidat von außerhalb der saarländischen Landespolitik soll schon konkret im Gespräch sein.

Sollten die Bemühungen scheitern und die Freien Demokraten tatsächlich auf das Innenministerium „umsteigen", müßte das gesamte Koalitionspaket zwischen CDU und FDP neu geschnürt werden. Ministerpräsident Zeyer hätte mit seinem bisherigen Finanzminister Professor Gerhard Zeitel sofort einen anerkannten Fachmann für Hügels Nachfolge bereit. Doch der Prestigeverlust für die FDP wäre anderthalb Jahre vor der Landtagswahl erheblich.





Mehr Absprache über Politik in Dritter Welt

BERNT CONRAD, Washington

In der Politik der Bundesrepublik gegenüber den Entwicklungsländern wollen sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und das Auswärtige Amt bemühen, durch engere Kooperation „in der Praxis ein Höchstmaß an Effizienz zu erreichen". Dies versicherte der Parlamentarische Staatssekretär im BMZ, Volkmar Köhler (CDU), auf dem Rückflug von San José (Costa Rica), wo er zusammen mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) an einer Konferenz der deutschen Botschafter in Zentralamerika und der Karibik teilgenommen hatte.

In Bonn war seit der Bildung der CDU/CSU/FDP-Koalition mehrfach der Eindruck entstanden, daß zwischen dem von Minister Jürgen Warnke (CSU) geleiteten BMZ und dem FDP-geführten Auswärtigen Amt bestimmte Aspekte der Entwicklungspolitik unterschiedlich bewertet würden: Dies galt besonders für die Haltung gegenüber Nicaragua und El Salvador. Der CDU-Staatssekretär bezeichnete die Beratungen in San José als „wichtig und wohltuend". Er zog daraus die Schlußfolgerung, daß man künftig stärker zusammenarbeiten sollte. Von seiten des Auswärtigen Amtes wurde Köhlers Ankündigung mit Nachdruck begrüßt.

Tatsächlich hat die Konferenz in Costa Rica in den beiden neuralgischen Punkten Nicaragua und El Salvador Leitlinien konzipiert, die von Genscher wie von Köhler übereinstimmend bejaht wurden. In bezug auf Nicaragua soll künftig der Weg politischer Konditionierung beschritten werden: Die Finanzhilfe für das sandinistische Regime wird nicht gestoppt, aber die inzwischen grundsätzlich freigegebenen 40 Millionen Mark aus dem Haushaltsjahr 1982/83 sollen so verwendet werden, daß die Projekte den ursprünglichen Zielen der sandinistischen Revolution (Blockfreiheit, Pluralismus, gemischte Wirtschaftsverfassung) entsprechen.

Was El Salvador betrifft, so hat die Bundesregierung die Wiederentsendung eines Botschafters schon grundsätzlich beschlossen. „Wir wollen die Entwicklung zur politischen Mitte fördern", sagte Köhler dazu. Bonn habe 27 Millionen Mark Finanzhilfe aus alten Zusagen freigegeben. 20 Millionen Mark sollen im Rahmen des Etats 1984 zur Verfügung gestellt werden. Konkrete Projekte dafür gebe es allerdings noch nicht. Der CDU-Politiker plädierte für die auch von Genscher vertretene Absicht, die Contadora-Gruppe (Kolumbien, Venezuela, Panama, Mexiko) als Friedensinstrument, aber ebenso als Ansatz für eine regionale Gruppierung nach dem Muster der südostasiatischen Staatengruppe Asean zu unterstützen.

Wie sich Hausbesetzer in Berlin heute sehen

Die Politik von Weizsäcker wird indirekt bestätigt

F. DIEDERICHS, Berlin

Ein unerwartetes, wenn auch hintergründiges Lob sprachen ausgerechnet jene Kreise dem Berliner CDU/FDP-Senat Richard von Weizsäckers zu, von denen die Politiker an der Spree in der Vergangenheit eher Steinwürfe als Anerkennung geerntet hatten. In einer erstmals erstellten Bilanz nach vier Jahren „Häuserkampf", dokumentiert in der alternativen „tageszeitung", bestätigt der harte Kern der Berliner Hausbesetzerszene bei einer selbstkritischen Aufarbeitung von „Erfahrungen und Fehlern" gleichzeitig die erfolgreiche Linie der Landesregierung, die unter Richard von Weizsäcker seit Juni 1981 die Zahl der illegal bewohnten Gebäude von über 200 auf nunmehr 54 verringerte.

Der in der „taz" von einer Gruppe sogenannter „autonomer Nichtverhandler" aus Kreuzberger Besetzerkreisen verfaßte Beitrag läßt zudem auch Rückschlüsse auf Motivation und Geisteshaltung innerhalb der „Szene" zu, die in dieser Deutlichkeit bisher nicht erkennbar waren.

Die Dokumentation, die beziehungsreich mit der selbstgestellten Frage „Ist Berliner Häuserkampf schon Geschichte?" beginnt, beweist, daß der Großteil der Besetzer nicht von politischen Motiven getragen wird, sondern von einem Antrieb, das die Besetzer selbst als „diffuses Gefühl" charakterisieren: „Viele besetzten ein Haus nach dem anderen und es war auch relativ einfach und risikolos, so daß sich die neuen Besetzer kaum Gedanken über die Konsequenzen machen mußten", heißt es in einem Rückblick auf die Zeit des SPD-Senats unter Hans-Jochen Vogel. Über die Motive in dieser Zeit, in der die meisten Neubesetzungen stattfanden, urteilen die Besetzer heute so:

„Schon Geschichte?"

„Nur wenige Menschen wollten mit ihren Aktionen bewußt eine revolutionäre Veränderung erreichen. Es fand wenig Auseinandersetzung über das, was wir wollten, statt. Das einzige was klar war: Häuser besetzen – zusammenleben – laßt die Leute frei."

„Laßt die Leute frei", der Slogan, mit dem die Besetzer immer wieder bei Krawallen ihre Forderung nach Freilassung inhaftierter Gewalttäter vorbrachten, sei in vielen Fällen nur propagiert worden, „um Verhandler abzublocken". Denjenigen, die Verhandlungen mit dem Senat und Sanierungsträgern über die Zukunft besetzter Gebäude erst nach einer Generalamnestie für alle „Genossen" beginnen wollten, sei es im Grunde zu keinem Zeitpunkt um konkrete Verhandlungen gegangen.

„Wir Nichtverhandler stellten uns vor, daß wir gegen jede Hausräumung Widerstand leisten und unsere Hauptanstrengung nur im Kampf gegen die Staatsmacht statt in Verhandlungen liegen muß", gibt dieser militante Kern der Bewegung heute offen zu. Wie auch den damals verfochtenen Grundgedanken: „Der Staat würde einige Schwierigkeiten haben, alles zu räumen, ohne einen Bürgerkrieg dabei zu riskieren." Heute demaskieren sich die Besetzer erneut: „Unser Fehler war, daß wir allein strategisch, militärisch gedacht haben."

„Frust und Drogen"

Die Zeit nach dem Amtsantritt des Weizsäcker-Senats und die konsequente Ausführung der „Berliner Linie" durch Innensenator Heinrich Lummer (CDU) – Räumung nur im Falle gescheiterter Verhandlungen oder bei einer kriminellen Fluchtburg – ließen manchem Besetzer zwar Luft, was die Unsicherheit noch vergrößerte: „In dieser Ruhezeit ließ sich unser Feind nicht mehr so oft blicken und schweißte uns nicht mehr so zusammen" – die Absicht des Senats und der Polizei, auf provozierte Eskalationen nicht einzugehen, zeigte Erfolge. Sie sorgte für eine Besetzer-Mentalität, die heute so charakterisiert wird: „Da es in den Häusern nicht mehr so toll war, stellte sich für viele auch das Risiko, das sie eingingen, in Frage. Die vor kurzem noch starke Bewegung ging in Frusts und Drogen langsam unter."

Vertragsabschlüsse über eine legale Nutzung der besetzten Gebäude seien später in einer „Rette-sich-wer-kann-Stimmung" erfolgt, der Häuserkampf selbst sei bis auf wenige Häuser „gestorben". Die Taktik des Senats, „nur soviel zu räumen, daß die Wut nicht kollektiv ausbricht", habe die Bewegung handlungsunfähig gemacht.

Über die derzeitige Situation in der Hausbesetzerszene urteilen die Autoren: „Bewegung gibt es schon lange nicht mehr, anstelle der Euphorie ist der alltägliche Kampf und auch Nerv getreten."

„Staatsgrenze bleibt gesichert"

Wie die SED Funktionären den Abbau von Todesautomaten erklärt

gko./DW. Bonn

Die Einschätzung maßgeblicher Politiker in Bonn, daß die innerdeutsche Demarkationslinie auch nach dem Abbau von Todesautomaten des Typs SM 70 nicht menschlicher werde, wird durch jetzt bekanntgewordene Äußerungen von SED-Funktionären gestützt. Auf Funktionärskonferenzen in mehreren Kreisen und Bezirken der „DDR" wird offen erklärt, daß die „Staatsgrenze West weiterhin umfassend gesichert" wird.

Auf der unteren und mittleren Führungsebene des SED-Parteiapparats hatten die Nachrichten über die Demontage von Todesautomaten zu heftigen Diskussionen geführt. Sie hatten ihre Ursache offensichtlich in der, wie üblich, fehlenden Information von Parteiseite über die Vorgänge.

Auf Kreis- und Bezirksebene wurde nach sicheren Informationen aus Mitteldeutschland deshalb die Frage aufgeworfen, ob ein Abbau des „Sicherungssystems an der Staatsgrenze West" nicht dazu führen könnte, daß „irregeleitete und politisch nicht gefestigte Bürger in völliger Verkennung der Lebensumstände in der BRD" die „DDR" verlassen. Im Kreis Dresden-Stadt, in Görlitz-Land und im Stadtbezirk Magdeburg wurde sogar besorgt gefragt, ob es nicht wieder zu einer Situation wie vor 1961 kommen könne, „wo der Klassenfeind mit allen Mitteln volkswirtschaftlich wichtige Kader abgeworben hat, um die DDR zu schädigen".

Wie aus den Berichten aus Mitteldeutschland ferner hervorgeht, wurden die fragenden Genossen darüber aufgeklärt, daß kein Anlaß zur Besorgnis bestünde. Dabei wurde nicht darauf eingegangen, daß die Parteimitglieder die Informationen über Veränderungen am Sicherungssystem nur von westlichen Rundfunkstationen haben konnten; in der „DDR" war der Abbau von Selbstschußanlagen bislang offiziell nicht bekanntgegeben worden.

Auf einer Parteiversammlung im Kreis Görlitz-Land wurde erklärt: „Die Staatsgrenze West wird weiterhin umfassend gesichert. Es handelt sich hier nur um eine taktische Veränderung. Genossen, wir können sogar von einer Verbesserung sprechen." Während eines Gesprächs mit Parteisekretären verschiedener SED-Kreisleitungen im SED-Bezirksbüro Magdeburg hieß es ebenfalls: „Das neue Grenzsicherungssystem ist effizienter als die bisherigen Sicherungsmaßnahmen."

Staatsminister Philipp Jenninger vom Bundeskanzleramt griff in einem gestern veröffentlichten „Quick"-Interview die Skepsis in großen Teilen der deutschen Bevölkerung auf. Jenninger warnte davor, in Euphorie zu verfallen. „Wir haben nicht etwa den Durchbruch erreicht", räumte der Staatsminister ein. „Die Mauer und die Grenze sind nach wie vor da. Der Übertritt ist immer noch lebensgefährlich, und er ist nicht leichter geworden." Bis zur Stunde, so wurde der CDU-Politiker in dem von dem Magazin vorab verbreiteten Interview-Text zitiert, könne außerdem niemand sagen, ob die Selbstschußanlagen vielleicht „nicht durch etwas anderes ersetzt" werden.

Den Abbau der Schießautomaten bewertete Jenninger als „ein Stück Abbau von Unmenschlichkeit". Der Staatsminister: „Das geht also auf unsere Gespräche über den Kredit zurück. Das hat nicht irgend jemand erfunden, der sich jetzt diesen Erfolg um den Hals hängen will". Allerdings gebe es keinen Vertrag über Leistung und Gegenleistung, „sondern wir haben die Hand ausgestreckt und Vertrauen gegen Vertrauen angeboten." Jetzt sei die Führung der „DDR" an der Reihe. Offenbar habe sie das Zeichen aus Bonn verstanden, fügte der enge Mitarbeiter von Bundeskanzler Helmut Kohl hinzu.

Jenninger rechnet allgemein damit, daß Ost-Berlin nach dem Abbau von Todesautomaten an der innerdeutschen Grenze zu weiteren Gegenmaßnahmen bereit ist. Er nannte zugleich weitere Forderungen, die von der Bundesregierung gegenüber der „DDR" erhoben werden: Abbau der Schikanen an den Grenzübergängen, Herabsetzung des Reisealters und Senkung des Mindestumtausches. Bislang hat sich die „DDR" nur zur Befreiung von Kindern bis zu 14 Jahren vom Mindestpflichtumtausch bereit gefunden.

FDP Frankfurt: Einmütig gegen SPD

Auch wechselnde Mehrheiten für Börner werden ausgeschlossen

Nea. Frankfurt

Nimmt man Frankfurt als Spiegel der Stimmung in der hessischen FDP, dann sind Zweifel an der Haltung gegenüber Holger Börner und der SPD-Regierung nicht mehr erlaubt. Auf einer Mitgliederversammlung des FDP-Kreisverbands Frankfurt (früher eher eine Bastion des linken Parteiflügels) erwies sich, daß nicht nur die Parteispitze, sondern auch die Basis ein neues Bündnis mit der SPD einmütig ausschließt.

Natürlich gab es in der Diskussion einige interessante Nuancen. Aber die Entschlossenheit, darüber keinen neuen Streit aufkommen zu lassen, überwog so sehr, daß sich schon nach gut anderthalb Stunden niemand mehr zu Wort meldete.

Drastisch wie immer drückte sich der Kreisvorsitzende Christian Zeis aus. Falls es noch „ein paar Augenzwinkerer" geben sollte, müsse denen gesagt werden, daß „hier nicht mehr gezaubert, gezappelt oder gewackelt wird, und zwar für vier Jahre". Sonst sehe er sich nicht mehr in der Lage, diese Partei zu vertreten.

Aber auch Wolfgang Mischnick, aus Bonn herbeigeeilt, brauchte hier niemand mehr einzuschwören. „Ich bin sehr froh", sagte er, und Beifall gab ihm recht, „daß der Landesvorstand schon in der Wahlnacht gesagt hat, daß eine Koalition SPD–FDP nicht in Betracht kommt. Wer uns noch kurz vorher aus dem Landtag heraushaben wollte, kann jetzt nicht Freudentränen darüber erwarten, daß ein Angebot kommt."

Die Verratskampagne der SPD habe tiefe Gräben aufgerissen. Dies unterscheide die Lage in Hessen von der in Berlin: „Das pflege ich Leuten zu sagen, die darauf hinweisen, daß die FDP ja schon einmal staatserhaltend gewirkt habe."

Mischnick schließt aber genau wie die CDU auch wechselnde Mehrheiten für Börner aus. Die FDP dürfe sich hier nicht gegen die CDU ausspielen lassen. Aber einen praktischen Vorschlag bot der Bonner Spitzenpolitiker dann doch. Man könne eventuell, ohne den ganzen Landeshaushalt 1983 passieren zu lassen, gemeinsam mit SPD und CDU dafür sorgen, daß die brachliegenden 300 Millionen Mark für Investitionen schon Ende Oktober freigegeben werden.

Spannung kam auf, als Landesschatzmeister Klaus von Lindeiner, bis zuletzt ein Anhänger der sozialliberalen Koalition, ans Mikrofon trat. Aber auch er bot nicht den geringsten Anhaltspunkt für Widerspruch. „Völlig undenkbar" sei eine nochmalige Neuwahl. Man müsse jetzt vier Jahre mit diesem Ergebnis leben. Eine Zusammenarbeit SPD–CDU–FDP sei „sicher eine denkbare Möglichkeit". In der Frage der Haushaltssanierung müsse die FDP fest bleiben, da biete die Union in Bonn ein „jammervolles Bild".

Wo des Redners persönliche Sympathien liegen, wurde am Rande klar: „Mir ist es immer noch lieber, daß bei dieser Wahl die Börner-Seite gestärkt wurde, als wenn es die Grünen oder der SPD-Flügel, der mit ihnen sowieso zusammenarbeiten will, gewesen wären."

Berlin: Neues Programm für Arbeitsmarkt

F. D. Berlin

Vor dem Hintergrund einer im Vergleich zum Vorjahr um 12 Prozent gestiegenen Arbeitslosigkeit, hat gestern der Berliner Senat ein langfristiges neues Arbeitsmarkt- und Strukturprogramm beschlossen. Das Konzept des CDU-FDP-Senats sieht für die kommenden fünf Jahre zunächst Investitionen im Beschäftigungsbereich in Höhe von 87 Millionen Mark vor. Von ihnen wird sich eine wirtschaftliche Bindung von nahezu einer halben Milliarde Mark versprochen.

Das neue Strukturprogramm soll auf die Erneuerung der wirtschaftlichen Substanz der Stadt abzielen, anstatt wie in der Vergangenheit „veraltete Arbeitsplätze künstlich zu erhalten". So soll eine spezielle Projektgruppe systematisch wirtschaftliche „Wachstumsfelder" in Berlin ausfindig machen. Forschungs- und Industriebetriebe will der Senat verstärkt zusammenführen.

Besondere Aufmerksamkeit fällt der Bauwirtschaft zu, in der durch Verwaltungserleichterungen und weitere Förderung von Instandsetzungsprojekten zusätzliche Investitionen in Höhe von 250 Millionen Mark auf seiten der Bauwirtschaft angeregt werden sollen.

Bekennerbrief zu Anschlag in Berlin

F. D./uu, Berlin

Zu dem Sprengstoffanschlag auf das Haus des Chefredakteurs der „Berliner Morgenpost", Johannes Otto, hat sich gestern in Berlin in einem Schreiben an die Deutsche Presse-Agentur (dpa) eine anonyme Gruppe bekannt; der Brief war mit einem schwarzen Stern gekennzeichnet. Der Leiter des Berliner Staatsschutzes erklärte auf Anfrage, das Stern-Symbol werde häufig von den terroristischen „Revolutionären Zellen" verwendet. Diese hätten aber bisher Bekennerbriefe immer auch namentlich unterzeichnet. Dies sei im vorliegenden Brief nicht der Fall gewesen.

Die anonymen Unterzeichner behaupteten in ihrem Brief, in der gleichen Nacht die Wohnungen zweier „Morgenpost"-Redakteure „besucht" zu haben. Der Staatsschutz teilte dazu mit, daß die Redakteure zur Zeit im Urlaub sind und eine Untersuchung der Wohnung nur von außen möglich gewesen sei. Man habe, so der Staatsschutz, keinerlei Spuren gefunden und auch keinen Sprengstoff.



„Das Bild der SPD wird zunehmend verschwommen und widersprüchlich"

Professor Kaiser fordert vor Seeheimer Kreis Klarheit über Standpunkt der Partei

PETER PHILIPPS, Bonn

„Klarheit über den Standpunkt der Sozialdemokratie" hat der Bonner Politikwissenschaftler Karl Kaiser gefordert. Die derzeitige „Zerfaserung des außen- und sicherheitspolitischen Profils untergräbt die politische Glaubwürdigkeit und wird die Opposition zum Dauerschicksal der SPD machen." Die „harten Racheakte von Parteigremien gegen Vertreter eines prowestlichen Kurses" in der SPD hätten eine „lähmende Demoralisierung ausgelöst". Es sei auch für die Zukunft der Partei „katastrophal, in den Spitzengremien Vertreter zu haben, die gleichzeitig für und gegen die NATO-Mitgliedschaft" der Bundesrepublik Deutschland einträten.

*Kaiser ist einer der sozialdemokratischen Professoren, die bereits gleich nach der verlorenen Bundestagswahl eine kritische Bestandsaufnahme der SPD vorgelegt hatten. Der Friedensforscher und ehemalige Dozent der Harvarduniversität legte jetzt seine Gedanken über „Prioritäten sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik" vor dem „Seeheimer-Kreis" dar, einem Zusammenschluß von Sozialdemokraten des Mitte-Rechts-Spektrums der SPD. Er sprach davon, daß die „Politik des jahrelangen Sowohl-Als-auch in der Außen- und Sicherheitspolitik das Bild der SPD zunehmend verschwommen und widersprüchlich" habe werden lassen.

„Dafür und dagegen"

Die „Zerfaserung" des außenpolitischen Profils sei mittlerweile so weit fortgeschritten, „daß Christdemokraten sich keine phantasievolle Gegenargumentation mehr einfallen lassen müssen: Sie zitieren die Partei und ihre Mitglieder einfach gegen sich selbst – seien dies Lobpreisungen der Friedensliebe Breschnews, die moralische Diffamierung des Wehrdienstes oder die Propagierung des NATO-Austritts". Man könne heute mit „trefflichen Zitaten sozialdemokratischer Politiker in einer Frage gleichzeitig dafür und dagegen sein".

Kaiser kritisiert, daß das öffentliche Bild der Partei „von schrillen Eiferern und denjenigen" geprägt werde, „die das Raketenthema verabsolutiert haben, und nicht von der sachlichen und nüchternen Mehrheit und ihren Repräsentanten". Das Schweigen der Parteiführung habe im Laufe der Jahre „Tatbestände geschaffen, die das Gesamtbild der SPD verschoben haben". Wenn sich heute „einige Sozialdemokraten in leitenden Positionen" auf eine angebliche Basisbewegung beriefen, zögen sie damit oft nur die „letzte Konsequenz aus ihrer mangelnden Führung". Gerade weil die jetzige Diskussion von Ängsten und Verengungen geprägt sei, müsse eine politisch verantwortliche Partei nüchtern bleiben und unangenehme Wahrheiten auch aussprechen.

Aber die Sozialdemokratie habe in den siebziger Jahren, in der Zeit ihrer Bonner Regierung, die „ideologische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und seiner Unterdrükkung von Menschenrechten in den Hintergrund" treten lassen. Wenn sie an dieser Stelle nicht Korrekturen anbringe, warnt Kaiser, „droht sie ihre traditionelle Aufgabe der Erhaltung der Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung aufzugeben". Dies bedeute kein Plädoyer für einen „irrationalen antikommunistischen Feldzug". Denn trotz der Entspannungspolitik sei „weder der Gegensatz zwischen repressivem Kommunismus und freiheitlicher Demokratie noch zwischen der expansiven Machtpolitik der Sowjetunion und dem Status-quo-orientierten westlichen Bündnis aufgehoben".

Die von dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt eingeleitete Ost- und Deutschlandpolitik sei zwar richtig gewesen. Aber sie habe auch unbeabsichtigte und damals nicht übersehbare Folgen gehabt: „Die traditionelle Funktion der Sozialdemokratie als ideologischer Gegner des freiheitsfeindlichen Kommunismus trat in den Hintergrund. In den siebziger Jahren war dies für die Partei kein Thema mehr." Vielmehr sei eine junge Generation aufgewachsen mit einem neuen Bild der Ost-West-Beziehungen, „in dem das Problem der Freiheitseinschränkung, Repression und Menschenrechtsfrage in kommunistischen Regierungssystemen ausgeklammert war".

Bahr scharf attackiert

Vor allem Egon Bahr wird namentlich von Kaiser scharf attackiert: Wenn man wie Bahr die „Freiheit und Menschenrechte einem absoluten Friedensbegriff" unterordne, bedeute dies, daß „die sozialdemokratische Unterstützung von Verteidigung und Bundeswehr zurückgezogen" werden müßte. Und: „Äquidistanz von beiden Weltmächten ist der Anfang vom Ende deutscher und westeuropäischer Sicherheit. Wenn Egon Bahr den Kampf um den Frieden als einen Kampf gegen die Hegemoniemächte bezeichnet, dann verkennt und verwischt er die reale Basis westeuropäischer Sicherheit. West-Berlin kann nur frei bleiben, weil Amerikaner in Deutschland und zu Hause dafür mit ihrem Leben bürgen."

Hier liege der Ursprung für das mangelnde Problemverständnis im Bereich von Freiheit und Menschenrechten, das in der jetzigen Diskussion unter vielen jüngeren Deutschen und Sozialdemokraten zu finden sei. Von hier gehe „jene merkwürdige und insbesondere von westeuropäischen sozialdemokratischen Freunden mit Unverständnis zur Kenntnis genommene Ausblendung Osteuropas aus der Menschenrechtsdiskussion der Sozialdemokraten aus".

Die „Big Seven" angelten sich ihren Widersacher aus dem Hause Blüm

PETER JENTSCH, Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) rang sich am vergangenen Wochenende während der 20. Bundestagung der CDA-Sozialausschüsse in Münster zu einem halbherzigen Dementi durch: „Ich weiß davon nichts; zu einer Trennung gehören immer zwei." Wer sich da von wem trennen will, wurde bislang allenfalls als Gerücht gehandelt – jetzt ist es amtlich: Albert Holler, Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung Gesundheit und Krankenversicherung im Bundesarbeitsministerium, will das Haus, dem er seit 1969 angehört, verlassen.



Der Erfinder der Negativliste: Ministerialdirektor Albert Holler FOTO: JUPP DARCHINGER

Das Haus, in dem der 54jährige unter Ex-Arbeitsminister Walter Arendt (SPD) Karriere machte und in dem er Ex-Arbeitsminister Herbert Ehrenberg (SPD) wie seinem Nachfolger Heinz Westphal (SPD) auf die gesundheitspolitischen Sprünge half. Am 1. Januar 1984 – der Vertrag ist unterschrieben – wird Albert Holler seine neue Stellung als Hauptgeschäftsführer der Medizinisch Pharmazeutischen Studiengesellschaft e. V. (MPS) in Mainz antreten. Und das ist nicht ohne Brisanz.

Denn: Diese Gesellschaft, 1961 von den „Big Seven", den sieben umsatzstärksten beziehungsweise führenden forschenden Unternehmen der Pharmaindustrie gegründet (Bayer AG, C. H. Boehringer Sohn, Boehringer Mannheim GmbH, Hoechst AG, Knoll AG, E. Merck, Schering AG), hat sich laut Satzung folgendes Ziel gesetzt. Sie will „durch wissenschaftliche Studien und Veranstaltungen zum einen die Bedeutung medizinisch-pharmazeutischer Forschung für die Arzneimittelherstellung und -therapie und zum anderen ihre vielfältigen Wechselbeziehungen zu allen Bereichen des Gesundheitswesens verdeutlichen". Die MPS, so heißt es weiter, setzt sich „für eine sachgerechte Arzneimittelinformation für Arzt, Apotheker und Patient ein, die in der Verantwortung des Herstellers liegt".

Dieser Aufgabenstellung entspricht die bisherige Besetzung der Hauptgeschäftsführung: Professor Hans Rüdiger Vogel, heute Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie (BPI), leitete die MPS von 1976 bis 1980. Vogel ist Mediziner. Ihm folgte (bis heute) Professor Hellmuth Kleinsorge, Internist und zudem Fachmann für klinische Pharmakologie. Kleinsorge wird – trotz seines noch zwei Jahre laufenden Vertrages mit der MPS – geopfert und zum 1. 1. 84 die Leitung der Paul-Martini-Stiftung (PMS) übernehmen, die er bisher in Personalunion innehatte. Die PMS wurde ebenfalls von den „Big Seven" als Wurmfortsatz der MPS gegründet, mit dem Ziel, „jüngeren Wissenschaftlern einen Stipendienaufenthalt an international anerkannten Kliniken und Instituten zur Förderung der klinischen Pharmakologie zu ermöglichen". Diese Aufgabe erledigt man in der Tat nebenbei. „Nebenbei" wurde auch die Berufung Albert Hollers erledigt, und zwar so „nebenbei", daß die schnelle Berufung für MPS-Vorstandsmitglied Curt Engelhorn, hauptberuflich geschäftsführender Gesellschafter von Boehringer Mannheim, „überraschend" kam.

„Überraschend" kam die Berufung auch für die Branche. Denn immerhin: Holler, engagierter Sozialpolitiker mit langer Vergangenheit beim DGB, hatte während der sozial-liberalen Koalition als gesundheitspolitischer Vordenker der SPD den Medizinbetrieb zum Aderlaß für die Sozialversicherung und ihren finanzpolitischen Verschiebebahnhof erkoren. Sein Feindbild Nr. 1: Ärzte und Zahnärzte. Die „K-Gesetze" wie etwa das Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz gehen auf sein Konto; mit ihnen wurden Ärzte und Zahnärzte domestiziert, es folgten Honorarstillhalteabkommen, Senkung der Beiträge zur Krankenversicherung und daraus folgend freie Finanzmassen zur Finanzierung der Renten-Arbeitslosenversicherung. Hollers Werk, nicht das von Ehrenberg oder Westphal.

Hollers Feindbild Nr. 2: Die Pharmaindustrie. Er erfand die Negativliste, die die Verordnung von Medikamenten zur Behandlung von geringfügigen Befindlichkeitsstörungen wie etwa Reise- oder Erkältungskrankheiten auf Kassenrezept ausschloß. Er wollte sogar „Positiv-Listen" einführen, die die Therapie mit Arzneimitteln transparent und Preisvergleiche möglich machen.

Dann kam die Wende in Bonn, die Koalition der Mitte. Mit ihr sah Holler in seiner Aufgabe keine Zukunft mehr. Das ist durchaus legitim. Blüm wollte ihn dennoch halten – auch gegen das Votum von Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion. Denn Blüm wußte, in seiner Fraktion gibt es weit und breit keinen Fachmann wie den gelernten Bankkaufmann Holler.

Doch der Mann, den Ärzte und Zahnärzte, Pharmaindustrie und Apotheker aufgrund seiner Kompetenz, seiner Machtfülle und seiner Analysis fürchteten, hatte sich voM Saulus zum Paulus gewandelt. Er verhinderte bis heute die von Blüm und seinem Staatssekretär Heinrich Franke favorisierte Ausweitung der Negativliste. Er hat vergessen, daß er einst für eine Krankenversicherungs-Struktur-Reform plädierte, die die Einheitsversicherung zum Ziel hatte.

Und dieser Mann ist nun von den „Big Seven" der Pharmaindustrie „gekauft". Ein loyaler Diener dreier SPD-Minister, ihr Vordenker zugleich. Alles vergessen? Daß er sich „vom Saulus zum Paulus gewandelt hat, möcht' ich hoffen", sagte Curt Engelhorn der WELT. „Wir müssen die Aufgaben der MPS erweitern. Es ist nicht mit Studien getan, deren Aussagen müssen beim Gesetzgeber ankommen. Das ist eine Frage der Umsetzung. Da ist Holler der richtige Mann."

Ist er das? Mal abgesehen davon, daß die politische Umsetzung der MPS-Studien bisher eine Aufgabe des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie war (BPI-Chef Professor Vogel: „Hollers Berufung ist ein Affront gegen mich"), stellt sich die Frage, was sich die drei Initiatoren der Berufung Hollers, Hubertus Liebrecht (Boehringer Sohn), Professor Blekert (Knoll AG) und Sieghart von Arnim (E. Merck) von diesem Mann versprechen.

Curt Engelhorn sieht's so: „Wir sind eine ‚high technology industry', wir müssen forschen, wenn uns nicht die USA, Japan, England und die Schweiz den Rang ablaufen sollen. Die Forschung kostet uns 1 Prozent unseres Umsatzes, 25 Prozent insgesamt, weil wir neue Produkte auch verkaufen müssen. Dem steht die Politik der Kassenfunktionäre entgegen. Ihnen müssen wir das Wasser abgraben, da soll uns Holler helfen."

Insider rechnen anders: Die pharmazeutische Großindustrie rechne nicht damit, daß die Koalition aus CDU/CSU und FDP die nächste Bundestagswahl besteht. Holler, der zur Zeit an einem neuen gesundheitspolitischen Programm des DGB mitarbeitet, gewährleiste dann beste Verbindungen zu den in diesem Fall politisch relevanten Kräfte – möglicherweise auf Kosten der mittelständischen Pharmaindustrie bei einer Bereinigung des Arzneimittelmarktes.

„Nein zur Nachrüstung schon Absage an NATO"

Geißler: SPD nutzt den Interessen Moskaus

MANFRED SCHELL, Bonn

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler befürchtet, daß nach einer Entscheidung in der Nachrüstungsfrage jene Kräfte in der SPD Auftrieb erhalten werden, die den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO fordern. In einem Gespräch mit der WELT sagte Geißler, im Grunde genommen bedeute „das Nein der SPD zur Nachrüstung bereits eine Absage an die NATO". Denn eine Abkehr vom NATO-Doppelbeschluß würde zu einem Bruch des Bündnisses führen, und „die NATO würde niemand mehr ernst nehmen". Im Hinblick auf den SPD-Bundesparteitag im November und die dortige Beschlußfassung zur NATO-Sicherheitspolitik meinte der CDU-Generalsekretär, die SPD-Politiker Schmidt und Apel würden dort mit ihren Auffassungen „nur noch Spurenelemente" darstellen.

Geißler wiederholte den Vorwurf, die SPD nütze mit ihrem Standpunkt zum NATO-Doppelbeschluß den Interessen Moskaus. Sie benutze „Argumente der Sowjetunion", um ihr Nein zu begründen. „Wenn Gromyko behauptet, die USA sind nicht an einem Erfolg in Genf interessiert, dann glauben das nur wenige. Wenn aber die SPD dasselbe zur Begründung ihrer Haltung sagt, dann hat das Wirkung."

Die Diskussion über die Sicherheitspolitik der NATO sei bei vielen durch eine Verwirrung der Begriffe und Werte gekennzeichnet, sagte Geißler. Dies gelte auch für einen Teil der Berichterstattung in öffentlich-rechtlichen Medien. Als ein Beispiel dafür nannte der CDU-Politiker, daß ungeachtet des Abschusses eines Jumbos durch die Sowjetunion und des Todes von 169 Menschen „SPD-Politiker amerikanische Kasernen umlagern. Den Leuten wird angst gemacht, nicht vor real existierenden sowjetischen Raketen, sondern vor Raketen des Westens, die es noch gar nicht gibt".

Außerdem sei der Begriff „Nachrüstung" mißverständlich. Der Westen nehme für jede neue Pershing-2-Rakete eine alte Rakete dieses Typs weg. Insofern müsse korrekterweise von einer Modernisierung als Antwort auf die sowjetische Überrüstung gesprochen werden. Geradezu unglaublich sei die Aussage des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, eine Realisierung des NATO-Doppelbeschlusses würde zur „Nach-Nach-Rüstung" und somit zur Stationierung der sowjetischen SS 21 führen. Geißler: „Brandt weiß genau, daß Moskau schon jetzt beginnt, diese Waffen zu stationieren."

Die augenblicklichen Schwierigkeiten in der Diskussion über die Nachrüstung seien auch darauf zurückzuführen, daß die SPD in den Zeiten ihrer Regierung die Bevölkerung in der Frage der Sicherheitspolitik „führungslos gelassen hat". Geißler: „Auch das gehört zur Erblast, die wir übernommen haben." Aber ungeachtet dieser Debatten stünden Bundeskanzler Helmut Kohl und das Kabinett uneingeschränkt zum NATO-Doppelbeschluß. Die Bundesregierung werde im Lichte der Ergebnisse von Genf „ihre Pflicht tun" und den NATO-Doppelbeschluß erfüllen. Dazu gehöre auch die Stationierung der Pershing 2, sagte Geißler. Schließlich sei auch die Bundestagswahl vom 6. März eine klare Legitimation der Mehrheit der Bundesbürger für den NATO-Doppelbeschluß und ein eindeutiges Ja zur westlichen Allianz. Der innenpolitische Gegner habe kein Recht, so betonte Geißler, die Legitimation der Bundesregierung für die Nachrüstung zu bestreiten.

Im Hinblick auf das Verhältnis zur „DDR" vertrat Geißler den Standpunkt, man müsse noch abwarten, ehe eine „zuverlässige Bewertung" der Vorgänge an der Demarkationslinie einschließlich des Abbaus von Todesautomaten vorgenommen werden könne. Dieser Abbau sei jedenfalls aus seiner Sicht „kein Akt der Humanisierung". Aber ein „verändertes Verhalten" im Schußwaffengebrauch gegenüber Flüchtlingen, also die Aufhebung oder Aussetzung des Schießbefehls, hätte für ihn Bedeutung. Die Gegenleistungen der „DDR" für den Milliardenkredit seien noch „nicht abgedeckt". Er gehe davon aus, daß der „Prozeß" der Gegenleistungen Ost-Berlins „noch nicht abgeschlossen ist". Neue Kredite, so erklärte Geißler, „stehen zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt außerhalb jeder Diskussion".

Aquinos Bruder begrüßt die US-Entscheidung

AP, Manila

Die politische Opposition der Philippinen hat die Absage des für November geplanten Besuchs von US-Präsident Reagan am Dienstag offenbar vorwiegend mit Befriedigung aufgenommen. Erst in zweiter Linie erweist sich, daß die Freude über die Entscheidung nicht ganz ungetrübt ist: Einige Regimekritiker fürchten nun ein unnachgiebigeres Durchgreifen der Regierung von Präsident Marcos gegen die über den Mord an dem Oppositionspolitiker Benigno Aquino empörten Regime-Gegner. Marcos stehe jetzt nicht mehr unter dem Druck, im Interesse eines harmonischen Ablaufs des Reagan-Besuchs zumindest bis zu diesem Zeitpunkt Wohlverhalten an den Tag zu legen.

Butz Aquino, der Bruder des ermordeten Oppositionspolitikers, versicherte: „Wir werden den amerikanischen Präsidenten, wenn sich die Dinge normalisiert haben, bestimmt wieder einladen." Er freue sich über Reagans Distanzierung vom Marcos-Regime.

Handelsprotokoll China–Albanien

AFP, Peking

Die Volksrepublik China und Albanien haben gestern formell wieder Wirtschaftsbeziehungen aufgenommen: solche Kontakte waren 1977 in der Folge des ideologischen Streits abgebrochen worden. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Neues China unterzeichneten der stellvertretende chinesische Außenhandelsminister Chen Jie und der stellvertretende albanische Handelsminister Patjim Ajazi zwei Handelsprotokolle. Sie sehen den Export von Baumwolle, Ersatzteilen, Reifen und Chemieprodukten nach Albanien und den Import von albanischem Chrom und Kupferdraht vor. Der erste Peking-Besuch eines stellvertretenden albanischen Handelsministers war durch Sondierungsgespräche vorbereitet worden, die Vertreter des chinesischen Außenhandelsministeriums im Frühjahr 1983 in Tirana geführt hatten.

In der zuvor mehr als 20 Jahre währenden Bündnispolitik zwischen beiden Ländern hatte China nach eigenen Angaben Albanien Wirtschaftshilfe im Wert von über fünf Milliarden Dollar gewährt. Sie kam vorwiegend Großprojekten zugute.

Reagan sagt den Besuch bei Marcos wegen der Unruhen in Manila ab

Auch Visiten in Indonesien und Thailand verschoben / Neuer Termin im Frühjahr?

TH. KIELINGER, Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat seine für November geplante Asien-Reise drastisch gekürzt: Von der ursprünglich fünf Länder umfassenden Besuchstour sind jetzt die Philippinen (Manila), Indonesien (Jakarta) und Thailand (Bangkok) gestrichen worden, so daß nur noch Südkorea und Japan als Zielorte der Präsidentenreise übrigbleiben.

Als offizielle Begründung wurde im Weißen Haus angegeben, der Kalender der parlamentarischen Aktivitäten im Kongreß enthalte gerade für November wichtige Daten wie die MX-Debatte und Entscheidungen über Wirtschaftsprogramme, die der Präsident auf keinen Fall versäumen wolle. Seine (Reagans) Anwesenheit in Washington sei für den Erfolg der Regierungsentwürfe unerläßlich.

Als eigentlich ausschlaggebender Grund für die Verkürzung der Reise gilt: Die Präsidenten-Berater sind zu dem Schluß gekommen, daß ein Besuch Reagans auf den Philippinen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht empfehlenswert ist. Einmal scheint die Sicherheit des Präsidenten angesichts sich täglich steigernder Unruhen auf den Philippinen nicht gewährleistet. Andererseits hält das Weiße Haus es für ratsam, sich mit dem immer unpopulärer werdenden philippinischen Präsidenten Marcos nicht zu stark zu identifizieren.

Auf den Philippinen unterhalten die USA mit dem Seestützpunkt Subic Bay und dem Luftwaffenhauptquartier Clark Air Base zwei ihrer wichtigsten Basen im Westpazifik überhaupt. Die Allianz mit den Philippinen darf also keinesfalls, welche Gruppe auch immer in Manila herrscht, aufs Spiel gesetzt werden.

Diplomatisch wäre es einem Affront gleichgekommen, nur Marcos und Manila vom Besuchsprogramm Präsident Reagans auszuklammern. Daher schloß man die Philippinen, Indonesien und Thailand zu einer Gruppe zusammen und verschob die Reise in diese Länder auf einen späteren Zeitpunkt. Manila steht somit nicht als Einzelfall ausgesondert da, sondern auch in zwei anderen Hauptstädten bedauert man das Ausfallen des Präsidentenbesuches. Der stellvertretende Stabschef des Weißen Hauses, Michael Deaver, war bereits in der vergangenen Woche nach Asien geflogen, um in den drei betroffenen Ländern persönliche Entschuldigungsschreiben Ronald Reagans zu überreichen. Er erläuterte, daß der Präsident seinen Entschluß „schweren Herzens und mit Bedauern" gefaßt habe.

Da der amerikanische Präsident im April nächsten Jahres nach China reist, ist es nicht ausgeschlossen, daß die jetzt ausgefallenen Besuche in Manila, Jakarta und Bangkok in die Planung für Reagans Peking-Besuch einbezogen werden.

Foot tritt ab mit Attacken auf die Gegner

FRITZ WIRTH, Brighton

Mit einer aggressiven, aber kaum staatsmännischen Rede hat der bisherige Labour-Parteichef Michael Foot gestern in Brighton die britische politische Szene verlassen. Es war der tragische Abgang eines Mannes, der mit der Bürde dieses Amtes überfordert war und in seiner letzten großen Parteitagsrede auf beklemmende Weise den Vorwurf der Inkompetenz bestätigte, die ihm seine Kritiker in den letzten Monaten anlasteten.

Sein Auftritt hatte starke Akzente einer unzeitgemäßen Wahlrede. Es war nicht so sehr eine Analyse der Versäumnisse und Fehler, die zur katastrophalen Wahlniederlage des 9. Juni führte, sondern eine altvertraute Abrechnung mit den politischen Gegnern. „Ich bin tief beschämt", sagte er, „daß wir am 9. Juni das Schicksal dieses Landes in die Hände dieser Regierung gelegt haben", und sprach von der „barbarischen Art", in der diese Regierung die Armen in Großbritannien behandele.

Ähnlich scharf verurteilte Foot jene ehemaligen Labourmitglieder, die zu den Sozialdemokraten übergelaufen sind. Er nannte sie „Verräter" und griff besonders den neuen SDP-Parteichef David Owen wegen dessen Hinwendung zur freien Marktwirtschaft an. Das Versagen dieses Systems sei besonders in den letzten Jahren mit wachsender Arbeitslosigkeit offenbar geworden. Es gebe deshalb für die britische Labour Party keinen Grund, vom Pfad des demokratischen Sozialismus abzugehen.

Foot lehnte scharf jede Art nuklearer Nachrüstung ab. Er prophezeite, daß die Stationierung von Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern die künftige Chance von Abrüstungsvereinbarungen „endlos erschweren" werde und setzte sich wie schon seit über 25 Jahren für einseitige Abrüstung ein. Zugleich jedoch weigerte er sich, für die letzte Wahlniederlage irgendeine Verantwortung zu übernehmen.

Wenige Stunden zuvor fiel eine wichtige Entscheidung zugunsten des Foot-Nachfolgers Neil Kinnock, als bei der Wahl des neuen Parteivorstandes der Versuch der radikalen Parteilinken fehlschlug, die Kontrolle über dieses Gremium zu gewinnen. Diese sogenannte „harte Linke" gewann in diesem 29köpfigen Vorstand zwar einige neue Sitze, ohne jedoch eine absolute Mehrheit zu erringen. Das bedeutet, daß Neil Kinnock zusammen mit der gemäßigten Linken und Mitgliedern des rechten Parteiflügels in diesem Vorstand eine ausreichende und arbeitsfähige Mehrheit von vier bis fünf Stimmen hat. Der Parteivorstand ist für Tony Benn die letzte einflußreiche politische Basis geblieben, nachdem er seinen Sitz im Unterhaus verloren hat.

Zugleich bestätigte der Parteitag den Ausschluß von fünf Mitgliedern der trotzkistischen „Militant Tendency" mit der Begründung, daß diese Organisation versuche, eine Partei innerhalb der Partei zu bilden.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Regierung und Kirche entfremden sich

Wirtschaftspolitik und IWF-Anleihe als Anlaß / Was Religion mit Löhnen zu tun hat

G. FRIEDLÄNDER, Miami

Was hat Brasiliens Lohn- und Preisindex mit Religion zu tun? Mehr, als man annehmen sollte.

Brasiliens Auslandsschuld betrug 1973 nur 13,8 Milliarden Dollar. 1982 war sie bei 88,2 Milliarden Dollar angelangt, und sie nähert sich rasch der 100-Milliarden-Grenze. Wirtschaftler sehen dafür verschiedene Gründe: An erster Stelle steht wahrscheinlich die Tatsache, daß Brasilien nahezu alles Erdöl importieren mußte und von dessen hohen Preisen besonders viel zu spüren bekam. Ein anderer Grund war, daß Geld relativ leicht im Ausland zu leihen war, und schließlich die Aussicht, es dank der Weltinflation mit entwertetem Geld zurückzahlen zu können.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) führt einen anderen Grund an, über den bisher weniger gesprochen wurde. Brasiliens Regierung hatte die Arbeitslöhne durch einen Index mit der Inflation im Land verbunden und damit gleichzeitig ein Verteilungsprogramm des nationalen Einkommens: Die Lohnerhöhungen betrugen nicht 100 Prozent, sondern 120 Prozent der Inflation.

Der IWF hat seine Absicht, Brasilien auch über das Jahr 1984 hinwegzuhelfen, auch davon abhängig gemacht, daß Lohnerhöhungen in Zukunft nur noch 80 Prozent der Inflation betragen werden, weil er sich davon eine Verlangsamung und schließliche Kontrolle der Inflation verspricht. Die Regierung hat in den sauren Apfel gebissen und mit Dekret Nr. 2045 diese Herabsetzung angeordnet, um die neuen Anleihen von elf Milliarden Dollar des IWF zu bekommen. Was sie nicht getan hat: mit angemessener Öffentlichkeitsarbeit die Notwendigkeit dieser Maßnahme zu erklären, die den zu erwartenden Protest der Arbeitnehmer, deren Vertreter und der Opposition dann auslöste.

Was vielleicht nicht zu erwarten war, ist die Teilnahme der katholischen Kirche an diesen Protesten. Eine ihrer zentralen Figuren ist Paulo Evaristo Arnas, der Kardinal-Erzbischof von São Paulo. In einer Rede vor 50 000 Menschen bezeichnete er das Dekret Nr. 2045 als „Diebstahl", und er sprach von „dem großen Unheil, das aus den Abmachungen mit dem IWF erwächst". Der Kardinal schlug eine von Lateinamerikas Linken in solchen Fällen gern gebrauchten Ton an, als er den IWF anklagte, „uns die Möglichkeit zu nehmen, über unseres eigenes Schicksal zu entscheiden". Er versprach den Gläubigen, daß die Kirche sich „vor Gott verpflichte, für Arbeit und gerechte Löhne für alle zu kämpfen". In die

BRASILIEN

Liturgie der Messe, die der Kardinal bei dieser Gelegenheit las, war als Bekräftigung der Kritik an der Regierung ein Satz aus dem Buch Amos eingebaut worden, der mehrmals wiederholt wurde: „Nimmermehr kann ich all eure Taten vergessen."

Ergreift Evaristo Arnas die Fahne der Kirche der Armen oder der Theologie der Befreiung, wenn er in das Horn derer bläst, die Brasiliens Massen gegen das angeblich unterdrückende kapitalistische System aufrufen? Kaum. Der Rückfall in diese Polemik hängt nach Ansicht vieler Beobachter in Wirklichkeit mit dem Erfolg zusammen, den die protestantischen Missionare in den letzten Jahren in den Wohnvierteln der Ärmsten erzielt haben.

Mehrere protestantische Gruppen in den USA schicken diese Missionare nach Lateinamerika, wo sie, wie in Brasilien viele Katholiken zum Protestantismus gebracht und manche zu Missionaren erzogen haben. Ihr Erfolg ist in absoluten Zahlen nicht überwältigend. Sie behaupten, jährlich um etwa sechs Prozent zuzunehmen. Aber die übergetreten sind, haben vom Bekehrungseifer der Missionare gelernt. Brasiliens etwa 15 Prozent Protestanten gelten als religiös aktiv, während das nur von 20 Prozent der Katholiken gesagt werden kann. Das beunruhigt den Klerus. Statt selbst innere Mission zu betreiben, ziehen viele Priester es vor, vom „religiösen und kulturellen Yankee-Imperialismus" zu sprechen.

Es ist eine Taktik, die auf die Dauer nicht helfen kann, denn sie geht an den Gründen vorbei, die die protestantische Mission nicht nur in Brasilien, sondern in Lateinamerika ganz allgemein so erfolgreich macht: Sie unterstreicht soziale Werte wie harte Arbeit und Respekt vor dem Familienleben, und sie geht gegen soziale Laster an, wie Alkoholismus, Diebstahl, die ungeheure Zahl unehelicher Kinder. Nicht selten ziehen Arbeitgeber protestantische Bewerber vor, nicht weil sie religiös mit ihnen sympathisieren – nichts könnte ihnen im allgemeinen gleichgültiger sein –, sondern weil diese im Ruf stehen, erfolgreich einen sozialen Umerziehungsprozeß durchgemacht zu haben.

Die Kirche glaubt, mit linken Schlagworten bei denjenigen Erfolg zu haben, die von der politischen Linken beeinflußt wurden. Aber das ist zumindest zweifelhaft. Denn zur Erziehung der politischen Linken gehörte stets die Anklage gegen die Kirche, Diener der herrschenden Klasse Lateinamerikas gewesen zu sein und durch die Vorenthaltung von Erziehung dazu beigetragen zu haben, daß die Massen den Anforderungen eines modernen Staates nicht gewachsen sind. Bisher fehlt der Beweis dafür, daß die Kirche in irgendeinem Land Lateinamerikas durch politisches Engagement Zulauf erhielt; eher hat sie sich gerade diejenigen Kreise entfremdet, auf die sie sich bisher stützte. Das könnte auch für Brasiliens Regierung gelten, die in der Kirche nicht mehr ihren Verbündeten sieht. (SAD)

Streit um Moderator Alt

Südwestfunk: „Ausgewogenheit nicht gewährleistet"

fac. Bonn

Die Entscheidung des Südwestfunks, den Fernsehjournalisten Franz Alt bis auf weiteres nicht mehr das Magazin „Report" moderieren zu lassen, hat zu Spannungen zwischen Teilen der CDU und SWF-Intendant Willibald Hilf geführt. Der SWF hatte erklärt, wegen der „starken Parteinahme von Franz Alt für die Friedensbewegung und gegen den NATO-Doppelbeschluß" erscheine dem Sender bei der Moderation durch Alt die „satzungsgemäß festgelegte Ausgewogenheit gegenwärtig nicht gewährleistet". In Bonn verlautete gestern, CDU-Generalsekretär Heiner Geißler habe bei Hilf – früherer Chef der Mainzer Staatskanzlei unter Helmut Kohl – interveniert. Geißlers Argumentation: Es dürften „keine Märtyrer" geschaffen werden.

Die Junge Arbeitnehmerschaft der CDU-Sozialausschüsse stellte sich öffentlich hinter das CDU-Mitglied Alt. Der Südwestfunk verfolge eine „für alle Demokraten unerträgliche Zensur, die nicht hingenommen werden darf". Massivster Vorwurf: „Wer Franz Alt jetzt von der Bildfläche verschwinden läßt, will sich nicht inhaltlich mit ihm auseinandersetzen, sondern ihn mundtod machen."

Gestern abend moderierte der Fernseh-Chefredakteur des Südwestfunks, Hans Gresmann, die Sendung „Report".

Spionage für PLO: Deutsche verurteilt

AFP, Jerusalem

Wegen Spionage zugunsten palästinensischer Organisationen und Verstoßes gegen das Gesetz über Staatssicherheit ist die 34 Jahre alte deutsche Staatsbürgerin Sonia Tailak von einem Tel Aviver Gericht zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Wie es gestern aus israelischen Justizkreisen hieß, war die mit einem Palästinenser verheiratete Frau für schuldig befunden worden, der Palästinenserorganisation „Al Fatah" angehört zu haben und diese Gruppe über israelische Wirtschaftsinteressen in der Bundesrepublik Deutschland informiert zu haben. Frau Tailak hat nach Ansicht des Gerichts allerdings niemals an palästinensischen Kommando-Unternehmen gegen Israel teilgenommen.

TV-Information über Wirtschaftsprobleme

Stur nach Terminkalender

Der Fernseh-Filmbericht zeigte einen Ausschnitt von der Betriebsversammlung einer norddeutschen Werft: In Großaufnahme der Kopf eines älteren Arbeiters, die Hände vor das Gesicht geschlagen, der Mann kämpft mühsam gegen Tränen an. Diese Szene war nicht gestellt, nicht agitatorisch gemünzt, sondern sie zeigte Realität: Die Emotion eines Menschen, der ein Leben lang, wahrscheinlich genauso wie sein Vater, berufs- und werksverbunden gearbeitet hat. Jetzt soll Schluß sein.

Wie und von wem ist er wohl über diese Lage informiert worden? Von seiner im Unternehmen mitbestimmenden Gewerkschaft, von seiner Werksleitung, von der Presse, von Hörfunk und Fernsehen? Wir zweifeln daran, daß dem Mann in einer ihm verständlichen Sprache und Diktion, rechtzeitig und umfassend, verständlich gemacht wurde, warum sein Arbeitsplatz ernstlich gefährdet ist.

Was für den Werftarbeiter gilt, gilt auch für den Stahlarbeiter und für den Kumpel. Die Medien berichten über ihre existentiellen Probleme immer nur dann, wenn das Thema im Terminkalender der großen Politik rot angekreuzt steht. Die Tagesaktualität bestimmt die Berichterstattung, die dann in hektischer Oberflächlichkeit über Probleme hinweghuscht, die sich langfristig entwickelt haben, aber von den Medien nicht beachtet wurden. Dies trifft auch zu für die übergeordneten volkswirtschaftlichen Probleme: Arbeitslosigkeit, Arbeitszeit, technologischer Strukturwandel. Die Tagesaktualität bestimmt die Berichterstattung.

Es gibt Meinungsumfragen, denen zu entnehmen ist, daß beinahe zwei Drittel der Bundesbürger sich über wirtschaftliche Fragen vom Fernsehen informieren lassen. Doch die Mehrheit von ihnen übt Kritik an der Verständlichkeit der Informationen. Wir meinen, diese Kritik sei auch darauf zurückzuführen, daß im Fernsehen so selten die Informationen zu einem Thema in einen größeren Zusammenhang gestellt werden und daß über bestimmte wichtige Themen nicht kontinuierlich berichtet wird. Mit anderen Worten, die Konzentration auf Tagesaktualitäten, die Information über Details statt über Hintergrund und Gesamtzusammenhang und die Tendenz, ein ausgeschlachtetes Tagesthema dann fallenzulassen, beeinträchtigen das Recht der Bürger auf Information.

In diesen Tagen haben sich Gewerkschaften dafür entschieden, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gegebenenfalls mit der Streik-Waffe durchzusetzen. In den täglichen Nachrichtensendungen wird hierüber und auch über die Ablehnung solcher Forderungen durch die Arbeitgeberverbände berichtet. Doch in jüngster Zeit gab es im Fernsehen keine eigenständige journalistische Analyse der Problematik, keine Sendung, die das Problem im internationalen Vergleich und Zusammenhang dargestellt hätte. Angesichts der Tatsache, daß die Arbeitszeitfrage auch innerhalb der Wirtschaftswissenschaften umstritten ist, gehörte es zur Informationspflicht des Fernsehens, über alle Gründe und Hintergründe zu berichten, die den Disput bestimmen. Um den Bürgern die Möglichkeit zu verschaffen, sich ein eigenes Urteil über das Pro und Kontra der 35-Stunden-Woche zu ermöglichen, müßte eine Vielzahl von Sendungen über einen längeren Zeitraum hin konzipiert werden. Doch hierfür gibt es bisher leider keinen Ansatz – weder in der ARD noch im ZDF.

PETER SWEERTS-SPORCK

KRITIK

Sozialdrama mit Gesang

Wer deutsche Fernsehsozialdramen gewohnt ist, konnte, wenn er die Augen bei diesem Film geschlossen hielt, über weite Strecken glauben, diese Geschichte spiele sich im Ruhrgebiet ab. Doch wer andere indische Filme kennt, wird gemerkt haben, daß **„Die Wut des Albert Pinto"** (ARD) für die Verhältnisse des Landes etwas Ungewöhnliches war. Wo dem Publikum noch immer meist schwülstige Melodramen fernab jeder Realität vorgeführt werden, muß ein Film mit einer aktuellen sozialen Problematik wie dieser fast wie eine Sensation wirken. Einzig die Gesangsnummern, die auf einem deutschen Bildschirm seltsam anmuteten, waren eine Konzession an indische Kinogewohnheiten.

Westlich allerdings war der Aufbau des Films: Ein Entwicklungsroman mit diesem Albert Pinto als Helden, dem Angehörigen der christlichen Minderheit, der sich etwas Besseres dünkt, doch schließlich zur Bruderschaft mit den verachteten Unterschichten geführt wird.

Und danach hatte Regisseur Saeed A. Mirza auch die Formensprache eingerichtet: Der Film, in Musik und Accessoires, anfangs westlich, wurde mit Alberts Erweckungsprozeß zusehends indischer. Und daß einem die Heilsbotschaft etwas holzhammerartig eingebleut wurde, wird man einem anderen Kinoverständnis als dem unseren zuschreiben müssen.

SVEN HANSEN

STUDIO

Wer moderiert die **„Tagesthemen"**? Diese Frage beunruhigt weiterhin die ARD-Intendanten. Besonders seitdem der Chefredakteur Edmund Gruber und sein Stellvertreter Heiko Engelkes mitgeteilt haben, daß sie die Sendung, die sie zu verantworten haben, auch gelegentlich präsentieren wollen. In dem Intendanten-Beschluß heißt es zwar, daß Gruber und Engelkes das Recht zu moderieren haben. Zugleich wird jedoch in dem internen Protokoll der Intendantensitzung in München gefordert, daß sie das Versprechen abgeben, von diesem Recht keinen Gebrauch zu machen. Dazu sind dem Vernehmen nach weder Gruber noch Engelkes bereit.

*

Unmut herrscht bei den ARD-Intendanten und der Programmkoordination über einen **Alleingang des WDR**. Ohne die Kollegen der anderen Anstalten zu informieren, schloß der WDR einen Vertrag mit Günter Gaus und der Stern-TV über dreizehn Groß-Interviews im Stile von Gaus' alter ZDF-Reihe „Zur Person". Politische Sendereihen müssen nach den Spielregeln des ARD-Vertrages genauso wie andere Programme beim Koordinator angemeldet werden, um Überschneidungen und Doppelproduktionen zu vermeiden.

*

Die Auseinandersetzung zwischen der ARD/Degeto, dem Filmhändler Kirch und der MGM schlägt bereits bei der ARD zu Buche. Wie aus München zu hören ist, mußten bereits **500 000 Mark an Anwaltsgebühren** nach Amerika überwiesen werden. Die ARD hofft weiterhin, mit den Amerikanern direkt ohne einen Zwischenhändler ins Geschäft zu kommen.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Presseamt ohne Wende

„Diskussion im Bundespresseamt über Stellenbesetzung"; WELT vom 27. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach dem enttäuschenden Ergebnis der Landtagswahl in Hessen hat Bundeskanzler Helmut Kohl darauf hingewiesen, daß die bisherige Politik nicht in wünschenswertem Maße honoriert worden sei und ein Mangel darin gelegen habe, daß die Regierungsbeschlüsse nicht ausreichend klar zur Darstellung gekommen seien. Das soll sich nunmehr ändern.

Wer nun Ihren Artikel gelesen hat, wird sich mit Recht die Frage stellen, wie bei den Personalentscheidungen des Staatssekretärs Peter Boenisch die Öffentlichkeit verstärkt und überzeugend über die Maßnahmen der Regierung und deren Erfordernis unterrichtet werden soll.

Freunde und Vertraute des früheren Regierungssprechers Bölling kehren in ihre Funktionen zurück oder werden neu eingesetzt. Mitglieder der SPD und eifrige Verfechter der gescheiterten sozialliberalen Koalition erhalten Schlüsselstellungen, und sogar der ehemalige NATO-Informationsdirektor, Armin Halle, erhält einen hochdotierten Werkvertrag, um im Presseamt die Zeit zu überbrücken, bis er, wiederum auf Vorschlag seiner Parteifreunde, Programmdirektor beim Südwestfunk werden kann.

Mit der Regierung der Mitte sollte nicht nur die ökonomische, sondern auch die geistige Wende eintreten. Ist das Bundespresseamt in einer solchen Besetzung dazu fähig?

Mit freundlichen Grüßen
Paul-Ernst Renisch,
Duisburg-Homberg

Durchgeschlagen?

„Fragen für die CDU"; WELT vom 26. September

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

wenn auch für die „Parteiauguren, Meinungsforscher und Berufspropheten" die Überraschung zum Ausgang der Hessen-Wahl perfekt ist, so ist sie es jedenfalls für den schlichten Bürger nicht. Wer sich erinnert, wie Koalitionspolitiker bald nach der Bundestagswahl aufeinander eindroschen und der Öffentlichkeit vorführten, daß nur sie mit der vollen Weisheit ausgerüstet seien, konnte sich von diesem Gezänk nur angewidert abwenden.

So mußte das Verhalten, das in Bonn vorgeführt wurde, in Wiesbaden voll durchschlagen. Herr Wallmann kann sich bei diesen Herren bedanken.

Mit freundlichen Grüßen
Oskar F. W. Schmidt,
Hamburg 65

Gedanken zum „Ghetto".

in der WELT vom 21. September schrieb Dr. Salcia Landmann in einem Leserbrief, daß der Name „Ghetto" vom hebräischen Wort „get" = Trennung, Scheidung kommt, also rein semitischen Ursprungs ist. Diese Behauptung ist ebenso unzutreffend, wie man manchmal hören kann, daß das Wort Cholera vom Hebräischen „Choli ra" = eine schlechte Krankheit, käme. Beide sind Volksetymologien, eher noch Phantasien.

„Get" – und das kann man in jedem Nachschlagewerk (Wörterbuch) nachlesen – bedeutet keinesfalls Scheidung, Trennung, sondern Schriftstück, Urkunde. In der Bibel kommt dieser Stamm weder als Hauptwort noch als Zeitwort vor. In der Bibel heißt Scheidungsurkunde „Sefer keritut", das in der aramäischen Übersetzung von Onkelos „Get piturin" heißt. Mit „Get" ist hier deutlich das Wort „Sefer" übersetzt. In der talmudischen Zeit und so bis zum heutigen Tag wird der Scheidungsbrief, und nicht die Scheidung, kurz „Get" genannt.

Die Quelle dieser unrichtigen Behauptung vermute ich in der Darstellung: Der (!) Ghetto und die Juden in Rom von Ferdinand Gregorovius, erschienen als Nr. 46 in der Bücherei des Schocken Verlages in Berlin. Hier heißt es auf Seite 48: „... dann kam der Name Ghetto dafür (gemeint Judenviertel) auf..., und wahrscheinlich aus dem talmudischen Wort ‚Ghet' gebildet ist, welches Absonderung heißt."

Hier wurde die Fußnote unberücksichtigt gelassen, denn im Geleitwort sagt dazu kein geringerer als Leo Baeck auf Seite 6: „ – oder, daß er das Wort ‚Ghettos' von dem talmudischen Wort ‚Ghet' herleiten will, ‚welches Absonderung heißt' – In Wirklichkeit bedeutet es Urkunde ‚und benennt sonach auch die Urkunde der Ehescheidung, der Trennung'."

Dieser Quelle ist wahrscheinlich auch die zweite Vermutung von Dr. Landmann zuzuschreiben, nämlich daß das Wort „Ghetto" etwa mit den deutschen Wortbildungen „Gatter" und „Gitter" zusammenhängt. Dort lesen wir nämlich auf Seite 78 ein Gedicht von Ferdinand Gregorovius, dessen vierte und fünfte Zeile lautet: „Aber wir am Tiberstrom / eingezwängt in dumpfe Gitter". Das Wort „Ghetto", das die Außenwelt dem Judenviertel gegeben hat, ist also mit ziemlicher Sicherheit italienischen Ursprungs.

Emil Davidovic,
Landesrabbiner von Westfalen,
Dortmund

Abi und Lehre

„Lehr-Beispiel"; WELT vom 28. September

Sehr geehrte Redaktion,

Wiederholungen machen eine Aussage nicht treffender! Zu den Wiederholungen gehört in Diskussionen das dumme Gerede: Abiturienten „schnappen Haupt- und Realschülern Lehrstellen weg".

Wenn im Bundesgebiet heute ca. 25 Prozent Schüler eines Jahrgangs Abitur machen, dann sind unter den heutigen Abiturienten – und das seit Jahren – alle guten Realschüler! Das sollte doch endlich zur Kenntnis genommen werden!

E. Federau,
Hamburg 73

Wort des Tages

„Um der Freiheit und dem Glück näherzukommen, genügt es nicht, die Systeme zu ändern: es gilt, die Köpfe und die Herzen der Menschen zu ändern."

Giovanni Papini, ital. Autor (1881–1956)

Perfider Gebrauch

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

der Kommentar „Bekannte Methode" von Carl Gustav Ströhm (WELT vom 29. September) erlaubt einen beklemmenden Vergleich. Ströhm beschreibt die Vorverurteilung von Lech Walesa im Warschauer Fernsehen an Hand fragwürdiger Tonbandaufzeichnungen. Ströhm kommentiert: „Es gehört zu den Grundregeln des Leninismus, den einmal als gefährlich erkannten Gegner entweder physisch oder moralisch ‚auszuschalten' ... Der Versuch, einen Menschen mit den oben beschriebenen Methoden zu erledigen, verrät allerdings einiges über den Charakter der Urheber. Da steht der Geist der Moskauer Stalin-Schauprozesse ... Pate."

Ersetzt man den Namen Lech Walesa durch die Namen Graf Lambsdorff, Hans Friderichs und Eberhard von Brauchitsch und „Warschauer Fernsehen" durch Magazine wie „Spiegel" und „Stern", so ergibt sich ein passender Kommentar zu dem perfiden Gebrauch, den diese seit vielen Monaten regelmäßig von den ihnen zugespielten Akten der Ermittlungsbehörden machen.

Prof. Dr. Helmut Schoeck,
Mainz

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

ERNENNUNGEN

Die Wirtschaftsjunioren Deutschlands haben ihren jährlichen Preis „Goldene Brücke" in diesem Jahr dem Neckarsulmer Unternehmer **Dieter Schwarz** verliehen. Schwarz ist Vorsitzender der Geschäftsführung der Lidl & Schwarz KG, einer Lebensmittelkette. Mit dem Preis würdigen die Wirtschaftsjunioren wirtschaftlichen Erfolg und gesellschaftliches Engagement. Dieter Schwarz hat sich für die Rehabilitation von Alkoholkranken eingesetzt, die Drogenhilfe wirksam unterstützt, die Caritas, die Indienhilfe und die Arbeiterwohlfahrt. Interessant finden die Wirtschaftsjunioren seine Unternehmensstruktur, in der sich der Chef um Transparenz bemüht und um die Selbständigkeit von Mitarbeitern. Auch Existenzneugründungen unterstützte Dieter Schwarz in besonderem Maße. Den Preis überreichte jetzt Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm**. Die Preisverleihung fand im Deutschen Industrie- und Handelstag in Bonn statt. Die Wirtschaftsjunioren sind der Zusammenschluß von 137 Juniorenkreisen mit 7000 jungen Unternehmen.

Im Münchner Rathaus ist **Alexander Freiherr von Branca** der städtische Architekturpreis 1983 verliehen worden. Seine architektonischen Arbeiten haben bis heute das Bild der Stadt entscheidend mitgeprägt. Der Name von Branca steht unter anderem für die Neue Pinakothek, die U-Bahn-Station Marienplatz, die Raiffeisenzentralbank und für die Herz-Jesu-Kirche in München.

WAHLEN

Die Delegierten der Herbsttagung des Familienbundes der Deutschen Katholiken haben den Marburger Rechtswissenschaftler Professor Dr. **Dietrich Simon** in Köln erneut zum Präsidenten gewählt. Die beiden Vizepräsidentinnen, Professor Dr. **Rita Süßmuth**, Neuss, und Dr. **Hermine Huntgeburth**, Paderborn, wurden ebenfalls in ihren Ämtern bestätigt. Neu im sechsköpfigen Präsidium ist der CDU-Bundestagsabgeordnete **Norbert Schlottmann**. Weitere Beisitzer wurden der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit **Josef Stingl** und **Ursula Krämer**, Berlin, die stellvertretende Vorsitzende der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands.

Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm** wurde zum neuen Vorsitzenden des Vereins „Haus der Behinderten Bonn e. V." gewählt. Er löst im Gustav-Heinemann-Haus im Vorsitz den früheren Arbeitsminister **Herbert Ehrenberg** ab.

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.23 Wie war das damals?
11.50 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Mode, Mädchen, Manager
Ein Streifzug durch die Münchner Mode-Woche
Mit Carolin Reiber
17.00 Die Spielbude
Freizeitspaß mit Gina Stephan und Peter Fischer
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Unternehmen Arche Noah
Fernsehspiel von Elke Heidenreich
Mit Karin Baal, Fritz Lichtenhahn u. a.
Regie: Konrad Sabrautzky
Familie Schlegel betreibt ein Feinkostgeschäft in einem Vorort. Vater Werner hat den Vorratskeller zu einem Schutzbunker ausgebaut – öffentliche Zuschüsse machten es möglich. Um im Ernstfall nichts dem Zufall zu überlassen, wird ein Probewochenende im Bunker durchgespielt. Mit von der Partie sind Werners Ehefrau Gisela und Tochter Doris, Angestellte Luzie mit dem unehelichen Sohn Hansi sowie das wohlsituierte Rentiersehepaar Witterschlick aus der Nachbarschaft. Wie zu erwarten, entwickelt sich, was für die Beteiligten wie ein Wochenendpicknick anfing, fast zu einem Alptraum.
22.00 Globus – Die Welt von der wir leben
Beim tiefen Pflügen wird unter den Kleinlebewesen der Humusschicht großer Schaden angerichtet.
22.30 Tagesthemen
23.15 Aktionsfeld: Atomwaffen
Streiflichter auf die Friedensbewegung 1981–1983 von Paul Mautner
00.45 Tagesschau

ZDF

15.30 Aus Washington
Bundespräsident Carstens vor dem Kongreß
16.10 heute
16.15 ZDF – Ihr Programm
16.20 Enorm in Form
16.35 Fernsehen nach Indianer-Art
Impressionen aus Chile
Von Caroline und R. H. Materna
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Tommy Steiner, Franz Lambert
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.00 Der Weg nach Oregon
Das letzte Spiel
19.00 heute
19.30 Brücken über den Atlantik
Deutsch-amerikanisches Jubiläum
20.15 Sport aktuell
Fußball EM-Qualifikation
Deutschland–Österreich
Live-Übertragung aus Gelsenkirchen
21.00 heute-journal
22.15 Mittwochslotto – 7 aus 38
22.20 Der Denver-Clan
Mütter, Väter, Attentäter
23.05 Ein Sonntag im Oktober
Ein ungarisch-deutscher Film von Georg Althammer und André Libik
Mit Klaus-Maria Brandauer, Martin Lüttge u. a.
Regie: Andras Kovacs
Im Oktober 1944 scheint für Ungarn das Kriegsende greifbar nahe. Reichsverweser Nikolaus Horthy hat mit den Russen insgeheim ein Waffenstillstandsabkommen geschlossen. Weder er noch die in den Absprungplan eingeweihten ungarischen Offiziere ahnen, daß Hitler, der den Bruch des Bündnisses zwischen Ungarn und Deutschland mit allen Folgen für die Balkanfront längst befürchtete, Gegenmaßnahmen vorbereitet hat.
00.35 heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Englisch (28)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Herford
Informationen und Unterhaltung
Musik: Pussycat und die Serena-Jazzband
21.45 Auslandsreporter
Böhmen im Herbst
CSSR: Die andere Wirklichkeit
Mit den Beiträgen: Junge Prager spielen Jazz. Manager einer mährischen Genossenschaft haben das unternehmerische Kalkül „entdeckt". Reporterin Barbara Coudenhove-Kalergi zeigt, wie die Landsleute des braven Soldaten Schwejk, nach außen linientreu, ihr eigenes Leben führen.
22.15 Die Bienenkönigin
Italien.-franz. Spielfilm, 1963
Regie: Marco Ferreri
23.40 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Natur und Freizeit (5)
19.15 Indien – Land ohne Hoffnung? (3)
Weizen in der Wüste
19.45 Hafenplatz Hamburg (5)
He mookt allns
Film von Richard Cohn-Vossen
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Streitpunkte (11)
Raus aus der NATO?
Der Neutralitätsgedanke in der Friedensdiskussion
22.05 Der Film-Club
Cocoanuts
US-Spielfilm, 1929
Mit dt. Untertiteln
23.40 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Marco
18.55 Ludwig (5)
19.00 Zwischen Euphrat und Tigris (2)
Von Antti Kaskia
19.30 Englisch – Made in USA
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Politik live
21.30 Drei aktuell
21.45 Autoreport
21.50 Halbzeit
22.10 W. C. Fields (1)
The golf specialist, 1930 u. a.
(Original mit Untertiteln)

WELT ● Videotext

täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Englisch (28)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Rockpalast mit Nena
20.15 Reisewege zur Kunst: Israel
21.00 Die sieben Samurai
Japan. Spielfilm, 1954

BAYERN

18.15 Tele-Ski (5)
18.45 Rundschau
19.00 „Manchmal wächst mir alles über den Kopf"
19.45 Der scharlachrote Buchstabe (3)
Fernsehfilm in vier Teilen
20.40 Z. E. N.
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Teleclub
Drei Frauen
Amerik. Spielfilm, 1976
23.45 Rundschau
23.50 News of the Week

STATISTIK

● Vor dem Europameisterschafts-Qualifikationsspiel heute in Gelsenkirchen (20.15 Uhr) zwischen Deutschland und Österreich hat die Tabelle der Gruppe sechs folgendes Aussehen:

1. Österreich	6	4	1	1	14:4	9:3
2. Nordirland	6	4	1	1	7:4	9:3
3. Deutschland	4	2	1	1	5:2	5:3
4. Türkei	5	1	1	3	3:10	3:7
5. Albanien	7	0	2	5	3:12	2:12

Die restlichen Gruppenspiele: 12. Oktober: Deutschland – Türkei in Berlin, 16. November: Deutschland – Nordirland in Hamburg und Türkei – Österreich, 20. November: Deutschland – Albanien in Saarbrücken.

● Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) rechnet heute mit einer Brutto-Einnahme von rund 1,8 Millionen Mark. Bei einem ausverkauften Parkstadion (70 000 Plätze) beträgt die Einnahme aus dem Kartenverkauf 1,4 Millionen Mark. Dazu kommen je 200 000 Mark an Honorar für Fernsehrechte und Werbung. Das Parkstadion war gestern noch nicht ausverkauft. Aus Österreich waren noch Eintrittskarten zurückgekommen. Einige Karten werden heute noch an der Abendkasse angeboten.

● Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) wird das Spiel heute abend ab 20.15 Uhr live übertragen. Reporter ist Eberhard Figgemeier.

● Zum insgesamt 28. Mal und zum sechsten Mal innerhalb der letzten drei Jahre kommt es zum Spiel Deutschland gegen Österreich. Mehr Spiele (42) hat die Nationalelf lediglich gegen die Schweiz ausgetragen. Mit 15 Siegen, fünf Unentschieden und sieben Niederlagen sieht die Bilanz recht positiv aus. 1931 gelang den Österreichern mit einem 6:0 in Berlin der letzte Sieg auf deutschem Boden. Danach vergingen 47 Jahre bis zum 3:2-Erfolg der Österreicher in Cordoba bei der Weltmeisterschaft 1978 in Argentinien. Mit dieser Niederlage beendete Helmut Schön seine Karriere als Bundestrainer.

● Das Spiel heute abend in Gelsenkirchen wird von dem Italiener Luigi Agnolin geleitet. Der Italiener pfiff unter anderen die Europapokalspiele Kaiserslautern – Sevilla und Tottenham – München.

LÄNDERSPIEL / Österreicher bauen Deutschland als Favorit auf, aber eigentlich denken sie anders

Herbert Prohaska: „Diese Hochnäsigkeit der Deutschen stinkt mir nämlich wirklich"

M. HÄGELE, Gelsenkirchen

Am liebsten tarnt er sich als Trottel. In dieser Verkleidung hat Erich Hof, Teamchef der Österreicher, den Deutschen schon beim Vorspiel in Wien (0:0) seine Streiche gespielt. Da hatte er Hansi Müller als den schwachen Punkt des deutschen Spiels entlarvt und seine Taktik darauf aufgebaut.

Aber was hatten sie dem unscheinbaren Mann vor dem Spiel an den Kopf geschmissen? In einem Fernsehstudio des ORF gab's für Hof von den Oberspruchbeuteln Max Merkel und Paul Breitner Schmäh und Spott gleich literweise. Er sei feige, seine Geheimniskrämerei um die Aufstellung sei in der heutigen Zeit lachhaft, mit solchen Argumenten hatten Breitner und Merkel im Schulterschluß den österreichischen Trainer angeschossen. Und der hockte da wie der dumme Schulbub vor den gescheiten Lehrern, hatte den Trottel mit sich machen lassen. Innerlich freilich hat er gelacht. Erst recht, als das Spiel rum war. Denn nun standen die Lehrmeister wie die Deppen da.

Auch jetzt spielt Erich Hof nach außen wieder die Rolle des minderbemittelten Vetters vom Lande. Einige Kostproben aus einem Gespräch mit deutschen Journalisten.

„Wenn man die Basis des Fußballs in Deutschland mit der in Österreich vergleicht, müßte Deutschland 8:0 gewinnen. Wir können die Vorteile der Deutschen nur kompensieren, wenn alles stimmt. Aber eigentlich haben wir keine Chance. Wenn wir mit den Deutschen im Fußball mithalten wollen, ist das ungefähr so, als wollten die Deutschen uns im alpinen Ski Paroli bieten."

Diese Leier Hofs gehört zur alten österreichischen Masche vor einem Treffen mit Deutschland. Da wird der Gegner zum übermächtigen Favoriten aufgebaut, man bemitleidet sich selbst als arme Wiener Würstchen. Aber sobald die Türe zu, kein Deutscher mehr im Raum ist, reißen die Alpen-Davids ganz schön die Goschen auf. Dann reden sie von Cordoba, vom größten Tag im Leben aller österreichischen Fußballanhänger, und wie schön es wäre, wenn sie die Deutschen mal wieder so im Sack hätten.

Nicht alle tragen ihren Mut nur im stillen Kämmerlein herum. Herbert Prohaska, den sie in Wien nur Schneckerl nennen, hat jetzt im Wiener „Kurier" richtig losgeledert: „Die Deutschen lassen uns jeden Tag in Interviews spüren, daß sie uns für den letzten Dreck halten. Die großen Sprüche klopfen sie aber weniger, um uns einzuschüchtern, sondern um sich selbst Mut zu machen."

Auch das gehört zum Ballyhoo vor einem deutsch-österreichischen Länderspiel, daß zumindest einer ausschert aus dem Image vom bescheidenen Vetter. Früher hat diese Rolle immer der Hansi Krankl gespielt. Nun Prohaska. Und der versucht, ausgerechnet Krankl noch einmal hochzustilisieren. „Allein der Name Krankl verbreitet unter den Deutschen immer noch Angst und Schrecken", schrieb Prohaska.

Ein schlechter Witz. Zwar haben Krankls zwei Tore zum 3:2 von Cordoba die Karriere von Berti Vogts beendet und sind für immer zum Trauma des damaligen Stoppers Rolf Rüßmann geworden. Doch spätestens seit sich Karl-Heinz Förster auf dem Spielfeld Krankls annimmt, ist der gefährliche Torjäger zu einem zahmen Zeitgenossen geworden.

„Wadelbeißer" nennen sie in Österreich Karl-Heinz Förster. Daraus spricht eher Bewunderung denn Beleidigung.

Krankl selbst muß fürchten, bei einer Niederlage aus dem Team ausrangiert zu werden. Auch den restlichen Überlebenden der Helden von Cordoba würden sie in diesem Fall in Wien das letzte Hurra blasen. Prohaska, Pezzey und Torwart Koncilia sollen dann ihre Plätze freimachen für jüngere Spieler.

Schon diese Konstellation, so hoffen die Fans in der Alpenrepublik, werde den alten Recken gegen den Erzfeind Deutschland noch einmal Beine machen.

Den Ernst der Situation spielen sie jedenfalls herunter. Bei einem Bierabend im Hotel Loemühle, zu dem der deutsche Ausstatter der österreichischen Mannschaft geladen hatte, demonstrierten sie wieder einmal ihre besonders lockere Art einer Länderspielvorbereitung. „Für mich", so Erich Hof, „ist das kein schwieriges Match, der Jupp Derwall, der ist doch viel größer als ich." Ihm reiße bei einer Niederlage keiner den Kopf runter, flachste Hof.

Diesen psychologischen Vorteil bastelt der österreichische Trainer fast in jedes Gespräch ein. Daß damit und ansonsten durch Kampf bis zum Umfallen die deutsche Überlegenheit wettgemacht werden könnte.

Seine Mannschaftsaufstellung verschweigt der alte Fuchs. Da erklärt er doch lieber, „daß mir einiges ein paar Töne zu schrill war vor diesem Spiel".

Damit meint er jene Töne, die von den Boulevard-Komponisten Breitner („Ich mache zwar gern Urlaub in Österreich, aber aus Gelsenkirchen werden sie mit einer Packung heimkehren") und vom gebürtigen Wiener Merkel („O Maria, hilf meinem Volk, sonst wird's im Ruhrpott ganz schlimm") in die Tasten geschlagen worden sind.

Deshalb, sagt Prohaska, deshalb habe auch er in seiner Kolumne das vom letzten Dreck geschrieben. Prohaska: „Diese Hochnäsigkeit der Deutschen stinkt mir nämlich wirklich."



„Na, was ist los, Hans? Hast du keine Lust?" Das scheint die Geste von Erich Hof vor dem gelangweilt dreinschauenden Hans Krankl auszudrücken. FOTO: SVEN SIMON

NATIONALELF / Neubergers klare Worte:

„Derwall bleibt bis 1986 Bundestrainer"

DW. Essen

Was Österreichs Trainer Erich Hof recht ist, ist dem Bundestrainer Jupp Derwall schon lange billig. Wie sein Kollege wird Derwall erst kurz vor Spielbeginn seine genaue Mannschaftsaufstellung bekanntgeben: „Vor Mittwoch abend 19 Uhr sage ich kein Wort", Doch intern sind die Rollen längst vergeben: Gerd Strack bleibt Libero, Karlheinz Förster spielt wieder einmal gegen Hans Krankl, Debütant Klaus Augenthaler übernimmt Walter Schachner, Norbert Meier erhält den Vorzug vor dem formschwachen Pierre Littbarski, und Lothar Matthäus muß auf die Bank, weil Wolfgang Dremmler einen offensiven Verteidiger spielen soll. So sah Derwalls Plan gestern aus, durch Verletzungen könnte er sich noch kurzfristig ändern. Genaues wird man erst heute abend wissen. Bis dahin darf spekuliert werden.

Spekulationen, daß bei einer Niederlage gegen die Österreicher Jupp Derwall nicht mehr länger Bundestrainer sein wird, hat DFB-Präsident Hermann Neuberger am Dienstagabend durch klare Aussagen vom Tisch gewischt. An Bord der „MS Stadt Duisburg" bezog Neuberger bei einem Bundesliga-Forum der „Neuen Ruhr Zeitung" (NRZ) eindeutig Stellung: „Es ist einfach nicht richtig, daß ich Front gegen Derwall machen will. Das habe ich auch noch nie gemacht. Auch wenn wir das Ziel EM-Endrunde nicht schaffen, stehe ich zu meinem Trainer. Er hat einen Vertrag bis 1986, und wir bleiben vertragstreu." Seine Äußerung vor Journalisten in Quickborn am vergangenen Freitag („Man soll nie sagen, daß etwas unmöglich ist") sah Neuberger falsch interpretiert. Gerade er habe dem Bundestrainer immer den Rücken gestärkt.

Ein Mann, ein Wort – Jupp Derwall wird sich darauf berufen können. Der Bundestrainer jedenfalls hat schon wieder Mut gefaßt. 1986, so Derwall, müsse die Zusammenarbeit nicht unbedingt beendet sein. Er sagt: „Wenn es mir bis dahin Spaß macht, werde ich vielleicht sogar verlängern. Aber dazu gehören zwei Vertragspartner."

Sehr erbost reagierte Neuberger, als ihm die Bereitschaft von Erich Ribbeck übermittelt wurde, notfalls das Amt des Bundestrainers sofort zu übernehmen. Neuberger: „Wenn dies so wäre, müßte ich ernste Worte mit Erich Ribbeck sprechen." Der frühere Derwall-Assistent hatte der Bedeutung seiner Aussage durch den Hinweis selbst die Spitze genommen, er würde erst 1986 das Amt übernehmen, wenn man es ihm anböte. Als die Mikrofone beim NRZ-Forum abgeschaltet waren, bekräftigte Neuberger nochmals vehement Derwalls Position: „Man müßte mich schon zwingen, etwas in Sachen Trainer zu unternehmen. Derwall ist härter geworden, er wird die Schwierigkeiten überwinden, mit denen auch schon seine Vorgänger zu kämpfen hatten. Nur vergessen das die meisten."

*

Die voraussichtlichen Mannschaftsaufstellungen:

Deutschland: Schumacher (29 Jahre/40 Länderspiele) – Strack (28/6) – Kh. Förster (25/50), Augenthaler (26/0), Dremmler (29/23) – Schuster (23/18), Rolff (23/5), Briegel (28/43), Meier (25/5) – Rummenigge (28/67), Völler (23/7). In Reserve: Burdenski (32/10), Otten (22/3), Matthäus (22/15), Littbarski (23/22), Waas (20/2).

Österreich: Koncilia (35/72) – Pezzey (28/63) – Lainer (22/5), Degeorgi (23/13), Kraus (26/17) – Willfurth (21/2), Prohaska (28/68), Weber (28/36), Gasselich (27/16) – Schachner (26/45), Krankl (30/68). In Reserve: Feurer (29/7), Baumeister (26/20), Pregesbauer (25/5), Jurtin (28/11), Drabists (24/0).

NAMEN

Sowjets unterschrieben nicht

Los Angeles (sid) – Die sowjetischen Vertreter erschienen in Los Angeles nicht zur Unterzeichnung der Fernsehverträge für 16 Ostblockstaaten. Peter Ueberroth, der Präsident des olympischen Organisationskomitees für 1984, hatte den Sowjets die Fernsehrechte für drei Millionen Dollar angeboten. Die Eurovision zahlt 19,8 Millionen, die amerikanische Gesellschaft ABC 225 Millionen Dollar.

Auftaktrennen gefährdet

Paris (sid) – Das „Kriterium des ersten Schnees" vom 9. bis 12. Dezember in Val d'Isère (Frankreich) ist gefährdet. Der Sportklub Val d'Isère kann die Organisation dieser alpinen Ski-Veranstaltung nicht allein tragen, nachdem das französische Fernsehen seine Übertragungen abgesagt hat.

Tischtennis: Ohne UdSSR

Moskau (sid) – Ohne Angabe von Gründen zog die Tischtennis-Nationalmannschaft der UdSSR ihre Meldung für die Spiele der ersten Europaliga-Division zurück.

Schobels Aufgebot

Frankfurt (dpa) – Für das Vierländerturnier in Dänemark (21. bis 23. Oktober) berief Handball-Bundestrainer Simon Schobel aus der Ära seines Vorgängers Vlado Stenzel: Wunderlich (Barcelona), Hecker, Happe und Springel (Essen) sowie Stulle (Nürnberg) und Meffle (Hofweier).

Keine Angst vor Smog

Frankfurt (dpa) – Bei den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles ist nach den Erfahrungen der Bundestrainer keine Leistungsminderung zu erwarten. Die Sportmediziner empfehlen den Athleten eine einwöchige vorherige Anwesenheit, um sich anzupassen.

Supercup mit der „DDR"

Dortmund (sid) – Beim dritten Turnier um den Handball-Supercup vom 1. bis 6. November in Dortmund, Kiel, Unna, Münster, Minden und Essen wird erstmals eine Mannschaft der „DDR" teilnehmen. Diese schriftliche Zusage erhielt der Deutsche Handball-Bund (DHB).

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Brisbane (100 000 Dollar), erste Runde: Lewis (Neuseeland) – Frawley (Australien) 7:6, 6:3, McNamee (Australien) – McCurdy (Australien) 6:2, 6:2.

Grand-Prix-Turnier in Barcelona (200 000 Dollar), erste Runde: Higueras – Casal (beide Spanien) 6:3, 6:1, Orantes (Spanien) – Gattiker (Argentinien) 6:1, 6:1.

Damenturnier in Detroit (150 000 Dollar), erste Runde: Ruzici (Rumänien) – Mascarin (USA) 0:6, 6:2, 6:0, Herr (USA) – Casale (USA) 4:6, 7:6, 6:1.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 2 848 045,20 Mark, 2: 81 372,70, 3: 8 395,20, 4: 123,30, 5: 9,50. – **Toto,** Elferwette: 1: 69 888,10, 2: 2078,40, 3: 145,60. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, Jackpot: 2 436 487,45, 2: 26 376,50, 3: 2434,70, 4: 50,00, 5: 5,20. – **Rennquintett:** Rennen A: 1: 251,90, 2: 21,70. – Rennen B: 1: 2342,90, 2: 354,90. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 144 796,80. (Ohne Gewähr)

MOTORSPORT / Platz 7 bei Rallye San Remo

Röhrls Aufholjagd durch das Pech von Mikkola begünstigt

sid, Siena

Zuschauerchaos, über 90 Minuten Verspätung, beißender Staub über den ausgedörrten Schotterwegen der Toskana – und mittendrin kämpfen Weltmeister Walter Röhrl und sein Münchner Beifahrer Christian Geistdörfer auf Lancia Rallye um ihre letzte Chance, die Rallye San Remo, den zehnten WM-Lauf, noch zu gewinnen. Gestern vormittag, nach 28 von 58 Sonderprüfungen, hatten sich die beiden vom 15. Rang auf Platz sieben vorgekämpft.

Die Aufholjagd Röhrls wurde durch das Pech des finnischen WM-Spitzenreiters Hannu Mikkola (Audi Quattro) begünstigt. In der 28. Sonderprüfung brach eine Benzinleitung, der Kraftstoff ergoß sich über den glühendheißen Turbolader und entzündete sich – aus. Es war Mikkolas vierter Ausfall bei einer WM-Rallye in diesem Jahr.

Im Kampf um den Fahrer-Titel muß Mikkola jetzt vor allem seinen Landsmann Markku Alen fürchten, der gemeinsam mit Ilkka Kivimäki auf Lancia die Führung verteidigte. Mit einem Sieg könnte Alen bis auf fünf Punkte an Spitzenreiter Mikkola (105) herankommen. Nach der San-Remo-Rallye stehen nur noch die Rallye Elfenbeinküste und die RAC-Rallye in England auf dem Programm. Ein Alen-Sieg würde Lancia (110 Punkte) vorzeitig den Markentitel vor Audi (98) sichern.

Röhrls Leistung war Gesprächsthema Nummer eins. „Vor allem der Staub macht mir sehr zu schaffen", erklärte Röhrl, der auch mit seinem Wagen nicht ganz zufrieden war. „Der neue Kompressor", so Röhrl, „scheint mir nicht besonders gut auf den Motor abgestimmt zu sein, außerdem verliert das Getriebe Öl." Nachdem er seinen italienischen Markengefährten Vudafieri überholt hatte, kam ihm ein weiterer Ausfall zu Hilfe. Der Italiener Fabrizio Tabaton überschlug sich mit seinem Lancia, der als Schrotthaufen zurückblieb. Fahrer und Beifahrer blieben unverletzt. Prominentester Ausfall war der Schwede Björn Waldegaard, Weltmeister 1979, der seinen Ferrari mit Motorschaden abstellen mußte.

Der Beruf hat Vorrang

Kirsten Krüger aus Flensburg ist seit Jahren Deutschlands beste Tischtennisspielerin. In Budapest war sie Vize-Europameisterin, hierzulande steht sie gemeinsam mit Susanne Wenzel an der Spitze der Rangliste. „So hart wie sie", lobte der frühere Bundestrainer Klaus Schmittinger, „trainiert keine andere deutsche Spielerin. Von ihrem Einsatz können die Männer noch eine ganze Menge lernen."

Seit über zehn Jahren steht die 28 Jahre alte Bankangestellte in der deutschen Nationalmannschaft, nun warf sie das Handtuch. Aus beruflichen Gründen müsse sie auf ihren Europaliga-Einsatz am 12. Oktober gegen Polen verzichten. Ihr Arbeitgeber, die Flensburger Vereins- und Westbank, gewähre ihr zwar seit Jahr und Tag großzügig Sonderurlaub fürs Tischtennisspielen; doch nach dem Europaliga-Einsatz gegen Frankreich in Landau sei das nicht mehr im bisherigen Umfang möglich. Gegen Frankreich habe schließlich Suzanne Wenzel gespielt, sie aber habe nur auf der Ersatzbank gesessen. So etwas verdrieße ihre Arbeitgeber. Mit anderen Worten: Der neue Bundestrainer Charles Roesch aus dem Elsaß, müsse ihr definitiv zusagen, daß sie auch spiele. Dafür bekäme sie auch weiterhin Urlaub – nicht aber für die Ersatzbank.

Roesch sagt dazu: „Ich glaube nicht, daß die jetzige Entscheidung allein auf ihren Arbeitgeber zurückzuführen ist." Und Sportwart Eberhard Schöler, Deutschlands erfolgreichster Tischtennisspieler aller Zeiten, meint dazu: „Wir haben nun einmal eine veränderte Situation und glücklicherweise eine Susanne Wenzel, die bei den Weltmeisterschaften den Durchbruch schaffte."

Diese Situation ist sowohl für Kirstin Krüger als auch für ihren Arbeitgeber neu. Denn in den letzten zwei Jahren ging ohne Kirstin Krüger wenig, jetzt scheint auf einmal alles ohne sie zu gehen. Oder doch nicht? Zwei Spielerinnen pro Europaliga-Einsatz brauche man, um taktische Variationen zu ermöglichen, sagt Schöler. Auch Roesch hofft darauf. Nur Kirstin Krüger ist damit nicht einverstanden.

Vom Tischtennissport könne sie nicht leben, sagt Kirstin Krüger. Deshalb sei sie auf ihren Arbeitsplatz angewiesen. Wenn sie sich dennoch weiterhin für den Verband engagiere, müsse dieser das auch für sie tun. Schöler will nun mit den Leuten von der Bank in Flensburg reden: „Ich hoffe auf einen Konsens." Freilich nicht kurzfristig. Und das ist der Haken an der Geschichte. Denn Kirstin Krüger, die Ranglisten-Erste, hat das Handtuch geworfen. Weil es anders nicht geht. Denn die Verhältnisse, die sind nun einmal danach.

STAND ● PUNKT

KLAUS BLUME

„Deutsche Invasion“ in Amerika zur Festigung der atlantischen Allianz

Zahlreiche Delegationen aus der Bundesrepublik zur 300-Jahr-Feier in den USA

STEFAN HEYDECK, **Washington**

In Washington und Philadelphia finden in dieser Woche eine ganze Serie von Gesprächen auf höchster politischer Ebene, Feierlichkeiten und Festakte statt. Anlaß ist die erste Einwanderung von Deutschen – 13 Krefelder Familien – vor genau 300 Jahren nach Amerika.

Aus diesem Grund sind vier offizielle Delegationen und weitere Gruppen aus der Bundesrepublik in die USA gereist. Amerikanische Journalisten sprachen bereits schmunzelnd von einer „deutschen Invasion“.

Prominentester Gast ist Bundespräsident Karl Carstens. Welche Bedeutung die amerikanische Führung dem dritten Besuch eines deutschen Staaatsoberhauptes nach Theodor Heuss (1958) und Walter Scheel (1975) beimißt, geht allein daraus hervor, daß für einen Meinungsaustausch zwischen Carstens und Reagan mehr als eine Stunde und damit deutlich mehr Zeit als nach dem Protokoll üblich vorgesehen war. Unüblich ist auch die für heute nachmittag festgelegte Ansprache von Carstens vor beiden Häusern des Kongresses, wo außer den Staats- und Regierungschefs der Nachbarstaaten Mexiko und Kanada nur in seltenen Ausnahmen fremde Staatsoberhäupter sprechen dürfen.

Durch den Staatsbesuch Carstens rückt der gut einwöchige Aufenthalt einer von Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger geleiteten 29köpfigen Parlamentarierdelegation in den Hintergrund. Um für die deutsch-amerikanische Freundschaft ein besonderes Signal zu setzen, übergibt die Bundestagsvizepräsidentin heute zur Eröffnung eines Jugendaustauschprogramms Urkunden im Repräsentantenhaus und Senat. Das Programm sieht vor, daß pro Jahr jeder der 520 Bundestagsabgeordneten einen Jugendlichen benennt, der dieses Jahr lang kostenlos in den USA seine Ausbildung vervollständigen und vertiefen kann.

Beachtung findet bei vielen der mehr als 26 Prozent der Amerikaner, die nach eigenen Angaben deutscher Abstammung sind, auch der Besuch einer von Staatsminister Philipp Jenniger geführten deutschen Kommission zu den 300-Jahr-Feiern. Das amerikanische Gegenstück wird vom früheren US-Botschafter in Bonn, Kenneth Rush, und dem 1951 ausgewanderten Horst Denk, der es vom Hilfsarbeiter bis 1971 zum Eigentümer einer bekannten New Yorker Großbäckerei gebracht hat, geleitet. Denk („Ich bin stolz auf meine deutschen Wurzeln“) weist auf das Engagement der deutschstämmigen Amerikaner hin: „Aus Anlaß des Jubiläums haben bereits 800 Großveranstaltungen stattgefunden. Hinzu kamen Tausende von Feiern in deutschen Klubs und Vereinen, in denen die Mitglieder ihre Verbundenheit zu Deutschland bekundeten. Immerhin gibt es inzwischen 80 Städte-Partnerschaften.“

Zu einer gewissen Verwirrung hatte offensichtlich bei Diplomaten in Washington geführt, daß auch der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß in die US-Hauptstadt gekommen war. Er hatte an einem Galadinner der Heritage Foundation, einer konservativen Stiftung, die ähnlich wie die Hanns-Seidel-Stiftung Bildungsarbeit betreibt, teilgenommen, zu dem auch Reagan erwartet wurde.

Außerdem ist eine Gruppe aus der Stadt der Ersteinwanderer, Krefeld, nach Philadelphia gereist. Dorthin werden am Donnerstag auch der Bundespräsident und die Parlamentsvizepräsidentin mit den Delegationen reisen. Möglicherweise werden sie dort erleben, daß die beiden Abgeordneten der Grünen, Petra Kelly und Gert Bastian, die eine Teilnahme am öffentlichen Besuch abgelehnt hatten, und der SPD-Politiker Erhard Eppler sich an Demonstrationen gegen Atomwaffen beteiligen.

Die 29 Abgeordneten unter Führung von Frau Renger werben auch dafür, daß die Amerikaner den Bundestag als gesetzgeberisches Entscheidungsgremium unter dem Aspekt der Festigung des atlantischen Bündnisses, das nach den Worten von Annemarie Renger „bei der überwiegenden Mehrheit in der Bundesrepublik nicht in Frage steht“, betrachten und verstehen. Gleichzeitig wollen sie die gegenwärtige psychologische und politische Situation vor allem in der jungen Generation verdeutlichen. Gegenüber der WELT meinte Frau Renger, man müsse sich über die marxistisch-leninistische Gefahr für diese Generation im klaren sein.

Strauß: Die Uhr in Genf läuft ab

DW. **Washington**

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat sich nach seinem Gespräch mit US-Präsident Ronald Reagan skeptisch über die Chancen einer Einigung bei den Genfer Verhandlungen über den Abbau der Mittelstreckenraketen geäußert.

„Die Uhr läuft ab“, sagte Strauß in einem Interview der „Bild“-Zeitung. Der CSU-Vorsitzende verband diese skeptische Einschätzung mit scharfer Kritik an den deutschen Sozialdemokraten. „Die SPD hat Moskaus Hoffnung bestärkt, daß die Nachrüstung nicht vollzogen werden kann. Das hat Andropow dazu verleitet, die Westeuropäer psychologisch falsch einzuschätzen.“

In dem Interview der „Bild“-Zeitung antwortete Strauß auf die Frage, was er dem amerikanischen Präsidenten geraten habe: „Die USA müssen aufhören, sich durch europäische Einflüsse zu immer neuen und nicht immer risikolosen Vorschlägen verleiten zu lassen. Wenn der Westen das Gesetz des Handelns völlig verlieren würde, hätte er eine große Niederlage erlitten. Im übrigen: Wir sollten den Amerikanern ohne Slalomläufe und Klimmzüge sagen, daß wir bereit sind, den auf uns entfallenden Teil der Nachrüstung zu übernehmen. Wir sollten endlich aufhören, so zu tun, als ob das ein Opfer zugunsten der USA wäre. Das ist gemeinsame NATO-Strategie zur Erhaltung des Friedens und keine Gefälligkeit gegenüber den USA.“

Eine Vereisung der Ost-West-Beziehungen, wenn die Pershing-2-Raketen aufgestellt werden, befürchtet Strauß nicht. Das seien „propagandistische Drohungen“, sagte er zu entsprechenden Ankündigungen aus dem Ostblock.

Carstens bekräftigt Bündnis

● Fortsetzung von Seite 1

wahrt. Noch heute garantiert Amerika diese Freiheit.“

Nachdrücklich dankte der Bundespräsident den amerikanischen Soldaten, „die in Deutschland Dienst tun und die unsere Freiheit gemeinsam mit deutschen Soldaten und mit Truppen anderer NATO-Länder schützen“. Diejenigen in der Bundesrepublik, die dies nicht so sähen, seien nur eine Minderheit. „Die große Mehrheit bejaht das nordatlantische Bündnis und die enge Verbindung zu den Vereinigten Staaten von Amerika.“

Nach einstündigem Gespräch mit Präsident Reagan war Carstens Gast von Außenminister George Shultz bei einem Mittagessen im State Department. Am Nachmittag legte er einen Kranz am Denkmal des Unbekannten Soldaten in Arlington nieder und unternahm einen Rundgang durch die deutsche Industrieausstellung „Brücke über den Atlantik“ im Washingtoner Convention Center. Den Abschluß des Tages bildete ein Staatsbankett im Weißen Haus. Der Bundespräsident benutzte diese Gelegenheit, um an die 300 Jahre zurückreichende Geschichte der deutsch-amerikanischen Freundschaft zu erinnern. In den Idealen von Freiheit und Unabhängigkeit habe von Anfang an die große Anziehungskraft der Vereinigten Staaten gelegen, sagte Carstens. „Millionen von Deutschen sind ihr gefolgt; darunter viele der besten Söhne und Töchter unseres Volkes: freiheitsliebende, arbeitsame und wagemutige Männer und Frauen, die hier eine neue Heimat fanden. Sie wurden Pioniere beim Aufbau ihres Landes. Sie knüpften die herzlichen Bande der Zuneigung zwischen Deutschland und Amerika, die sich trotz schwerer Erschütterungen als beständig erwiesen haben.“

Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher, der am Montagnachmittag, von Costa Rica kommend, zur Teilnahme am Staatsbesuch in Washington eingetroffen war, konferierte unmittelbar nach seiner Ankunft eineinhalb Stunden lang mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister van Dam und mit Staatssekretär Richard Burt. Dabei unterstrich er, daß der Verhandlungsteil des NATO-Doppelbeschlusses für die Bundesregierung genauso wichtig sei wie der Nachrüstungsteil.

Kohl an die Bischöfe Lohse und Hempel: Erfolg in Genf noch möglich

DW. **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in einem Brief an die evangelischen Bischöfe Eduard Lohse (Hannover) und Johannes Hempel (Dresden) die Auffassung bekräftigt, daß bei den Genfer Verhandlungen über den Abbau der Mittelstreckenraketen noch immer ein Ergebnis möglich sei. Kohl schrieb:

„Sehr geehrter Herr Bischof Dr. Hempel, sehr geehrter Herr Bischof D. Lohse, für Ihren gemeinsamen Brief vom 10. August 1983, den Sie in gleicher Weise an mich wie an den Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Honecker, gerichtet haben, danke ich Ihnen.

Ich stimme vollauf mit Ihnen darin überein, daß beiden Staaten in Deutschland aus Geschichte und Gegenwart eine besondere Verantwortung für die Wahrung des Friedens und den Abbau des Mißtrauens zwischen den Staaten zugewachsen ist. In der Tat: Alle Deutschen wollen Frieden; wir alle sind eine gemeinsame große Friedensbewegung. Die gemeinsame Feststellung, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf, verstehe ich als konkrete Aufforderung, für den Frieden und seine Festigung mit aller Kraft und aller Leidenschaft zu arbeiten.

Konkrete Arbeit für den Frieden sind die vielfältigen Vorschläge und Beiträge der Bundesrepublik Deutschland auf den internationalen Verhandlungsforen in Genf, Wien, Madrid und New York. Wir halten insbesondere auch die Entwicklung und Anwendung internationaler vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen, über die bei der bevorstehenden Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa in Stockholm zu verhandeln sein wird, für einen langfristig besonders wichtigen Schritt zur Sicherung des Friedens . . .

Diese Politik der Bundesregierung beruht auf der tiefen Überzeugung, daß der Einsatz von Waffen und Gewalt kein Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele mehr sein darf. Die strikte Anwendung und Einhaltung des in der Charta der Vereinten Nationen, aber auch in der Schlußakte von Helsinki, den Verträgen von Moskau, Warschau und Prag sowie dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik niedergelegten Grundsatzes des Gewaltverzichts ist deshalb auch für mich persönlich ein besonderes Anliegen.

Der entsetzliche Vorgang des Abschusses einer südkoreanischen zivilen Verkehrsmaschine durch ein sowjetisches Jagdflugzeug ist ein besonderer Anlaß, auf diesem Grundsatz zu bestehen. Wir täuschen uns, wenn wir meinten, wir hätten mit deklaratorischen Gesten genug getan. Derjenige täuscht sich ebenso, der meint, er könne andere mit deklaratorischen Gesten beschwichtigen und davon abhalten, für das Prinzip des Gewaltverzichts mit aller Leidenschaft zu kämpfen. Dies ist keine Frage der Souveränität, sondern eine Frage der Menschlichkeit und der Glaubwürdigkeit.

Seien Sie überzeugt, daß ich mich mit ebensolcher Leidenschaft dafür einsetze, daß die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf über landgestützte nukleare Mittelstreckenraketen zu einem erfolgreichen Abschluß geführt werden. Meine Gespräche und Kontakte mit Präsident Reagan und Generalsekretär Andropow haben mich in der Hoffnung bestärkt, daß ein solcher Erfolg noch in diesem Jahr möglich ist. Ich möchte aber auch betonen, daß ein solches Ergebnis – wie bei allen Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen – erst dann greifbar sein dürfte, wenn beide Seiten ihre Verhandlungsziele am Prinzip des Gleichgewichts ausrichten.

Bei der konkreten Anwendung Ihrer berechtigten Forderung nach einer spürbaren Verringerung der beiderseitigen Waffensysteme und der Verhinderung einer weiteren Aufrüstung in Mitteleuropa muß deshalb besonderes Augenmerk auf die Tatsache gelegt werden, daß die für uns im Westen besonders bedrohliche, bis heute weiter zuwachsende Aufrüstung der Sowjetunion mit modernen SS-20-Raketen überhaupt erst der Anlaß für das westliche Verteidigungsbündnis war, den Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 zu fassen.

Von westlicher Seite, von seiten der Vereinigten Staaten, ist in den Jahren seit 1979 ebengerade nicht aufgerüstet, sondern beharrlich versucht worden, die sowjetische Führung zur Korrektur ihrer politischen und militärischen Fehlentscheidung zu bewegen. Nicht die Vereinigten Staaten, sondern die Sowjetunion hat durch ihr Verhalten gegen das Prinzip des Gleichgewichts verstoßen. Mit Ihnen hoffe ich, daß sie im Rahmen der derzeit laufenden, entscheidenden Verhandlungsrunde in Genf noch bereit sein wird, durch entsprechende Maßnahmen erneut Ausgewogenheit auf einem möglichst niedrigen Niveau herzustellen . . .

Mit vollem Herzen teile ich schließlich Ihre Auffassung, daß es im Interesse der Menschen in aller Welt läge, die für Rüstungszwecke aufgewendeten Milliarden-Beträge zum Kampf gegen Hunger und Not, vor allem in den Ländern der „Dritten Welt“, zu investieren. Ich sehe hierin eine doppelte Aufforderung und Mahnung an die militärisch hochgerüsteten Industriestaaten in Ost und West, ebenso aber auch an die Regierungen vieler Länder der „Dritten Welt“, mit dieser Verschwendung menschlicher Schaffenskraft und materieller Mittel aufzuhören und endlich Frieden zu schaffen mit weniger Waffen. Seien Sie versichert, daß ich mich auch persönlich in diesem Sinne einsetze.“

Breit gegen Strategie der Abschreckung

DGB-Chef kritisiert Sowjets und USA / „Friedenskonferenz“ in Köln

rtr/dpa, **Köln**

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ernst Breit, hat der bisherigen Abschreckungspolitik eine Absage erteilt und eine „Neuorientierung“ in der Sicherheitspolitik gefordert. Zur Eröffnung der zweitägigen internationalen DGB-Konferenz „Frieden und Abrüstung“ sagte Breit gestern vor 400 Gewerkschaftsfunktionären aus dem In- und Ausland in Köln: „Warum eigentlich sollte es utopisch sein, von traditionellen Denkgewohnheiten abzugehen und sich auf eine Friedens- statt auf eine Machtpolitik zu besinnen?“

Immer mehr Menschen seien heute bereit, bei der Abrüstung einen „ersten großen Schritt“ zu tun und konkrete Vorleistungen zu erbringen, meinte der DGB-Chef. Dagegen seien die bisherigen Abrüstungsabkommen zwischen den Supermächten nichts anderes als „Abkommen der beiderseitig kontrollierten Aufrüstung“. Dies werde innerhalb der Bevölkerung schon längst nicht mehr verstanden.

Zu den Genfer Verhandlungen meinte der DGB-Chef, die Sowjetunion habe ihre SS-20-Rüstung weit überzogen. Ihr zweifellos legitimes Sicherheitsbedürfnis rechtfertige nicht die Aufstellung einer solchen Zahl von Raketen. Die UdSSR müsse sich fragen, was sie damit selbst zum NATO-Doppelbeschluß beigetragen habe. Aber indem sie Reduzierungen anbiete, erkenne die andere Seite an, daß sie zu weit gegangen sei. Andererseits hätten es weder die NATO noch die Bundesregierung bisher vermocht, überzeugend zu erklären, warum die französischen und britischen Systeme außer Betracht bleiben sollten. „Mir ist bisher noch nicht schlüssig vermittelt worden, warum die Vereinigten Staaten in Europa nuklear mindestens gleich stark wie die Sowjetunion sein sollen, gleichgültig was Großbritannien und Frankreich haben.“

Breit appellierte an die beiden Verhandlungspartner in Genf, ihre verhärteten Positionen aufzugeben, in ernsthafte Verhandlungen „endlich“ einzutreten und zu einem erfolgreichen Abschluß zu kommen, der eine Nachrüstung auf europäischem Boden überflüssig mache. Dafür lägen bereits „verhandlungsfähige Vorschläge“ auf dem Tisch. Langfristig verlangte der DGB-Chef den Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Mittelstreckenraketen.

Angesichts der heutigen militärischen und politischen Möglichkeiten wird das gegenwärtig praktizierte Konzept der Abschreckung nach Auffassung Breits „bei Versagen zum vorherrschbaren tödlichen „Verbrechen gegen die Menschheit“. Die Abschreckungspolitik basiere auf einem „trügerischen Fundament“, ihr Mechanismus sei außerordentlich primitiv, aber nur schwer zu durchbrechen. Frieden lasse sich nicht errüsten, auch wenn das Gleichgewicht des Schreckens mit all seinen teuflischen Mechanismen den großen Krieg bislang verhindert hätte.

Seite 2: Schiefe Argumente

Wer bestimmt die Sicherheitspolitik?

Neues Weißbuch / Unklare Kompetenzverteilung zwischen Hardthöhe und AA

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Die Entstehung des ersten Weißbuches, das die Regierung Kohl/Genscher noch diesen Monat zur Sicherheitspolitik der Öffentlichkeit vorlegen will, wird von einem ausgeprägten Mangel an politischer Entschlossenheit geprägt sein, der auch die Diskussion in der gestrigen Kabinettssitzung bestimmte. Es ist in der Bundesregierung bislang offen geblieben, wer die Gesamt-Richtlinien für die Sicherheitspolitik festsetzt und welche Aufgaben in dem nicht bestimmten Gesamtrahmen die einzelnen Ressorts, vor allem das Verteidigungsministerium und das Auswärtige Amt, zu erfüllen haben.

Dieser Mangel an institutioneller Bestimmheit innerhalb der Regierung hat nach zuverlässigen Informationen dazu geführt, das eins der wichtigsten Kapitel in dem Weißbuch-Entwurf, die Behandlung der Genfer Mittelstreckenverhandlungen und die Rolle, die amerikanische Nuklearwaffen mit vergrößerter Reichweite und verbesserter Eindringfähigkeit in Europa haben, weit mehr vom Auswärtigen Amt bislang beeinflußt ist als vom Verteidigungsministerium. Ein Regierungsbeamter sagte der WELT: „Es ist leider eine Tatsache. Um den Begriff der Sicherheitspolitik streiten wir uns noch.“

Diese Auseinandersetzung läßt sich so skizzieren: Die Diplomaten des Auswärtigen Amtes haben ein starkes Interesse daran, die deutsche Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion so zu beschreiben, daß sie als Diplomaten ihre Kanäle zur sowjetischen *Diplomatie* nicht zu arg belasten. Das schließt nach deren Ansicht aus, die sowjetische Außenpolitik so klar zu analysieren, wie es für das öffentliche Verständnis in Deutschland förderlich wäre. Gerade dieses Interesse verfolgen deshalb auch die Verantwortlichen des Verteidigungsministeriums. Sie dringen darauf, die Militärstrategie, die Organisation und Struktur der sowjetischen Streitkräfte und die alles überwölbende politische Ideologie Moskaus so zu sezieren, daß das sowjetische Moment des Expansionismusstrebens dadurch herausgestellt wird. Angesichts dieser regierungsinternen Auseinandersetzung war gestern ungewiß, ob die im Entwurf des Weißbuches vorhandenen Aussagen zum sowjetischen Expansionismus bis zu dessen Drucklegung ungestrichen bleiben würden.

Die Veröffentlichung des Weißbuches, die ursprünglich auf den 12. Oktober terminiert war, ist auf das *Monatsende* verschoben worden, so daß dann auch wahrscheinlich Gelegenheit wäre, den Genfer INF-Verhandlungsstand abschließend zu bewerten. Trotz dieser Unbestimmtheit in der Sache wird aber von informierter Seite gesagt, die Abstimmung zwischen den Ressorts laufe „atmosphärisch reibungslos“.

Widerstand und die Lehre von Weimar

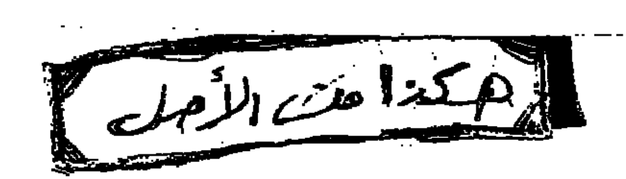
GISELHER SCHMIDT, **Bonn**

„Friedensbewegung“ ist „Sowjet-Raketen-Bewahrungs-Bewegung“. Mit diesem provokanten Wortspiel brachte der Kölner Ordinarius für öffentliches Recht, Martin Kriele, rhetorischen Pfeffer in die Vorstellung des von Pater Heinrich Basilius Streithofen herausgegebenen Taschenbuches zum Thema „Frieden im Lande – vom Recht auf Widerstand“. Kriele, der zu den juristischen Mitgestaltern der Ostverträge gehörte, hat in dem Buch des bekannten Sozialwissenschaftlers aus dem Dominikanerorden das Kapital über „Widerstandsrecht in der Demokratie? – Über die Legitimität der Staatsgewalt“ verfaßt.

Er bekannte sich zu den Verträgen, distanzierte sich jedoch von der Interpretation der Ostpolitik durch die „Friedensbewegung“: „Die Universalität des Völkerrechts fordert Gleichberechtigung, wie sie in den Verträgen festgelegt wurde. Das bedeutet aber noch lange nicht moralische Gleichwertigkeit von Ost und West.“ Die „Friedensbewegung“ verglich Kriele mit denjenigen germanischen Stämmen, die einst Julius Caesar freiwillige Unterwerfung angeboten Latten. In ähnlicher Weise seien heute manche von der Stärke der Sowjetunion fasziniert.

Auch der Bonner Politikwissenschaftler Karl Dietrich Bracher, der das Kapitel „Die Lektion von Weimar und die Aktualität des Widerstands-Problems“ geschrieben hat, verurteilte die „Ideologisierung der Entspannungspolitik“, die vielfach dazu geführt habe, der Sowjetunion totalitären Charakter abzusprechen. Die „Friedensbewegung“ verglich er mit der kulturpessimistisch-antidemokratischen Fundamentalopposition der Weimarer Zeit und bezeichnete die heutige Widerstandsideologie als eine Verfälschung des ursprünglich antidiktatorischen Verständnisses zu einem antidemokratischen Sinn von Widerstand.

Weitere prominente Autoren des im Bastei-Lübbe-Verlag erschienenen Streithofen-Bandes fehlten im Bonner Presseclub, z. B. Eugen Gerstenmaier, der zu den Männern des 20. Juli gehörte, oder Bundestagspräsident Rainer Barzel, der das Vorwort verfaßt hat: Da in den 70er Jahren zwischen Barzel und Streithofen politische Spannungen bestanden, bildet diese Einleitung im wörtlichen Sinn einen Beitrag zum „Frieden im Lande“.



Gefahr durch Wildwuchs

sz. – Messen sind unverzichtbar, weil sie den Firmen eine einzigartige Möglichkeit bieten, in kurzer Zeit die Vielzahl und Vorzüge ihrer Produkte einer großen Zahl möglicher Kunden vorzustellen. Rund 1,3 Millionen Besucher lockte die Internationale Automobilausstellung in Frankfurt an, und über 530 000 kamen im Frühjahr zur Hannover-Messe. Das deutsche Messewesen läuft allerdings Gefahr, durch einen Wildwuchs an Veranstaltungen seine Glaubwürdigkeit zu verlieren. Ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Wirtschaft werden von den Messemanagern ständig neue, kleinere Spezialausstellungen kreiert.

Noch glauben Firmenvertreter, es sich nicht leisten zu können, durch Abwesenheit zu glänzen. Welch ein bedeutsamer Kostenblock für ein Unternehmen sich dadurch aber ergibt, kann man sich leicht vorstellen, wenn beispielsweise nun innerhalb von nur zwei Monaten drei bedeutende Elektronik-Messen wie die Systems und die Productronica in München und die Interkama in Düsseldorf bevorstehen. Rund 80 000 Mark veranschlagt ein Aussteller für Vorbereitung, Aufbau, Personal und die Standmiete für 80 Quadratmeter.

Die Erwartungen und Hoffnungen, die vielen Gespräche mögen früher wie eine Droge gewirkt haben. Gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten folgt dem Höhenflug aber spätestens dann Ernüchterung, wenn es an das wahre Messegeschäft geht. Und glättet man die Höhenkurven des Messelebens, dann blüht da langsam die Erkenntnis, daß es besser gewesen wäre, nicht dabeigewesen zu sein. Im Interesse aller sollte hier endlich ein vernünftiger Konsens gefunden werden.

Beneidenswert

fu (London) – Einer der traditionsreichsten englischen Fußballvereine, Tottenham Hotspur, macht den anderen Vereinen vor, wie man an dringend benötigtes Geld kommt. Die „Spurs" aus dem Londoner Norden werden der erste britische Fußballclub sein, dessen Aktien zum regulären Börsenhandel zugelassen sind. Entsprechend ist das Angebot zum Kauf von 3,8 Millionen neuer Aktien vom morgigen Donnerstag an vorgelegt worden. Es lautet über 100 Pence je 25-Pence-Aktie; nach Abzug von Gebühren fließen demnach rund 3,5 Millionen Pfund in die Kasse, gerade so viel, um die Bankschulden zu löschen. Man darf damit rechnen, daß das Kaufangebot spekulatives Interesse auf sich ziehen wird, da der Club über stabile Einnahmen verfügt. Immerhin 70 Prozent der Jahreseinkünfte werden im voraus eingenommen: durch Banden- und Trikotwerbung, Saison-Eintrittskarten und Jahresmieten für die Logen. Genau das ist es aber, was den meisten anderen Clubs den Zugang zur Börse verwehren würde: Sie können in der Regel nicht einmal eine halbwegs zutreffende Voraussage der Ergebnisse machen, der wirtschaftlichen, wohlgemerkt.

Belgischer Kompromiß

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Erfinderisch waren die Belgier schon immer bei der Suche nach Kompromissen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Auch bei den diesjährigen Budgetentscheidungen bedurfte es mancherlei Klimmzüge, bis sich die Partner der christlich-liberalen Regierungskoalition schließlich auf eine gemeinsame Linie verständigt hatten.

Wie andernorts ging es um eine möglichst gerechte Verteilung der Opfer, die der Zwang zur Beschränkung der öffentlichen Ausgaben verlangt. Belgien tut sich da eher schwerer als andere europäische Länder. Es leidet besonders stark unter veralteten industriellen Strukturen. Hinzu kommt, daß die härter gewordenen Verteilungskämpfe die Spannungen zwischen den beiden großen Kulturgemeinschaften vergrößern.

Außer am Für und Wider gewisser Einsparungen im öffentlichen Dienst entzündete sich die innenpolitische Kontroverse diesmal vor allem an der Frage, ob der Staat recht daran tue, Steuersündern eine Amnestie in Aussicht zu stellen und Pläne für eine steuerliche Entlastung privater Kapitalerträge in die Tat umzusetzen. Entsprechende Grundsatzbeschlüsse waren zwar Anfang August gefaßt worden, inzwischen jedoch beim Arbeitnehmerflügel der Christlich-Sozialen auf entschiedenen Widerstand gestoßen.

Ziel der Reform sollte es sein, einen höheren Anreiz zur Kapitalbildung zu geben, um gleichzeitig der seit Jahren grassierenden Kapitalflucht entgegenzuwirken. Nachdem einige Regierungsmitglieder Angst vor der eigenen Courage bekommen hatten, wurde mühsam ein Kompromiß gezimmert, der zwar eine größere „soziale Ausgewogenheit" der geplanten Maßnahmen sichert, dafür aber nach dem Urteil vieler Beobachter die in die Reform gesetzten Erwartungen mindestens teilweise in Frage stellt.

Die Anfang der sechziger Jahre eingeführte Regelung sollte es ermöglichen, Einkünfte verschiedener Herkunft zu „globalisieren", also bei der Steuerprogression mit zu berücksichtigen. Die Folge war allerdings, daß die Zinserträge häufig dem Finanzamt verheimlicht wurden und daß ein wachsender Teil der Kapitalanleger sein Geld ins Ausland transferierte.

In der Erwägung, daß die Abschreckung von Risiko-Kapital ein entscheidendes Hindernis für die Belebung des Wirtschaftswachstums (und damit für den Abbau der Arbeitslosigkeit) darstellt, hatte die gegenwärtige Regierung zunächst einmal den Erwerb von einheimischen Aktien steuerlich begünstigt. Diese Maßnahme, die im kommenden Jahr beibehalten wird, führte bereits zu einer spürbaren Belebung der Börsentätigkeit. Auch die Beseitigung der Doppelbesteuerung soll die Kapitalausstattung der Wirtschaft verbessern. Spargeld wird um so mehr gebraucht, als sich der Staat immer stärker verschuldet und zunehmend gezwungen ist, zur Finanzierung seines laufenden Bedarfs Anleihen im Ausland aufzunehmen.

Die Gewerkschaften sehen in dem Regierungskonzept dagegen nur einen Versuch, den „Reichen" Geschenke zu machen. Sie verweisen darauf, daß den kleinen Einkommensbeziehern im gleichen Moment höhere Sozialbeiträge und Einschnitte ins „soziale Netz" zugemutet würden. Noch stärkerer Protest wurde gegen die Absicht laut, durch eine Steueramnestie „schwarzes" Geld wieder „weiß zu waschen".

Die endgültige Regelung für die Quellensteuer sieht deshalb vor, die Entlastung von der Einkommensteuer auf Höchstbeträge zu begrenzen. So sollen nur solche Bezieher von Zinseinkommen von weiteren Verpflichtungen frei sein, die nicht mehr als 1,1 Millionen Franc (55 000 Mark) jährlich an derartigen Einkünften haben. Höhere Zinserträge müssen entweder innerhalb von zwei Jahren erneut in belgischen Papieren angelegt werden oder werden mit einer Zusatzsteuer zwischen 27 und 47 Prozent belastet. Außerdem wird die Quellensteuer von 20 auf 25 Prozent erhöht, was dem Fiskus Mehreinnahmen von rund 15 Milliarden Franc (750 000 Mark) bringt.

Die Steueramnestie – genauer: der Verzicht des Staates, die Herkunft von neuinvestiertem Kapital zu kontrollieren – gilt ebenfalls nur mit Auflagen: Ein Fünftel des Betrages muß künftig zinslos in Schatzwechseln angelegt werden, die erst nach Ablauf von fünf Jahren zurückgezahlt werden dürfen.

Kritiker fürchten deshalb, daß der „belgische Kompromiß" die Chancen für eine massive Rückführung von „Fluchtgeld" nicht ausreichend gesichert hat. Ohnehin wird den Steuersündern in weiten Bevölkerungskreisen eher Sympathie entgegengebracht als Verachtung. Ein Staat, dessen Einkommensteuertarif bis zu 72 Prozent der Verdienste erfaßt, braucht sich da nicht zu wundern.

BANKEN / Kreditgewerbe sieht deutlich verbesserte Chancen für Zinsrückgang

Pöhl erwartet eine Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Chancen für einen Zinsrückgang in der Bundesrepublik und für eine Befestigung des D-Mark-Wechselkurses haben sich nach Einschätzung von Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl und führender Vertreter des Kreditgewerbes in der jüngsten Zeit verbessert. Diese Aussagen gelten freilich unter der Voraussetzung, daß die Zinserwartungen in den Vereinigten Staaten, die nach dem Abflauen der Geldmengenexpansion eher auf einen Zinsrückgang gerichtet sind, nicht wieder drehen.

Zur Befestigung der D-Mark gegenüber dem Dollar und auch im EWS hat in den letzten Wochen vor allem die Verringerung der Zinsdifferenz zwischen Anlagen in Dollar und in D-Mark beigetragen. Am Geldmarkt ist der Zinsvorsprung des Dollars gegenüber der D-Mark in den letzten vier Wochen von 4½ auf 3½ Prozent geschrumpft und am Kapitalmarkt von 3½ auf drei Prozent, was ein gewisses Nachlassen der Attraktivität von Dollaranlagen bedeutet, deren Zinsen erheblich stärker zurückgegangen sind als die für D-Mark.

Die Verringerung der Zinsdifferenz und damit die Stabilisierung der D-Mark am Devisenmarkt ist auch durch die halbprozentige Erhöhung des Lombardsatzes am 8. September und die Erwartung einer solchen Maßnahme am Markt unterstützt worden. Die Bundesbank hatte die Leitzinserhöhung zwar nicht aus wechselkurspolitischen Überlegungen beschlossen. Doch zeige sich jetzt, betonte der Bundesbankpräsident gegenüber der WELT, daß eine relativ straffe Geldpolitik vertrauensbildend wirke.

Im Gegensatz zum Dollar sind der Schweizer Franken und besonders der japanische Yen weiter gestiegen. Grund für den Höhenflug des Yen, der jetzt auf 1,1225 Mark und damit auf den höchsten Stand seit zwei Jahren kletterte, ist die Explosion des japanischen Leistungsbilanzüberschusses, der für dieses Jahr auf 25 Milliarden Dollar geschätzt wird, während die USA mit einem Defizit von mindestens 30 Milliarden Dollar rechnen.

Der Bundesbankpräsident kann sich nicht vorstellen, daß ein so hohes Defizit auf Dauer mit einem hohen Dollarkurs vereinbar ist. Er ist daher zuversichtlich, daß die D-Mark als Währung eines Leistungsbilanzüberschußlandes gegenüber dem Dollar an Wert gewinnen wird.

Auch in Kreisen der Geschäftsbanken wird die weitere Kursentwicklung der D-Mark positiv beurteilt. Der Commerzbank-Vorstandsvorsitzende Walter Seipp hält zur Jahreswende 1983/84 einen Dollarkurs in der Nähe von 2,50 Mark für möglich. Er begründet dies, wie er der WELT sagte, mit der Festigung der internationalen Einschätzung der D-Mark und der Meinung, daß der amerikanische Finanzmarkt das Schlimmste hinter sich hat.

Nach Auffassung von Friedel Neuber, dem Vorstandsvorsitzenden der WestLB, hat die D-Mark im EWS ihre Schwächephase hinter sich. Gegenüber dem Dollar bestehe auf mittlere Sicht eher eine Aufwertungschance als ein Abwertungsrisiko.

Zuversichtlich beurteilen die beiden Bankiers ebenso wie der Bundesbankpräsident die weitere Zinsentwicklung. Der Commerzbank-Chef verweist auf die von den USA ausgehende Umorientierung auch an den deutschen Finanzmärkten und hält einen Rückgang des Kapitalzinses (Umlaufrendite für Laufzeiten von sechs bis sieben Jahren) um etwa ¼ Prozentpunkt auf acht Prozent für gut erreichbar.

Neuber erwartet, daß sich Zinssenkungsspielräume – am längeren Ende des Marktes mehr als am kürzeren – eröffnen. Er begründet dies damit, daß die restriktive Liquiditätspolitik und das hohe Realzinsniveau die monetäre Expansion bremsen, sowie mit der nur moderaten Konjunkturbelebung und der Stabilisierungstendenzen an der Preisfront.

Auch der Bundesbankpräsident glaubt, daß sich der gegenwärtige Trend einer leichten Zinssenkung noch fortsetzt, wenn auch nicht spektakulär. Er beurteilt die zeitweilig kräftig über das Zielband hinausgeschossene Geldmengenentwicklung jetzt als günstiger, aber noch nicht zufriedenstellend.

KUNSTSTOFFE

Zur „Messe der Superlative" Signale für den Aufschwung

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Diese „Messe der Superlative" habe eine gute Chance, zur weiteren Ankurbelung der internationalen Nachfrage beizutragen. Übereinstimmend sagen das zum Auftakt der Düsseldorfer K '83 (5.–12. Oktober) alle rund um den Kunststoff angesiedelten deutschen Industrieverbände, die vom Hersteller dieses „Werkstoffs der Zukunft" über den Maschinenbauer bis zum Verarbeiter ein Potential von 5000 Unternehmen mit 300 000 Beschäftigten und 49 Milliarden DM Umsatz (1982) repräsentieren. Allesamt haben sie den schlimmsten Teil vom Konjunktur-Absturz ihrer Mengen und Preise bereits hinter sich. „Vorsichtiger Optimismus" macht sich seit Jahresanfang breit. Die „weltgrößte internationale Fachmesse der Kunststoff- und Kautschukbranchen" soll da den Signalen des Aufschwungs zusätzliche Impulse bringen.

Superlative wie bei der Messe selbst erwarten die 1605 Aussteller aus 37 Ländern für ihr Geschäft freilich beileibe noch nicht. Sie kommen diesmal in gut neun Prozent größerer Zahl und mit 49 (47) Prozent Ausländeranteil als bei der letzten Kunststoff-Heerschau im konjunkturell schönen Jahr 1979. Mit 103 000 (100 000) qm Netto-Ausstellungsfläche belegen sie alles, was die Nowea-Messegesellschaft an Präsentationsraum zu bieten hat.

Und auf Begehr der Maschinenbauer wurde auch schon beschlossen, den bisherigen Vier-Jahres-Turnus dieser traditionell sehr erfolgreichen Messe künftig auf drei Jahre zu verkürzen. Analoge Veranstaltungen in Europa bislang schon in der Besucherzahl bestenfalls ein Drittel so groß wie Düsseldorfs K-Messe mit sicherlich auch jetzt wieder 180 000 Fachbesuchern, müßten sich vernünftigerweise auf ihren „Regional-Charakter" besinnen, heißt es dazu von Messeleitung und Ausstellerverbänden.

Turnus-Verkürzung und Ausstellerangebot stehen klar unter dem Zeichen der in diesen Branchen ungebrochen kräftigen Produkt-Innovation. Bei den einschlägigen Maschinenbauern zeigt das der weitere Vormarsch zum Einsatz der Mikroelektronik. Die Kunststoff-Hersteller setzen nun einen besonderen Akzent auf konstruktive Werkstoffe (Engineering Plastics). Die Verarbeiter bieten ein deutlich verbreitertes Sortiment der Verwendung von Kunststoff-Produkten in Gebieten mit überdurchschnittlichen Entwicklungschancen.

Letztere sehen die deutschen Verarbeiter, mit 298 Ausstellern gegenüber 194 Ausländern noch klar dominierend, für ihre Branche daheim auch generell sehr positiv. Mindestens drei Prozent reales Wachstum pro Jahr werde die Branche in den 80er Jahren haben.

Mit einem Bekenntnis zu weltoffenen Märkten und zur Stärkung der Innovationskraft der Unternehmen eröffnete Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber die K '83. Für beides sah er gerade in dieser Messe einen eindrucksvollen Beleg.

AUF EIN WORT



„Ich kann mir nicht vorstellen, daß irgendein Stahlunternehmen in Deutschland à la longue den Zustand vom Sommer 1983 fortschreiben und damit ein tragfähiges Konzept '86 darstellen kann."

Dr. Jürgen Krackow, Geschäftsführungsvorsitzender der Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen
FOTO: WOLF P. PRANGE

Umsatzzuwachs im Einzelhandel

Py. Düsseldorf

Der deutsche Facheinzelhandel hat im August ein Umsatzplus von drei Prozent, preisbereinigt von einem Prozent, erzielt. Im Betriebsvergleich des Instituts für Handelsforschung an der Universität Köln wird freilich darauf hingewiesen, daß der August einen Verkaufstag mehr hatte als der Vorjahresmonat. Am besten schnitten der Handel mit Möbeln (plus zehn Prozent), mit Uhren, Gold- und Silberwaren (plus sieben Prozent) sowie der Handel mit Büchern, Lebensmitteln und Drogeriewaren (jeweils plus fünf Prozent) ab. Besonders ungünstige Ergebnisse hatten der Lederwarenhandel (minus vier Prozent) und der Musikalienhandel (minus sechs Prozent). In den ersten acht Monaten dieses Jahres hatte der Fachhandel ein Plus von einem Prozent, preisbereinigt jedoch ein Minus von zwei Prozent.

STEINKOHLENBERGBAU

Öffentliche Hilfen werden auch weiterhin benötigt

HANS BAUMANN, Essen

Die kohlepolitische Flankierung eines mittelfristigen Programms zur Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten des deutschen Steinkohlenbergbaus erfordert den Einsatz zusätzlicher öffentlicher Mittel. Auch wenn diese sowohl in ihrer Höhe als auch in ihrer Dauer begrenzt werden, lassen sie sich nach Ansicht des Steinkohlenbergbaus rechtfertigen.

In seinem Jahresbericht 1982/83 erinnert der Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus daran, daß die öffentlichen Mittel seit 1979 um mehr als eine Milliarde Mark abgebaut worden seien. Mit diesen Mitteln seien früher bedeutsame regional- und sozialpolitische Stabilisierungseffekte erzielt worden. Erinnert wird auch daran, daß inländische Steinkohle trotz ihrer hohen Gestehungskosten preisgünstiger ist als Importöl und Importgas. Damit leiste die Steinkohle nicht nur einen Beitrag zur Versorgungssicherheit, sondern auch zur Entlastung bei den Energiekosten.

Die Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten der heimischen Steinkohle ist möglich, sagt der Gesamtverband. Ob und in welchem Umfang das allerdings gelinge, hänge nicht nur von den eigenen Anstrengungen der Steinkohle ab, sondern auch von den Entscheidungen der Kohle- und Energiepolitik. Angesichts der längerfristigen energiewirtschaftlichen Tendenzen sollten nach Meinung des Steinkohlenbergbaus die energiepolitischen Entscheidungen darauf ausgerichtet werden, mit der Steinkohle die Energieversorgung zu sichern und die Importabhängigkeit von politisch hochbrisanten Gebieten zu verringern.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Hartes Ringen um Fangquote für Nordsee-Heringe

WILHELM HADLER, Brüssel

Nicht leicht gemacht haben es sich die zuständigen Fachminister der EG in ihrer jüngsten Verhandlungsrunde über die Fangquoten für Nordsee-Heringe. Trotz langwieriger Beratungen bestanden jedoch gestern in Luxemburg kaum noch Aussichten auf einen tragfähigen politischen Kompromiß.

Damit schien auch das grundsätzliche Einvernehmen über die zulässigen Fangmengen für andere Fischarten im Jahre 1983 erneut in der Schwebe zu bleiben, das auf der Grundlage des jahrelangen Tauziehens um die europäische Fischereipolitik erzielt worden war. Heringe waren im vergangenen Jahr noch vom Gerangel um die Quoten ausgenommen worden, da wegen der angegriffenen Bestände ein generelles Fangverbot bestand. Heute machen einige Mitgliedsländer das Inkrafttreten der „fortgeschriebenen" Quoten für die anderen Fische sowie einige noch offene Beschlüsse über strukturpolitische Maßnahmen im Fischereisektor von einer Einigung über die Heringsquoten abhängig. Die gemeinsame Fischereipolitik steht damit offensichtlich nur noch auf dem Papier.

Die EG-Kommission hat unter Berufung auf das Urteil der wissenschaftlichen Experten für das laufende Jahr für die gesamte Nordsee eine zusätzliche Fangmenge von 84 300 Tonnen Heringe freigegeben. Ihre Vorschläge für eine Aufteilung dieser Menge auf die interessierten Mitgliedsländer ist seit Monaten Gegenstand heftiger Kontroversen.

Nach Bonner Meinung werden durch die Brüsseler Vorschläge Frankreich, die Niederlande und Belgien deutlich bevorzugt. Der Hauptkontrahent im „Verteilungskampf" ist jedoch Dänemark, das sich besonders schlecht behandelt fühlt.

Die Dänen haben in der Vergangenheit ihre Heringsfischerei ohne Rücksicht auf die schwindenden Bestände ausgedehnt. Für sie ist deshalb die Zuteilung einer möglichst großen Quote von vitaler Bedeutung.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Industrieproduktion im August unverändert

Bonn (rtr) – Die deutsche Industrieproduktion hat sich von Juli auf August nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes saisonbereinigt nicht verändert. Wie das Bundeswirtschaftsministerium mitteilte, ergab der Zweimonatsvergleich von Juli/August mit Mai/Juni eine Produktionseinbuße des verarbeitenden Gewerbes um ein Prozent. Das Ministerium verwies allerdings auf die Revision des Juli-Indexes um zwei Punkte nach unten und die Tatsache, daß die Ergebnisse der Sommermonate erfahrungsgemäß starken Schwankungen unterworfen seien. Im Zweimonatsvergleich von Juli/August mit den entsprechenden Vorjahresmonaten ergab sich dem Ministerium zufolge eine Steigerung um 1,5 Prozent.

Bund senkt Rendite

Bonn (AP) – Der Bund erhöht von heute an den Kurs seiner 8-Prozent-Bundesobligationen von 99,40 auf 100 Prozent. Das Finanzministerium begründete diesen Schritt mit der Marktentwicklung. Dadurch sinkt die Rendite für die Papiere von 8,15 auf acht Prozent.

Kapazitätsabbau gefordert

Bonn (rei) – Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) hat die Unternehmen des deutschen Steinkohlebergbaus aufgefordert, ihre Förderung an die stark gesunkene Nachfrage anzupassen. In den „Eckwerten zur deutschen Kohlepolitik", die den Teilnehmern der bevorstehenden Kohlerunde zugeleitet wurden, fordert der DIHT, die Förderkapazitäten vorrangig dort abzubauen, wo Lagerstätten demnächst erschöpft seien. Die Kurzarbeiterregelungen sollten zur Lösung des Freisetzungsproblems angewendet werden. Kohleveredelung sollte, so der DIHT, im Rahmen des technischen Fortschritts weiter betrieben werden, doch könne sie langfristig keinen Beitrag zur Beseitigung der Absatzprobleme leisten.

Sichere Anlageländer

New York (SAD) – Zu den fünf Ländern, denen das Institut „Beri" New York (Business environment risk information) höchste Anlage-Qualität und damit -Sicherheit bescheinigt, gehört die Bundesrepublik Deutschland. Die USA, die Schweiz, Japan und Singapur wurden in der Analyse ebenfalls mit der Note „1 a" bedacht. Günstig werden auch Norwegen, die Niederlande, England, Taiwan und Kanada eingeschätzt. Am anderen Ende der Skala sind Indien, Nigeria, Pakistan, Peru, Marokko, Argentinien, Irak, Mexiko, Bolivien, Iran und Zaire zu finden.

Beschluß gelockert

Washington (rtr) – Der Exekutiv-Rat des Internationalen Währungsfonds (IWF) hat eine Lockerung der Aussetzung von Krediten aus geborgten Mitteln beschlossen. Wie es in Währungskreisen hieß, bedeutet diese Entscheidung, daß Portugal und einige andere Länder, die die Verhandlungen mit dem Fonds bereits abgeschlossen hatten, die zugesagten Gelder trotz der finanziellen Probleme des IWF bekommen werden. Allerdings werde dadurch die Finanzierungslücke des Fonds in diesem Jahr von bislang rund 4,1 Milliarden auf 4,6 Milliarden Dollar wachsen.

Rückgang der Rohölpreise

Nikosia (dpa/UPI) – Ein Rückgang der Rohölpreise am freien Ölmarkt (Spotmarkt) hat bei den Ölerzeugern Sorgen über die Preisstabilität im letzten Quartal 1983 aufkommen lassen, berichtete der „Middle East Economic Survey". Die Rohölpreise an den freien Märkten fielen in der vergangenen Woche zwischen 15 und 17 US-Cent je Barrel (159 Liter), wobei die Preise für Nordseeöl stärker zurückgingen als die für Golf-Öl.

Rohstoff-Fonds gefährdet

Rom (rtr) – Der geplante internationale Fonds zur Stabilisierung der Rohstoffpreise wird nach den Worten von Diether Bronner, stellvertretender Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), vermutlich nicht im Januar seine Arbeit aufnehmen können. Wie Bronner erklärte, fehlt derzeit offenbar der politische Wille zur Begründung dieses Fonds. Der Termin Januar 1984 ist bei der sechsten Sitzung der Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) in Belgrad in diesem Jahr beschlossen worden. Anderen FAO-Vertretern zufolge haben bislang lediglich 61 der 108 Länder, die den vorläufigen Vertrag unterzeichnet hatten, ihre Mitgliedschaft bei dem Fonds auch ratifiziert, während die Geberländer nur 40 Prozent des Startkapitals eingezahlt haben.

ARGENTINIEN

Notenbank-Chef festgenommen

rtr, Buenos Aires

Der Präsident der argentinischen Zentralbank, Julio Gonzales del Solar, ist bei seiner Rückkehr aus den USA nach Angaben eines Sprechers des Wirtschaftsministeriums festgenommen worden. Wie der Sprecher erklärte, ist die Festnahme auf Anordnung eines Richters wegen des Verdachts von Unregelmäßigkeiten bei den Umschuldungsverhandlungen für die Auslandsverbindlichkeiten des Landes von 39 Milliarden Dollar erfolgt. Zuvor habe Richter Federico Pinto Kramer die Regierung angewiesen, sämtliche Verhandlungen über die Umschuldung von Verbindlichkeiten des öffentlichen Sektors im Betrag von neun Milliarden Dollar einzufrieren.

Er habe dies damit begründet, daß zunächst geprüft werden müsse, ob der als Muster für weitere Umschuldungen der öffentlichen Hand geltende Umschuldungsvertrag für die Verbindlichkeiten der staatlichen Fluggesellschaft Aerolineas Argentinas argentinisches Recht verletze.

Am vergangenen Freitag hatte die argentinische Militärregierung scharfe Devisenkontrollen verfügt und die Neuvergabe von Importlizenzen gestoppt, um Devisenabflüsse angesichts der Krise in den Umschuldungsverhandlungen des Landes mit dem Ausland zu verhindern. Argentinien ist mit insgesamt 39 Milliarden Dollar im Ausland verschuldet, und momentan sind die Umschuldungsverhandlungen über neun Milliarden Dollar ausgesetzt. In einer Erklärung hatte das Wirtschaftsministerium am Wochenende mitgeteilt, es habe die automatische Ausgabe von Devisen durch die Zentralbank für alle Arten vertraglicher Verpflichtungen argentinischer Partner untersagt.

USA / Initiative des Gewerkschaftsverbandes

Industriepolitik gefordert

H.-A. SIEBERT, Washington

Immer lauter wird in den USA der Ruf nach einer gezielten Industriepolitik. Aufgenommen und weitergetragen wird er von bekannten Wirtschaftsprofessoren, den meisten demokratischen Politikern, die sich um die Präsidentschaftskandidatur ihrer Partei bewerben, und den Gewerkschaften. Die Reagan-Administration ist zwar im Prinzip dagegen, weil staatliche Eingriffe in den Marktprozeß die Wirtschaftlichkeit unterminierten. Das Weiße Haus hat jedoch eine „Kommission für industrielle Wettbewerbsfähigkeit" gebildet, die unter dem Vorsitz des Präsidenten der Hewlett-Packard Company, John Young, das Pro und Contra abklopfen soll.

Worum es im einzelnen geht, hat der Exekutivrat des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes AFL/CIO in einem Papier zusammengefaßt, über das seit Montag in Hollywood, Florida, 900 Delegierte beraten. Die Vereinigten Staaten könnten nur mit Hilfe einer umfassenden Industriepolitik die Wirtschaft wieder flottmachen, ein ausbalanciertes Wachstum erreichen und Amerikas internationale ökonomische Position stärken, heißt es darin. Gefordert wird die Schaffung eines nationalen Reindustrialisierungsausschusses, in dem die Gewerkschaften, die Unternehmen und die Regierung vertreten sind.

Als Teil der neuen Industriepolitik schlagen die Gewerkschaften die Gründung einer Nationalen Entwicklungsbank vor, die „private und öffentliche Gelder in notwendige Reindustrialisierungsprojekte investiert". Empfohlen werden Darlehen, Kreditgarantien und steuerliche Anreize, um den Aufbau neuer Industrien voranzutreiben und sogenannten Altindustrien bei der Modernisierung zu helfen. Die Bank sollte Mittel auch in wirtschaftlich besonders schwache Regionen pumpen wie den Norden und Nordosten der USA. Das alles erinnert an die zu Beginn der Großen Depression vor 50 Jahren von Washington ins Leben gerufene staatliche Reconstruction Finance Corporation (RFC), auf der noch heute lange Korruptionsschatten liegen.

Folgt man den Gewerkschaften, dann wird die US-Wirtschaft mit enormen Schwierigkeiten konfrontiert: Die technologischen Umwälzungen verändern ihre Struktur, die Standorte und Arbeitsplätze. In den vergangenen zwei Jahren seien nahezu zwei Millionen Jobs verlorengegangen, während die Unterbeschäftigung den höchsten Stand seit 1945 erreicht habe. Geschwächt worden seien „ganze Industriezweige, Gemeinden und Gebiete". Stark verschlechtert habe sich die Infrastruktur der Vereinigten Staaten durch den Verfall von Straßen, Brücken und Dämmen.

Der Gewerkschaftsverband setzt sich für einen Schutz vor unwillkommenen Importen ein, weil „fremde Nationen weiterhin Schlüsselindustrien subventionieren, ihre Produkte unter Kosten verkaufen, amerikanische Lieferungen behindern und Exportvorteile durch Abwertung ihrer Währungen erhalten". Verlangt wird die Verabschiedung des schon seit langem in Washington diskutierten Gesetzes, wonach ausländische Autos und andere „wichtige Erzeugnisse" zu einem bestimmten Prozentsatz aus in Amerika gefertigten Teilen bestehen sollen. Ein Fünftel der Waren im US-Außenhandel soll überdies in Zukunft auf eigenen Schiffen transportiert werden.

RUHRKOHLE

Keine Anteile für die WestLB

AP, Bonn

Das Bundeswirtschaftsministerium hat nicht die Absicht, den Verkauf von Aktien der Ruhrkohle AG an die Westdeutsche Landesbank (WestLB) zu genehmigen. Der Sprecher des Ministeriums, Dieter Vogel, sagte in Bonn vor der Presse, dies sei den Betroffenen bei Fachgesprächen „eindeutig" mitgeteilt worden. Nach dem Gesetz über die Ruhrkohle AG muß der Bundeswirtschaftsminister nach Rücksprache mit dem Finanzminister Änderungen im Kreis der Anteilseigner des Unternehmens zustimmen. Wie berichtet, wollen sich verschiedene Stahlkonzerne aus der Ruhrkohle zurückziehen.

Nach Angaben Vogels würde das Ministerium jedoch keine Einwände gegen eine indirekte Beteiligung der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) an der Ruhrkohle über den Erwerb eines Aktienpaketes am Salzgitter-Konzern erheben. Man sei daran interessiert, daß die Elektrizitätswerke, die über den sogenannten „Jahrhundertvertrag" zur Abnahme einer bestimmten Kohlemenge für die Verstromung verpflichtet sind, ihre „besondere Sorge" an der Ruhrkohle auch in Form von Aktienbesitz äußern.

Zu der Absicht der teilweise bundeseigenen Veba AG, die das Ruhrkohle-Aktienpaket der Mannesmann AG (7,43 Prozent) erwerben will, sagte der Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums, er sei unsicher, ob sein Ministerium die Genehmigung dazu geben werde.

Wie aus Kreisen des Wirtschaftsministeriums weiter verlautete, befürchtet man in der Bundesregierung von einer Beteiligung der WestLB ein zu großes Gewicht Nordrhein-Westfalens an der Ruhrkohle.

FRANKREICH / Sanierungsplan für Creusot-Loire

Staat springt erneut ein

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Zum zweiten Mal rettete die sozialistische Regierung Creusot-Loire, den nach Peugeot zweitgrößten nicht verstaatlichten Industriekonzern Frankreichs mit 42 000 Beschäftigten und 17,6 Milliarden Franc (5,8 Milliarden Mark) Umsatz (1982), vor dem Konkurs. Der gestern bekanntgegebene Sanierungsplan sieht unter anderem die Freisetzung von 4500 Arbeitskräften vor. Seine Erfolgschancen werden unterschiedlich beurteilt.

Nachdem Creusot-Loire 1981 dank einer staatlichen Hilfe von einer Milliarde Franc und 220 Millionen Franc Kapitalzuschüssen seines Mehrheitsaktionärs (55 Prozent) Schneider SA sowie bedeutender Beteiligungsveräußerungen (Normandie-Stahlwerk, Werkzeugmaschinenfabrik Renault-Somua, Schiffswerft Dünkirchen) aus den roten Zahlen gebracht worden war, kam es zu neuen schweren Verlusten (650 Millionen Franc 1982), die seit Mai 1983 aus den Eigenmitteln abgedeckt werden mußten.

Auf Grund der jetzt mit der französischen Regierung getroffenen Vereinbarungen könne der bis 1986 auf sieben Milliarden Franc (einschließlich Verlustvorträge) veranschlagte Finanzbedarf von Creusot-Loire zu 5,9 Milliarden Franc abgedeckt werden, erklärte Präsident Didier Pineau-Valencienne auf einer Pressekonferenz. Davon bringt die Schneider SA im Rahmen einer Kapitalerhöhung 720 Millionen Franc auf, davon 220 Millionen Franc durch die Konsolidierung eines Vorschusses, also 500 Millionen Franc netto.

Die Holdinggesellschaft garantiert darüber hinaus zu 300 Millionen Franc zwei Beteiligungsdarlehen des staatlichen Sozial- und Entwicklungsfonds (FDES) und der verstaatlichten Banken von je 500 Millionen Franc. Außerdem werden kurzfristige Bankkredite über eine Milliarde Franc in langfristige Darlehen umgewandelt. Schließlich sichern die Banken die Emission einer Wandelanleihe von 500 Millionen Franc. An neuen Mitteln erhält danach Creusot-Loire zwei Milliarden Franc.

Dazu kommen die Erlöse aus der Liquidierung verschiedener Beteiligungen. Das sind zunächst 1,2 Milliarden Franc für den Verkauf der Stahlwerke Ondaine, Pamiers, Saint-Chely und Imphy, die 6700 Personen beschäftigen und 2,5 Milliarden Franc umgesetzt haben, an die beiden verstaatlichten Stahlkonzerne Usinor und Sacilor. Der hochdefizitäre Stahlsektor von Creusot-Loire schrumpft damit auf 2650 Personen mit 1,4 Milliarden Franc Umsatz zusammen, was finanziell eine Entlastung bedeutet.

Andererseits muß Creusot-Loire seine 70prozentige Beteiligung an der ertragsstarken Framatome auf 50 Prozent reduzieren. Das Aktienpaket von 20 Prozent erwirbt zu einem nicht genannten Preis das staatliche Atomenergie-Kommissariat (CEA), das bereits mit 30 Prozent an Framatome beteiligt ist. Unter Berücksichtigung aller Absprachen mit der CEA könne der Wert der Transaktion auf eine Milliarde Franc beziffert werden gegenüber ursprünglich geforderten zwei Milliarden Franc, sagte Pineau-Valencienne.

Die staatliche Hilfe ist für ihn weniger bedeutend, als sie erscheine. Denn Creusot-Loire habe für seine Stahlwerke im Unterschied zu Usinor und Sacilor bisher keinen einzigen Pfennig von der Regierung bekommen. Immerhin könne sich das Unternehmen jetzt auf seine starken und exportträchtigen Produktionsbereiche der Mechanik konzentrieren.

MOLKEREIEN

Fusionspläne in Niedersachsen

D. SCHMIDT, Oldenburg

Der Konzentrationsprozeß in der niedersächsischen Milchwirtschaft geht weiter. Diesmal sind es die Butter- und Eier-Zentralgenossenschaft Oldenburg eG (BEZ) und der Molkereiverband für Ostfriesland eGmbH in Leer, die über ein Zusammengehen nachdenken. Bereits seit geraumer Zeit, so wird von der BEZ bestätigt, laufen die entsprechenden Gespräche auf Vorstandsebene. Die endgültige Entscheidung steht zwar noch aus, BEZ-Vorstandsmitglied Gerold Lange läßt jedoch erkennen, daß der Zusammenschluß so gut wie sicher ist.

Die angestrebte Fusion würde die Milchlandschaft im Nordwesten in gravierender Weise verändern. Die Butter- und Eier-Zentralgenossenschaft Oldenburg repräsentiert einen Umsatz von etwa 800 Mill. DM. Der Umsatz des Molkereiverbandes Ostfriesland liegt mit schätzungsweise 500 bis 600 Mill. DM unter dem der BEZ. Auf die Belegschaften der beiden Genossenschaften werde sich der Zusammenschluß kaum auswirken, heißt es. Derzeit sind in Oldenburg etwa 140 und in Leer 180 Mitarbeiter beschäftigt.

Nicht bestätigt werden gegenwärtig Gerüchte, wonach die Zentral-Käserei Oldenburg eG (ZKO) ebenfalls Überlegungen anstellt, sich an der Fusion zu beteiligen. Auf der in der vergangenen Woche stattgefundenen Generalversammlung der ZKO hatte Werner Janßen, geschäftsführendes Vorstandsmitglied, darauf hingewiesen, die Meinungsbildung zu diesem Thema sei noch nicht abgeschlossen. Die ZKO weist für 1982 einen Umsatz von 139 Mill. DM aus; das entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung um 16 Prozent.

STAHL

Arbed und Hoesch tauschen Quoten

rtr, Völklingen

Die um ihr Überleben kämpfende Arbed/Saarstahl GmbH hat mit der Hoesch Werke AG einen Stahlquotentausch vereinbart. Wie ein Sprecher der Arbed Saarstahl gestern mitteilte, gibt Hoesch ihre Beton- und Stabstahl-Quoten ab und erhält im Gegenzug Warmflach-Quoten. Der Tausch soll am 1. November dieses Jahres wirksam werden. Allerdings stehe noch die Zustimmung durch zuständige Aufsichtsratsgremien sowie der EG-Kommission aus. Der Aufsichtsrat der Arbed Saarstahl habe der Vereinbarung schon in seiner Sitzung am 30. September zugestimmt.

Mit der Maßnahme wollen die beteiligten Gesellschaften die Beschäftigung ihrer Produktionsanlagen stärken und sichern. „Wir haben Blech gegen Stäbe eingetauscht, um eine bessere Auslastung der Anlagen zu erreichen", erklärte ein Unternehmenssprecher. Die unterschiedliche Wertigkeit der Produkte sei in den Quoten berücksichtigt worden.

Arbed Saarstahl könne jetzt 20 000 Tonnen mehr Stabstahl produzieren. In das Abkommen seien die Stahlwerke Peine-Salzgitter AG, mit der schon früher ein ähnliches Abkommen zustande gekommen ist, einbezogen. Die „unternehmensübergreifende Kooperation" entspreche den Zielen der EG-Kommission, im europäischen Rahmen die zur Verfügung stehenden Kapazitäten zu stabilisieren.

VOLKSBANKEN

Das Zinsniveau bleibt stabil

rtr, Bonn

Einen nach oben gerichteten Konjunkturtrend, der allerdings verhalten verläuft, sieht gegenwärtig der Bundesverband der deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR). Uneingeschränkt positiv beurteilte in diesem Zusammenhang der BVR-Vorsitzende Bernhard Schramm gestern die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank trotz der leichten Zielüberschreitung beim Geldmengenwachstum in jüngster Zeit. Für autonome Zinssenkungen der Zentralbank gibt es zum gegenwärtigen Zeitpunkt Schramm zufolge keinen Spielraum, allerdings seien auch keine Zinserhöhungen zu erwarten.

Zur Entwicklung der rund 3800 Mitgliedsbanken seines Verbandes nannte Schramm für die ersten acht Monate des Jahres eine dreiprozentige Ausweitung der gesamten Bilanzsumme auf 347 Mrd. DM. Dieser Anstieg sei gleichgewichtig mit Krediten und Einlagen erzielt worden. Allerdings sei es bei den Krediten zu beträchtlichen Umschichtungen zugunsten der langfristigen Darlehen gekommen. Diese hätten sich um 6,5 Prozent ausgeweitet, während die kurzfristige Kreditnachfrage sogar um 1,1 Prozent zurückging. Zur Ertragslage der BVR-Institute insgesamt nannte Schramm keine genauen Zahlen, sprach aber von einer Entwicklung auf dem Niveau des Vorjahres, das „erfreulich" gewesen sei.

GROSSBRITANNIEN / Sir Walter Salomon stellt in London sein neues Buch vor

Kreuzzug gegen das Übel der Inflation

WILHELM FURLER, London

„Deutschland verlor den Ersten Weltkrieg und erlebte daraufhin eine Hyper-Inflation – vor allem, weil die Geldmenge nicht kontrolliert wurde. Das Endergebnis war, daß die deutsche Mittelklasse von der Bildfläche verschwand. Dies bot den Nährboden für den Aufstieg der Nazis." Mit diesen Sätzen beginnt ein bemerkenswertes Buch, das jetzt in London in Anwesenheit von Premierministerin Margaret Thatcher der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Ein in Deutschland geborener und aufgewachsener Londoner Bankier, Sir Walter Salomon, hat mit „Fair Warning" („Ernste Warnung") seinen privaten Kreuzzug gegen die „unmoralische, politisch gefährliche und letztlich ins Chaos führende" Inflation sowie gegen alle Eingriffe, die gegen die freiheitliche Gesellschaft und vor allem gegen die persönliche Freiheit gerichtet sind, in beeindruckender Weise fortgesetzt.

Nach dem Erfolg seines ersten, genau vor zehn Jahren erschienenen Buches „One Man's View" (in der deutschen Fassung „Offene Worte") hat Sir Walter diesmal die wesentlichen Bestandteile seiner in den letzten zehn Jahren gehaltenen Reden zusammengetragen. Herausgekommen ist nicht nur die wertvolle Betrachtung eines praktizierenden Bankiers über die internationale Bankenkrise mit Vorschlägen, wie sie durch mehr Disziplin innerhalb eines internationalen Bankers-Clubs gelöst werden könnte, sondern auch eine geradlinige und anschauliche Beweisführung gegen die Inflation.

Für sie macht Sir Walter in einer erfrischend offenherzigen Abrechnung nicht allein die sozialistischen Regierungen verantwortlich: „Wir müssen es immer und immer wiederholen: Inflation kann nur durch eine Regierung geschaffen werden. Daher kann sie auch nur durch die Regierung gestoppt werden. Doch die Bemühungen, die diesbezüglich bisher gemacht wurden, sind zum größten Teil unzulänglich, unbrauchbar und schädlich für die Marktwirtschaft", heißt es in einer Rede von 1981, also immerhin zwei Jahre nach der Regierungsübernahme durch Margaret Thatcher.

Die Premierministerin lobte dennoch oder gerade deswegen in ihrer Ansprache das Engagement von Sir Walter, der, was sie am nachhaltigsten beeindruckt habe, nicht nur über notwendige Initiativen schreibe, sondern die Dinge auch tatsächlich in die Hand nehme. Sie spielte damit auf einen Rechtsstreit des Bankiers an, der vor Jahren in Großbritannien erhebliches Aufsehen erregte: Erfolgreich hatte sich Sir Walter damals gegen die Zollbehörde wegen der unrechtmäßigen Belastung für eine eingeführte Kamera in Höhe von 16 Pfund durchgesetzt, nachdem er den Fall mit seinem Sinn für Gerechtigkeit und mit bewundernswerter Beharrlichkeit durch alle Instanzen bis schließlich zum House of Lords durchgezogen hatte. „Großbritannien braucht mehr Männer wie Sir Walter", meinte Frau Thatcher.

Sir Walter K. Salomon ist Verwaltungsrats-Vorsitzender der Londoner Merchant Bank Rea Brothers. Der 1906 in eine alte Hamburger Bankiersfamilie geborene Salomon verließ Deutschland 1937 und wurde noch im gleichen Jahr britischer Staatsbürger. An der Entwicklung der relativ kleinen, aber feinen Londoner Privatbank ist Sir Walter heute noch maßgeblich beteiligt.

Rea Brothers wurde von ihm 1950 übernommen und zehn Jahre später in eine Publikumsgesellschaft umgewandelt. Die Merchant Bank gehört seit Jahren zum ausgewählten Kreis des etwa eineinhalb Dutzend Mitglieder der umfassenden Londoner Accepting Houses Committee, deren Akzepte von der Bank von England zu bevorzugten Sätzen angenommen werden.

Sir Walters Erkennungsmerkmal: Mehrmals am Tage wird die sorgsam ausgewählte rote Nelke am Revers gegen eine frische eingetauscht.

MÖBELINDUSTRIE / Vorerst keine höheren Preise

Auftragsbücher füllen sich

INGE ADHAM, Frankfurt

„Die Krise scheint überwunden." Dieses Fazit ziehen Branchensprecher aus den jetzt vorgelegten Zahlen aus Möbelindustrie und -handel. Bis Ende August, so der Bundesverband des Deutschen Möbelhandels, erzielten die rund 9000 Unternehmen 8 Prozent mehr Umsatz als im vergangenen Jahr, trotz eines in diesem Jahr besonders ausgeprägten „Sommerlochs" im heißen Juli. Bei Preissteigerungen von knapp drei Prozent bleibt ein reales Plus von 5 Prozent. Damit führt der Möbeleinzelhandel klar die Liste der Fachsparten des Einzelhandels an, die im Durchschnitt nur ein einprozentiges Plus erreichten. Für das ganze Jahr rechnet der Verband vorsichtig mit einem Umsatzplus von rund 3 Prozent, nachdem im vergangenen Jahr die Branche noch ein Minus von 7 Prozent auf 17,2 (1981: 18,4) Mrd. DM Umsatz hinnehmen mußte.

Auch in der Industrie stehen nach fünfjährigem Produktionsrückgang die Signale auf Erholung. Für die ersten sechs Monate dieses Jahres weisen die 1430 Betriebe gut 9,5 Mrd. DM Umsatz aus, das sind 4,3 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Nach Verbandssprecher Erich Naumann entspricht dies einem realen Wachstum von zwei Prozent. Weiteres Wachstum signalisiert der gegenüber dem Vorjahr um 8,5 Prozent höhere Auftragseingang.

Die wieder anziehende Nachfrage im Handel hat auch für ein Ansteigen der Importe gesorgt (plus 8,2 Prozent im ersten Halbjahr); dabei liegt unverändert Italien als Lieferant vorn. Der Export der deutschen Möbelproduzenten stagnierte dagegen im ersten Halbjahr, was den traditionellen Ausfuhrüberschuß auf 330 (447) Mill. DM sinken ließ. Ursache für diese Entwicklung ist nach Angaben Naumanns vor allem ein Absatzeinbruch in Frankreich und Belgien. Dagegen entwickele sich der Export nach den USA, gestützt durch die Dollarkurs-Entwicklung, besonders gut, so daß für das ganze Jahr auch wieder eine Exportsteigerung erwartet wird. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr für 3,55 Mrd. DM Möbel aus deutscher Produktion ausgeführt; damit ist die Bundesrepublik nach wie vor größter Möbelexporteur der Welt.

Neue Preissteigerungen sind nach Ansicht der Sprecher von Industrie und Handel vorerst nicht zu erwarten, dafür sei die Konkurrenz zu scharf und seien die Verbraucher, die jetzt daran gingen, ihren Nachholbedarf zu befriedigen, zu preisempfindlich.

Die lange Durststrecke hat in der überwiegend mittelständischen Möbelindustrie (nur 9 Betriebe haben mehr als 1000 Beschäftigte) die Eigenkapitalquote auf durchschnittlich 14 Prozent sinken lassen. Auch als Folge dieser Unterkapitalisierung wertet Naumann das Ausscheiden von 76 Betrieben seit der Jahresmitte 1982. In der gleichen Zeit sank die Zahl der Beschäftigten um 7,2 Prozent auf 136 148. Dagegen hat sich die Zahl der Kurzarbeiter seit Mitte vergangenen Jahres auf rund 26 000 mehr als halbiert.

Weitere Impulse versprechen sich Handel und Industrie von der Internationalen Möbelmesse Köln im Januar, die etwa 100 000 Einkäufer aus aller Welt zusammenführt.

Papierloses Büro noch weit entfernt

K. SÖHLER, Hamburg

Das papierlose Büro ist eine Zukunftsmusik, deren Klänge in den nächsten drei Jahrzehnten noch in den technischen Unzulänglichkeiten verhallen werden. Diese Überzeugung vertritt die U-Bix International GmbH, Hamburg, einer der führenden Anbieter von Normalpapier-Kopierern. Das Unternehmen, eine gemeinsame Tochtergesellschaft der Mitsubishi Corp. und der Konishiroku Photo Industry Co., setzt daher auch weiterhin auf Wachstum.

Der nach eigenen Angaben größte japanische Arbeitgeber in der Bundesrepublik, der anläßlich des zehnjährigen Bestehens erstmals Zahlen über die Entwicklung genannt hat, erwartet im Geschäftsjahr 1983/84 (31. Januar) eine Umsatzsteigerung um 15,5 Prozent auf rund 180 Mill. DM. Das bedeutet eine Verdoppelung innerhalb von vier Jahren. Im laufenden Geschäftsjahr entfallen 110 (94) Mill. DM auf das Geschäft in der Bundesrepublik Deutschland, 70 (62) Mill. DM auf Exporte in andere europäische Länder. Im Ausland verkauft die europäische Vertriebsgesellschaft nur an Generalvertretungen, in der Bundesrepublik vertreibt U-Bix über zwölf Niederlassungen direkt und beliefert ferner 55 Fachhändler.

Die Beschäftigtenzahl hat das Unternehmen in diesem Jahr um 60 auf 560 Mitarbeiter erhöht. Gut die Hälfte arbeitet im technischen Kundendienst, 30 Prozent sind im Vertrieb beschäftigt. Rund 120 Leute gehören zur Hamburger Zentrale.

Eine abflachende Wachstumskurve im Auge, will U-Bix von 1985 an sich zunehmend neuen Kommunikationsmedien zuwenden. Dabei hat das Unternehmen Entwicklungen im Bereich der digitalen Kopierer und Printer im Visier.

UFA-THEATER / Raubkopieren nimmt überhand

Zu wenig Kassenschlager

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die deutschen Kinobesitzer haben es schwer: Die Wirtschaftsflaute mit Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit halten die Besucher am heimischen Fernsehgerät, vor allem dann, wenn – wie letztes Jahr – „König Fußball" regiert und TV-Übertragungen ein Millionenpublikum in ihren Bann ziehen. Und wenn dann noch – wie in diesem Jahr auch ausgedehnte Schönwetterperioden verwöhnen, gehen die Geschäfte noch schlechter. Die deutschen Filmtheaterbetriebe verzeichneten denn auch 1982 einen Besucherschwund um fast 12 Prozent auf 124,5 Millionen, der Umsatz fiel um 10 Prozent auf 846 Mill. DM zurück.

Wenn trotzdem die Zahl der Kinobetriebe im vierten Jahr hintereinander stieg (1982 um 53 auf 3613), ist das nur auf den ersten Blick ein Widerspruch. Einmal hält der Trend zu kleineren durch Teilung entstehenden rentableren Einheiten an, zum anderen entdecken aber kleine Orte, in denen vor Jahren das letzte Theater geschlossen hatte, Kino wieder.

Besonders nachhaltige Folgen für das Kinogeschäft sieht der Alleinvorstand der Ufa-Theater AG, Düsseldorf, Friedrich-Karl Pflughaupt, jedoch im Ausbleiben von attraktiven Filmangeboten, die geeignet wären, auch in Flaute-, Hitze- und Fußballzeiten das Publikum in die Kinos zu locken. Pflughaupt gegenüber der WELT: „Unsere Besucher gehören zu 80 Prozent den Altersgruppen zwischen 6 und 26 Jahren an. Die anderen kleben an der heimischen TV-Mattscheibe." Der Ufa-Chef belegt das mit den Hinweisen auf die Streifen mit den besten Einspielergebnissen: „E. T. – Der Außerirdische" (USA) brachte es auf über 400 000 Science-fiction-Begeisterte, meist junge Besucher. Er war der einzige Film, der zu Recht die Bezeichnung Kassenschlager verdiente, obwohl er erst im Dezember 1982 anlief und das Ufa-Ergebnis mit einem Rückgang der Besucherzahl um 9,8 Prozent auf fast 5,9 Mill., des Umsatzes um 9,3 Prozent auf 55 Mill. DM und des Gewinns von 7 auf 3 Mill. DM nicht nachhaltig beeinflussen konnte.

Auf den nächsten Plätzen lagen 1982 „Cap und Capper" (USA), ein „Überläufer" aus dem Jahr 1981, „Der Profi" (Frankreich), „Conan, der Barbar" (USA), „Der gezähmte Widerspenstige" (Italien) und die Wiederaufführung von „Robin Hood" (USA).

Unter den ersten 10 besucherstärksten Filmen war, beklagt Pflughaupt, im Gegensatz zu 1981 (4) kein einziger deutscher Streifen mit nennenswerter Resonanz. Dabei waren unter den 311 in den Kinos angelaufenen Filmen immerhin 70 deutsche. Kein Wunder, daß die 122 US-Streifen einen Verleiher-Marktanteil von 55,4 (52,9) Prozent eroberten. Die Deutschen mußten mit 11,3 Prozent den zweiten Platz den Franzosen (11,7 Prozent) überlassen.

Das Thema Video ist für Pflughaupt ein „Krimi eigener Art". Das illegale Kopieren und Verleihen von Spielfilmen nimmt immer schlimmere Formen an. Mit hohen Geldsummen bestochene Filmvorführer „überlassen" für eine Nacht eine Filmrolle unbekannten Raubkopierern und haben – wenn sie ertappt werden – nur eine geringe Geldstrafe zu erwarten. Dasselbe Delikt ist in England und USA mit Gefängnis bedroht.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Zusammenarbeit mit Seidl

München (sz.) – Die Maschinenfabrik Seidl GmbH & Co. KG, München, und der Geschäftsbereich Kunststoffmaschinen der Krauss-Maffei AG, München, werden künftig in Fertigung und Vertrieb von Spezialmaschinen zur Herstellung von Formteilen aus Gummi, Silikonkautschuk und Polyester zusammenarbeiten. Von Seidl – Umsatz 1982 rund 7 Mill. DM – kommen Know-how und maschinentechnische Spezialausrüstungen, Krauss-Maffei fertigt die Polyester-Grundmaschinen sowie Baugruppen für die Gummimaschinen und wird weltweit den Verkauf übernehmen. Krauss-Maffei erzielte 1982 mit Kunststoffmaschinen einen Umsatz von 191 Mill. DM (plus 18 Prozent) bei einer Exportquote von 62 Prozent.

Tagung „Kraftwerke 1983"

Hamburg (dpa/VWD) – Rund 2000 Fachleute werden zu dem Kongreß „Kraftwerke 1983" der Technischen Vereinigung der Großkraftwerksbetreiber (VGB) erwartet, der gestern in Hamburg begann. Bei dem Treffen, das bis zum 7. Oktober dauern wird, wollen Wissenschaftler sowie Mitarbeiter der Genehmigungs- und Überwachungsbehörden Erfahrungen und neue Erkenntnisse aus Forschung, Planung, Bau und Betrieb von Kraftwerken austauschen. Der VGB, Essen, ist ein technisch-wissenschaftlicher Zusammenschluß von Kraftwerksunternehmen aus 24 Ländern aller Kontinente.

Wieder Gardinen-Wachstum

Stuttgart (nl.) – Die Stuttgarter Gardinenfabrik GmbH, Herrenberg, erwartet nach Jahren der Stagnation für 1983 erstmals wieder ein deutliches Wachstum. In 1982 lagen Absatz und Umsatz bei 450 000 qm bzw. 9 Mill. DM mit einem Exportanteil von rund 20 Prozent. Für 1983 wird mit einem Umsatz von 10 Mill. DM gerechnet.

Pressevertriebs-Kongreß

Berlin (tb) – Freiheit und Ausweitung des internationalen Pressevertriebs stehen im Mittelpunkt des Jahreskongresses von Distripress in Berlin. An der Veranstaltung, die bis zum 7. Oktober dauert, nehmen rund 1300 Fachleute von 340 Verlagen und Vertriebsfirmen teil. Distripress, Weltorganisation zur Förderung des internationalen Pressevertriebs mit Sitz in Zürich, ist in 84 Ländern tätig. Mitglieder hat die Organisation auch in Polen, Ungarn und Jugoslawien.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Ile de France Feinkost aus dem Herzen Frankreichs Handels-GmbH; **Augsburg:** Nachl. d. Josef Albert Lochbrunner; **Bad Gandersheim:** Porta-Förderanlagen und Metallbau GmbH; **Bremen-Blumenthal:** Nachl. d. Frank Strosahl; **Gütersloh:** Hans Cramer, Kaufmann, Inh. d. Hans Cramer, Tiefbau, Rheda-Wiedenbrück; **Heidenheim/Brenz:** Rolf Vorback, Kaufm. Steinheim a. Albuch, vorm. Inh. d. früheren Fa. Wohnbau Rolf Vorbach i. Steinheim; **Hof:** Franz Steinle, Druckereibesitzer, Selb, Alleininh. d. Rudolf Goller, Buch- u. Offsetdruckerei, Selb; **Neumünster:** Nachl. d. Ursula Hannelore Aschmoneit; **Wuppertal:** Nachl. d. Karl Johann August Bockmühl.

NAMEN

Klaus-Dieter Lapanske, bisher Geschäftsführer der Rüterbau GmbH, ist per 1. Oktober 1983 zum weiteren Mitglied der Geschäftsführung der Neuen Heimat und der Neuen Heimat Städtebau, Hamburg, bestellt worden.

Herbert Becker, bisher Prokurist und Verkaufsleiter beim Carl Heymanns Verlag, Köln, wurde zum weiteren Geschäftsführer der G. D. Baedeker GmbH, bestellt. **Joseph Nyssen** wird als Geschäftsführer abberufen.

Dr. Michael Thiele (38), Produktmanager bei der Grundig AG, Nürnberg, hat zum 1. Oktober 1983 die Leitung der Presseabteilung übernommen. Er ist Nachfolger von **Dietrich Matthes**, der zur Deutschen Presse Agentur (dpa) überwechselte.

Erwin Seitz, Präsident des Bauernverbandes Schwaben, ist zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Südvieh GmbH, München, gewählt worden. Sein Stellvertreter wurde **Rudolf Bachmann**, Präsident des Bayerischen Raiffeisenverbandes.

Lorenz Kesting, Gründer und Seniorchef der Unternehmensgruppe Kesting, Lünen-Brambauer, wird heute 70 Jahre.

Karlhorst Konrad übernimmt in der Geschäftsführung der Schott-Ruhrglas GmbH, Bayreuth, das Ressort Marketing und Vertrieb, das bisher **Ernst zur Nieden** leitete, der nach Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand tritt. **Jürgen Bosse** wird im Ressort Technik Nachfolger von **Dr. Hans Georg Ritt**, der als Leiter der Unternehmenssparte Rohr zur Muttergesellschaft Schott Glaswerke nach Mainz berufen wurde.

Wolfgang Betz, Alleininhaber der seit 1847 existierenden Schloßfabrik Gebr. Betz, Schwelm, wird am 6. Oktober 60 Jahre.

Kongresse · Tagungen · Konferenzen





Tagen mit Atmosphäre: in Freiburg's Colombi

Ihr Gourmet-Hotel mit Flair, Komfort und internationalem Tagungs-Service.

Tel. 0761 3 14 15 Telex 772750

Ihr HOTEL IN WIESBADEN

Seminare, Tagungen, Konferenzen

157 Zimmer mit Bad, WC, Mini-Bar, TV.

Sauna, Solarium, Swimming-Pool

Kostenlose Parkplätze

5 Tagungsräume bis zu 80 Personen

Moderne Ausstattung

Video-Großbildschirmanlage, BETA-System

Forum Hotel Wiesbaden

Abraham-Lincoln-Str. 17
6200 Wiesbaden
Tel. 0 61 21 / 7 78 11
Telex 4 186 369,
Reservierungen: 0 61 21 / 7 40 41

Kongresse, Tagungen, Konferenzen erscheint monatlich.
Informationen erteilt Ihnen gern:

DIE WELT
Anzeigenabteilung, Kaiser-Wilhelm-Str. 1
2000 Hamburg 36
Tel. 0 40 / 3 47 41 33 oder 3 47 44 83

Tagen im Kurparkhotel

Modernes Tagungshotel, erstklassige Gastronomie, Hallenschwimmbad, Sauna etc.
Angebot anfordern!
3437 Bad Sooden-Allendorf 2,
Tel. 05652/3031



DER SCHAFHOF -Gast im Schloß-

Ehemaliges Klostergut Amorhof der Benediktinerabtei Amorbach Gutsschänke & Gästehaus

Ruhe und Erholung im romantischen Otterbachtal, stilvolles, exklusives, behagliches Haus; komfortable, außergewöhnliche Zimmer. Übernachtung inkl. Frühstück pro Person ab DM 55,– im DZ, erlesene Küche mit Forellen- und Lammspezialitäten aus eigener Landwirtschaft; Konferenzräume; Besitzer: Dr. Lothar u. Dr. Charlotte Winkler

6762 Amorbach im bayerischen Odenwald, Tel. 0 93 73 / 80 88, Tx. 04 - 152 789

Tagungen, Seminare, Schulungen
Bitte Prospekt anfordern!

Waldhotel Schäferberg

3501 Kassel-Espenau 1, 05673/7971
Ringhotel Kassel



Rheinhotel DREESEN

Ringhotel Bonn
5300 Bonn-Bad Godesberg
T. (02 28) 35 40 01 - 04, Telex 08 85 417

Ideal für Erholung, Tagungen, Kongresse, Empfänge und Familienfeiern
Sonntags der beliebte 4-Uhr-Tanztee

WITTHÖFT'S GÄSTEHAUS WILSEDE

Dr. med. Uta Büttinghaus
3045 Bispingen-Wilsede
Tel. 0 41 75 / 5 45 und 3 11
Das persönlich geführte Haus in dem alten Heidedorf Wilsede wird geprägt durch die kultivierte Atmosphäre und besonders ruhige Lage im Zentrum des Naturschutzgebietes Lüneburger Heide.
Zimmer DU/WC, Telefon. Kein Kfz.-Verkehr. Pferde/Gastboxen.
Ideal geeignet für Tagungen im kleineren Rahmen

Topfit tagen – Halle mit Hotel.

* ab Frühjahr 1984

Tagen in einer neuen Anlage.* Mit Räumen für 10-1000 Pers. Mit perfekter Tagungstechnik. Mit persönlichem Tagungsservice. Mit idealer Verkehrsanbindung: Autobahndreieck Stuttgart 5 Minuten, Flughafen und Stuttgart City 15 Minuten, S-Bahnanschluß.

Postfach 17 63. 7250 Leonberg 25
Telefon (071 52) 20 44 90
Herrn Philippi

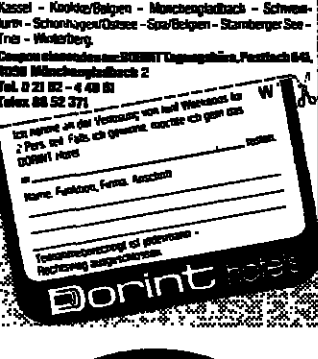
STADTHALLE LEONBERG

Romantisches BAMBERG
Geschenk eines Jahrtausends

Die tausendjährige Kunst- und Kulturstadt mit ihrer historisch gewachsenen Schönheit bietet für Tagungen und Kongresse einen besonderen Rahmen. Herrliche Bauten, einzigartige Sammlungen und Museen von europäischem Rang, reizvolle Landschaft, zahlreiche Freizeitmöglichkeiten, ein vielfältiges Jahresprogramm mit Höhepunkten für Konzert-, Theater- und Kunstfreunde, bieten den Tagungsgästen Bambergs Abwechslung und bleibende Eindrücke. Auch erwarten diese die köstlichen Gaumenfreuden der fränkischen Küche und die lebensfrohe Bevölkerung!

Für Veranstalter übernimmt das Städtische Fremdenverkehrsamt, 86 Bamberg, Postfach 32 45, Tel. 09 51 / 2 64 01, gern alle örtlichen Vorbereitungen.

Tagen Sie mal auf unsere Kosten



Wenn Sie mit dem Tagungsgeschäft zu tun haben, dann testen Sie doch einmal ein DORINT Hotel Ihrer Wahl! Was Sie tun müssen? Nur den Coupon ausfüllen und einsenden. DORINT verlost jeden Monat fünf Weekends für zwei Personen!

Jetzt 20 DORINT Hotels!

DORINT Hotels bieten Komfort, moderne Freizeiteinrichtungen und erstklassigen Tagungsservice. Seminar-, Tagungs- und Kongressräume bis 500 Personen. DORINT Hotels in: Arolsen – Bad Brückenau – Bad Kissingen – Bad Neuenahr – Beatenberg/Schweiz – Biersdorf/Südeifel – Dreieich b. Frankfurt – Feldberg/Hochschw. – Goslar – Hameln – Kaiserslautern – Kassel – Knokke/Belgien – Mönchengladbach – Schweinfurt – Schönhagen/Ostsee – Spa/Belgien – Starnberger See – Trier – Winterberg.

Coupon einsenden an: DORINT Tagungsbüro, Postfach 645, 4050 Mönchengladbach 2
Tel. 0 21 62 - 4 49 81
Telex 85 52 371

Ich nehme an der Verlosung von fünf Weekends für 2 Pers. teil. Falls ich gewinne, möchte ich gern das DORINT Hotel ______ testen.

Name, Funktion, Firma, Anschrift

Teilnahmeberechtigt ist jedermann – Rechtsweg ausgeschlossen.

Dorint hotels

Hotel Landhaus Höpen DAS EXCLUSIVE HEIDE-HOTEL

Modernste Konferenzräume mit neuzeitlicher Technik

Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten
80 Betten, Hallenschwimmbad (9x18), Sauna, Solarium, Massagen, Doppelkegelbahnen. Verkehrsgünstig im Dreieck Hamburg–Hannover–Bremen (je 45 Minuten)
Fragen Sie uns – wir informieren Sie gern.

3043 Schneverdingen / Lüneburger Heide · Telefon ...

intermar Die Hotels der Behaglichkeit

Glücksburg · Malente · Grömitz · Timmendorfer Strand · Bad Segeberg · Bad Bramstedt

Tagungen im Intermar-Stil

Tagungen, Konferenzen, Seminare im INTERMAR-STIL sind zu einem Begriff geworden.
Fordern Sie bitte unseren Prospekt an.
Wir sind auch Ihr Partner für Urlaub, Wochenend und Freizeit.

Intermar-Hotelgesellschaft
Information und Zentrale Reservierung
Am Kohlerhof, 2357 Bad Bramstedt
Tel. 04192/3085-7, Telex 2180104



Ringhotel Wingst 2177 Wingst 04778/7066-68

Waldschlößchen Dobrock

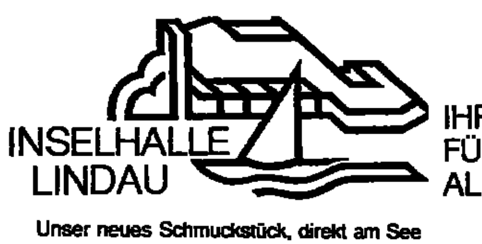
80-Betten-Komforthotel, Spezialitätenrestaurant, div. neue Tagungsräume, Hallenbad, Sauna, Solarium, Fitnessraum, Kegelbahn, Kaffeeterrasse, Kurgarten, Baby-Zoo, Reithalle

Erholungsparadies in Nordseenähe

Hotel Jagdschloß Niederwald

6220 Rüdesheim/Rhein · Tel. ... · Tx. ...

- der stilvolle Rahmen für anspruchsvolle Konferenzen und Tagungen
- Räume für 20-70 Personen. Gruppenarbeitsräume, Tageslicht, moderne Tagungstechnik
- 48 Zimmer (85 Betten) mit Bad/Dusche/WC und Selbstwahltelefon
- Hallenbad, Sauna, Solarium u. Fitneß-Anlage
- Spezialitätenrestaurant



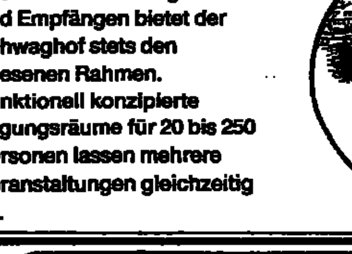
Unser neues Schmuckstück, direkt am See
In Stuhlreihen 1100 oder an Tischen 800 Sitzplätze
Halle in drei Säle teilbar, mit Bühne, Foyer, Nebenräumen, Restaurant-Cafe, Seeterrasse (Pächter: Hubert Hübler)
Tiefgarage, großer Omnibus- und Pkw-Parkplatz

LINDAU – Ferieninsel und internationale Tagungsstadt
3400 Gästebetten in Hotels, Gasthöfen, Pensionen, Ferienwohnungen und Privatzimmern

Auskunft: Verkehrsverein, 8990 Lindau (B), Tel. 08382/4035



IN KONSTANZ TAGEN



Das heißt: die Gewißheit haben, neben bester Unterbringung, repräsentativen Tagungsräumen eine ideale Arbeitsatmosphäre und genügend gesellschaftliche und kulturelle Veranstaltungen vorzufinden.
Reizvolle Nahziele im Bodenseegebiet machen eine individuelle Rahmenprogrammgestaltung leicht.
Theater · Konzerte · Blumeninsel Mainau · Internationale Spielbank · Autofähre Tag und Nacht

Fordern Sie die 36-seitige Informationsbroschüre „In Konstanz tagen" bei der Tourist-Information Abt. III, Postfach 1230, 7750 Konstanz oder Telefon (07531) 284376 unverbindlich an



Von Familienfeiern und Chefbesprechungen bis zu internationalen Kongressen und Empfängen bietet der Schwaghof stets den erlesenen Rahmen. Funktionell konzipierte Tagungsräume für 20 bis 250 Personen lassen mehrere Veranstaltungen gleichzeitig zu.

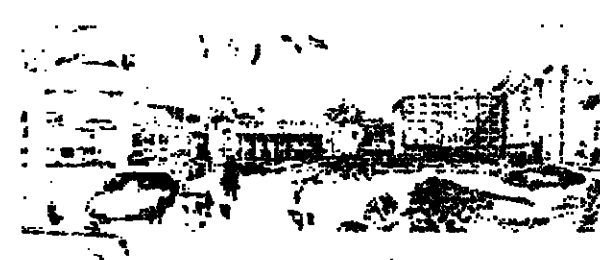
Von Dezember bis Februar und Juli bis August überraschen wir Sie mit einem **„SUPER-TAGUNGS-ANGEBOT".**
Fordern Sie unseren Sonderprospekt.
Hotel Schwaghof
4902 Bad Salzuflen
Tel. 0 52 22 / 14 85, Tx. 9 312 216

Hofgut Kürnach im Allgäu

HALLENBAD · SAUNA · KOSMETIK · TENNIS · REITEN

KOMFORT-HOTEL, ehemals fürstäbtliche Residenz
Prüfen Sie unsere Preise und Leistungen in 70 Zimmern, 3 Tagungsräumen, Nähe Kempten, anhand unserer Tagungsmappe oder bei einem Schnupperaufenthalt.
Prospekte: Tel. 0 83 70 - 12 11 · D-8961 Wiggensbach-Unterkürnach





Warum nicht ...

... im Zentrum internationalen Geschehens, in optimaler Verkehrslage, ein traditionsreiches Haus mit einem modernen Hotel verbinden?

DAS KONGRESSZENTRUM ESSEN:

- Tagungs- und Veranstaltungsraume von 12 bis 1800 Personen
- Moderne Konferenztechnik in traditionsreichen Räumen
- Kongresse, Ausstellung, Festballe, Konzerte, Bankette
- Stadtgartenrestaurants mit Sommerterrasse, urgemütliche Bierstube
- Persönliche Führung
- Tiefgarage
  Direkter Zugang zum Hotel

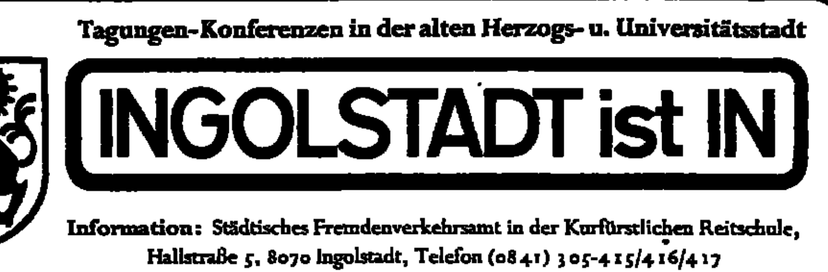
- 207 moderne Zimmer, Selbstwahltelefon, Farb-TV, Mini-Bar unweit der Innenstadt am ruhigen Stadtpark gelegen
- Restaurant am Park Internationale Küche, Cocktail Bar
- Konferenz- und Bankettraume
- Club "Papageno" Discothek
- Pool und Sauna
- Tiefgarage
  Direkter Zugang zum Kongresszentrum

Kongresszentrum Saalbau Essen
Huyssenallee 53
Tel (0201) 22 18 66
Telex 8 571 190

Essen-Sheraton Hotel
Huyssenallee 55
Tel. (0201) 2 09 51
Telex 8 571 266

Ihre leistungsstarken Partner

Tagungen-Konferenzen in der alten Herzogs- u. Universitätsstadt



Information: Städtisches Fremdenverkehrsamt in der Kurfürstlichen Reitschule, Hallstraße 5, 8070 Ingolstadt, Telefon (08 41) 305-415/416/417



Seminare Tagungen Kongresse! Jetzt: Neue Veranstalter-Broschüre Bitte anfordern!

Ihr Partner:
Verkehrsverein der Freien Hansestadt Bremen
Mitglied GCB, ICCA
Tel. 04 21 - 32 73 00, Telex 244854

Bremen

Tagen nach Maß macht Spaß.

Der Erfolg Ihrer Tagungen, Seminare oder Konferenzen hängt wesentlich von der Wahl des Veranstaltungsortes ab.

Deshalb gehen Sie auf Nummer sicher: Entschließen Sie sich für ein Hotel der Arabella-Gruppe! Denn die Arabella Hotels bieten die Vorteile, die jede Veranstaltung gelingen lassen.

Maßgeschneiderte Räumlichkeiten – von eleganten Clubräumen für kleinere Gruppen bis zu repräsentativen Sälen für große Veranstaltungen – gewähren individuelle Planung. Moderne Kommunikationstechnik steht selbstverständlich bereit.

Für abwechslungsreiche Entspannung und Erholung garantieren: Swimmingpool, Fitness-Einrichtungen, Hotelbar und eine ausgezeichnete Küche.

Fragen Sie bei Ihrer Buchung auch nach unseren günstigen Tagungsarrangements.

Zentrales Reservierungsbüro:
Arabella Hotels
Arabellastraße 5, 8000 München 81,
Tel. 089/92 32 29 13, Telex 529 987

Tagen nach Maß macht Spaß im:



IHR NÄCHSTER TAGUNGSORT



Planen Sie schon jetzt ...
... Ihre nächste Tagung, Seminare, Vereins- und Firmenausflüge, Verbandstreffen etc. Unser neu erbautes „Haus des Gastes" bietet Ihnen alles, was Sie für diese Veranstaltungen brauchen.

TAGUNGSSTÄTTE HAUS DES GASTES

Großer Saal bis 500 Plätze, kleiner Saal bis 90 Plätze, Bühne (ca. 100 qm), mit Bewirtschaftung, erstklassige Küche, 2 Kegelbahnen. Unterbringung der Gäste in guten Hotels, Gasthöfen und Pensionen in prachtvoller Landschaft in der Nähe von Baden-Baden.
Bitte fordern Sie weitere Unterlagen an.

LUFTKURORT **Bühlertal**

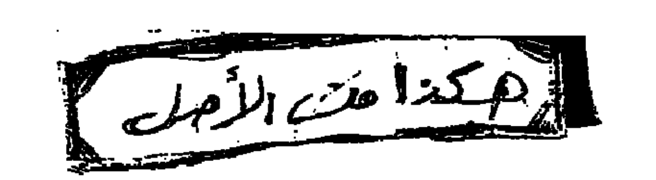
Hauptstr. 94 · 7582 Bühlertal · Tel. (0 72 23) 7 33 95 + 70 62

Das große WELT-Prämien-Angebot

Wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln, haben Sie freie Auswahl unter vielen wertvollen Prämien. Hier nur einige Beispiele: Pilotenkoffer, Herren- und Damen-Armbanduhr, Schallplatten oder aktuelle Bücher. Weitere Prämien im WELT-Katalog.

Bitte anfordern!

An: DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36
Bitte schicken Sie mir den WELT-Prämien-Katalog.
Name: ______
Straße/Nr.: ______
PLZ/Ort: ______
Telefon: ______





BUNDESVERBAND DER BETRIEBSKRANKENKASSEN
LANDESVERBAND DER BETRIEBSKRANKENKASSEN NIEDERSACHSEN

Am 30. 9. 1983 verstarb völlig unerwartet im 62. Lebensjahr unser langjähriger Vorsitzender der Vorstände

Herr

Peter Hubert

Der Verstorbene gehörte der Selbstverwaltung der betrieblichen Krankenversicherung seit ihrer Einführung nach dem Kriege im Jahre 1953 an. Als alternierender Vorsitzender der Vorstände des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen und des Landesverbandes der Betriebskrankenkassen hat er durch seinen unermüdlichen Einsatz, sein umfangreiches Wissen und seine reiche Lebenserfahrung über mehr als zwei Jahrzehnte die Geschicke der betrieblichen Krankenversicherung maßgeblich mitgestaltet.

Wir verlieren in Herrn Hubert eine Persönlichkeit, der die Betriebskrankenkassen viel zu verdanken haben.

Er wird uns unvergessen bleiben.

Vorstand, Vertreterversammlung, Geschäftsführer und Mitarbeiter
des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen, Essen,
des Landesverbandes der Betriebskrankenkassen Niedersachsen, Hannover

Die Beisetzung findet am Donnerstag, 6. Oktober 1983, um 10.00 Uhr, auf dem Engelbosteler-Friedhof (Kapelle), Alte Döhrener Straße 96, in Hannover statt.

Beerdigungsinstitut: Babst, 3000 Hannover, Oesterleystraße 14.

Moulinex

Ergebnisse 1. Halbjahr 1983

In seiner Sitzung vom 23. September 1983 überprüfte der Verwaltungsrat die Ergebnisse mit Stand vom 30. 6. 1983.

Nachstehend ein kurzer Überblick:

In Tsd. FF	Stand: 30. 6. 81	30. 6. 82	30. 6. 83
Umsatz (ohne Steuern)	911 368	1 070 648	1 167 583
Betriebsergebnis	7 682	70 302	48 961
Nettoertrag (nach Steuern)	11 767	23 613	56 187

Der Rückgang des Betriebsgewinns vom 30. 6. 1983 im Vergleich zum Vorjahr ist zurückzuführen auf:

- außergewöhnliche Kosten, die durch die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand von 140 Personen entstanden (8 Mio.)
- eine Erhöhung der Zuweisungen für Abschreibungen, im Zusammenhang mit den bedeutenden Investitionen, die im 1. Halbjahr getätigt wurden und bis Ende des Jahres fortgesetzt werden. Diese Zuweisungen betragen 72,4 Mio. FF gegenüber 52,3 Mio. per 30. 6. 1982.

Der Nettoertrag ist wesentlich gestiegen, wobei die Ergebnisse von 1982 durch die Neustrukturierung der amerikanischen Niederlassung beeinträchtigt wurden.

Der Rohertrag nahm um 49,3 Mio. FF zu und beläuft sich jetzt auf 91,3 Mio. FF (+ 85 %).

Die Durchführung der Ziele, die wir uns für das 2. Halbjahr gesteckt haben, steht in direktem Zusammenhang mit der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage.



Frankfurter Hypothekenbank

gegründet 1862 Aktiengesellschaft

20. Rückkaufangebot

Wir machen den Inhabern unserer

6%igen Pfandbriefe Reihe 101 -260078- A/O

folgendes freiwilliges Rückkaufangebot:
Wir sind bereit, zum 1. Dezember 1983 im Einzelfall bis zu nom. DM 5.000,– unserer 6%igen Pfandbriefe Reihe 101 zum Vorzugskurs von 100% freiwillig zurückzukaufen, sofern die Stücke am 31. Dezember 1970 im Besitz des Einreichers waren und sich zum Zeitpunkt der Einreichung noch befinden.

Das Angebot kann ab sofort

bis zum 21. November 1983

angenommen werden. Die Verzinsung der zurückgekauften Stücke endet am 30. November 1983. Der Gegenwert wird am 1. Dezember 1983 unter Verrechnung der angefallenen Stückzinsen gutgeschrieben. Die üblichen Verkaufsspesen sowie die Börsenumsatzsteuer sind vom Einreicher zu tragen. Inhaber von Pfandbriefen der Reihe 101, die die vorerwähnten Voraussetzungen erfüllen und von dem Rückkaufangebot Gebrauch machen wollen, werden gebeten, innerhalb der vorgenannten Annahmefrist (bis zum 21. 11. 1983) die Stücke mit Zinsscheinen per 1. April 1984 uff. unter Vorlage des Depotauszuges per 31. Dezember 1970 oder entsprechender Nachweise bei uns oder über ihre Depotbank zum Rückkauf durch uns einzureichen. Der Gegenwert fehlender Zinsscheine wird vom Rechnungsbetrag abgezogen.

Wir bitten die Kreditinstitute, alle in Betracht kommenden Kunden von dem Rückkaufangebot zu unterrichten und bei der Annahme des Angebots durch den Kunden das Vorliegen der Angebotsvoraussetzungen zu prüfen. Bei Einreichung der Stücke ist seitens der Kreditinstitute zu bestätigen, daß die Angebotsvoraussetzungen im Einzelfall vorliegen. Für die Unterrichtung der Kunden und für die Einreichung der Stücke bei uns stehen entsprechende Formulare auf Abruf zur Verfügung.

Für die Wiederanlage des Gegenwertes empfehlen wir den Erwerb unserer Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen zu den jeweiligen Tageskursen.

Frankfurt a. M., im Oktober 1983

Der Vorstand

VERSTEIGERUNGEN

KONKURS-AUKTION

Im Auftrage des Konkursverwalters, Herrn Rechtsanwalt Dr. Gerd G. Weiland, versteigere ich gemäß Auktionsbedingungen gegen Barzahlung oder bankbestätigten Scheck

Donnerstag, 13. Okt. 1983, ab 10 Uhr
Griegstr. 75, 2000 Hamburg 50 (Altona)
unmittelbare Nähe BAB-Abfahrt Othmarschen

die Maschinen- und Betriebseinrichtungen der Firma

Pelikan Informationstechnik vormals **Lumoprint**

Kunststoffspritzerei: Schnecken-Spritzgußautomaten Anker Typen V 28-140, V 17-65, A 17-65, V 8-20, A 8-25; Sommer DS-Variant; Maurer MH 40-80, MH 50-80; Arburg Typ C 46; Heiz- und Kühlgeräte; Trockenschrank, Granulatmühle PALLMANN PS 3-5;

Nieterei-Stanzerei: Exzenterpressen EBU 15, 35, 50, 75, Edelhoff, hydr. Einständerpressen, Fabr. DORT, pneumatische Zweihandpressen, Fabr. DUNKES Typ. DZ 1, DZ 2; Handhebelpressen.

Sägerei: Trenn-Kreissägeautomat Rykart Typ RKA 53; Bearbeitungsstationen SCHLATTER Alromat UBE + UBAS; Metallkreissäge EISELE Typ LMS II SV

Wäscherei: Entfettungsanlagen: FERMECO Tiger 18, HERBO 5; 3-Kammer-Ultraschallreinigungsanlage BRANSON, Typ SDM/TW, Poliermaschinen.

Dreherei: Dreh- u. Langdrehautomaten: TRAUB, Typen A 25, M 125; TORNOS R 10; Leit- u. Zugspindeldrehbänke LEINEN LZ 45, LZ 45 B, SCHAUBLIN 102 VM; Rundschleifmaschinen: MSO FM 750 + FM 500, Karstens ASA 500; Säulen- u. Tischbohrmaschinen, Schleifböcke.

Werkzeugbau: Universal-Werkzeugfräsmaschinen Fabr. DECKEL: FP1, FP2, SCHAUBLIN Typ 13; Schnellhobler Klopp 850; Bandsäge Mössner SM/420 A; hydr. Tuschierpresse Rijke TBR 500; Präzisions-Horizontal-Flachschleifmaschinen HFS 9.3; HFS 204.

Transportmittel: Elektro Deichsel u. a. Stapler, Hubtische, Gabelhubwagen, Portalkräne u. Hängebahnen DEMAG; Plattform-Magazin- und Etagenwagen, Transportroller.

Tischlerei: Kreissägen, Dicktenhobel, Bandsäge, Fräsmaschinen, Hobelbänke, Holz (Buche u. Eiche).

Betriebsschlosserei: Abkantbank, Schlagscheren, Drehbänke, Schweißgeräte, Richtplatten.

komplette Werkzeugausgabe System Hahn + Kolb mit Inhalt

Lager: Schwerlast-Hochlanggut- u. Palettenregale System Bartels v. Thyssen; Vierwege-Hochregal-Stapler, System Lagereinrichtung für Kleinteile mit Lagerbühnen, Treppen u. Podesten; ferner Schwerlast u. a. Regale System Schäfer;

mechan. Vorfertigung: Fräs-, Bohr- u. Reihenbohrmaschinen, Gewindeautomaten, Lötschleppanlage;

Sondereinrichtungen: Fließbandarbeitsplätze, Zyklon-Absauganlagen, **Kälte-Wärme-Klima-Prüfkammer,** Typ 38,4 E, Fabr. Weiss-Technik, Bj. 1981/82; Verpackungsanlagen mit Hebebühnen, **Kompressoranlage** Atlas Copco GA 510, Drucklufttrockner DEMAG, Typ. KT 60, Elektrowerkstatt; Umformer 60 Hz, 42 kVA; **Kantineneinrichtung** V2 A-Geschirrspülanlage, Fabr. Korff, Dunstabzugshaube, Kartoffelkocher, Essenausgabe, Wärmeschrank, Kaffeemaschine WMF Export 5000.

Grundmaterialien: Aluminium, Messing, Automatenstahl; Werkzeugschrott u. v. m. b. m.

BESICHTIGUNG
Dienstag, 11. Okt. 83 + Mittwoch, 12. Okt. 83
jeweils von 10–16 Uhr und 2 Stunden vor Beginn
Detaillierter Katalog auf Anfrage.
Um eine rasche und reibungslose Durchführung der Auktion zu gewährleisten, erhält jeder Kunde am Eingang nach Angabe seines Namens und Hinterlegung von DM 300,– eine Bieternummer.

WALTER H. F. MEYER
Michael Meyer, Schätzer, vereid. u. öffentl. best. Auktionator
Kontor: Nagelsweg 14–16, 2000 Hamburg 1, Tel.: 0 40 / 24 37 28

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

MARIA ALM
(Gemeindegebiet Saalfelden)
1- bis 5-Zi.-Eigentumswohnungen (38 – 120 m²) mit südseitigen Loggien und Panoramablick. Gegenüber Skilift und Nähe Ortszentrum. Eine der landschaftlich idyllischsten Erholungsgebiete des Salzburger Landes - Österreich.
1. Bauabschnitt kurz vor Fertigstellung
gesich. Grundbucheintragung
noch grunderwerbsteuerfrei
Informationsmaterial bitte anf.
„Dein Heim" - Wohnungsbau Gesellschaft m.b.H.
5020 Salzburg
Ignaz-Rieder-Kai 13a
Tel. 0 43 / 6 62 / 2 25 06-0

Gesucht werden Ferienobjekte im In- und Ausland zum Vertrieb
Appartements oder Bungalows
von internationaler Immobilien Vertriebsgesellschaft mit neuestem Know-how und Vertriebsideen.
Zuschriften unter W 1116 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GROSSE GEWINNMÖGLICHKEITEN FÜR MAKLER UND UNABHÄNGIGE VERKAUFSAGENTEN
Einmaliger Warenfond mit unbeschränkter Emissionshöhe steht Ihnen jetzt zur Verfügung. Geboten werden 4,5% Erstprovisionen auf Verkäufe plus 30% laufende Maklercourtage für die gesamte Laufzeit der Anlage. Außerdem Weiterverkaufsprovision.
Mindestinvestition nur US-$ 5300.
Seminare werden demnächst in Europa durchgeführt.
HANDELN SIE JETZT!
Broschüren in verschiedenen Sprachen erhältlich.
Kontakt durch:
Filler, Weiner, Zaner and Associates
250 West Monroe Street
Chicago, Illinois, 60606 USA
Telex: 4 330 342
Telefon: (312) 3 46-54 07

Kaufen Sie sich ein Stückchen von Aachen
1 ganzes Stockwerk (2 ETW)
mit insges. 115 m² Wohnfläche und ca. 230 m² Grundstücksanteil zum
VORZUGSPREIS VON DM 189 750
(Preis pro m² DM 1650)
bieten wir an. Die ganze Anlage ist voll renoviert, bestens verwaltet und sehr gut vermietet
- in bevorzugter Wohnlage
- freifinanziert
- keine Maklergebühren
- günstige Finanzierung
- mtl. Belastung wird durch Miete u. Steuervorteile gedeckt.
INFORMATION UNTER
TEL. 02 41 / 6 98 95 oder 6 69 99

1a renoviertes
altes Pfarrhaus
Kr. Cux, 275 Wfl. + 100 Diele, Ausb. als Atel. mögl. 7379 Wald-Gart. i. Nat., 480 000 VB, Tel. 0 47 54 / 4 34

Komf.-ETW, Wuppertal-Barmen, 2 Zi./K/D/B, 67 m², 155 000,– DM. Zuschr. u. U 1218 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

!!! Einmalig v. Priv. !!!
10 000 m² in Lamstedt, nur DM 108 000,–, u. 3000 m² freie Bauweise.
Tel. 0 40 / 20 84 93

Bad Harzburg, v. Priv. Walmdach-Klinkerbungalow, voll unterkellert, Bj. 79, Kamin, Bestzustand, DM 435 000,–. Tel. 0 53 22 / 8 01 41

Costa Blanca
Häuser und Wohnungen schon ab DM 29 500,–, direkt vom Bauherrn. Auch Bau nach eigenen Wünschen.
Beutel u. Partner Immobilien
Brink 7, 6430 Bad Hersfeld,
Tel. 0 66 21 / 7 52 10 u. 0 66 20 / 16 52

Hohe Steuervorteile sind selbstverständlich.
Nordseeinsel Föhr – Wohnen a. Meer!
Suchen Sie etwas Besonderes?
Für diejenigen Anleger, die abseits v. Massentourismus, aber in dir. Strandlage investieren wollen, bauen wir excl. Friesenhäuser unmittelb. a. alten Kurpark Wyk a. Föhr. Kamin u. Fußbodenhzg., Sprossenfenster u. Sauna sind nur einige Details, die für Qualität stehen. Sichern Sie sich die Vorteile eines außergewöhnl. Standortes. Rufen Sie uns an.
Heinrich Ehlers Wirtschaftsberatung für Ärzte GmbH,
Katharinenstr. 32, 45 Osnabrück
Tel. 05 41 / 4 30 05

Bauherrengemeinschaft
Köln
Stadtteil Raderberg, Anna-Straße 19
Steuerbegünstigte Eigentumswohnungen nach dem bewährten Hundegger Bauherrenmodell
Ihre Vorteile: Begehrte, ruhige und zentrale Wohnlage ● Angemessene Preise ● Sichere hohe Werbungskosten, letztmalig zusätzlich mit Mehrwertsteueroption ● Gesamtkosten- und Zinsgarantie ● Garantierte Mieterbeschaffung mit 5-jähriger Festmiete ● Inflationsgeschütztes Sachwertvermögen mit Wertsteigerung von Jahr zu Jahr ● Die Firmengruppe Hundegger hat 12 Jahre Abwicklungserfahrung mit Bauherrenmodellen ● Kostenlose Information von
Hundegger
Wohnbau-Immobilien-GmbH
Tel.: 02 21 / 21 93 47
5000 Köln 1, Hohenzollernring 55

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Berlin
Klimatisierte, massive Halle
insbesondere als Film- und Fotolabor oder für ähnliche Zwecke einschl. Lagerung geeignet
in Berlin-Lichterfelde-Süd zu vermieten.
Baujahr 1973
Stahlkonstruktion, ebenerdig,
Höhe 4 m, 1130 m²
Büro (inkl. Kantine) 600 m²
Anfragen erbeten an:
Verwaltung des ehemaligen Reichsbahnvermögens (Vorratsvermögen), in Berlin (West), 1 Berlin 61, Hallesches Ufer 74/76, Tel. (0 30) 2 60 02 386

TIPISCHE HAZIENDA IN KOLUMBIEN
verkauft Schweizer Ehepaar. 180 ha im Flachland. 60 Min. von Dep.-Hauptstadt. Bauerngut mit Herrschaftshaus, Personalunterkünften, Licht, Kraft, Wasser. Viehzucht in voller Produktion, Orangenplantagen im Aufbau, Wald und reiche Tierwelt. Grundbucheintrag. Stabile pol. Verhältnisse. VB sfr. 750 000,– zuzüglich Vieh. Besitzer weilt z. Z. in Zürich.
Kontakte über RA Dr. Hans H. Schmid, Fach 368, CH-8035 Zürich, Tel. 0 04 11 / 4 82 72 51, Telex 5 6 470.

Letzte Möglichkeit zum Erwerb einer Ferienwohnung mit Ausländerbewilligung in Zermatt/Schweiz
Verkauf direkt vom Besitzer ohne Maklerprovisionen.
2-Zimmer-Studio, neu möbliert, im Zentrum von Zermatt.
Preis: sfr 298 000,-
Ernsthafte Interessenten erhalten weitere Auskunft unter Tel.-Nr. 00 41 / 33 37 96 13

HORIZONS 2000
sucht AGENTEN, um eine einmalige Anlagemöglichkeit in erstklassigem Agrarland anzubieten mit außergewöhnlich hohem Mittel- und langfristigem Einkommen. Projektiertes jährliches Einkommen über 50% während Jahrzehnten. Erste Investitionsphase termingerecht abgeschlossen. Mindesteinlage $ 12 500. Material steht in Englisch, Französisch, Deutsch oder Arabisch zur Verfügung.
Für weitere Auskünfte:
GLOBE PLAN SA
24, Av. Mon Repos
1005 Lausanne, Schweiz
Tel. (21) 22 35 12, Telex: 2 5 185

Ingrid Vahle - Vermögensberatung
ab 15% p.a.
Zuschr. u. S 9214 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

4400 Münster – Büro-/Praxisräume
231 u. 201 m² im EG eines repräsentativen Wohn-, Büro- u. Geschäftshauses in der Innenstadt zu vermieten oder zu verkaufen. Frei zu gestaltender Innenausbau, 4 Pkw-Einstellpl./Einheit, Erstbezug sofort.
Tel. 02 51 / 4 00 31 / 6 10 34 (privat)

Altenheime / Ruhesitze

Das Alter entlasten
den Ruhestand planen

Mit dem älter werden wird so manches schwerer. *Was man früher noch mit Freude und der linken Hand* gemacht hat, kann im Alter zur Last werden. Geben Sie es ab, lassen Sie es andere tun, nutzen Sie Ihre Kraft und Zeit für die Dinge, die wichtiger sind und wichtiger werden.

Die Wohnstifte der **dsb** haben dieses Konzept verwirklicht: Wohnen und Leben im eigenen angemieteten Appartement mit viel Service, Pflege und Personalpräsenz.

Entlasten Sie Ihr Leben, planen Sie Ihren Ruhestand. Ein **dsb**-Wohnstift nimmt Ihnen viele Sorgen ab, damit Sie freier, leichter, angenehmer leben können.

Informieren Sie sich genau, schauen Sie sich die **dsb**-Wohnstifte an, das ist kostenlos und völlig unverbindlich.

Nähere Informationen über das vielfältige Angebot der **dsb**-Wohnstifte (auch zum sofortigen Einzug) erhalten Sie mit diesem Coupon.

Coupon, ich interessiere mich für das (bitte ankreuzen)
☐ Wohnstift Freiburg i. Br. ☐ Wohnstift St. Ingbert/Saar ☐ Wohnstift Celle
We 051083
Name
Straße
PLZ/Ort
Einsenden an die Zentrale: dsb-Wohnstifte, Roscherstr. 12 3000 Hannover 1, Telefon 05 11 / 34 51 31

IMMOBILIEN

Einkaufszentrum. Zentrale Lage in mittlerer Großstadt. Voll vermietet. Mietverträge indexgebunden. Eröffnet Anfang 1983. Das Objekt ist voll finanziert: 50% Eigenkapital. 50% Fremdkapital. Vorgesehen ist die Umwandlung des Fremdkapitals in Eigenkapital, um die Rentabilität noch weiter zu steigern.
Beteiligungen an der Kommanditgesellschaft ab DM 50.000,– möglich.
Interessante Daueranlage mit nachhaltigem Wertzuwachs.

Bauherrengemeinschaft Eriskirch am Bodensee. Objekt in landschaftlich reizvoller Umgebung. Seenähe, Naturschutzgebiet. Gute Verkehrsverbindung – auch nach Österreich und in die Schweiz. Erstellung von 19 Eigentumswohnungen. Wohn- und Nutzfläche 52 m² - 144 m². Endpreis 184.700,– DM (einschließlich Stellplatz) bis 505.600,– DM (einschließlich Tiefgaragenstellplatz).
Geeignet für Selbstnutzer oder Vermieter.

Gewerbeobjekt in regionalem Oberzentrum. Errichtung in zentraler Lage. Nutzung: Hotel, Läden. Voll vermietet. Fertigstellung Ende 1984. Gesamtfinanzierung: 60% Eigenkapital/Gesellschafterdarlehen, 40% Fremdkapital. Langfristige Finanzierungszusage sowie Zwischenfinanzierungszusage liegen vor.
Mindestbeteiligung DM 50.000,– an vermögensverwaltender Kommanditgesellschaft (höhere Zeichnungsbeträge müssen durch 10.000 teilbar sein). Gesellschafterdarlehen 100% der Beteiligungssumme. Finanzierung auf Antrag möglich, grundbuchliche Sicherstellung nach Fremdfinanzierung. Interessante Rendite.

BANKHAUS STEINHART
KOMMANDITGESELLSCHAFT

Weitere Informationen durch Bankhaus Steinhart KG · 7530 Pforzheim · Goethestr. 2/Ecke Badstr. · Tel. (07231) 35091-94 · Tx 783300 s bank

die Bank, die gute Zinsen zahlt

Warenpreise – Termine

Zu einem Kurseinbruch kam es am Montag bei den Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee fester schloß, ging Kakao schwächer aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	3. 10.	30. 9.
Dez.	369,75	370,50
März	384,75	385,00
Mai	390,50	390,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif	3. 10.	30. 9.
St. Lawrence 1 CW	237,79	238,64
Amber Durum	282,59	282,59
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	155,50	156,30
Dez.	158,30	160,00
März	165,50	166,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	134,20	135,00
Dez.	127,00	127,70
März	125,50	126,50
Hafer Chicago (c/bush)	3. 10.	30. 9.
Dez.	189,25	190,50
März	199,00	200,00
Mai	204,00	206,00
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	352,50	354,25
März	355,75	357,00
Mai	357,25	358,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	3. 10.	30. 9.
Okt.	130,20	131,80
Dez.	132,20	127,70
März	135,40	125,50

Genußmittel

Kaffee		
New York (c/lb)	3. 10.	30. 9.
Dez.	137,80	134,60
März	133,50	132,00
Mai	130,25	129,25
Kakao		
New York ($/t)	3. 10.	30. 9.
Dez.	1980	2084
März	2012	2082
Terminkontr. Mai	2035	2105
Umsatz	3898	2930
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	10,66	10,40
März	11,20	10,93
Mai	11,58	11,25
Juli	11,90	11,50
Sept.	12,15	–
Umsatz	9 986	10 850
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	3. 10. 9,54	30. 9. 9,85
Kaffee		
London (£/t) Robusta-Kontrakt Nov.	3. 10. 1838–1840	30. 9. –
Jan.	1820–1822	1791–1793
März	1740	1765–1768
Umsatz	–	2748
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1480–1481	–
März	1474–1475	1497–1498
Mai	1485–1486	1493–1493
Umsatz	2687	4631
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Okt.	–	–
Dez.	174,75–175,50	171,25–171,50
März	184,30–184,50	181,00
Mai	189,50–189,75	186,00–188,20
Aug.	–	–
Umsatz	4215	5390
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	3. 10.	30. 9.
schw. Sarawak spez.	247,50	247,50
weißer Sarawak	337,50	337,50
weißer Muntok	340,00	340,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	3. 10.	30. 9.
Nov.	119,05	119,25
Jan.	114,40	114,70
März	112,80	113,05
Mai	111,85	112,45
Juli	111,85	112,20
Umsatz	175	250

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl		
New York (c/lb)	3. 10.	30. 9.
Südstaaten fob Werk	53,50	53,00
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	28,50	32,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Okt.	31,00	31,65
Dez.	31,60	32,15
Jan.	31,55	32,15
März	31,30	31,90
Mai	30,60	31,00
Juli	29,80	29,90
Aug.	27,75	28,00
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal	33,00	34,00
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	20,00	21,25
Choise white hog 4% fr. F.	15,25	15,25
Talg		
New York (c/lb)		
top white	17,25	17,25
fancy	16,75	16,75
bleichfähig	16,50	16,50
yellow max. 10% fr. F.	14,75	14,75
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Okt.	41,10	41,00
Dez.	40,75	40,90
Febr.	44,15	44,20
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Febr.	58,10	57,65
März	57,95	57,85
Mai	60,00	59,70
Häute		
Chicago (c/lb)	3. 10.	30. 9.
Ochsen einh. schwere River Northern	52,00	52,00
Kühe einh. schwere River Northern	50,00	50,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Nov.	860,00	870,00
Jan.	870,00	878,00
März	881,00	889,00
Mai	881,00	890,00
Juli	877,00	880,00
Aug.	844,00	850,00
Sept.	768,00	774,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Okt.	230,50	235,50
Dez.	235,00	240,00
Jan.	235,00	238,50
März	237,00	239,50
Mai	237,00	241,00
Juli	236,00	241,50
Aug.	227,00	241,50
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	3. 10.	30. 9.
Okt.	385,00	387,50
Dez.	393,50	396,50
März	405,50	410,50
Kokosöl		
New York (c/lb)	3. 10.	30. 9.
Westküste fob Werk	42,00	42,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	4. 10.	3. 10.
jegl. Herk. cif	1100,00	1100,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	640,00	660,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	580,00	715,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	208,50	214,00
Kopra		
Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	920,00	947,50
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	322,00	327,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle		
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	3. 10.	30. 9.
Okt.	75,50	75,05
Dez.	77,30	76,95
März	78,75	78,50
Mai	79,75	79,30
Juli	80,40	79,70
Okt.	75,00	74,80
Kautschuk New York		
(c/lb): Händlerpreis loco RSS –1:	60,00	59,75
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	3. 10.	30. 9.
Okt.	429–430	427–429
Dez.	423–425	427–425
Jan.	421–423	423–425
Umsatz	67	95
Wolle		
Roubaix (F/kg) Kammzüge:	3. 10.	30. 9.
Okt.	46,30	46,30
Dez.	46,00	46,10
März	46,30	46,40
Mai	46,60	46,70
Umsatz	0	0
Tendenz: nominell		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	3. 10.	30. 9.
Okt.	geschl.	547,1–548,0
Dez.	geschl.	565,0–565,1
März	geschl.	583,5–584,0
Umsatz	–	84
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	3. 10.	30. 9.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	3. 10.	30. 9.
Okt.	13 530	13 599
Nov.	13 576	13 626
Kautschuk		
London (p/kg)	3. 10.	30. 9.
Nr. 1 RSS loco	77,00–78,25	78,00–79,00
Nov.	78,50–78,00	78,00–78,10
Dez.	77,00–77,40	77,80–78,20
Jan/März	77,70–77,40	78,70–78,80
Tendenz: ruhig stetig		
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	3. 10.	30. 9.
Nr. 1 RSS loco	251,50–252,50	252,00–253,00
Okt.	252,75–253,25	252,00–253,00
Nov.	255,50–256,25	256,50–257,50
Nr. 2 RSS Okt.	249,00–250,00	249,00–250,00
Nr. 3 RSS Okt.	245,50–246,50	245,50–246,50
Nr. 4 RSS Okt.	239,00–240,00	239,00–240,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	3. 10.	30. 9.
BWC	445,00	445,00
BWD	391,00	391,00
BTC	450,00	450,00
BTD	396,00	396,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (-); BTC – (-); BTD – (-).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)		
Blei: Basis London	4. 10.	1. 10.
laufend. Monat	106,28–106,48	104,79–104,98
drittfolg. Monat	109,87–110,07	108,70–108,80
Zink: Basis London		
laufend. Monat	215,67–216,06	209,97–210,36
drittfolg. Monat	221,89–222,08	216,03–216,22
Produz.-Preis	231,75	231,04
Reinzinn 99,9%	3609–3644	3653–3680

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	4. 10.	1. 10.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	379,85–382,18	377,12–379,47
Blei in Kabeln	114,00–115,00	112,50–113,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeiteiler.

Messingnotierungen

	4. 10.	1. 10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	346–355	345–354
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	388–394	388–394
MS 63	391–395	389–394

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	3. 10. 29,65	30. 9. 29,80

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	4. 10.	1. 10.
Leg. 225	445–458	445–458
Leg. 226	447–460	447–460
Leg. 231	487–490	487–490
Leg. 233	497–500	497–500

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	4. 10.	1. 10.
Platin (DM je g)	35,30	36,05
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 600	33 600
Rücknahmepr.	32 850	32 850
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 550	33 550
Rücknahmepr.	32 540	32 540
verarbeitet	35 220	35 220
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 375	33 235
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	895,70	891,00
Rücknahmepr.	864,40	859,80
verarbeitet	935,40	930,80

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	4. 10.	3. 10.
10.30	392,75	393,50
15.00	393,50	390,00
Zürich mittags	393,50–394,00	393,00–393,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	102 500	101 000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	706,60	698,20
3 Monate	723,40	714,75
6 Monate	739,75	730,30
12 Monate	775,75	767,50
Platin (£-Feinunze) London	3. 10.	30. 9.
fr. Markt	261,90	272,05
Palladium (£-Feinunze)		
London	–	–
f. Händlerpr.	91,15	83,05

New Yorker Preise

	3. 10.	
Gold H & H Ankauf	390,00	[illegible]
Silber H & H Ankauf	1033,00	[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	421,00–428,00	[illegible]
Produz.-Preis	475,00	[illegible]
Palladium fr. Händlerpr.	136,00–138,00	[illegible]
Produz.-Preis	130,00	[illegible]
Silber (c/Feinunze)		
Okt.	1022,00	[illegible]
Nov.	1030,50	[illegible]
Dez.	1037,00	[illegible]
Jan.	1044,00	[illegible]
März	1062,00	[illegible]
Mai	1063,00	[illegible]
Juli	1111,00	[illegible]
Umsatz	47 000	[illegible]

New Yorker Metallbörse

	3. 10.	
Kupfer (c/lb)		
Okt.	63,30	[illegible]
Nov.	63,85	[illegible]
Dez.	64,50	[illegible]
Jan.	65,20	[illegible]
März	66,45	[illegible]
Mai	67,70	[illegible]
Juli	68,70	[illegible]
Umsatz	18 000	[illegible]

Londoner Metallbörse

	4. 10.	
Aluminium (£/t)		
Kasse	1048,0–1049,5	[illegible]
3 Monate	1076,0–1076,5	[illegible]
Blei (£/t) Kasse	273,50–274,00	[illegible]
3 Monate	283,00–283,20	[illegible]
Kupfer Highgrade (£/t)		
mittags Kasse	965,00–965,50	952,00
3 Monate	989,50–990,00	978,00
abends Kasse	–	954,50
3 Monate	–	976,50
(Kupfer-Standard)		
Kasse	944,50–945,00	939,00
3 Monate	969,00–970,00	955,50
Zink (£/t) Kasse	555,00–558,00	540,00
3 Monate	571,00–571,50	[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	8471–8472	[illegible]
3 Monate	8580–8562	[illegible]
Quecksilber $/Fl.)	–	[illegible]
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	[illegible]

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449 Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechalt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Öffentliche Anleihe behauptet

Am Rentenmarkt ließ die Anlagetätigkeit zwar etwas nach, doch konnten sich die Kurse der meisten öffentlichen Anleihen nochmals leicht verbessern. Nur wenige Emissionen wurden geringfügig zurückgenommen. Etwas Nachfrage bestand nach Bundesobligationen, weil hier die Renditen jetzt auf acht Prozent gesenkt werden sollen. Bei den Pfandbriefen stellten sich Unsicherheiten ein. Gut vom Markt aufgenommen wurde die mit einem variablen Zinssatz ausgestattete neue Dollar-Optionsanleihe der Dresdner Bank. Sie hatte allerdings zur Folge, daß die Kurse der Scheine der letzten Optionsanleihen zurückgenommen werden mußten.

Bundesanleihen

		4. 10.	3. 10.
F [illegible]	4/84	100,5G	100,5G
[illegible]	1/84	99,85	99,85
[illegible]	1/84	100-	100G
[illegible]	2/84	100,45	100,55
[illegible]	3/84	100,25	100,25G
7½ dgl. 78 II	4/84	100,45bG	100,4
[illegible]	5/84	99,3	99,35
[illegible]	9/84	99,45	99,5
[illegible]	9/84	101,2	101,2
[illegible]	12/84	99,15	99,15
[illegible]	1/85	99,15	99,1
[illegible]	3/85	101,5	101,5
[illegible]	4/85	99,7	99,65bG
[illegible]	6/85	99,8	99,8
[illegible]	7/85	100,45	100,45
[illegible]	10/85	101	101
5½ dgl. 78 II	3/86	95,55	95,6
5¾ dgl. 78	5/86	95,4	95,4
7¾ dgl. 78 I	12/86	98,45	98,4
6½ dgl. 72	1/87	95,65	95,6G
7¾ dgl. 78 II	1/87	98G	98G
6¾ dgl. 77	4/87	95,8	95,8
5½ dgl. 77	7/87	95,05	95,3
6 dgl. 72	10/87	93,45	93,25
6 dgl. 78 I	1/88	93	93
6½ dgl. 78 I	9/88	93,9G	93,9
6½ dgl. 78 II	12/88	93,5	93,5
6½ dgl. 78	1/89	94,25G	94,25
7½ dgl. 79 I	4/89	96,15	96,05
10 dgl. 81	4/89	107,85	107,85
7½ dgl. 79 I	6/89	97,25	97,05G
8 dgl. 79 I	7/89	99,45	99,3G
8 dgl. 79 II	8/89	99,5	99,6
7¾ dgl. 79 II	9/89	97,15	97,25
7¾ dgl. 79 II	11/89	98,25	98,1G
7¾ dgl. 80 I	1/90	97,75	97,25G
10 dgl. 80	4/90	108	108
5¾ dgl. 78	5/90	90,8	90,8
8¾ dgl. 80 I	7/90	100	99,85
8¾ dgl. 80 II	11/90	100	99,9
7¾ dgl. 82	11/90	97,3	97,3bG
9 dgl. 81	2/91	103,55	103,45
10¾ dgl. 81	7/91	110,2	110,2
10¾ dgl. 81	9/91	113,15G	113,25
10 dgl. 81 II	12/91	109,25	109,2
9¾ dgl. 82 I	1/92	107,9	107,9
9¾ dgl. 82 II	3/92	107,9	107,9
6 dgl. 78 II	3/93	88,3	88,3
9,5 dgl. 82	4/92	106,55	106,55
9 dgl. 82	5/92	103,5	103,5
8¾ dgl. 82	6/92	100,8G	100,8
9 dgl. 82	8/92	103,7	103,6
8½ dgl. 82	9/92	102,4	103,75
7¾ dgl. 82	12/92	96,1	96,05G
7½ dgl. 83	1/93	94,7	94,7
7½ dgl. 83 II	3/93	94,6	94,6
7¾ dgl. 83 III	5/93	95,55G	95,45
8¼ dgl. 83	6/93	99,35	99,35
8 dgl. 83	7/93	97,5	97,6
8¼ dgl. 83 II	8/93	99,4	99,4
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	100,85	100,95bG
8 dgl. 80 S.2	2/85	100,95	100,95
8¼ dgl. 80 S.3	2/85	101,2	101,2
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	102,4	102,5
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	101,8	101,85
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	101,1	101,1
8 dgl. 80 S.7	6/85	100,8	100,8
7½ dgl. 80 S.8	8/85	99,95	100
8¾ dgl. 80 S.9	10/85	101,4	101,4
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	101,75G	101,7
9 dgl. 81 S.11	1/86	102,2bG	102,15
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	103,6	103,5
10 dgl. 81 S.13	3/86	104,25	104,1
9¾ dgl. 81 S.14	4/86	103,15G	103
10 dgl. 81 S.15	4/86	104,3	104,2
10½ dgl. 81 S.16	6/86	105,85	105,85
11 dgl. 81 S.17	8/86	107,25	107,2
10½ dgl. 81 S.18	10/86	106,4	106,35
10 dgl. 81 S.19	10/86	105,2	105,1
9½ dgl. 81 S.20	11/86	103,9	103,8
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	105,85	105,1
10 dgl. 81 S.22	11/86	105,15	105,05
9½ dgl. 81 S.23	12/86	103,9	103,75
9½ dgl. 82 S.24	1/87	104,4	104,4
9¼ dgl. 82 S.25	3/87	103,85	103,75G
8¾ dgl. 82 S.26	4/87	103,2G	103,1
9 dgl. 82 S.27	4/87	102,4	102,4
8½ dgl. 82 S.28	5/87	101,1	101,1
9¼ dgl. 82 S.29	7/87	104,25	104,25
9 dgl. 82 S.30	9/87	102,85	102,85
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	101,85	101,85
8¾ dgl. 82 S.32	10/87	100,5	100,6
8 dgl. 82 S.33	11/87	99,9	99,95bG
7¾ dgl. 82 S.34	12/87	98,75	98,2
7½ dgl. 82 S.35	12/87	97,75	97,75
7¾ dgl. 83 S.36	3/88	98,65	98,75
8¼ dgl. 83 S.37	5/88	94,9	94,9
7 dgl. 83 S.38	5/88	95,65	95,55
7¾ dgl. 83 S.39	6/88	96,5G	96,4
7¾ dgl. 83 S.40	6/88	97,6	97,45
8 dgl. 83 S.41	9/88	99,15bG	99,35

Bundesbahn

		4. 10.	3. 10.
F 4 Abl. 57-	4/84	100,6G	100,6G
10 Bdbahn 73 II	11/83	100,3G	100,3G
7¾ dgl. 72	2/84	100,5	100,5
8 dgl. 72	8/84	101	101
8¼ dgl. 76	9/84	101,3	101,3
6 dgl. 78 III	11/84	99,25	99,25
6½ dgl. 79	2/85	99,25	99,25
8½ dgl. 73	2/85	101,45	101,45
7 dgl. 77	2/87	97,2G	97,2G
[illegible]	9/87	93,1	93,1
F 8 dgl. 78 II	7/88	92,3	92,2
6¾ dgl. 77	5/89	92,8	92,6
8 dgl. 79 I	7/89	99,5	99,4
8 dgl. 78 I	2/90	99,85	99,4bG
8 dgl. 80 II	7/90	98,9	98,9G
9 dgl. 81	3/91	103,45	103,35G
10½ dgl. 81	9/91	111,75	111,65bG
10¾ dgl. 81	11/1	110,8	110,4G
8 dgl. 80 I	2/92	98	97,95
10 dgl. 82	2/92	109,35G	109,25
9¼ dgl. 82	7/92	108,8	108,45G
8 dgl. 82	11/92	97,85	97,95
7¾ dgl. 83	1/93	96,35	96,35

Bundespost

		4. 10.	3. 10.
F 4 Abl. 57-	4/84	100,6G	100,6G
8 Bdpost 72 II	12/83	100,35	100,35G
6½ dgl. 68	6/88	98,3G	98,3
8 dgl. 72 I	9/87	100,05	100,05
10 dgl. 81	3/89	107,5	107,5
10½ dgl. 81	6/89	108,75	108,75
8 dgl. 80	3/90	99	98,95
7¾ dgl. 80	9/90	97,8	97,7
8¾ dgl. 80	12/90	102,35	102,35G
10½ dgl. 81	10/91	111,85	111,8
9¾ dgl. 82	2/92	107,75	107,75bG
8¾ dgl. 82	6/92	102,3bG	102,3
8½ dgl. 82	10/92	101	101,05
7¾ dgl. 83	2/93	96,2	96,2
8½ dgl. 83	9/93	101	101

Länder – Städte

		4. 10.	3. 10.
S 8½ Bd.-Wttbg. 78	88	97,75	98,25
8¾ dgl. 82	92	99,25	99,5
M 7 Bayern 68	88	99,25G	99,25G
6½ dgl. 67	87	99,5	99,5
6 dgl. 68	85	98	98G
7 dgl. 72	84	100,1G	100,1G
7½ dgl. 76	84	100,6	100,4
6 dgl. 78	88	92,5G	92,5
8¾ dgl. 80	90	101,75G	101,75
8¾ dgl. 82	98	101G	102
7½ dgl. 83	93	93,75G	93,75G
B 8½ Berlin 70	85	101,5G	101,5G
8 dgl. 72	85	100,5G	100,5G
7½ dgl. 76	84	100,4	100,4G
7 dgl. 77	85	99,5G	99,5G
6½ dgl. 78	88	95,2G	95,2G
8¾ dgl. 80	98	102G	102G
Br 7¾ Bremen 71	87	-Zbg.	-Zbg.
8 dgl. 72	87	101G	100,5G
7½ dgl. 83	93	94,75G	94G
H 8½ Hamburg 70	85	101,3G	101,3G
6¾ dgl. 77	92	94	94G
8 dgl. 80	92	98	98G
9¾ dgl. 82	92	106,7	106,3G
7½ dgl. 83	92	93,3G	93,5
F 8 Hessen 71	86	99,8G	100
6¾ dgl. 78	88	92,5	92,5
Hn8 Nieders. 69	84	99,8G	99,8G
8½ dgl. 70	85	101,25	101,25G
7½ dgl. 72	87	99	99G
8 dgl. 72	87	100,1	100,1
7½ dgl. 79	87	97,9	97,4G
7¾ dgl. 82	92	95	95,25
8 dgl. 83	93	96,5	96,5
D 7½ NRW 71	83	100,15bG	100,15bG
7¼ dgl. 83	93	94,25	94
7¾ dgl. 83	93	95,85	95,5G
8½ dgl. 83	93	100,5	100,25
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	98,85G	98,85G
8 dgl. 71	86	100,75G	100,75
F 8½ Saar 70	85	100,9	100,75
7 dgl. 72	87	97,5	97,7
8 dgl. 78	88	92	92,4
H 5½ Schl.-H. 59	84	99,5G	99,5G
6 dgl. 64 II	84	99,2G	99,2G
7½ dgl. 72	87	99	99G
8¾ dgl. 73	85	101,25	101,25G
D 7 Essen 72	85	100G	100G
M 6 München 64	84	99,35G	99,35G
S 7½ Stuttgart 71	86	100G	100G
7¾ dgl. 72	87	99,75	99,75
8 dgl. 83	93	97,25G	97,25

Bankschuldverschreib.

	4. 10.	3. 10.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	80,5G
6½ dgl. Pf 5	85G	85G
7 dgl. Pf 2	89	89
F 7½ Bakola Pf 104	99,35G	99,35G
9 dgl. Pf 106	101,7G	101,7G
10 dgl. Pf 108	106,8G	106,8G
7 dgl. KS 132	93,3G	93,3G
8 dgl. KS 155	97,25G	97,25G
9 dgl. KS 169	101,85G	101,85G
M 5½ Bayer.Hdbk. Pf 14	89TG	89TG
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6¾ dgl. Pf. 2	93,25G	93,25G
7 dgl. Pf 3	93,5G	93,5G
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	95G	95G
7¼ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120,5G	120,5G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	76G	76G
6 dgl. KO Pf 50	99,5bG	99,5G
8½ dgl. Pf 10	80G	80G
6 dgl. KS 1	98,5G	98,5G
M 6 Lda. Aufb. IS 15	94,4G	94,4G
6 dgl. IS 16	93,75G	93,75G
6 dgl. IS 17	93G	93G
8½ dgl. KO 49	101,5G	101,5G
8½ dgl. KO 48	101,5G	101,5G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	98,75G	98,75G
9¼ dgl. Pf 105	101,75bG	102G
10 dgl. KS 307	101,75bG	101,8G
9½ dgl. IS 728	102,25G	102,25G
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	116bG	116G
5½ dgl. Pf 28	78G	78G
6 dgl. Pf 4	88,5G	88,5G
8½ dgl. Pf 3	85G	84G
8½ dgl. Pf 12	84,5bG	84,5bG
7 dgl. Pf 20	94,5G	94,5G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103bG	103bG
7 dgl. Pf 31	98,25bG	98,25bG
6 dgl. Pf 34	95,5bG	95,5bG
8½ dgl. Pf 37	98bG	98bG
8 dgl. Pf 51	100,25G	100,25bG
HnS BrHann. Hypo. Pf 1	117G	117G
7 dgl. Pf 80	86G	84,55G
7½ dgl. Pf 87	90,3G	89,85G
6 dgl. KS 29	78,75G	78,5G
7 dgl. KS 30	96,9G	96,55G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	114G	114G
6 dgl. Pf 54	114,5bG	114,5bG
6 dgl. Pf 108	78G	78G
8½ dgl. Pf 123	85G	85G
6½ dgl. Pf 141	85G	85G
7 dgl. Pf 143	89G	89G
8½ dgl. Pf 191	100,5G	100,4G
7 dgl. KO 113	100G	100G
9 dgl. KO 217	101,5G	101,5G
9 dgl. KO 215	101,5G	101,5G
9¼ dgl. KO 218	102,5G	102,5G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	114G	114G
5½ dgl. Pf 50	73G	73G
6 dgl. Pf 84	99,95G	99,95G
9 dgl. KS 139	102,8G	102,6G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	100,4G	100,3G
9 dgl. Pf 239	102G	101,5G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	107,25	107,25
7 dgl. KS 35	97,8G	97,6G
F 8¾ Dt.Gen.bk. IS 70	89,7G	89,7G
6 dgl. IS 71	99G	99G
8¾ dgl. IS 73	95,2G	95,2G
6¾ dgl. IS 80	99,75G	99,75G
F 6 Dgz.Dt.Komm.KO55-4	81G	81G
6 dgl. KO 46	77G	77G
7 dgl. KO 97	100,1G	100,1G
7½ dgl. KO 185	95T	95T
9 dgl. KO 129	102T	102T
10 dgl. KO 125	101,85G	101,85G
HnS Dt. Hyp. Hann. 48	100G	100G
6 dgl. Pf 91	78G	78G
7 dgl. KS 101	99,1G	98,9G
10 dgl. KS 134	103,15bG	102,9G
8¾ dgl. KS 140	102G	101,3G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	77G	77G
6¾ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	70G	70G
5½ dgl. Pf 59	77G	77G
6 dgl. Pf 162	77G	77G
B 9 Dt.Pf.Wf. Brf. 482	102,25G	102,25G
Br 8 Dt. Schiffbk. Pf 46	101G	100,5G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	98G	97,75G
6¾ dgl. Pf 60	93,7G	93,7G
8¾ dgl. Pf 74	97,2G	97,2G
8¾ dgl. Pf 78	95,4G	95,4G
Br 8½ dgl. Pf 77	92,5G	92,5G
8 dgl. Pf 42	99,8G	99,75bG
8½ dgl. Pf 47	101G	99,95G
F 6 Frk. Hypobk. Pf 66	68T	68T
5½ dgl. Pf 53	75G	75G
6 dgl. Pf 79	77	77
6 dgl. Pf 130	90,5T	90,5T
6½ dgl. Pf 133	84T	84bG
10 dgl. Pf 188	100,1G	–
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115G	115G
6 dgl. 14	88,5G	88,5G
6 dgl. 47	77,5	77,5
10 dgl. IS 46	–	–
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	92,6G	92,15G
8 dgl. Pf 73	100,1G	99,75G
4 dgl. KO 5	99G	99G
H 6 Hyp.f.Hbg. Pf 98	79,25	79,5
6½ dgl. Pf 80	88,25	88,25
8 dgl. Pf. 248	100,65	100,65
9 dgl. KO 125	100,9G	101G
8 dgl. KO 175	100G	99,9G
9 dgl. KO 259	101,7	101,5G
9¾ dgl. KO 262	102,3G	102,3G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	111G	111G
5 dgl. Pf 12	69G	69G
7 dgl. Pf 25	92,5G	92,5G
10 dgl. Pf 40	102,5G	102,5G
6 dgl. KO 30	99,25G	99,25G
9¾ dgl. K 84	101,75G	101,75G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 11	88G	88G
7 dgl. Pf 12	89,75G	89,5G
4½ dgl. KO 6	100,25G	100,25G
5½ dgl. KO 4	100G	100G
7½ dgl. KO 80	100,25G	100,25G
8½ dgl. KO 81	98G	98G
S 8½ LKbK Badw. Pf 8	101G	101G
6 dgl. Pf 28	87G	87G
6 dgl. Pf 49	84G	84G
8 dgl. KS 1	–	–
8½ dgl. KS 8	100,25G	100,25G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	83G	89G
7 dgl. Pf 97	89	88,5
10 dgl. Pf 32	101,2G	101,2G
10 dgl. Pf 38	102,9G	102,9G
6½ dgl. KS 78	87G	97G
10 dgl. IS 95	108,75G	108,75G
11¼ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 5½ Münch.Hypo.Pf 100	83,5G	83,5G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	100	100
6½ dgl. Pf 42	98G	98G
Hn7 Nord. Lbk. Pf 1	92,5G	92,5G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	100,5bG	100,5G
9 dgl. KO 53	101,7G	101,7G
7½ dgl. IS 6	97,5G	97,5G
10 dgl. IS 37	102,6G	102,6G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	108G	108G
6 dgl. Pf 58	82,4G	82,4G
6 dgl. Pf 95	–	–
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	122G	122G
5½ dgl. K	109G	109G
4 dgl. Pf 18	100G	100G
6 dgl. Pf 28	92G	91G
6½ dgl. Pf 67	84G	84G
5½ dgl. KO J+E	110G	110G
9½ dgl. KO 58	102,25G	102,25G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	111G	111G
5½ dgl. Pf 109	69G	69G
7 dgl. Pf 125	95,5G	95,5G
7 dgl. Pf 128	88G	88G
8 dgl. Pf 177	104G	104G
9 dgl. Pf 187	100,75G	100,75G
6 dgl. KS 77	78G	78G
6½ dgl. KS 80/1	99,75G	99,75G
8½ dgl. KS 110	100G	100G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	110G	110G
5½ dgl. Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 36	81,2G	81,2G
5½ dgl. Pf 43	80,75G	80,75G
6 dgl. Pf 56	75,1G	75,1G
7 dgl. Pf 61	85,75G	84,75G
8 dgl. Pf 70	99,5G	99,5G
9 dgl. Pf 68	101,8G	101,8G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	99,5G	99,9G
M 6 Südboden Pf 41	87G	87G
5½ dgl. Pf 57	74,5G	74,5G
6½ dgl. Pf 143	92G	92G
7 dgl. Pf 87	92,5G	92,5G
7½ dgl. Pf 104	94,5G	94,5G
7 dgl. KS 49	91,5G	91,25G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	97TG	97TG
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G
9½ dgl. KS 171	103G	103G
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	116G	116G
6 dgl. Pf 95	76	76G
7 dgl. Pf 100	98,9bG	98,75G
D 8 WestLB Pf 390	100,25G	100,25G
6¾ dgl. Pf 403	95,35G	95,35G
8¾ dgl. Pf 1007	104,75G	104,75G
8 dgl. Pf 1015	97,65G	97,65G
7 dgl. KO 556	99,05G	99,05G
6¼ dgl. KS 420	93,65G	93,65G
8¾ dgl. KO 1301	103,7bG	103,7bG
8½ dgl. KS 1278	101,1G	101,1G
8 dgl. IS 1512	98,9G	98,9G
9¼ dgl. IS 1520	102G	102G
6½ dgl. IS 679	92,6G	92,6G
7½ dgl. IS 1503	100,45G	100,45G
D 4 Westf. Land. Pf 4	98G	98G
6 dgl. Pf 16	94G	94G
6½ dgl. Pf 19	84G	84G
7 dgl. Pf 20	88,5G	88,5G
D 8¾ Westf.Hypo. Pf 550	100,6G	100,6G
9 dgl. Pf 584	103,7G	103,7G
9¾ dgl. KS 294	103G	103G
9½ dgl. KS 324	106,1G	106,1G
S 6 Würt. Hypo. Pf 84	76G	76G
7 dgl. KS 58	99,25G	99,25G
S 6¾ Würt. KoLa Pf 1	86,7G	86,7G
7 dgl. Pf 5	100G	100G

Sonderinstitute

	4. 10.	3. 10.
D 6 DSLB Pf 28	82,5G	82,5G
6 dgl. Pf 47	78,5G	78,5G
7 dgl. Pf 63	87,5bG	87,5G
5½ dgl. PF 99	91G	91G
8 dgl. Pf 104	98G	98G
8 dgl. Pf 165	98,75G	98,75G
5½ dgl. RS 45	97G	97G
6 dgl. RS 73	95G	95G
8 dgl. RS 120	100,25G	100,25G
8½ dgl. RS 153	101G	101G
7 dgl. RS 162	94,25bG	94,25G
9½ dgl. RS 172	103,5G	103,5G
9 dgl. RS 186	102,5T	102,5T
10 dgl. RS 193	104G	104G
11¼ dgl. RS 195	107,5G	107,5G
D 6 IKB Abl. 68	–	–
6½ dgl. 69	100bG	100G
F 7½ KfW 70	100,6G	100,6G
8 dgl. 70	101	101
8 dgl. 76	100,3	100,45
7¼ dgl. 79	97,3G	97,3
10 Kredit 81	108,1	108,1G
F 8¾ Krd.Wied.aufb. 82	100,25	100,05
F 6 Lastl.Rentbk. RS 13	100	-Zbg.
6 dgl. RS 14	99,8G	99,8G
6 dgl. RS 15	95,5	95,5G
6 dgl. RS 16	95,25G	95,25G
6 dgl. RS 19	96,25G	96,25G
6 dgl. RS 20	99,15	99,25G
6 dgl. RS 21	98,5	98,5G
6 dgl. RS 26	98,85	98,85
7½ dgl. RS 27	100,25G	100,25G
6½ dgl. RS 60	94,5G	94,5G
7 dgl. 94	94,75	94,25G
7 dgl. 98	99,4	99,3G
8 dgl. 101	98,75G	98,75G
7½ dgl. 102	95G	98G
9½ dgl. 126	103,75	103,75
D 7¾ LAG TS 76	100,4	100,4G
8 dgl. TS 76	100,8bG	100,7G
6½ dgl. TS 77	94,4G	94,3G
5½ dgl. 78	91,1	91,1
7 dgl. 79	96,3	96,3

Industrieanleihen

	4. 10.	3. 10.
F 6 Badenwerk 64	99,5G	99,5G
6 dgl. 78	93,25G	93,25G
5 BASF 59	98,5G	98,5G
5 Bayernw. 59	98,75G	98,75G
F 8 Chem. Hüls 71	100T	100G
7¾ Cont. Gum. 71	99,5bG	99,5T
6 Dt. Texaco 64	98,5G	98,5G
6 Gelsenb. 64	99T	99,25T
5½ HEW 62	95,25G	95,25G
7½ dgl. 71	99,25G	99,25G
7¾ dgl. 71	99,5G	99,5G
4½ Harpen 59	1780T	1780T
6 Hoechst 64	99T	98,5T
6 Hoesch 64	98T	98G
7½ dgl. 71	98,75	98,75T
7½ Karstadt 71	98,75T	98,75T
7½ Kaufhof 71	98,75G	98,75G
7¾ dgl. 71	99,25T	99,25T
7½ dgl. 78	97,75	97,75T
7½ Klöckner W. 71	99bG	99G
8 dgl. 72	99T	99T
6 Krupp 64	99T	99T
6 Linde 64	99G	99G
5 Mannesmann 59	98,1G	98,1G
6 Moselkraft 63	99G	99G
6 NWK 61	98,1G	98exZbg
6 dgl. 62	95G	95G
6 ObDon. Krwk. 64	93T	93T
5½ Öst. BayK. 58	99,75G	99,75G
D 6 Rat.Vdb. Stk. 68	99G	99G
F 5½ Rh.Briw. 58	99G	99G
6 dgl. 63	95G	95,5T
8 dgl. 65	94G	93,75
5½ RWE 59	98,5G	98,5G
6 dgl. 63	94,75T	94,75
6 dgl. 65	-Zbg	94,75T
7¾ dgl. 71	99,75bG	99,75bG
7 dgl. 72	97,5G	97,5G
6 Rh.-M.-Don. 62	96G	96G
6½ dgl. 68	98,75G	98,75G
8 Schleswag 71	100G	100G
5 STEAG 58	98G	98G
7½ Thyssen 71	98,75G	98,75G
8 dgl. 72	99,8bG	99,8bG
7¾ dgl. 77	95,75T	96T
5 Veba 59	98,5T	98,5T
8 VEW 71	100G	100bG
6¾ dgl. 77	94,5bG	94,5G
7 VW 72	97,9	98T

Wandelanleihen

	4. 10.	3. 10.
F 4¾ AKZO 69	86G	86G
3½ All Nippon 78	93,5G	93,6
3½ Asahi Opt. 78	123G	123
4¾ Canon Inc. 77	408G	408G
3½ Cas. Comp. 78	283G	277G
5¾ Daiei Inc. 80	118,5G	118,5G
4¾ Fujitsu Ltd. 78	675G	670G
5 dgl. 79	448T	448G
5¾ Hoogovens 68	88G	88G
3½ Izumiya Co 78	101,5	101,5G
3½ Jusco Co. 78	98,5	98
4 Kansai El. 79	100G	100
6 Komatsu 76	155,5G	156G
6 Konishiroku Pho. 81	122	121,5G
6¾ dgl. 82	119,75	120
3½ Komlexen 78	92G	92G
7½ Kraft Inc. 70	112	112G
3½ Marudai F 78	95,75	96G
6 Michelin Int. 70	94G	94G
5¾ Minolta 77	227,5bG	232,5G
4 dgl. 79	175G	178G
6½ Mitsub. Ch. 76	205G	210G
6,75 Mitsub. H 81	155,5G	157,7bG
6 dgl. 81	115bG	117,5G
6 Nichii Co Ltd 80	120G	120G
7 Nippon Sh. Gl. 82	158,5	154,5bG
3¾ Nippon Sh. 78	150G	150G
3½ Nissan Mot. 78	93,75	94G
4 Nisshin Steel 78	143G	143G
6½ Ocb v. d. Gr. 69	100G	100G
3½ Olympus 78	255G	255G
3¾ Omron Tat 79	330G	330G
4¾ Orient Fin 79	220G	223G
3½ Ricoh Comp. 78	181G	180,25
6¼ Rothm. Int. 72	95,5	95,6G
3¾ SankyoElec. 78	114G	113,5G
3½ Sanyo Elec. 78	175G	173G
3¾ Seiyu Stores 78	95,5	95G
6¼ Sekisui 76	143G	1343G
3½ Stanley 78	139,25G	139,25G
6 Taiyo Yuden 82	139G	139G
5 Texaco Int. 66	85,5	85,5
3½ Tok. Elec. 78	400G	390G
4¾ Tok. Sanyo 77	305T	305G
4 Tokyo Land 79	104,5T	104T
3½ Trio Kenw. 78	111,25G	111,25
6½ Uny Ltd. 79	152G	141G

Optionsscheine

	4. 10.	3. 10.
F 11 BASF Over Zee 82	44,2	43,6
7¼ Bayer Fin. 79	40,8	40
10½ Bayer Fin. 82	53,5	52,2
7½ BHF Bk. Int. 83	9G	94
6¾ Ciba-Geigy 75	935	900
3½ Commerzbk. 78	45	47,8
7 Combk. Int. Lux. 83	70	73
4½ Dt. Bk. Comp. 77	126,1	127,2
3½ Dt. Bk. Int. 83	83	84,5
6¼ Degussa 83	139,8	139,8
4 Dresdner Bk. Int. 83	54,3	–
10 Hoechst 75	235,8	234,5
6¾ dgl. 79	50,8	50
8 Hoechst 83	65,8	64,8
7½ Jap.Syn.Rubber 82	1465	1490
5¾ Jusco 83	2315	2310
Mitsui 82	324,5	331
7¾ Siemens 83	156,8	155,5
6½ Wells F. 73	290	304

Optionsanleihen

	4. 10.	3. 10.
F 8½ BASF 74 m O	139,25	138
8½ BASF 74 oO	100,4	100,25G
M 3½ Stumpf 88 mO	160B	160B
M 3½ Stumpf oO	80G	80G

Währungsanleihen

	4. 10.	3. 10.
F 8 Brasilien 72	95G	95G
6¼ Kopenhagen 72	95G	55G
9½ Norwegen 79	98G	98G

Optionsanleihen

	4. 10.	3. 10.
F 7½ BHF Bk.Int.83 mO	108,5G	108,5G
7½ dgl. 83 oO	78,75T	78,5G
3½ ComBk. Int. 78 mO DM	108,5	109
F 3½ dgl. 78 oO DM	88bB	87,5G
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	123G	123G
4½ dgl. 77 oO $	84,25	84,8
3¾ Dt. Bk. 83 mO	106,5	107,5
3¾ dgl. 83 oO	81,9	82
7½ Jap. Synth. 82	155G	155G
7½ dgl. 82 oO	98,85	98,5G
5¾ Jusco 83 mO	128,75G	128,75G
5¾ dgl. 83 oO	91,3	91,5
F 6½ Wells F. 73 mO DM	126G	126G
6½ dgl. 73 oO DM	96G	96G

Optionsscheine

	4. 10.	3. 10.
F 8½ BASF 74	57,6	56,5
Stumpf 78	84bG	84

Wandelanleihen

	4. 10.	3. 10.
F 5 Bayer 69	102	102
H 8 Beiersdorf 82	162,25	162G
F 4½ Commerzbk. 78	99,45	99,5
D 9 Girmes 74	308	312G
6½ KSB 83	122	122

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	4. 10.	3. 10.
F 6 AKZO 84	99G	99G
6½ dgl. 86	97/7,75	97/7,75
7¾ Arbed 83	98,75G	98,75G
7½ dgl. 86	92,75G	92,75G
9 dgl. 87	98T	98T
F 6¾ Ardal 89	93/4,25	93/4,25
10 dgl. 88	104,25G	104,25G
8 Austr. 87	102,5G	102,5G
8¼ dgl. 87	103G	103G
F 7½ BEC 83	99,85G	99,85G
5 CFDB 84	99,4/9,9	99,4/9,9
6½ Estel 84	97G	97G
6¼ dgl. 85	96,75G	96,75G
8¾ dgl. 87	97G	97G
6¼ Euratom 91	92,75G	92,75G
F 6¾ Eurofima 87	97,75G	97,75G
10 dgl. 89	107G	107G
6 EIB 88	91T	91T
6½ Lufthansa 86	98,25G	98,25G
6 Montanunion 90	92,75/3	92,75/3
6¼ Ö. Ko. Bk. 84	99G	99G
7½ Parker-H. 87	97,5G	97,5G
7¼ Schweden 89	97,5/8,5	97,5/8,5
F 6¾ Weltbank 83	99,9G	99,9G
6½ dgl. 85	98G	98G
7¼ dgl. 87	98,25/99	98,25/99
7¾ dgl. 90	98,25G	98,25G
9 dgl. 88	102G	102G
8½ dgl. 88	101,5G	101,5G
7¾ dgl. 88	100,25G	100,25G
9½ dgl. 89	104,25T	104,25T
8 dgl. 90	98,8/9,6	98,8/9,6
11 dgl. 91	112G	112G

Anmerkungen:
- Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

	4. 10.	3. 10.
F L'Air Liquide	160G	160G
D Akzo	71,2	70,5bG
F Alcan	95,1	94
F Alcoa	114	117bB
F Alg. Bk. Nedld.	327	335T
F All Nippon Air	3,5G	3,5B
F Amax	64,8	67,4
F Am. Cyanamid	145	145
D American Expr.	99G	98exD
D Am Motors	20	20,8
F Am T & T	172,5	171,5
F Amro Bank	55,2bG	55,5bG
M Anglo Am. Gold	299,5	283
F Anglo Am.m.O.	55	55
F Arbed	64	65G
F Asahi Chem.	4,25	4,15
M Atl. Richfield	119B	122,2
H Atlas Copco	37G	37G
M Avon	63	62,3
F Bell Canada	22	22,3
F Banco Central	22,8	23
F Banco de Bilbao	20,5	20,7
F Banco de Santander	18,5T	18,5bG
F Banco de Vizcaya	26,3	26,2
F Banco Hisp. Americ.	17,7	17,6
D Beatrice Foods	79G	78,5G
D Bell Canada	62G	61,5G
F Black & Decker	58	57,5
F Boeing	107,8	104
M Bougainville Copper	5,7	5,95
F Bowater	8	7,65
D BP	16,65	17
M Broken Hill	28,2	28,7
F Bell	13T	13,47
F Cdn. Pacific	103	102,5
F Canon	16	16,05
F Casio Comp.	17	17
F Caterpillar	112	112
D Ch. Manhattan	126	123,5
F Chrysler	78,9	77,5
M Citicorp.	95	93,1
F City Investing	93T	93exD
F Coca-Cola	135,5	133
D Colgate	61G	60bG
F Cons. Gold F.	21	20,7bG
D Cont. Group	123G	123G
F Control Data	136bG	136
M CRA	12,8	13,2
M CSR	8,8	9G
F Dart & Kraft	182T	181
M De Beers Cons.	20,8	21,2
F Deere Comp.	100	102
F Diam Sham.	67,8	67,8
M Digital Equipm.	277,7	270,7
M Disney Prod.	163	163,2
M Dome Petroleum	10,55	11,1
D Dow Chemical	94G	94
D Dresser	56,1	56,5
D DuPont	134G	135
M East Drief. Gold	80,9	77,5
D East Air Lines	13,8	13,8bB
F Eastman Kodak	186,5	181,5
F Elf Aquitaine	58	60,5
F Emhart	145G	145G
D Ericsson	142G	145G
D Esmark	202G	203G
D Exxon	95,1	94,5
D Fiat St.	5,05	5,1
D dgl. Vz.	3,6	3,65
F [illegible]	–	–
D Fisons	27,8	28G
M Fluor	52,3	51,1
D Ford	180	180G
F Fosoco Minsep	4,85bG	5bG
F Fujitsu	15,8bG	15,9
F General Electric	141,6	139,5
F General Mining	59	62,8exD
D General Motors	192	191G
D Gen. Shopping	730G	730G
M Getty Oil	175,2	173,7
D Gevaert	121B	121B
F Goodyear	78,5	78
H Grace	127	127
D GKN	6,45	6,4G
F Gulf	108,5	110
F Highveld m. St.	12,4	12,4G
F Hitachi	1010	995
M Holiday Inns	145,5	145,5
F Homestake	76	77,5
M Hongk. & Shanghai Bank.	2,1	2,1
D Hoogovens	30,5	30,8
F IBM	339,8	333,8
F ICI	21,4	21,4
M Impala Plat. Hold.	30,2	30,18
M Imperial Oil	81,5	81,6
F Inco	41,8	42,5
F Int. T & T	114,8	112
D Istituto Fin.	7,85	8G
F Italcementi	75,5	77,9
F Izumiya	8,3G	8,3G
F Japan Line	1,5G	1,65
D Jusco	8,5G	8,2G
F Kawasaki Kisen	1,5T	1,5T
F Kawasaki Steel	2bB	2bG
M Kloof Gold Min.	112	111
F Komatsu	5,4T	5,45
D KLM	134	132G
F Kubota	3,2G	3,3G
D Lafarge	95G	94G
D Litton Ind.	166	171
F Lone Star	70G	70G
D LTV	42	41,4
M M.J.M. Hold.	19G	18,45
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	3TB	3,2G
F Marudai Food	6,5T	6,5T
D Matsushita El.	19,5	18,2
M McDonald's	170G	169
M Merrill Lynch	89,4	87,3
F McDonnell D.	137	131,5
D Minnesota M.	217G	217G
D Minolta Camera	7,5B	7,5B
F Mitsubishi Chem.	3,05T	3,05
F Mitsubishi El.	4,75	4,75T
F Mitsui Bk.	4,7	4,7G
F Mitsui & Co.	4G	4G
F Mitsui Engin.	1,9T	1,9bG
F Mitsui O. S. K.	1,9G	1,95G
F Mitsumi El.	9,3	9,5
H Mobil Oil	81	82
F Monsanto	287	285G
F Montedison	0,32	0,32
F [illegible]	24T	24,5T
M Nat. Semicond.	139,7	135,4
D Nat. Westminster	23G	23,2G
F Nestlé	4970	4925
D Nikko Sec.	4,5B	4,5B
F Nippon El.	15,3	15,55
F Nippon Kokan	1,8	1,85
F Nippon Shinpan	7,6G	7,6G
F Nippon Yusen	2,5bB	2,8G
F Nissan Motor	7,7G	7,75
F Nisshin Steel	1,7G	1,75
F Nissho-Iwai	3,5T	3,5T
F Norsk Hydro	189	189bG
F Norton Simon	–	–
H Occ. Petroleum	62,1	62,5
D Océ v. d. Grint	182G	187G
F Olivetti Vz.	5,15	5,35
F Olympus Optical	13,8G	13,8G
H v. Ommeren	27,1	26,5
F Omron Tateisi	18G	18G
F Pakhoed	52,4	52,4
M PanAm	19G	19,1
M Pepsi	89,1	88,5
F Pernod-Ricard	355T	360G
F Peugeot	69	70
F Philip Morris	175bB	174,9
H Philips	41,4	41
D Phoenix Ass.	12,75G	12,6G
F Pirelli	2,65bB	2,7
M Polaroid	84	81,3
M Prime Computer	45	45,4
F Procter & G	150	149
D Ramada Inns	25,5	25
M Ranger Oil	26,5	27,9
F Rank Org	6,6	6,6
F Ricoh	10,5	13,8
F Rio Tinto MA-St.	23,3T	24,5
H Robeco	285	282,5
F Rockwell	76,5	75
H Rolinco	274	275,2
F Rorento	176	173
F Rothmans Int.	4,25	4,25G
H Royal Dutch	118	119,2
M Rustenburg Plat. Hold	24,2	24,88
F Sanko Steamship	2,65	2,65T
F Sanden Corp.	7G	–
M Santos	18,15	18,35
F Sanyo Elec	5,5	5,3bB
F Sanwa Bk.	5,2	5,2
M SASOL	9,5	9,95
F Schlumberger	142	144,9
F Schw. Alum.	906	930,5
F Schw. Bankverein	316,1	311
M Sears, Roebuck	96	96G
F Seiyu Stores	–	–
F Sekisui Prefab.	6,9	6,6G
F Selected Risk	39G	39G
H Shell T & T	23,5	24T
D Singer	64,5	63,5
F Snia Viscosa	1,9	1,95
D Solvay	160	160
D Sony Corp.	41,5	40
D Sperry Corp.	118,5	119,8exD
F Squibb	133	132
F Stanley Elec.	8T	8T
F Steyr-Daimler-P.	20,6	20,6
F Sumitomo Heavy	2,55	2,5G
D Sumitomo Metal	1,5bG	1,8B
F Sumitomo Shoji	5,6	5,8
D Sun	117,5G	116G
M Sunshine Mining	35,5	38,1
F Swissair	1050bB	1030
F Taisei Kens.	2,3G	2,35
M Tandy	101,9	102,8
F Tenneco	110,1	110
D Texaco	96	95
D Thomson-CSF	61G	60G
D Thorn Emi	23,5G	23,3G
D Tokyo Pac	286G	286G
F Tokyo Sanyo El.	6,4G	6,4G
F Trio Kenwood	7,5	7,6
F TRW Inc.	194G	194G
D Toray	4,85	4,7bG
D Toshiba	4,3G	4,1G
D UAL	76G	76G
H Unilever	206	206
F Union Carbide	175	177
D Uniroyal	43	42,1
F United Techn.	178,5	180,1
F US Steel	74	73
M Vaal Reefs Expl.	284,5	287,8
D Ver.-Stork	67,2	67G
D Volvo A	145G	146G
D dgl. Nam B	145G	148G
F Warner Commun.	60,9	62
F Warner Lambert	75	77
F Wells Fargo	97,5	96
M Western Deep L.	127	125,1
M Western Mining	9,2	9,7
F West.-Utrecht H.	94,5	94
D Xerox Corp.	112	110,5

Nur einzelne Aktien noch freundlich

Gewinnmitnahmen der Börsenkulisse sorgten für Unsicherheit

DW. – Verunsichert durch die vorangegangene weitere Abschwächung der New Yorker Börse entschloß sich der Börsenberufshandel am Dienstag zu Gewinnmitnahmen. Dadurch trug er eine gewisse Unsicherheit ins Aktiengeschäft, die allerdings zeitweise durch Anlage-Käufe vor allem bei den Titeln der Großchemie und bei Siemens unterbrochen wurde. Anregungen von der Währungsseite blieben aus, da sich der Dollar gegenüber der D-Mark leicht befestigte, und auch am Rentenmarkt scheinen die nach dem Ultimo wirksam gewesenen Auftriebskräfte schon wieder zu erlahmen. Eine Quelle steter Sorge bleiben die Risiken des internationalen Kreditgeschäfts, das die Kurse der Banken nach wie vor unter Druck hält.

Die lebhaften Umsätze bei Siemens (plus 2 DM) werden mit Käufen des neuen DWS-Technologiefonds in Zusammenhang gebracht. Die Großchemieaktien profitierten von der Ertragsbesserung bei Hoechst und lagen bis zu 1 DM fester. Im Automobilbereich finden Mercedes (Plus 6 DM) mehr Beachtung. In diesem Kurs sind noch die Daimler-Dividende für 1982 sowie ein Bezugsrecht enthalten, das erst am Jahresende gehandelt werden wird. Bemerkenswert ist der Anstieg der Wella-Aktie bis 384 DM (plus 7 DM).

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt erhöhten um 4 DM auf 245 DM und Schubsa um 3 DM auf 75 DM. Verseidag verbesserten sich um 2 DM auf 79 DM und KSB St. um 2 DM auf 154 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Aachen Münchner Bet. um 7 DM, Aachen Münchner Vers. um 8 DM und Allianz Leben um 20 DM.

Frankfurt: Bei den Elektrowerten waren besonders Siemens weiter freundlich: Schlußkurs 354,50 DM (plus 3 DM). Bei Maschinenaktien konnten Hoesch erstmals den Pari-Stand erreichen mit 101 DM (plus 2,50 DM).

Hamburg: Conti Gummi gaben um 1 DM nach. Phoenix Gummi verbesserten sich um 1 DM. Versorgungswerte, HEW und NWK Vorz. waren je 0,50 DM höher. Flensburger Schiffbau tendierten fest 117,90 DM (plus 2,90 DM). Zu 336 DM (plus 2 DM) wurden Beiersdorf notiert.

München: Agrob Vorz. erhöhten um 3 DM auf 330 DM und Audi NSU um 3 DM auf 265 DM. Ekatit Riedinger stockten um 7,50 DM auf 82,50 DM auf. Gehe AG konnten sich um 7 DM auf 220 DM verbessern. Leonische Draht schlossen mit 311,50 DM. Zahnräder Renk gaben um 3 DM auf 275 DM nach.

Berlin: Koetitzer Leder wurden um 10 DM höher taxiert. Herlitz Stämme verbesserten sich um 4,50 DM, Rheinmetall um 4 DM und DuB-Schultheiss um 2,50 DM. Herlitz Vorzüge lagen um 0,50 DM geringfügig freundlicher.

Nachbörse: behauptet

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München

Aktien-Umsätze

Ungeregelter Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York · Toronto · London · Mailand · Amsterdam · Tokio · Wien · Kopenhagen · Zürich · Madrid · Paris · Hongkong · Sydney · Brüssel · Singapur

Optionshandel

Frankfurt: 4. 10.: 398 Optionen = 20 550 (15 200) Aktien davon 67 Verkaufsoptionen = 3700 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 1-85/6,40, 1-95/5,60, 4-85/9, 4-1003,80, 7-95/9,80, Siemens 1-340/25,80, 4-360/14,80, 4-360/19,90, 4-370/16,20, 4-380/11,20, Veba 1-180/4,40, 4-170/17, 7-200/9, BASF 1-150/9,30, 1-180/5, 4-160/9,50, 4-170/6, Bayer 1-150/10, 1-160/4,35, 1-170/2,60, 4-150/15, 4-160/10, 4-170/6, Hoechst 1-150/15, 1-154,50/12, 4-160/13, 7-170/17, VW 1-170/50, 1-180/39, 1-240/6, 4-220/25, 4-230/19, 4-250/10, Conti Gummi 1-120/4, 4-110/11,10, 4-120/8, 4-130/6, Lufthansa Vz. 4-130/7,30, Commerzbank 1-170/10, 1-180/5,50, 4-160/25, 4-170/17, 7-180/12,50, Dt. Bank 1-320/10,40, 4-310/24,20, 4-320/19, 4-340/10, Dresdner Bank 1-170/11,70, 1-180/6,80, 4-200/6, Hoesch 1-90/12, 1-100/6, 4-100/10, 4-110/8,90, 7-100/15, Mannesmann 4-130/20, 4-140/11,90, 4-150/5,20, Preussag 4-280/10, Thyssen 1-75/4, 4-70/8, 4,75/7,05, 4-80/5,60, Bekula 1-1100/6, Babcock St. 1-180/14, Degussa 1-360/15, 4-360/24,20, 7-360/4, GHH St. 4-140/26, Kali und Salz 1-210/19,40, Klöckner 1-40/2,45, MAN 4-140/15, General Motors 1-200/9,40, Philips 4-45/5,50, Elf 4-65/7,45 4,70/5, 7-70/7. **Verkaufsoptionen:** AEG 1-180/2,40, 4-80/3, 4-85,/5,50, BASF 1-150/3,10, Bayer 4-150/4,40, Commerzbank 4-170/7, Dt. Bank 310/12, 4-300/6, Dresdner Bank 1-170/3, 4-170/6,60, Hoesch 1-85/1,80, 1-90/2,40, 1-95/4,70, 4-100/7, Mannesmann 4-130/3,40, 4-140/7, Daimler 4-600/30, GHH St. 1-140/2,40, General Motors 4-200/12, IBM 1-330/18,15, 4-330/25, Philips 1-40/3,40, Royal Dutch 1-120/5.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 4. 10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9½–9⅝	5½–5¾	3½–3¾
3 Monate	9½–9¾	5¾–6	3⅞–4⅛
6 Monate	9⅝–9⅞	5¾–6D	4⅛–4⅜
12 Monate	9⅞–10⅛	6¼–6½	4¼–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 4. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1425,00	1761,30
10 US-Dollar (Indian)**)	1148,00	1356,76
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	599,20
1 £ Sovereign alt	236,00	291,84
1 £ Sovereign Elizabeth II	232,00	287,28
20 belgische Franken	181,00	233,70
10 Rubel Tscherwonez	249,00	311,22
2 südafrikanische Rand	235,00	289,56
Krüger Rand, neu	1047,00	1282,48
Maple Leaf	1047,00	1283,48
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	243,00	302,10
20 schweiz. Franken „Vreneli"	205,00	257,64
20 franz. Franken „Napoléon"	205,00	257,64
100 österr. Kronen (Neuprägung)	969,00	1168,50
20 österr. Kronen (Neuprägung)	193,00	242,82
10 österr. Kronen (Neuprägung)	102,00	133,38
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	440,00	541,50
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	105,00	142,50

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisen

Recht stabil präsentierte sich der US-Dollar am 4. 10. Nachdem der Markt den Eindruck gewann, daß der Kurs 2,6250 heute nicht unterschreiten würde, kam es zu Positionsglattstellungen und einer Befestigung bis 2,6235 am Nachmittag. Ohne Mitwirkung der Bundesbank wurde die amtliche Notierung mit 2,6295 ermittelt. Die zu Beginn des New Yorker Marktes erzielten Tagesgeldsätze von 9½–9¾ Prozent sorgten im übrigen für konstante Kurse über 2,63. Den stärksten Tagesrückgang unter den schwächer notierten Währungen hatte erneut das britische Pfund mit 6,1 Promille auf 3,879. Die Favoriten der letzten Tage schweizer Franken und japanischer Yenn konnten sich nicht ganz behaupten und gaben um 9 Pf. auf 124,05 bzw. 5 Punkte auf 1,1125 nach. US-Dollar in: Amsterdam 2,9455; Brüssel 53,49; Paris 8,0080; Mailand 1595,05; Wien 18,4940; Zürich 2,1197; Ir. Pfund/Dollar 3,114; Pfund/Dollar 1,4752.

Ostmarkkurs am 4. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 20,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Abschläge für US-Dollar wurden am 4. Oktober höher gehandelt, die Zinssenkungstendenz ist vorerst ausgelaufen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,88/0,83	2,52/2,42	4,90/4,70
Pfund/Dollar	0,05/0,25	0,05/0,08	0,12/0,37
Pfund/DM	1,90/0,50	4,20/2,30	7,40/5,60
FF/DM	28/12	78/62	161/145

Geldmarktsätze

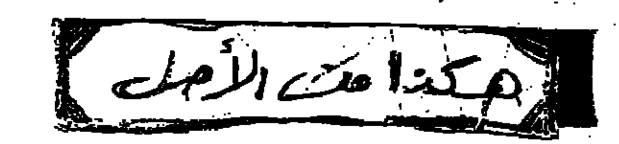
Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 4. 10.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 6,15–6,25 Prozent.

Privatdiskontsätze am 4. 10.: 10 bis 29 Tage 3,55G/3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G/3,40B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 4. 10.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,73) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,60) – 10,00 (8,06) – 10,00 (8,35) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,10, 2 Jahre 7,27. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.





Tohuwabohu, Abrakadabra

sg. – Wer kennt es nicht, das *Tohuwabohu*. Das völlige Durcheinander – auf dem Schreibtisch beispielsweise, wenn sich Post, Stifte, Bücher, beschriebenes Papier und leere Blätter zwischen Kaffeetassen und Aschenbechern zum Stilleben drapieren. Oder das Durcheinander *nach einem Fest in der Küche auf* der Anrichte. Das Tohuwabohu ist *das liebenswerte Chaos, das alltäg*liche und festtägliche, ein wenig ärgerlich vielleicht, aber kaum je bedrohlich.

Doch etwas Bedrohliches, Archaisches klingt im Tohuwabohu an, dieser Verballhornung des hebräischen Satzes „Tohu wawohu" aus dem Pentateuch und dem ersten Buch Sohar, dem mystischen Hauptwerk der jüdischen Kabbala; wörtlich zu übersetzen mit „Und es war ungeformt und geformt" – dies etwa zu verstehen in dem Sinne: erst war das Chaos, dann kam die Ordnung. Von der Weltenschöpfung ist da die Rede, die das Chaos bannte.

Nicht anders übrigens das *Abrakadabra*, mit dem große und kleine Zauberkünstler geheimnisvoll ein Kaninchen aus dem Hut zaubern oder höchst stilvoll den Kunstgriff eines Kartentricks einleiten. Auch das Abrakadabra war eine mystische Formel der Kabbala. Die Buchstabenfolge galt als Symbol der göttlichen Eigenschaften und Seraphen, die über bestimmte Himmelssphären herrschten und denen auf verzwickte Weise Zahlen und Buchstabenketten zugeordnet wurden. Nicht Zauberei war angepeilt, sondern eher ein dem Glasperlenspiel vergleichbares Meditieren über Zahlen, Buchstaben und Metaphysik.

Dem Uneingeweihten wird das Abrakadabra freilich nicht vernünftiger vorgekommen sein als *einem* Durchschnittsbürger von heute das *Notaten-Kauderwelsch der Compu*tersprache. Beispiel: „138 Kbyte auf Floppy-Disc frei". Doch mit so etwas läßt sich wenigstens was machen! Bestätigen dies nicht längst Mondlandungen und Marssonden, die ohne Computer nicht denkbar wären? Also spricht der Computer über etwas Wirkliches.

Doch wie sagte einst ein Indianer-Schamane, als man ihm von der ersten Mondlandung berichtete? Er konterte gelassen: Soweit er sich erinnern könne, seien seine Vorfahren des öfteren auf dem Mond gewesen. Darüber, was an Gedachtem, Geträumtem oder Wahrgenommenem wirklich sei, hat jede Kultur ihre eigenen Vorstellungen.

Vielleicht sollten wir also, in respektvoller Zurückhaltung, dem täglichen Chaos erst einmal mit ein bißchen mehr Achtung begegnen. Wer weiß, welche himmlischen Ordnungen sich *dahinter* verbergen.

Gegen die Wissenschaftler-Zunft: Erwin Chargaff

Biochemiker als schwarzer Humorist

Dieser alte Mann mit schlohweißem Haar über einem fast jungenhaft wirkenden Gesicht, das mit grimmigem Charme in die Welt blickt, gehört zu den großen Einzelgängern unserer Zeit. Schwerlich läßt er sich in ein „Lager" einordnen, obwohl seine Stellungnahmen überaus prononciert, ja von einer nachgerade skandalösen Entschiedenheit sind. Vor wenigen Jahren nur einem kleinen Kreis von Fachwissenschaftlern als Biochemiker bekannt, der zu den Entdeckern der DNS-Stuktur gehört (während der Nobelpreis für diese Entdeckung 1953 zwei anderen Wissenschaftlern verliehen wurde), ist Erwin Chargaff inzwischen durch seine zivilisationskritischen Bücher und einige Fernsehauftritte auch in Deutschland einem größeren und zunehmend größer werdenden Publikum kein Fremder mehr.

Seine Kollegen freilich ächten ihn; es gibt sogar namhafte Biologen, die ihn, den eifernden Abtrünnigen und „Verräter" des Wissenschaftsbetriebs, für einen senilen Spinner oder geltungssüchtigen Narziß halten. Und es ist wohl auch kein Zufall, daß es durchweg im Geruch eines allerdings von konfessionellen und parteipolitischen Schranken freien Konservatismus stehende Zeitungen und Zeitschriften sind, die seine Aphorismen und Essays unzensiert zu veröffentlichen wagen. An erster Stelle wäre hier zu nennen die von Friedrich Georg Jünger begründete Revue „Scheidewege".

Geboren 1905 im alten Österreich, studierte Chargaff von 1923 bis 1928 an der Universität Wien Chemie. Seit 1935 an der Columbia University, New York, tätig, wurde er dort 1952 Professor der Biochemie und 1970 Direktor des Biochemischen Instituts.

Doch der mit mehreren Ehrendoktoraten und zahlreichen wissenschaftlichen Auszeichnungen geehrte Biochemiker ist keineswegs der ganze und schon gar nicht der am meisten herausfordernde Chargaff. Daneben gibt es auch den Wissenschaftskritiker, den leidenschaftlichen Rufer in der Wüste technologischer Nivellierung und einer zum Selbstzweck gewordenen experimentellen Forschung. Niemand hat schon vor mehr als zwanzig Jahren so eindringlich vor den möglichen, ja höchstwahrscheinlichen Folgen „genetischer Bastelsucht" gewarnt wie dieser international angesehene Chemiker.

Chargaffs 1976 in einem offenen Brief an die Zeitschrift „Science" gestellte Frage, ob wir das Recht haben, „unwiderruflich der evolutionären Weisheit von Jahrmillionen zuwiderzuhandeln, um den Ehrgeiz und die Neugier einiger Forscher zu befriedigen", trug ihm den Vorwurf ein, er sei ein Anhänger des von der herrschenden Biologie abgelehnten „Vitalismus", also jener Lehre, die in allem Organischen eine „Lebenskraft" oder „prospektive Tendenz" als wirksam annimmt. Tatsächlich aber hat Chargaff die unter dem Schlagwort „recombinant DNA" *zusammen*gefaßten Versuche in Richtung auf eine Manipulation *menschlicher* Erbanlagen *nicht* mit metaphysischen oder religiösen Argumenten bekämpft, sondern mit einwandfrei rationalen Einwänden und ethischen Bedenken, die jedem Einsichtigen verständlich sein müssen.

Er ist eine Kassandra, ein schwarzer Humorist, ein nörgelnder Apokalyptiker, eine Mischung aus Kierkegaard, Karl Kraus und E. M. Cioran. Vor allem aber ist er ein grandioser und unverwechselbarer Schriftsteller, ein Stilist von Graden, ein später Nachfolger Lichtenbergs und Rivarols, ein Aphoristiker und Meister des polemischen Essayismus, wie es im deutschen Sprachraum zur Zeit keinen zweiten gibt. Goethe schätzt er mehr als Hegel; Jakob Böhme ist ihm näher als Karl Marx; Hamann zieht er Popper vor; das „Ägyptische Traumbüchl" liest er lieber als Freuds Traumdeutung – er ist, auch dies muß erwähnt werden, ein mit den entlegensten Winkeln der Geistesgeschichte vertrauter Leser und Virtuose des treffenden Zitats.

Wer ihn, den „Verfasser von Klagegesängen in Prosa", noch nicht kennt, der greife zu seinem jüngsten Buch „Kritik der Zukunft", das soeben im Verlag Klett-Cotta, Stuttgart, erschienen ist. Auf jeder Seite ist Chargaff provozierend, sarkastisch und angriffslustig. Hier einige Kostproben:

„Es wird bald nötig sein, nur diejenigen Forscher zu fördern, die sich schriftlich verpflichten, nichts zu entdecken."

„Der Zusammenschluß zu Vereinigungen hilft auch nicht viel; Organisationen erzeugen Sekretariate, und diese sammeln Mitgliedsgelder. Auch en masse geballte Fäuste sind nutzlos; besser ein jeder zu Hause, knirschend, allein. Nur Millionen und Millionen von *Einzelnen* können einen Umschwung erzielen und diese Welt, diese schöne Welt retten."

„Es wäre begrüßenswert, wenn alle, sagen wir, Zwanzigjährigen ihren vorläufigen Austritt aus der Menschheit erklärten. Dazu ist kein spezielles Formular notwendig. Der Entschluß, das blutige Affentheater nicht mehr mitzumachen, sollte nicht schwer sein."

„Die einzige Religion, die ihre Anhänger genügend entflammen kann, scheint der Islam zu sein, und auch das vielleicht nur in Iran. Nur die Naturforschung scheint in Inbrunst mit dem Islam vergleichbar, aber sie ist noch keine etablierte Glaubensgemeinschaft, obwohl die Gläubigen ihre Andacht mit dem Blick auf Stockholm verrichten."

Dies sind nur einige wenige Sentenzen aus Chargaffs zukunftskritischem „Schatzkästlein", das hintergründig genug mit dem Gruß „Gute Nacht!" schließt. Man sollte es unbedingt lesen, bevor das Licht ausgeknipst wird.

G.-KLAUS KALTENBRUNNER



In Berlin ausgestellt: „Ländliches Konzert" von Giorgione / Tizian, aus den Beständen des Pariser Louvre. FOTO: BINDER/THIELE

Berlin: Das Benefiz für Watteaus „Liebesinsel"

Bilder irdischen Glücks

Drei Bilder aus drei Jahrhunderten. Ebenbürtig im Rang, im weltweiten Ruhm neben Watteaus „Einschiffung nach Cythera", der sie jetzt kostbar das Spalier bilden. Sie sind einander verbunden, vom Inhalt, aber zum Teil auch in ihrer Geschichte und Idee.

Watteau hat aller Wahrscheinlichkeit nach das vermutlich von Tizian vollendete, heute im Louvre beheimatete, „Ländliche Konzert" von Giorgione gekannt. Ein Bild wunderbarer Ruhe, in dem sich Liebe, Musikalität, Weiblichkeit vor der Weite der Landschaft schimmernd, geheimnisvoll, sanft melancholisch verbinden. Ein Wunder ohnegleichen. Dagegen außerordentliche Bewegung und Lebenslust in Rubens' aus dem Prado entsandten „Liebesgarten". Ein hochpersönliches und doch ins Allgemeinere weisendes Bild voller Bezüge und Bedeutungen. Watteau wird dieses Bild, das von Liebe und Ehe handelt, und das Philipp IV. nach Rubens' Tod für sein Schlafzimmer erwarb, aus Stichen und Skizzen vertraut gewesen sein. Und dann Fragonards „Fest von Saint-Cloud" aus dem Besitz der Banque de France: eine von Theater erfüllte Szenerie, in der die Natur selbst zum herrlichen lichten Schauspiel wird. Saint-Cloud und Cythère – das waren für die Ausflügler aus Paris, für die Liebespaare unmißverständliche Synonyme.

„Bilder vom irdischen Glück" ist die Ausstellung benannt, die diese Bilder vereint. Aber der Titel macht es sich ein wenig zu einfach. Die „Liebesinsel", der „Liebesgarten", auch das „Ländliche Konzert" sind mehr als nur sinnenfreudige Genrestücke, mehr als kunstvolle Lobpreisungen der kleinen Liebelei oder des häuslichen Glücks, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Hinter dieser Oberfläche verbirgt sich ein kompliziertes allegorisches Programm, das weit über die Alltäglichkeit hinausweist.

Die Titel, die nicht vom Maler selbst stammen, führen leicht in die Irre. „Cythera" beispielsweise darf nicht als Illustration antiker Mythologie im Kostüm des Rokoko verstanden werden. Die „Liebesinsel" ist eine Metapher. Sie versinnbildlicht den „glücklichen Augenblick", der nicht der Augenblick ist, der kurze Erfüllung bringt, sondern der Erfüllung verspricht.

Giorgione, Rubens, Fragonard, Watteau (aus dem Städel ist zusätzlich das erst kürzlich erworbene, noch ungleich steifere „Cythera"-Bildchen gekommen, eine Studie für die späteren Großformate in Berlin und Paris) sowie Stiche und Porzellane, die das Thema umspielen, finden sich im Weißen Saal des Knobelsdorff-Flügels von Schloß Charlottenburg zu einer Ausstellung zusammen, klein, was die Zahl der Objekte angeht, aber groß in der Bedeutung dieser unschätzbaren Bilder, die sonst nie auf Reisen gehen. Die Schau ist das imponierende Ergebnis einer solidarischen Aktion europäischer Museumsleute und großzügiger Unterstützung durch diverse Firmen und ausländische Flugunternehmen sowie die französische Luftwaffe. Sie flankiert die große Spendenaktion, die zum Verbleib der „Liebesinsel" in Charlottenburg, in der Wohnung Friedrichs des Großen, führen soll. Diese „Bilder vom irdischen Glück" zu sehen, ist wohl ein bißchen mehr als nur irdisch.

PETER HANS GÖPFERT

„Musica '83" – Straßburg startet ein Festival

Leidenschaft des Spiels

Hartgesottene Besucher von Avantgardemusik-Festivals werden es einfach nicht glauben: 2000 Zuhörer, die auch nach zweieinhalb Stunden Konzertdauer noch keinerlei Ermüdungserscheinungen zeigten; ein Schlußjubel, der den Dirigenten nach etwa zehn Hervorrufen sogar zu einer Zugabe überredete – und das alles bei einem Programm, das ausschließlich dem Werk von Edgar Varèse gewidmet war.

Günstigere Bedingungen für die längst überfällige Wiederbelebung eines Avantgarde-Altmeisters als beim neuen Straßburger Festival „Musica '83", mit einem Etat von rund zwei Millionen Mark vernünftig ausgerüstet, sind allerdings auch kaum vorstellbar. Am Pult stand Pierre Boulez, nicht nur als Komponist, sondern spätestens seit seinem Bayreuther „Ring" auch als Dirigent in aller Munde; die Musiker seines „Ensemble Intercontemporain" und der „Percussions de Strassbourg" bewiesen erneut, daß sie in Sachen Neue Musik unbestreitbar zur Weltelite gehören; und schließlich legt Varèses ekstatisch bedrohliche, Schlagzeuggesättigte Musik dem Publikumsverständnis keine allzu großen Hindernisse in den Weg. Es ist ohnehin nicht zu verstehen, warum diese unmittelbar wirkende Musik selbst in Avantgarde-Kreisen so lange ein Schattendasein führte. Aber vielleicht ist die Zeit für Varèse und seine Musik, die Erscheinungsbilder unserer technischen Zivilisation so sensibel transformiert, erst jetzt gekommen.

„Musica '83" versteht sich nicht als Forum ausschließlich neuester Kompositionen (wie etwa die Donaueschinger Musiktage), sondern allgemeiner als „internationales Musikfestival der Gegenwart". Im Programmzentrum stehen folglich auch nicht so sehr die Uraufführungen; wichtiger war den Straßburgern eine Bestandsaufnahme, ein Überblick über Trends und Stile der letzten fünfzig Jahre. Selbst für spätromantische Komponisten wie Jean Sibelius oder Alexander Zemlinski war in dieser Festival-Konzeption Platz.

Nicht nur bei Boulez' Varèse-Abend, auch bei den zahlreichen kleineren Konzerten – auch sie waren übrigens erstaunlich gut besucht – bestach die außergewöhnliche Qualität der Interpreten. Da gab es zum Beispiel eine Reihe von Veranstaltungen unter dem Titel „Die Leidenschaft des Spielens": Zu hören waren Avantgarde-Experten wie Aurèle Nicolet (Flöte), das Klavier-Duo Marie-Françoise Bucquet/Claude Helffer oder der polnische Akkordeon-Virtuose Andrzej Krzanowski, der mit Hilfe von selbstkomponierten Stükken durchaus erfolgreich versuchte, sein Instrument vom Bierzelt-Geruch zu befreien. Sie alle spielten nicht nur, sondern erzählten auch im Plauderton von Werken und Interpretationsschwierigkeiten.

Ein weiterer Höhepunkt: Das Konzert des Arditti-Quartetts, das seit dem spieltechnischen Verfall des LaSalle-Quartetts unangefochten das Terrain der Neuen Musik beherrscht. Auch hier gab es keine Uraufführungen, dafür ein Wiederhören mit so wichtigen Werken wie Luciano Berios „Sincronie" und György Ligetis „Métamorphoses nocturnes". Der Vergleich mit zwei Quartett-Produktionen jüngeren Datums (von Philippe Manoury und Jean-Baptiste Devillers), die es weder an kompositorischer Substanz noch an Aussagekraft mit Berio und Ligeti aufnehmen können, machte es jedenfalls deutlich genug: Was der Neuen Musik fehlt, sind nicht so sehr die Uraufführungsmöglichkeiten – deren gibt es in Witten und Donaueschingen, in Darmstadt und Metz etliche. Zu kurz kommen die Zweit-, Dritt- oder Zehntaufführungen von Werken, die ihre Qualität schon unter Beweis gestellt haben.

„Musica '83, vom Kulturministerium in Paris und der Stadt Straßburg gemeinsam getragen, hat da, der Erfolg beweist es, eine echte Marktlücke entdeckt.

STEPHAN HOFFMANN

Kurt Kusenberg †

Träume und Wein auf Lebenszeit

Im Alter von neunundsiebzig Jahren ist der Schriftsteller Kurt Kusenberg in Hamburg verstorben. Daß er in Göteborg geboren war und Anspruch auf die Bezeichnung „deutsch-schwedisch" hatte, erfuhren die meisten erst aus der Todesnachricht. Auch daß er von 1935 bis 1943 die erfolgreiche Ullstein-Zeitschrift „Die Koralle" als stellvertretender Chefredakteur herausgab, war schon halb vergessen. Kusenberg war es, der den Zeichner E. O. Plauen mit seiner Serie „Vater und Sohn" entdeckte; später hat er dann sehr feine Essays zu den Bänden vieler heiterer Zeichner wie Peynet, Thurber, Effel, Jacobson u. a. geschrieben.

Das ureigene und ureigentliche Werk des gelernten Kunst- und Literaturkritikers Kusenberg aber bestand aus kurzen Geschichten, die man „magische Prosa" genannt hat und von denen die erste Folge, „La Botella", schon 1940 erschien und 1947 wieder aufgelegt wurde. Die späteren hießen „Der blaue Traum", „Herr Crispin reitet aus", „Die Sonnenblumen" und „Wein auf Lebenszeit". Es ging in ihnen meist um Träume, um Verwandlungen, und Kusenberg hat damit Literaturgeschichte gemacht. Nach wie vor groß ist die



Er glaubte an die heilende Kraft im holden Unsinn: Kurt Kusenberg FOTO: BRIGITTE FRIEDRICH

Lesergemeinde, die mit ihm in der Überzeugung lebt, daß vom holden Unsinn seiner Geschichten „eine heilende Kraft ausgeht".

Leider sind Kusenbergs Märchenstücke seit 1969 nicht mehr aufgelegt worden. Der Schriftsteller konzentrierte sich seit vielen Jahren ganz auf seine editorischen Aufgaben, die ihm im Rahmen des Rowohlt-Verlages zugefallen waren und die er meisterlich ausgeführt hat: die Herausgabe von „Rowohlts Monographien in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten", eine handliche Sammlung von Biographien, *die inzwischen auf* mehrere Hundert angewachsen ist und die kaum ein Gebildeter missen möchte.

jae.

Opernfilm in ungeahntem Glanz: Franco Zeffirellis Kino-Melodram nach Verdis „La Traviata"

Am Sterbebett wartet der Gerichtsvollzieher

Aller Skepsis zum Trotz! Das Genre des Opernfilms blüht. Und je umfangreicher das Repertoire der Kino-Oper wird, desto klarer treten die verschiedenen Stilrichtungen hervor. Franco Zeffirellis erster Opernfilm, Verdis „La Traviata" aufgreifend, ist ähnlich Loseys „Don Giovanni" in erster Linie Film – und Oper nur nebenbei. Und im Gegensatz zu Loseys Versuch ein hervorragender Film, der die Oper dennoch nicht zu kurz kommen läßt.

Die wirtschaftlichen Gründe für Opernfilme liegen auf der Hand: Vor allem im angelsächsischen Raum, Nordamerika und Australien, gewinnt die Oper immer mehr Freunde, ohne daß zugleich das Angebot an erreichbaren Aufführungen entsprechend nachziehen könnte. Das Kino bietet Ersatz. Die Vermarktung des Films via Fernsehen ist praktisch weltweit garantiert: Das bringt den Produktionsetat in Ordnung. Und langfristig spekulieren die Filmgesellschaften auch darauf, daß in der Alten Welt das Live-Angebot an Oper schrumpft, weil es im heutigen Ausmaß nicht mehr zu finanzieren ist. Wohl dem, der dann auf der Leinwand Opern anbieten kann.

Auch der schlimmste Pferdefuß der Kino-Oper ist inzwischen kuriert: die Tonqualität. Wegen der Science-Fiction-Renner vom Schlage „Unheimliche Begegnung der dritten Art" oder „E. T." mit ihren Sound-Effekten in Acht-Kanal-Stereo gibt es inzwischen genügend Lichtspielhäuser, die Opernfilm in einer Klangqualität präsentieren können, wie sie selbst auf der qualifiziertesten heimischen HiFi-Anlage kaum herzustellen ist. Wenn nur der Kino-Operateur den Unterschied *zwischen Disco*-Film und Opern-Film beherzigte! Aber er verfährt auch bei Verdi zumeist nach der Devise: je lauter, de*sto schöner, was dann ganz unnütze* Ohrenpein verursacht.

Es gibt wohl auch noch einen bisher kaum vermerkten Grund dafür, daß sich gestandene Filmregisseure wie Losey, Syberberg oder Zeffirelli in das Metier der Oper stürzen. Die Geschichten der erfolgreichen Opern sind einfach viel besser als die, die sich die heutigen Drehbuchschreiber meist ausdenken, was insofern nicht verwunderlich ist, als die Zeit hier schon eine strenge Qualitätsauslese betrieben hat. Und ein zweiter Grund: Unter den Opernsängern von heute findet man noch jene Vollblutschauspieler, die auf den Sprechbühnen oder in den Filmateliers kaum noch nachwachsen.

Die Sängerin Teresa Stratas jeden*falls*, Zeffirellis „Traviata" nun, braucht den Vergleich mit den sprechenden Kameliendamen des Films in keinem Punkt zu scheuen. Sie ist schön. Sie ist *viel* zerbrechlicher, vom Tode unbarmherziger gezeichnet, als man es der Garbo jemals anschminken konnte. Sie bringt die Mädchenhaftigkeit für die Marie Duplessis alias Marguerite Gautier alias Violetta Valéry mit. Sie spielt mit einer Eindringlichkeit, die naßgeweinte Taschentücher im Parkett garantiert. Fürwahr: Zeffirelli hat aus der Oper hemmungslos das große Leinwand-Melodram gemacht.

Placido Domingo leiht dem Alfred Germont alias Armand Duval sein markantes Gesicht, seine elegante Erscheinung, die er ganz flexibel einzusetzen vermag. Violettas Tragödie ist auch die seine: Hier zerbricht das Leben eines Mannes, was weit mehr im Sinne von Dumas und Verdi ist als *bloß eine enttäuschte* erste Liebe. Und lange müßte man unter Schau*spielern nach einem Gesicht* von so gefährlicher Biederkeit suchen, wie es der Bariton *Cornell MacNeil* für den Germont Père mitbringt. Ledig*lich die kleinen Rollen sind im Film* gedoublet, was weiter kein Problem ist, da Zeffirelli nur im seltensten Fall das singende Gesicht zeigt.

Wo die Arie zum Selbstgespräch wird, läßt Zeffirelli nicht einmal den Mund bewegen. Der Text bzw. Gesang kommt dann, wie im Film üblich, aus dem Off. Deutlich strebt man also nach jener realistischen Wahrhaftigkeit, die in der Oper eigentlich aufgehoben ist.

Dies fällt um so leichter, als Zeffirelli die Oper über eine lange Strecke als Rückblende erzählt. Während des Orchestervorspiels geistert die todkranke Violetta durch die kalten Räume ihrer Wohnung, deren Salons schon von den Gerichtsvollziehern leergeräumt werden. Der historischen Duplessis sollen die Gläubiger ja sogar die Vorhänge vom Sterbebett gerissen haben. In dieser Situation erinnert sie sich des Glanzes und des Treibens, das in diesen Räumen einst herrschte. Erst im vierten Akt, dem Sterbeakt, wird sie wieder von der Gegenwart eingeholt.



Die Garbo in den Schatten gestellt: Teresa Stratasals Kameliendame in Zeffirellis Film FOTO: TOBIS

Musik braucht Zeit. Filmzeit nicht mit Handlung, sondern mit schwelgender Kamera zu füllen, diese neuere Filmästhetik wird vom Opernfilm also geradezu gefordert. Zeffirelli, seine Ausstatter Gianni Quaranta und Piero Tosi (Kostüme) sowie sein Kameramann Ennio Guarnieri bleiben dem nichts schuldig. Sie häufen in den Palais der Lebedamen Violetta und Flora schier königliche Pracht. Die Dekors sind so erlesen, daß die Sachen zum Vorzeigen nie ausgehen.

Und im zweiten Akt, draußen auf dem Lande, zeigt Zeffirelli eine so vollendete Idylle, daß sie, obwohl pure Natur, schon wieder wie malerisch überhöht aussieht. Malerei mit der Kamera: Das ist es, was diesen Opernfilm soweit hinausbringt über jene Art fotografierter Oper, wie sie etwa Ponnelle beherrscht.

Daß *dieser Film mehr auf den* Kinogänger als den Opernmenschen zielt, wird *auch* aus der *Behandlung* des Textes deutlich. Natürlich wird *im italienischen Original gesungen*, der Film mit deutschen Untertiteln *ausgerüstet. Das* aber nur ganz sparsam, in jener lapidar knappen Art, wie sie für Filmdialoge, beileibe aber nicht für geschwätzige Opernlibretti typisch ist. Mit dem gesungenen Wortschwall also wird der Zuschauer gar nicht mehr behelligt.

Die Musikaufnahme, unter der Leitung von Met-Chef James Levine, als Platte längst im Handel (vergl. WELT v. 23. 4.), kann für sich nicht bestehen. Sie braucht es nicht. Sie ist nur Beitrag zum Film, einer Kino-Oper großen, faszinierenden Stils.

REINHARD BEUTH

JOURNAL

Keine Rückkehr der Parthenon-Bildwerke

AFP, Straßburg

Für ein Verbleiben der von Griechenland beanspruchten Parthenon-Bildwerke im „British Museum" hat sich in Straßburg die Beratende Versammlung des Europarats ausgesprochen. Die Repräsentanten der „21" forderten in einer Resolution über die „Wiedererlangung von Kunstwerken" die Regierungen auf, den Begriff eines „allen Europäern gehörenden europäischen Kulturguts" anzuerkennen. Eine Unterscheidung trafen sie zu Anträgen auf Rückerstattung von Kulturgütern aus außereuropäischen Ländern, da einige von ihnen keine nationalen Sammlungen besäßen.

Mannheimer Filmwoche wurde eröffnet

dpa, Mannheim

Mit einer Aufführung des deutschen Dokumentarfilms „Auto ... Vision – Es hat erst angefangen" (Regie: Hannes Karnick und Wolfgang Richter) wurde die 32. Filmwoche in Mannheim eröffnet, die bis kommenden Samstag dauert. Die Filmwoche bringt in diesem Jahr eine Gesamtübersicht von Werken des 1975 ermordeten italienischen Filmregisseurs Pier Paolo Pasolini. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat für Mannheim einen mit 10 000 Mark dotierten Preis gestiftet, der an den besten Beitrag aus Ländern der Dritten Welt verliehen wird. Mit dem Preis soll künftig auch auf diesem Wege das Filmschaffen der Entwicklungsländer Afrikas, Asiens und Lateinamerikas ermutigt werden.

Die Rheinlandschaft im vorigen Jahrhundert

DW. Koblenz

„Der romantische Mittelrhein" heißt eine Ausstellung im Mittelrhein-Museum Koblenz. Mit Ölbildern und Aquarellen vermittelt sie einen Eindruck der Rheinlandschaft, wie sie von Malern im vorigen Jahrhundert festgehalten wurde. Der Katalog mit zahlreichen Abbildungen und längeren Exkursen über die „Entdeckung des Rheins" durch deutsche und vor allem britische Maler kostet 5 Mark. Die Ausstellung ist bis zum 30. Oktober zu sehen.

Stuttgarter Staatsorchester geht auf Tournee

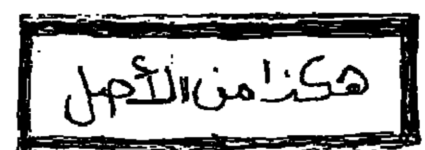
DW. Stuttgart

Ab 18. Oktober unternimmt das Württembergische *Staatsorchester* unter Dennis Russell Davies mit *dem Pianisten Alfred Brendel eine* zweiwöchige Tournee. Stationen sind Frankfurt, Hannover, Leverkusen, Recklinghausen, Brüssel, Köln und Ludwigshafen. Auf dem Programm: Vorspiel zu Wagners „Tristan und Isolde", Schönbergs Klavierkonzert, Liszts „Totentanz" und die Suite aus Bartoks „Wunderbarem Mandarin". In Göttingen, Hameln, Oberhausen und Hilden gastiert das Orchester mit Werken von Wagner, Henze, Pärt, Beethoven und Mozart.

Lutherschriften als Taschenbuch

DW. München

Luther gebündelt bietet der Deutsche Taschenbuch Verlag zum bevorstehenden 500. Geburtstag des Reformators an. Für nur 20 Mark erschien die vierbändige Kassette „Die reformatorischen Grundschriften" in der neu übertragenen und kommentierten Ausgabe von Horst Beinker. Außerdem wurde von Andrea van Dülmen eine „Luther-Chronik" mit Daten zu Leben und Werk (12,80 Mark) zusammengestellt. Als Ergänzung dazu ist das „Kleine Lexikon der Reformation – Themen, Personen, Begriffe" (8,80 Mark) zu verstehen.



Wenn's „brennt“, schickt die Post den Kurier jetzt auch ins Haus

Versuch in sieben Großstädten soll bei Erfolg aufs ganze Land ausgedehnt werden

GISELA REINERS, Bonn

Der Schreck kam in der Abendstunde. Am Flugschalter für Hongkong stellte Wolfram B. fest, daß er seinen Paß vergessen hatte. Er rief seine Haushälterin am anderen Ende der Stadt an und erklärte ihr, wo das dringend benötigte Dokument lag. Sie wiederum wählte eine Telefonnummer, die spätestens in zwei Jahren in jeder Stadt gleich sein wird – den Postkurierdienst. Per Euro-Piep funkte die Leitstelle einen Kurierfahrer in der Nähe an, der holte den Paß ab, berechnete für die Zustellung 15 Mark plus Entfernungszuschlag nach einer Zonentabelle und lieferte den Paß noch rechtzeitig ab.

Wolfram B. hatte Glück. Er wohnt in einer von sieben Großstädten, in denen die Deutsche Bundespost in einem Betriebsversuch den Postkurierdienst erprobt. Seit dem 3. Oktober wird dieser neue Service in Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Mannheim, Ludwigshafen, München und Nürnberg angeboten. Mit der Auswahl der beiden dicht beieinanderliegenden Städte Mannheim und Ludwigshafen soll gleich ausprobiert werden, ob der neue Dienst auch „ortsübergreifend“ klappt. Wenn er gut einschlägt, soll er innerhalb der nächsten zwei Jahre auf alle Städte der Bundesrepublik Deutschland ausgedehnt werden – überall zu gleichen Preisen und immer unter derselben Rufnummer.

Diesen schnellen Ausbau der Eilzustellung macht eine bereits vorhandene organisatorische und personelle Infrastruktur möglich. Da seit einigen Jahren der Telegrammdienst immer weniger in Anspruch genommen wird, wurde auch seine Erledigung immer teurer und unrentabler. Jetzt kann das Personal gehalten und später, wenn der Erfolg gesichert ist, sogar noch aufgestockt werden.

Transportiert wird in postgelben Golf Diesel alles, was nicht schwerer als 20 Kilo ist, verpackt oder unverpackt und sogar auf Kredit, vom Brief bis zum Kasten Bier, wenn's gerade irgendwo „brennt“. Ausgeschlossen sind nur gefährliche Güter, Bargeld und ungeeignete Gegenstände, die vielleicht zu groß oder zu sperrig sind.

Für die Beförderung gibt es zwei Geschwindigkeitsstufen. Wolfram B.s Paß wurde vom Direktkurier besorgt. Er ist von Montag bis Freitag zwischen 8 und 19 Uhr telefonisch, schriftlich oder persönlich (bei einem Postamt mit Eilzustellungs-Dienststelle) zu erreichen. Er kommt ins Haus und liefert schnellstens an den Empfänger. Der Eilkurier kommt ebenfalls ins Haus, stellt die Sendung aber erst mit der nächsten normalen Eilzustellung zu. Dafür nimmt er Aufträge aber rund um die Uhr und auch an Sonn- und Feiertagen entgegen.

Der etwas langsamere Eilkurier kostet 14 Mark, unabhängig von der Entfernung. Wer den Service wie bezahlt, kann man sich aussuchen: Auftraggeber, Absender oder Empfänger können ihn bar, per Scheck, Freistempelabdruck oder durch Abbuchung vom Konto begleichen.

Die Post glaubt, daß sie mit ihren Gebühren richtig liegt. Es gebe möglicherweise in einigen Städten private Kurierdienste, die billiger seien wegen der herrschenden Konkurrenzsituation. Dumpingpreise will man auf jeden Fall vermeiden, Kostendeckung wird angestrebt. Man geht davon aus, daß oft Geld keine Rolle spielt, wenn eine dringende Lieferung schnell, pünktlich und sicher in die richtigen Hände gelangt.

Wenn nun aber der Geschäftsmann Wolfram B. aus Hamburg erst in Frankfurt bemerkt, daß er seinen Paß vergessen hat? Dann hilft ihm der schon bewährte Eilzustellungsdienst „Datapost Inland“. Und „Datapost Ausland“ würde ihm das wichtige Papier auch zum Beispiel nach Wien oder Paris nachliefern.

Alarmierende Zahlen von der Drogenfront

Zahl der Rauschgifttoten stieg im ersten Halbjahr um 30 Prozent / Kokainwelle schwillt an

dpa, Düsseldorf

In der Bundesrepublik Deutschland nahm die Zahl der Drogentoten in diesem Jahr dramatisch zu. Allein in den ersten sechs Monaten starben 185 junge Leute an einer Rauschgift-Überdosis, hauptsächlich Heroin. Das sind fast 30 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Harter „Stoff“ ist nach Erkenntnissen der Drogen-Experten mittlerweile überall in Deutschland zu bekommen, selbst auf dem „flachen Land“.

Der Hauptstrom der Drogen kommt immer noch aus den Niederlanden, die, so ein Fahnder, „vollgepumpt“ sind mit Haschisch aus Nordafrika und Heroin aus der Türkei, Pakistan und Ceylon.

Dieses Überangebot führte zu drastisch gesenkten Preisen. Kostete noch vor ein paar Jahren ein Gramm Heroin bis zu 800 Mark, so ist dieselbe Menge heute für 100 bis 200 Mark zu haben.

Viele Indizien aus der „Szene“ deuten nach Ansicht der Fahnder zudem darauf hin, daß in den kommenden Jahren zusätzlich zur Hasch- und Heroinwelle auch noch eine Kokainwoge Deutschland überrollt. Die Zahl der Kokain-Abhängigen wächst ständig. Wurden in der ersten Hälfte '82 noch weniger als acht Kilo sichergestellt, so stieg die Menge in diesem Jahr bereits auf 52 Kilo.

In Amerika „koksen“ bereits Millionen Menschen; jede Drogenentwicklung in den USA wurde aber bisher rund fünf Jahre später auch in Deutschland nachvollzogen.





Start auf dem sowjetischen Weltraumbahnhof in Baikonur: Im Notfall wird der obere, helle Teil der Rakete abgesprengt. FOTO: DIE WELT

Männer im All warten auf den zweiten Versuch

Nach der Raketen-Explosion geraten Sowjets in Zeitdruck

ADALBERT BÄRWOLF, Hamburg

Eine rosa Wolke schoß unter der Rakete heraus. Doch 1,2 Sekunden später war der entfesselte Feuersturm erstickt. Die Titan stand wie angewurzelt auf der Stelle. Das Geschoß, betankt mit 116 000 Litern Treibstoff, rührte sich nicht. Den Ingenieuren stand der Schweiß auf der Stirn. Noch nie hatte unter einem bemannten Raumschiff eine Rakete gezündet und sich sofort wieder abgeschaltet. Die Astronauten Schirra und Stafford schwebten in Todesgefahr. Sie hielten die gelben Bügel zwischen ihren Beinen umklammert. Ein Griff – und sie hätten sich mit ihren Schleudersitzen aus der Gefahrenzone befreien können.

Das war vor 18 Jahren an der Startrampe in Florida. Millionen Menschen hatten zum ersten Mal gespürt, daß auch bei dem so perfektioniert anmutenden Abenteuer Raumfahrt Katastrophen möglich sind. Doch es war gutgegangen. Ein fünf Zentimeter langer Kontaktschalter war versehentlich herausgefallen, und die Rakete hatte sich automatisch abgeschaltet.

Doch auch bemannte Raketen explodieren. Wie gemeldet, soll sich in der vergangenen Woche eine dreiköpfige Kosmonautenmannschaft im Notabschuß von einer explodierenden Rakete im sowjetischen Raumflugbahnhof Baikonur gerettet haben. Stimmen die Informationen der „Washington Post“, dann haben sich die Kosmonauten mit der Notabschußrakete gerettet, die beim Start auf der Spitze des Sojus-Raumschiffes aufmontiert ist.

Dieses Notabschußgerät reißt das Raumschiff auf Sensorenbefehl automatisch von der versagenden Trägerrakete weg und bringt es in eine Höhe, in der sich Fallschirme entfalten können, an denen das 6,8 Tonnen schwere Raumschiff zur Erde gleitet. Zuvor muß aber der Rettungsturm abgesprengt werden. Beim Start ist das Sojus-Raumschiff mit einem konischen Hitzeschutz umgeben, der wie ein Handschuh über die Raumkapsel gestülpt ist. Dieser Hitzeschutz verhindert, daß die heißen Raketengase der Rettungsrakete den Mantel des Raumschiffes beschädigen.

Bestätigt sich der Fehlstart der Russenrakete, dann bedeutet das entgegen anderslautenden Berichten keineswegs Schwierigkeiten oder gar Raumnot für die beiden Kosmonauten, die seit Juni in der Orbitalstation Saljut-7 um die Erde kreisen und denen ganz offensichtlich ein frisches Raumschiff für die Fortsetzung ihres Langzeitfluges in die Kreisbahn gebracht werden sollte. Die beiden Raumfahrer, die seit bald 100 Tagen die Erde umkreisen, können jederzeit sicher zurückkehren, solange sie die 100-Tage-Marke nicht wesentlich überschreiten, die sich die russische Raumflugführung nach den bisherigen Erfahrungen als Grenze für den Aufenthalt des Rückkehrfahrzeugs im Vakuum gesetzt hat.

Die Kosmonauten haben auch kein Batterieproblem, da ihre für die Rückkehr benötigten Batterien während des angekoppelten Aufenthalts an der Station von Sonnenenergie aufgeladen werden. Allerdings wird Moskaus Raumflugführung zur Rückkehr der Astronauten von der Station blasen müssen, wenn es nicht gelingt, in den nächsten zwei bis drei Wochen ein frisches Raumschiff zur Station zu bringen. Die Zubringermannschaft, die an dem zweiten Koppelstutzen der Station anlegt, steigt dann, wie seit 1978 vielfach exerziert, in das „alte“ Raumschiff am Bug der Station um und kehrt zurück. Die Langzeitmannschaft kann dann für weitere 100 Tage „oben“ bleiben und den Rekord der Russen von 211 Tagen angehen. Dazu ist es notwendig, daß das „frische“ Raumschiff vom Heck zum Bug der Station geflogen wird, damit das Heck für die unbemannten Versorgungsschiffe vom Typ Progress frei wird. Diese automatischen Einheiten können nur am Heck ankoppeln.

Neues Beben erschütterte Pozzuoli

AP, Pozzuoli

Mindestens 20 Menschen wurden gestern bei einem Erdbeben in der süditalienischen Hafenstadt Pozzuoli verletzt. Eine 68jährige Frau erlag einem Herzanfall. Nach Angaben des nationalen italienischen geophysikalischen Instituts erreichte das Beben 4,1 Grad auf der Richterskala. Das Epizentrum lag in der Nähe von Pozzuoli. Die Hafenstadt wird seit über zehn Monaten von Erdbeben erschüttert, die von einem unterirdischen Vulkan ausgehen. An manchen Tagen wurden bis zu 100 Erdstöße registriert. Es war zunächst unklar, ob auch das gestrige Erdbeben auf diesen Vulkan zurückzuführen ist. Nach offiziellen Angaben sind inzwischen mehr als 15 000 Menschen – fast ein Fünftel der Bevölkerung Pozzuolis –, seit dem Beginn der Erdstöße im November vergangenen Jahres aus der Stadt geflüchtet. Sie fanden bei Verwandten Unterschlupf oder zogen in von der Regierung am Stadtrand aufgestellte Zelte oder Wohnwagen. Das letzte Erdbeben löste eine Panik aus. Riccardo Bacese, der Präfekt von Neapel, erklärte gestern, langfristig könne nur die geschlossene Umsiedlung der Bürger von Pozzuoli dem Schaden ein Ende bereiten.

Treppe unter dem Hammer

dpa, Paris

Eine Originaltreppe des Eiffelturms in Paris soll am 1. Dezember öffentlich an Ort und Stelle versteigert werden. Die 160 Meter lange Wendeltreppe zwischen dem zweiten und dem dritten Stock, die inzwischen durch eine neue ersetzt wurde, war noch vom Erbauer des Turms, Gustave Eiffel, am Tag der Einweihung 1889 benutzt worden.

Tod durch Brandstiftung

dpa, Hamburg

Zwei Kleinkinder sind Montag abend in Hamburg Opfer einer Brandstiftung geworden. Das Feuer war in der Dachgeschoßwohnung eines dreistöckigen Hauses vom Freund der Mutter gelegt worden. Der 28jährige hat die Brandstiftung gestanden.

Leben auf Pulverfaß

dpa, Kassel

Rund 40 Jahre lang saßen die Bewohner eines Sechsfamilienhauses in Kassel auf einem Pulverfaß. Beim Entrümpeln des Kellers fand eine Mieterin jetzt drei jeweils einen Meter lange Bomben, die dort von einem Sammler gelagert worden waren.

US-Hubschrauber abgestürzt

AP, Benediktbeuren

Bei einer Bergübung ist gestern in den bayerischen Alpen ein Hubschrauber der US-Armee vom Typ UH-1-H mit zehn Menschen an Bord abgestürzt. Dabei wurden acht Soldaten verletzt, vier davon schwer. Die Maschine hatte einen Baum gestreift.

Jugendlicher „Pozwicker“

dpa, Meschede

Ein 13jähriger Portugiese wurde jetzt in Meschede (Hochsauerlandkreis) als „Busengrabscher“ und „Pozwicker“ entlarvt. Mindestens 30 Frauen waren in der letzten Zeit belästigt worden. Eine von ihnen erkannte den Jungen jetzt wieder.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Stiftung Ambassador College, Bonn, bei.

LEUTE HEUTE

Ungebrochen

Tom McNally, der britische Alleinsegler, gibt nicht auf. Nachdem ihn ein sowjetischer Fischdampfer mit Proviant versorgt hat, setzte der 40jährige seine Tour über den Atlantik im kleinsten bisher benutzten Boot fort. McNally war 14 Tage ohne Nahrung gewesen.

Pech für „Glückspilz“

Der „Glückspilz des Jahres 1982“, die 17jährige **Anja Heuer**, ist zu einer Woche Dauerarrest verurteilt worden. Ein Lüneburger Jugendgericht wertete die Vermarktung der Geschichte des Mädchens, das von zwei Zügen überrollt worden sein will, als Betrugsversuch.

WETTER: Im Norden kühler

Wetterlage: Die Ausläufer eines Nordmeertiefs überqueren am Mittwoch das nördliche Deutschland. Nur im Südosten bleibt die warme Mittelmeerluft noch wetterbestimmend.

Vorhersage für Mittwoch:

Norddeutschland bis zu den Mittelgebirgen: Vormittags Durchzug eines Regengebietes, später Übergang zu wechselnder Bewölkung mit einzelnen Schauern. Tageshöchsttemperaturen bei 17 Grad.

Mittleres Deutschland: Anfangs noch lockere, im Vormittagsverlauf verdichtende Bewölkung und nachfolgend zeitweise leichter Regen. Tageshöchsttemperaturen 18 bis 22 Grad.

Südlich der Donau: Nach Auflösung örtlicher Nebelfelder wieder sonnig oder heiter. Temperaturanstieg auf 21 bis 25 Grad.

Weitere Aussichten:

Auch im Norden wieder zunehmender Hochdruckeinfluß. Temperaturen zunächst wenig geändert.

Deutscher Wetterdienst 4. Oktober 1983, nachm.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	21°	Kairo	26°
Bonn	24°	Kopenh.	16°
Dresden	23°	Las Palmas	24°
Essen	23°	London	21°
Frankfurt	21°	Madrid	20°
Hamburg	20°	Mailand	22°
List/Sylt	15°	Mallorca	27°
München	23°	Moskau	7°
Stuttgart	23°	Nizza	22°
Algier	31°	Oslo	10°
Amsterdam	23°	Paris	23°
Athen	22°	Prag	22°
Barcelona	25°	Rom	20°
Brüssel	24°	Stockholm	14°
Budapest	22°	Tel Aviv	26°
Bukarest	20°	Tunis	25°
Helsinki	10°	Wien	23°
Istanbul	17°	Zürich	21°

Sonnenaufgang* **am Donnerstag:** 6.29 Uhr, Untergang: 17.50 Uhr, **Mondaufgang:** 6.01 Uhr, Untergang 18.17 Uhr.

* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Die Mafia droht den Entführern Emanuelas

Italienische Polizei nimmt Briefe aus den USA ernst

KLAUS RÜHLE, Rom

Das Rätsel um die seit rund vier Monaten in Rom verschwundene 15jährige Emanuela Orlandi ist immer noch ungeklärt, obwohl Polizei, Carabinieri und Geheimdienste sich seit vielen Wochen angestrengt bemühen, Licht in das Dunkel zu bringen. Bewegung in den Fall könnte jedoch jetzt die unerwartete Unterstützung für die Behörden von anderer Seite bringen: von der Mafia. In drei Briefen aus Phoenix (US-Bundesstaat Arizona), die von den römischen Untersuchungsbehörden sehr ernst genommen werden, wird das Eingreifen der Verbrecherorganisation angekündigt. Vor allem die letzte der drei Botschaften mit Datum vom 19. September könne als sicheres Indiz dafür angesehen werden, daß die Mafia Emanuela, die Tochter eines Vatikan-Angestellten, befreien oder wenigstens ihre sterblichen Überreste den Eltern übergeben will.

In dem Brief heißt es: „In Verfolgung unseres persönlichen Interesses, das ausschließlich von der Achtung gegenüber dem Leben eines jungen Mädchens diktiert ist, haben wir heute beschlossen, dank der uns zur Verfügung stehenden Mittel mit der türkischen Farce aufzuräumen, die schon zu lange andauert und Italiens Ansehen im Ausland beschmutzt.“ In dem Brief, der mit den politischen Verschleierungsmanövern zugunsten des Papst-Attentäters aufräumt, wird den wahren Entführern Emanuelas ein Ultimatum gestellt. Wenn sie das Mädchen nicht lebendig oder tot den Angehörigen übergeben und damit dem jüngsten Appell von Emanuelas Vater nachkommen, wird ihnen die bei der Mafia übliche „Bestrafung für Ungehorsam“ angekündigt. Das heißt die Liquidierung durch geübte Mafia-Killer. Der Brief, an das staatliche italienische Fernsehen RAI gerichtet und für die Familie Orlandi sowie für die Behörden bestimmt, trägt die Unterschrift „Order NY“ und „AdC“. Allem Anschein nach handelt es sich um eine New Yorker Weisung des italo-amerikanischen Paten Aniello della Croce.

Es ist bekannt, daß Phoenix, Hauptstadt des Staates Arizona, Treffpunkt der berühmtesten Mafia-Clans in den USA ist wie der Gambino, Di Maggio, Lucchese, Genovese. Für die Echtheit der Botschaft spricht der Umstand, daß die Geheimnummer zitiert wird, mit der sich die vermeintlichen Entführer seinerzeit an Kardinalstaatssekretär Casaroli gewandt hatten. Offenbar kennt der Mafia-Boß die echten und die falschen Entführer. Als weiteres Indiz für die Authentizität der Botschaft werden die Verwendung von Floskeln, die für die Mafia typisch sind, sowie der Hinweis auf die Liquidierung von Carmine Galante, einem ungehorsamen Konkurrenten und Störenfried in Brooklyn, sozusagen als lehrreiches Beispiel gewertet.

Wenn die italo-amerikanische Mafia sich jetzt in die Orlandi-Affäre einmischt, mit dem Ziel, das zu erreichen, was die italienischen Staatsorgane bisher nicht geschafft haben, dann sicher nicht aus reiner Menschenfreundlichkeit, sondern einfach deshalb, weil die intensiven Recherchen von Polizei und Carabinieri ihre Geschäfte stören.

Ein Alptraum wird zum Dreizehn-Teiler

Viel Lob für amerikanische TV-Dokumentation über Vietnamkrieg

A. v. KRUSENSTIRN, New York

Der amerikanische Fernseh-Kritiker Michael Arlen nannte den Vietnam-Konflikt den „ersten Krieg im Wohnzimmer“, weil die Amerikaner jeden Abend vor dem Fernseher „dabei“ waren. Diese Woche kehrt der Krieg in die amerikanischen Wohnzimmer zurück.

Das Public Broadcasting System (PBS), die einzige nicht-kommerzielle Fernsehgesellschaft der USA, beginnt mit der Ausstrahlung einer dreizehnteiligen Serie über den Vietnamkrieg, deren Produktion sechs Jahre dauerte und 4,5 Millionen Dollar (rund zwölf Millionen Mark) kostete.

Fernseh-Kritiker, die die Serie vor der offiziellen Premiere sahen, äußerten sich durchweg beeindruckt und wohlwollend. „Packend, einsichtsvoll, sorgfältig gemacht“, urteilte Tom Shales von der „Washington Post“. Fox Butterfield von der „New York Times“ nennt die Serie eine „außerordentliche Dokumentation“. Und Philip Caputo sprach im „TV Guide“ von einem „Meilenstein des amerikanischen Fernseh-Journalismus“.

Der unabhängige Produzent Richard Ellison, der für die Serie verantwortlich zeichnet, beschaffte sich Material aus Archiven in den USA, Vietnam, Großbritannien, Frankreich, Japan und der Bundesrepublik Deutschland. Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger, Ex-Verteidigungsminister Clifford Clark, der ehemalige nordvietnamesische Oberbefehlshaber General Vo Nguyen Giap und viele andere, die als Politiker oder Militärs in den Konflikt verwickelt waren, ließen sich für die Serie interviewen.

Die einzigen amerikanischen Politiker, die Interviews ablehnten, waren Ex-Präsident Richard Nixon und der ehemalige Verteidigungsminister Robert McNamara.

Ob die Serie in den USA eine politische Kontroverse auslöst, bleibt noch abzuwarten. Stanley Karnow, ehemaliger Vietnam-Korrespondent der „Washington Post“ und für das Drehbuch verantwortlich, verzeichnete bisher erst zwei Querschüsse. Alexander Cockburn, hart links am Wind segelnder Kolumnist der New Yorker „Village Voice“, nannte Karnow einen „echten kalten Krieger“, und die konservative Zeitschrift „Human Events“ hielt Karnow, wie er es formulierte, „einiges linkes Zeug vor, das ich schrieb, als ich zwanzig Jahre alt war“.

Teure Produktionen für das Public Broadcasting System werden normalerweise durch Spenden von Großunternehmen finanziert. Das war in diesem Fall nicht möglich, weil zahlreiche Firmen, die PBS sonst großzügig unterstützen, wie Exxon und Mobil, für diese Produktion kein Geld lokker machen wollten.

Als einziges Wirtschaftsunternehmen stellte eine Versicherungsgesellschaft 350 000 Dollar zur Verfügung. Der Rest des Geldes kam durch einen Zuschuß des mit Steuergeldern finanzierten „Endowment for the Humanities“, Zuwendungen von Stiftungen und die Beteiligung der britischen Gesellschaft CIT und des französischen Senders „Antenne 2“.

ZU GUTER LETZT

„Das Wunder an der Marne“. Meldung der französischen Nachrichtenagentur AFP über die hervorragende Champagnerernte

NEUSEELAND

Die Politiker Wellingtons glauben, in der Bundesrepublik Deutschland den idealen, den „komplementären Partner" entdeckt zu haben. Man hat erkannt, daß Bonn vermutlich noch wichtiger als „Mutter Großbritannien" ist, um den Markt Europa für die Agrarexporte zu erhalten. Und man glaubt, einer auf Export und Expansion ausgerichteten deutschen Wirtschaft einen optimalen Standort für die Erschließung des ostasiatischen Marktes anbieten zu können. Neuseeland ist geographisch näher dran und kennt sich in der Mentalität etwa der ASEAN-Staaten besser aus. Schließlich ist Neuseeland und das durch ein Freihandelsabkommen verbundene Australien als Markt von 17 Millionen Menschen auch nicht zu verachten. Die Deutschen sollten die Chance nutzen, sagt Wellington.

Plötzlich will man nicht mehr lieber eine Insel im Kanal sein

Von H.-H. HOLZAMER

Neuseeland entdeckt Deutschland. Das ist kein Zufall, sondern Ergebnis eines politischen und historischen Prozesses. „Unsere Beziehungen zur Bundesrepublik", präzisiert Neuseelands Botschafter in Bonn, Jack Shepherd, „beruhen auf drei Säulen. Zunächst der Kultur, also darauf, daß die zweitgrößte Einwanderungsgruppe nach den Briten aus Deutschland kam, zweitens auf der Erkenntnis, welche zentrale Position die Bundesrepublik innerhalb der Europäischen Gemeinschaft einnimmt, und dann dem Export, das heißt auch auf dem wachsenden Interesse, das die Deutschen für die pazifische Region bekunden."

All dies ist so selbstverständlich nicht. Der deutsche Faktor in der neuseeländischen Bevölkerung ist eher gering. Folge der Tatsache, daß der Strom der Einwanderer heute zu einem Rinnsal zusammengetrocknet ist. 200 Bundesbürger versuchen heute in dem Land, das mit nur 40 km Abweichung genau auf der anderen Seite der Erdkugel liegt, einen neuen Start. Gerne gingen pro Jahr 15 000, aber Wellington trifft eine sorgfältige Auswahl. Folge aber auch der Geschichte, die in zwei Kriegen dieses Land auf der Seite der Gegner Deutschlands sah.

So hat das Interesse, das heute auf Neuseeland der Bundesrepublik und auch der deutschen Sprache entgegenschlägt, einen durchaus gegenwartsbezogenen Grund, der eng mit den beiden anderen Momenten, EG und Export die derzeit das Verhältnis zwischen Bonn und Wellington prägen, zu tun hat.

Zunächst die Beziehungen Neuseelands zur EG, von eminenter Bedeutung für ein Land, dessen Außenpolitik zunächst und vor allem Handelspolitik ist, wie es Premier R. D. Muldoon schon bei seinem Amtsantritt 1975 betonte. Und Handelspolitik heißt für Neuseeland Schutz der Exportmärkte für den Absatz landwirtschaftlicher Produkte, vor allem von Lamm und Wolle.

Am 16. Mai dieses Jahres hielt Muldoon eine Rede vor der Londoner Handelskammer, und er wußte genau, was diese nicht hören wollten. „Es gibt keinen Zweifel, daß einige auf dem Weg zu dieser Veranstaltung heute abend gesagt haben, ‚wir werden heute hören, wie uns die Neuseeländer eine Szene machen wegen der Butter und wegen Lamm und wieder wegen Lamm.' Lassen Sie mich Ihnen sagen, daß ich auch keinen Gefallen mehr daran finde, diese Platte zu spielen. Aber es ist eine Tatsache von lebenswichtiger Bedeutung für Neuseeland, daß wir ein tüchtiger Produzent von agrarischen Produkten sind und existenziell von dem Export landwirtschaftlicher Produkte abhängen."

Und dann sagte der Premier den Leuten, die wie er mit der britischen Königin den gleichen Repräsentanten haben, ein paar unangenehme Wahrheiten.: „1970 verkaufte Neuseeland etwa 70 000 Tonnen Käse nach Großbritannien. Ende 1977 war unser Export auf Null zurückgeschnitten worden, 1980 wurde ein Qutom von 9500 t vereinbart."

Was für Käse gilt, trifft auch für andere Bereiche zu, auch für Lamm. Mit der Entscheidung Londons, der EG beizutreten, kamen auf Wellington harte Zeiten zu. Muldoon betonte in London, und hat dies vorher auch an anderer Stelle getan, daß er kein Gegner Europas und des britischen Beitritts zur Gemeinschaft sei. Aber nach wie vor sieht er eine besondere Verantwortung der Briten für die fernen Verwandten: „Neuseeländer haben nicht in zwei Weltkriegen für nichts gekämpft."

Das Land hat natürlich versucht, den Verlust des Exportmarktes Großbritannien durch den Aufbau neuer Märkte zu kompensieren. So werden 1983 100 000 t Lamm in den Iran gehen. Aber welche Sicherheit für die Produzenten auf den beiden Inseln bietet der Staat der Mullahs?

Da lag es nahe, sich nach anderen Partnern in der Welt umzusehen. Und so geriet die Bundesrepublik ins Blickfeld.

Die Beziehungen zwischen beiden Ländern haben sich beständig entwickelt, und erreichten einen Höhepunkt mit dem Staatsbesuch von Bundespräsident Scheel im Jahre 1978. Plötzlich erkannte man, daß beide Länder ja auf der selben Seite, nämlich im westlichen Lager stehen, daß beide über demokratische Regierungen verfügen, den Menschenrechten und der freien Wirtschaft große Aufmerksamkeit schenken, was im Weltmaßstab so selbstverständlich nicht ist.

Heute ist die Bundesrepublik der fünftgrößte Handelspartner Neuseelands und der achtgrößte Exportmarkt. Beide Positionen können noch verbessert werden. 1980 wurde ein Handelsbüro in Auckland eröffnet, daß unlängst in einen Wirtschaftsverein, die „New Zeeland – German Business Association Inc." umgewandelt wurde. Was indes von manchen Politikern Neuseelands als nicht ausreichender Ersatz für die versprochene Handelskammer angesehen wird.

1977 wurde eine Vereinbarung zur wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit unterzeichnet, ihr Koordinator, J.D. Fraser, besucht seitdem regelmäßig die Bundesrepublik. 1981 schließlich vereinbarten beide Länder, bei der Erforschung der Antarktis verstärkt zusammenzuarbeiten.

Ein verstärkter deutscher Export ist heute vielleicht noch eine Vision. Denn erst langsam erkannt man am Rhein, daß hinter dem Ganges auch noch Länder und Märkte kommen. Neuseeland bietet für Exporte in den gesamten pazifischen und asiatischen Raum, vor allem in die ASEAN-Staaten einen guten Produktionsstandort. Es liegt näher und ist mit der Mentalität besser vertraut. Seit dem Zollfreihandelsabkommen mit Australien bietet es zugleich direkt vor seiner Haustür einen Markt von 17 Millionen Menschen.


Die Zivilisation des Landes nimmt der Natur nichts von ihrer Ursprünglichkeit, Brücke bei Queenstown. Foto: WILHELM KNÜTTEL

WIRTSCHAFTLICHE LAGE / Nicht paradiesisch

Mit Common sense konnten bisher alle ernsteren Konfrontationen vermieden werden

Von MANFRED NEUBER

Die vertraute Vorstellung von Neuseeland als einem bukolischen Paradies „am Ende der Welt" bedarf einiger Korrekturen. Denn die globale Wirtschaftskrise ist an dem Inselstaat nicht vorbeigegangen. So muß Neuseeland seine Lage jetzt überdenken und seine Möglichkeiten für die Zukunft neu umreißen. Das wird nicht leichtfallen.

Dreh- und Angelpunkt bei der politischen Standort-Bestimmung ist das Verhältnis zu Australien. Seit Jahresbeginn nähern sich die beiden Nachbarn wirtschaftlich einander. Aber eine politische Union? Jeder seiner besonderen Identität bewußte Neuseeländer wird diesen Gedanken kategorisch zurückweisen.

Zwiespältiger fällt die Stellungnahme zur Allianz mit Australien und den Vereinigten Staaten aus, die bereits drei Jahrzehnte im Anzus-Pakt besteht. Ein Erstarken der Bewegung für eine kernwaffenfreie Zone in der Südsee könnte dieses Bündnis aushöhlen.

Nächstes Jahr sind in Neuseeland wieder Wahlen fällig. Im Vorfeld der Entscheidung, ob die konservative Nationalpartei an der Regierung bleiben oder von der Labour-Opposition abgelöst werden wird, bekommt die außen- und innenpolitische Debatte im Lande schon schärfere Akzente.

Premierminister Robert D. Muldoon, seit 1975 im Amt, wird aus Altersgründen kaum ein weiteres Mal in die Wahlschlacht ziehen. Wann er die Führung aus den Händen geben möchte, darüber läßt er Freund und Feind noch im Ungewissen. Daß er damit nicht zu lange wartet, ist die Sorge in den eigenen Reihen.

Muldoon muß mit einer Stimme Mehrheit im Parlament über die Runden kommen. Nicht alle Parteifreunde leisten ihm in allen Fragen noch Gefolgschaft. Weil aber die Labour Party unter dem neuen Oppositionsführer David Lange weitaus ärger zerstritten ist, behält der Premier seine Handlungsfreiheit.

Bei einer Inflationsrate um zwölf Prozent und der höchsten Arbeitslosigkeit seit 1945 wird der Wohlfahrtsstaat Neuseeland auf eine sozialpolitische Belastungsprobe gestellt. Mit Common sense konnte bisher eine Konfrontation der Tarifpartner vermieden werden. Aber auch am Antipoden wird das Klima der Arbeitsbeziehungen rauher.

Über den dunklen Wolken, die über Wellington infolge der Schwierigkeiten im Außenhandel, mit der Zahlungsbilanz und durch das Haushaltsdefizit aufgezogen sind, hebt sich seit kurzem ein kräftigere Konturen gewinnender Silberstreifen ab. „Think Big" trägt erste Früchte auf einigen Sektoren.

So ist man dabei, neue Exportmärkte zu erobern und strukturelle Veränderungen in der heimischen Wirtschaft durchzuziehen. Das geht einher mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Im Jahresvergleich nimmt der Kaufkraftverlust ab, und für die nächsten Jahre zeichnen sich steigende Devisen-Einnahmen ab.

Diese allmählich zu Buche schlagenden Erfolge kommen für die regierende Nationalpartei vermutlich zu spät, um vor der Neuwahl einen durchschlagenden Stimmungsumschwung herbeizuführen. Falls Labour siegt, könnte die Arbeiterpartei den Nutzen einer Wirtschaftspolitik ernten, die von ihr nicht gutgeheißen wurde.

Wie sehr Neuseeland von äußeren Faktoren in der Wirtschaftspolitik abhängig ist, das belegen zwei Angaben: Der zunehmende Protektionismus in traditionellen Märkten der Industrienationen macht es schwerer, die Agrarausfuhren zu erhöhen. Aber ein Viertel aller Exporterlöse muß heute für Rohöleinfuhren aufgewendet werden.

Im Gegensatz zu den Großprojekten, die in Kooperation mit ausländischen Konzernen ausgeführt werden sollen und die zu einer Erhöhung der Auslandsschulden führen, setzt Labour auf den Ausbau der heimischen Industrien mit großem Bedarf an Arbeitsplätzen und guten Exportchancen. Außerdem soll der Tourismus in einer Weise gefördert werden, daß er wesentlich höhere Erträge bringt.

Der Druck auf den Arbeitsmarkt ist in jüngster Zeit infolge der geringeren Abwanderung nach Australien stärker geworden. Jenseits der Tasman Sea bieten sich auch für qualifizierte Neuseeländer zu Zeiten der Rezession weniger Jobs. Für die Bevölkerungspolitik des Landes bedeutet diese Konstellation bei restriktiver Einwanderung einen jährlichen Zugewinn von rund 5000 Bürgern.

Mit dem Beginn des „Closer Economic Relations Agreement" (CER) am 1. Januar 1983 werden die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Australien und Neuseeland enger gestaltet. Als Premier Muldoon im Juni neue Investitionen aus Australien plötzlich untersagte, weil neuseeländische Unternehmen keinen bevorzugten Zugang zum australischen Markt erhielten, erlitt die Zusammenarbeit einen Rückschlag.

Der Vorschlag des Richters Michael Kirby, Vorsitzender des Ausschusses für Rechtsreformen in Australien, vorgebracht in einer Rede in Auckland, beide Nachbarstaaten sollten eine politische Union bilden, weil dafür viele vernünftige Gründe sprächen, hat die sonst so ruhigen Neuseeländer in Rage gebracht. Neuseeland ein Anhängsel Australiens? Niemals!

„Wer da meint, Australien und Neuseeland würden eines Tages zu einer Nation werden, der muß in seinem Kopfe nicht ganz klar sein", protestierte der stets impulsive Robert Muldoon. Er bezeichnete solche Pläne als schlechten Scherz. In Australien (mit seinem ausgeprägten Föderativsystem) hätte man wohl nichts dagegen, wenn sich die Nord- und Südinsel Neuseelands als zwei neue Bundesstaaten anschlössen. Freilich denkt kein Verantwortlicher daran, die „Kiwis" zu drängen.

Der Familienstreit zwischen Canberra und Wellington – mehr ist es wirklich nicht – entzündete sich unlängst an zwei Punkten: Zur Einreise in Australien müssen Neuseeländer neuerdings ihre Pässe vorweisen. So soll der Rauschgiftschmuggel durch Reisende anderer Nationalität aus Neuseeland unterbunden werden. In Australien lebende Neuseeländer, die arbeitslos geworden sind, werden für den Anstieg der Kriminalität mitverantwortlich gemacht.

Für die allgemeine Situation Neuseelands dürften die Worte des Wirtschaftsexperten Len Baylis zutreffend sein: „Wir haben jetzt mit einigen Problemen zu kämpfen, aber unser Land ist durchaus lebensfähig. Es ist ein schönes Stückchen Erde mit einem angenehmen Klima und reichen Rohstoffen. Seine drei Millionen Einwohner sind gut ausgestattet, und sie werden das Beste daraus machen."

THINK BIG / Großer Maßstab soll weiterhelfen

Mit Energie an die Nutzung heimischer Energiequellen

Von GÜNTHER SCHOLZ

Wer sich gern im Pläneschmieden übt, wird sich in Neuseeland unter seinesgleichen fühlen. „Think Big" empfiehlt der wiedergewählte konservative Regierungschef Robert Muldoon. Große Pläne also wünscht er sich, den Mut zum Wagnis, Vertrauen in die Zukunft. Seit dem Mai 1982 hat die Phase zwei von „Think Big" begonnen, also der zweite konkretere Abschnitt der in der letzten Legislaturperiode schon angekündigten großen Projekte, mit denen sich das ferne Inselland gewissermaßen am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen soll.

Das sind die Nöte eines vom Export seiner (ausgezeichneten) Agrarprodukte abhängigen Dreimillionen-Staates, der durch billige Energie seine Industrialisierung vorantreiben will.

Die Sorgen zu Beginn des Jahres: 14 Prozent Inflation bei einem ständig absinkenden Dollarkurs von jetzt 1,60 am 1. Mai 1983, steigende Arbeitslosigkeit, zur Zeit bei elf Prozent, stetige Abwanderung von jüngeren Arbeitskräften, die bei den ungeliebten Nachbarn in Australien mehr verdienen können. Beinahe hätte dieser Trend der National Party die absolute Mehrheit gekostet. Aber die Vorteile des Persönlichkeitswahlrechtes wie in England haben ihr 1981 trotz niedrigerer Stimmenzahl noch mit 47 Sitzen (von 92) die Regierungsfähigkeit erhalten. Vierzehn Stimmen im Wahlkreis Taupo retteten den dortigen Kandidaten und damit den entscheidenden Sitz. Drei Jahre darf jetzt groß gedacht und verwirklicht werden, was an den Horizont des Jahres 2000 projiziert worden ist.

Die völlige Unabhängigkeit von Ölimporten soll erreicht werden. Sogar der Export von Energie wird schon in Rechnung gestellt, von Kohle, von Stahl, von Chemieprodukten, von Düngemitteln. Neuer Wohlstand also durch die seit zehn Jahren vermißten Überschüsse in der Zahlungsbilanz würde sich damit wieder einstellen und der Spitzenplatz in der Liste der Länder mit dem höchsten Lebensstandard, den Neuseeland einmal mit Schweden und der Schweiz geteilt hat.

Heute bewegt sich das Pro-Kopf-Einkommen mit 6000 Dollar pro Jahr in der Mitte der westlichen Industrieländer ein bißchen noch oberhalb des Lebensstandards von Großbritannien, dem Mutterland. Dorthin bestehen noch immer enge wirtschaftliche Beziehungen und natürlich familiäre Bande. Aber längst schon sind Japan, die USA, der Nahe Osten und natürlich Australien mit Platz eins in der Reihe der Handelspartner weit nach vorn gerückt.

Die allmähliche Entwicklung einer Freihandelszone mit Australien, also ungehinderter Zugang zu diesem nahen Markt von 15 Millionen, fordert der Industriellenverband, fordert der Planungsrat, kündigt der Premierminister an. Das ist die ultima ratio, weil alle Anstrengungen, weil selbst das empfohlene „Think Big" nicht über die Grenzen hinwegführen, die ein Markt von 3,1 Millionen Einwohnern jeder Industrialisierung setzen.

Die Tore für Einwanderer aus den volkreichen Ländern Südostasiens bleiben geschlossen, und selbst Europäier haben viele Hindernisse zu überwinden, wenn sie in Neuseeland ansässig werden wollen. Nur Investitionen sind hocherwünscht und werden staatlich begünstigt. Joint Venture selbst mit der Sowjetunion in der Fischereiindustrie werden genauso genehmigt wie die 50 Prozent, mit denen sich amerikanische Ölfirmen wie Shell, BP und Mobil an der Erschließung und Nutzung von Erdgasvorkommen auf der Nordinsel beteiligt haben.

Eine Gasverflüssigungsanlage bei New Plymouth ist in Bau, Stickstoff und andere chemische Erzeugnisse werden dort schon produziert. Die Ölraffinerie von Marsden Point wird für jetzt eine Milliarde Dollar bis zur vollen Deckung des Eigenbedarfs erweitert, ein dritter Aluminiumsmelter bei Bluff nimmt seine Arbeit auf. Das Clutha Valley Projekt soll bis 1994 auf der Südinsel mit fünf Staustufen die Elektrizitätsversorgung sichern. Solche Objekte versprechen Aufträge.

Was wünschen sich Unternehmer noch? Was hat die Regierung in ihrem Wahlprogramm versprochen? – Eine Steuerreform mit Investitionsanreizen und Exportprämien, Schutz für Industrien, die im freien Wettbewerb noch nicht bestehen könnten, also Protektionismus, ein billigeres Transportsystem, insbesondere durch die Elektrifizierung der Bahn, eine Energiepolitik mit Vorteilen für die heimischen Ressourcen, eine Arbeitsmarktstrategie zur Ausbildung und Umschulung von Facharbeitern und ein Inflationsniveau unter dem der wichtigsten Handelspartner, also unter dem OECD-Durchschnitt von zehn Prozent. Sie sollen ein Klima schaffen, so verlangt Präsident Stevens im Namen des Industrieverbandes von der Regierung, in dem der private Sektor planen und prosperieren kann.

Aber läßt sich das mit der auf 15 Jahre angelegten Investitionspolitik des staatlichen Planungsrates vereinbaren? – So scheint es zwischen der Euphorie der Planer, zwischen dem „Think Big" und den protektionistischen Bedürfnissen von Kleinunternehmern noch erhebliche Widersprüche zu geben.

AUS DEM INHALT

Plötzlich will man nicht mehr lieber eine Insel im Kanal sein Seite I
Cooper: Entfernung muß nicht trennen Seite II
Lambsdorff: Potential als Exportbasis Seite III
Muldoon: Bonn hat Funktion in der Region Seite III
Maori, in Treue fest zur Kuini o Ingarani Seite V
Wilks: Banken als Instrument der Währungspolitik Seite VI
Störende Aktionen gegen deutsche Schiffe Seite VII
Interview mit Ron Trotter Seite VII
Richardson: Industrien wachsen durch Investitionen Seite VIII

AUF EINEN BLICK

NEUSEELAND

LAGE. Neuseeland liegt im Südpazifik etwa 10 000 Kilometer südwestlich von San Franzisko und Panama, und etwa gleich weit entfernt von Tokio und Singapur. *Australien ist dagegen „nur" etwa* 2250 km weg in westlicher Richtung. Neuseeland besteht aus (im wesentlichen) zwei größeren Inseln, der Nord- und der Südinsel. Eine dritte, Stewart *Island, liegt im Süden der Südinsel.* Mit einer Fläche von 26,9 Mio. Hektar ist Neuseeland so groß wie Japan oder Großbritannien.

STATUS. Neuseeland ist ein souveräner, unabhängiger Staat und Mitglied des Commonwealth.

REGIERUNG. Das Parlamentssystem entspricht dem britischen. Das Staatsoberhaupt, *H. M. Königin Elizabeth II.*, wird im Land durch den Generalgouverneur repräsentiert. Ministerpräsident ist seit 1975 R. D. Muldoon; erneut gewählt 1981, als die „National Party" 47 der 92 *Sitze im Parlament eroberte mit 38,8* Prozent der Stimmen. Die oppositionel*le „Labour Party" kam mit 39 Prozent zu* 43 Sitzen, die „Social Credit Party" mit 20,7 Prozent auf ganze 2 Sitze.

Frauen haben das Wahlrecht seit 1893, sind damit „Weltspitze".

SPRACHE. Englisch ist die Amtssprache. Die Maori haben ihre eigene.

BEVÖLKERUNG. Etwa 3,2 Millionen.

WÄHRUNG. Besteht aus Dollars und *Cents. Gerechnet wird im Dezimalsy*stem. Kreditkarten sind inzwischen weit verbreitetes Zahlungsmittel.

EINREISE-FORMALITATEN Touristen aus der Bundesrepublik Deutschland brau*chen für einen Aufenthalt bis zu 3 Mona*ten kein Visum. Der Reisepaß muß noch sechs Monate nach dem geplanten Aufenthalt gültig sein.

ZOLLBESTIMMUNGEN. Für persönliche *Gegenstände muß kein Zoll bezahlt* werden, Jagdgewehre müssen bei der *Polizei angemeldet werden, automati*sche Pistolen dürfen nicht eingeführt werden.

Impfungen sind nicht vorgeschrieben, wenn man nicht aus Seuchengebieten einreist.

WICHTIGE KONGRESSE. '84 World Congress on Coloured Sheep and their products 20.–31. 1. in Christchurch

World Federation of Occupational Therapists' Council Meeting 27.–31. 8. in Queenstown

9th International Congress of Agricultural Medicine und Rural Health 10.–14. 9. in Christchurch

World Hereford Cattle Breeders Conference 2.–6. 4. in Christchurch.

TIPS FÜR REISENDE

BESTE JAHRESZEIT. Neuseeland ist Rei*seland für jede Jahreszeit.* Es ist das ganze Jahr über mild ohne größere saisonale Schwankungen. Die Landschaft ist grün durch gleichmäßigen geringen Regen das Jahr hindurch.

Neuseeland liegt in der südlichen Hemisphäre etwa auf dem gleichen Breitengrad wie Italien in der nördlichen.

Indes sind die Jahreszeiten umge*kehrt, in Neuseeland* ist im Dezember Sommer (bis Februar), der Herbst geht von März bis Mai, der Winter von Juni bis August und Frühling von September bis November.

Große Teile des Landes haben mehr als 2000 Sonnenstunden jährlich.

ANREISE. Direkte Flüge nach Neuseeland gibt es ab London (29½ Std.), von New York (21 Std.), Singapur (11 Std.) oder etwa Sydney (3 Std.). Internationale Flughäfen sind Auckland, Wellington und Christchurch.

FAHRERLAUBNIS. Der internationale Führerschein wird anerkannt, Reisende aus der Bundesrepublik dürfen ihren nationalen Führerschein benutzen. Es herrscht Linksverkehr.

STROM. Spannung 230/240 Volt, 50 Hz, Stecker meist dreipolig.

REISEFÜHRER. Neuseeland, Mai's Weltführer, Merian NZ, Imber/Walter/ Cumberland: Neuseeland, Antipode des Abendlandes.

BYO. In Lokalen mit dem Zeichen „BYO" werden keine alkoholischen Getränke ausgeschenkt. „BYO" heißt „bring your own", zu Deutsch „Bring den eigenen mit".

TRINKGELDER. Sind in Neuseeland nicht üblich. Auch nicht üblich, daß Hotelangestellte den Koffer aufs Zimmer bringen, der Neuseeländer macht das selbst.

WICHTIGE ANSCHRIFTEN
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Botschaft von Neuseeland, Bonner Center HI 902, Bundeskanzlerplatz, 5300 Bonn 1, Tel. 02 28 / 21 40 21.

N. Z. Government Tourist Office, Kaiserhofstr. 7, 6000 Frankfurt/Main, Tel. 06 11 / 28 81 89.

Air New Zealand, Rathenauplatz 1a, 6000 Frankfurt, Tel. 06 11 / 29 18 97.

New Zealand Meat Producers' Board, Am Heumarkt 14, 5000 Köln 1, Tel. 02 21 / 23 32 96.

Bank of New South Wales, Bockenheimer Landstr. 51, 6000 Frankfurt/Main, Tel. 06 11 / 72 07 81.

IN NEUSEELAND

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, 23rd. Floor, Williams City Center, Plimmersteps, P.O. Box 1687, Wellington C 1, Tel. 7 36 / 0 63/4.

New Zealand-German Business Inc., 2 Courthouse Lane, Chamber of Commerce Building, P.O. Box 95, Auckland, Tel. 3 23 04.

New Zealand Government Tourist Bureaux Auckland, 99 Queen Street, P.O. Box 428, Tel. 798 / 180.

Wellington, 26–31 Mercer Street, P.O. Box 1 13 94, Tel. 793 / 269.

Christchurch, Govt. Life Building, 65 Cathedral Square, P.O. Box 21 05, Tel. 794 / 900.

The Secretary Overseas Investment Commission, P.O. Box 24 98, Wellington. The Director Investment Unit Department of Trade and Industry, Private Bag, Wellington.

HANDEL / Entfernung muß nicht trennen

Nicht in einer Einbahnstraße

Von WARREN COOPER

Trotz der geographischen Entfernung, die unsere beiden Länder trennt, sind die Bindungen des Handels und der Wirtschaft zwischen Neuseeland und der Bundesrepublik Deutschland stark, mannigfaltig und im Wachstum begriffen. Die Bundesrepublik ist Neuseelands zweitgrößter Handelspartner in Europa, nur Großbritannien ist wichtiger. Insgesamt ist Deutschland Neuseelands sechstgrößter Importeur und der achtgrößte Exportmarkt.

Die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit hat ihre Chancen entdeckt und nutzt sie. Deutsche Firmen zeigen wachsendes Interesse an Neuseeland als Investitionsstandort und als Platz, neue Wirtschaftsunternehmen zu entwickeln. Das Wachstum des Tourismus vollzog sich im Gleichlauf mit der Entwicklung von Handel und Wirtschaftsbeziehungen.

Handel und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Neuseeland sind ein gutes Beispiel für Chancen und Vorteile, die aus einem internationalen Vergleich und der Nutzung der Vorteile erwachsen. Neuseeland hat einen beträchtlichen Vorsprung bei der Herstellung von Wolle, Rind-, Lamm- und Molkereiprodukten. Es sind diese Erzeugnisse von unseren Farmen und aus den landwirtschaftlichen Industrien, die den Exporthandel mit Deutschland dominieren.

Wolle ist das Hauptprodukt, 41 Prozent des gesamten Exports entfallen darauf. Danach kommen in der Rei*henfolge der Bedeutung Lamm, Kiwi*frucht, Käse und tierische und pflanzliche Rohprodukte.

Neuseelands Importe reflektieren die Position der Bundesrepublik als einer der führenden Industrienationen der Welt. An der Spitze stehen moderne Maschinen und Industrieausrüstungen. Sowohl elektrische als auch nichtelektrische Maschinenteile, Transportausrüstungen, Chemieprodukte und medizinische und pharmazeutische Produkte bilden das Schwergewicht der neuseeländischen Importe aus Deutschland.

Für deutsche Handels- und Wirtschaftsinteressen sind jetzt neue Möglichkeiten als Ergebnis einer Poltik entstanden, mit der die Regierung die Wirtschaft neu strukturieren will. Sie zielt darauf, Neuseelands natürliche Energie-Ressourcen zu erschließen, die noch weitgehend ungenutzt sind. Dabei handelt es sich um Gas, Kohle, Biomasse und Wasserkraft zur Stromgewinnung. Wenn diese Politik ihr Ziel erreicht, wird die neuseeländische Wirtschaft sich weniger auf die Produktion landwirtschaftlicher Güter und den Import von Ölprodukten abstützen müssen.

Die Entwicklung der natürlichen Ressourcen erfordert den Import der notwendigen Technologie, von Maschinen und von Investitionskapital. Neuseeland hat in der Bundesrepublik die Hauptquelle hierfür gesehen.

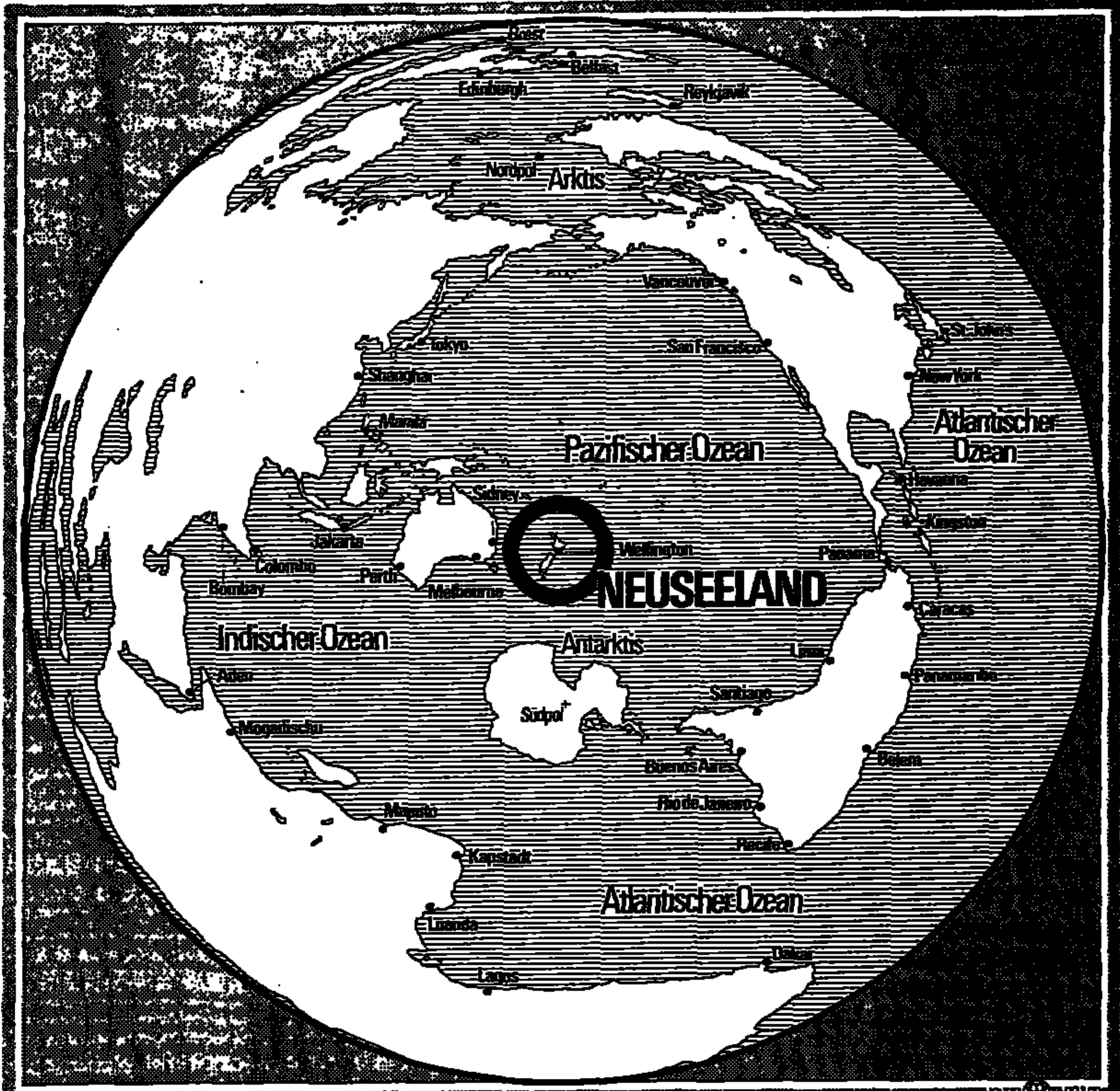
Für eine Investition mag Neuseeland mit ganzen 3,2 Millionen Einwohnern nur ein *kleiner Markt* sein. Aber Neuseeland bietet dem Investor einen Standort, um in die sich entwickelnde pazifische Region zu exportieren. Und die neuen, engeren Wirtschaftsbindungen mit Australien schaffen einen zollfreien Zugang zu einem Markt von 18 Millionen Menschen mit relativ *hoher Kaufkraft.*

In Anerkennung dieser Möglichkeiten, die in Neuseeland vorhanden sind, wurde 1980 ein deutsches Handelsbüro in Auckland, der größten Stadt Neuseelands, eröffnet. Es hat in der Folgezeit zu wirtschaftlichen und investiven Tätigkeiten angeregt.

Wenn die Handels- und Wirtschaftsbindungen zwischen Ländern dauerhaft sein und ihr ganzes Potential entfalten sollen, darf dies keine Einbahnstraße sein, sondern muß beiden Seiten gegenseitig die Chance zum Nutzen bieten. In dieser Hinsicht kommt der Bundesrepublik als führendem Mitglied der Europäischen Gemeinschaft große Bedeutung zu.

Neuseelands wirtschaftliches Wohlergehen und unsere *Fähigkeit, die* Wirtschaft zu entwickeln, hängt entscheidend davon ab, den Zugang für unsere landwirtschaftlichen Exporte *zu den Märkten zu sichern und zu* behaupten, vor allem zum Markt Europa.

Hon. Warren Cooper ist Neuseelands Minister für überseeischen Handel.



Wer es gewohnt ist, den *alten Kontinent* als Mittelpunkt der Erde zu betrachten, wird überrascht sein, einmal Neuseeland als Mittelpunkt unseres Globus gezeigt zu bekommen. Europa gerinnt da zu einem Streifen fern am Rand. So abwegig ist diese ungewohnte Perspektive nicht. Denn für die Fluggesell*schaften von heute* ist die Antarktis kein Verkehrshemmnis mehr, wie es der Fall war, als unsere Erdanschauung entstand. Auch wirtschaftlich hat die Ansicht Argumente für sich, ein Schwergewicht wirtschaftlichen Wachstums sind heute die Länder Ostasiens.





WIRTSCHAFTSPARTNER NEUSEELAND / Offener Markt wichtig

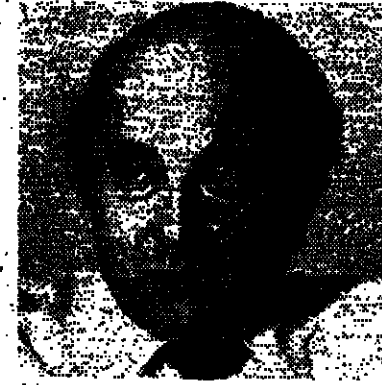
Potential als Exportbasis

Von OTTO GRAF LAMBSDORFF

Mit Beginn der 80er Jahre sind die deutsch-neuseeländischen Wirtschaftsbeziehungen in eine neue Entwicklungsphase eingetreten. Der Wirtschaftsaustausch zwischen beiden Ländern hat sich deutlich belebt. Dies gilt vor allem für die deutsche Ausfuhr nach Neuseeland. Sie nahm wertmäßig 1981 um 25 Prozent und 1982 um 32 Prozent zu. Im Vergleich dazu lagen die Steigerungsraten des gesamten deutschen Exports in den beiden Jahren „nur" bei 13 bzw. 8 Prozent. 1982 erreicht die deutsche Ausfuhr nach Neuseeland fast eine halbe Milliarde Mark.

Im Zuge dieser Entwicklung hat sich Neuseeland – gemessen an der deutschen Ausfuhr pro Kopf der Empfängerländer – zu einem interessanten Markt für deutsche Erzeugnisse am Pazifik herausgebildet. Neuseeland nahm zum Beispiel 1982 pro Kopf der Bevölkerung dreimal soviel Produkte der deutschen Wirtschaft ab wie Japan oder Südkorea.

Die relativ starke Zunahme des deutschen Exports nach Neuseeland überrascht. Bei dem anhaltend schwachen wirtschaftlichen Wachstum in Neuseeland wäre an sich mit keiner nennenswerten Steigerung der Importnachfrage zu rechnen gewesen. Eine Erklärung für die nicht erwarteten deutschen Exporterfolge ist in der besonders strukturellen Lage der neuseeländischen Wirtschaft zu suchen. Nach dem Verlust traditioneller Absatzmärkte für Agrarprodukte, vor allem in Großbritannien, ist den Neuseeländern die Aufgabe gestellt, ihrer


Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff
FOTO: POLY PRESS

Wirtschaft eine ausgewogenere Struktur zu geben. Sie müssen neben dem sehr leistungsfähigen landwirtschaftlichen Sektor auch einen modernen industriellen entwickeln. Die dafür benötigten industriellen Ausrüstungen aber muß Neuseeland importieren. Der hohe Anteil des Maschinenbaus am deutschen Export nach Neuseeland – er liegt in den letzten Jahren zwischen 30 und 40 Prozent – deutet an, daß die deutsche Industrie bisher hierbei recht gut ins Geschäft gekommen ist.

Weitere Exportchancen zeichnen sich für die deutsche Wirtschaft ab. Einen wesentlichen Teil der neuseeländischen Industrialisierungspolitik bildet die Politik des sogenannten „Think Big". Diese Politik hat zum Ziel, für die industrielle Entwicklung eine breite Infrastruktur bereitzustellen und die bisher weitgehend unausgeschöpften reichen Energie- und Rohstoffreserven Neuseelands wirtschaftlich zu nutzen. Die dafür vorgesehenen Projekte, die meist auch auf den Export ausgerichtet sind, sollen im Laufe der 80er und 90er Jahre mit ausländischer Hilfe realisiert werden. Für deutsche Unternehmen bieten sich dabei verschiedene Möglichkeiten zur Mitwirkung und Beteiligung an.

Es ist daher verständlich, wenn deutsche Wirtschaftswissenschaftler und amerikanische Regierungsexperten Neuseeland für seine wirtschaftliche Entwicklung insbesondere auf lange Sicht eine recht günstige Prognose stellen.

Sicher wird auch die deutsche Industrie das wirtschaftliche Potential Neuseelands als Exportbasis für die pazifische Region mehr und mehr erkennen. Schon 1979 wies eine BDI-Delegation unter Leitung von Präsident Sohl auf die Chancen für eine erfolgreiche bilaterale Kooperation in Neuseeland hin. Die neuseeländische Industrie sei – so faßte die Sohl-Delegation ihre Eindrücke zusammen – als ein sehr zuverlässiger Partner anzusehen. Auch genieße Neuseeland nicht nur bei öffentlichen, sondern auch bei privaten Kreditgebern höchstes Ansehen.

Zum Erfolg der Industriepolitik gehört freilich auch, daß die Handelspartner in der pazifischen Region eine Politik der offenen Märkte betreiben und den Zugang für die neuen neuseeländischen Produkte nicht beschränkten. Zum anderen würde ein möglichst marktwirtschaftliches Klima in Neuseeland die Herausbildung von auch international leistungsfähigen Unternehmen sehr begünstigen.

Ich bin sicher, daß sich die neuseeländische Regierung darum bemüht.

Geschmack am Wein geweckt

Wenn das Lied vom schönen Rhein erklingt, und es ist nicht an diesem deutschen Strom, in irgendeiner Schenke angestimmt worden, sind es zumeist deutsche Romantiker, die weltweit ihre Sehnsucht heraussingen.

In den einsamen Bergen an der Ostküste Neuseelands hat das jedoch auch ganz praktische Gründe. Hier fing im Jahre 1901 Friedrich Wohnsiedler aus Eberbach am Jagst an, Wein zu pflanzen. 1981 exportierte er erstmals in das Land, aus dem er und seine Trauben stammen.

Heinrich Breidecker ging 1875 an die Westküste und in den Norden von North Islands, um von der Regierung Neuseelands dann für seine Bemühungen geehrt zu werden, indem man eine Rebsorte nach ihm benannte.

Das sind nur zwei Namen von vielen, die eine enge Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Neuseeland in Sachen Wein begründeten. Federführend in Deutschland ist das Institut von Geisenheim, und Prof. Helmut Becker, Viticulteur dieses Institutes, sagt zum Erfolg der deutschen Traube: „Ich war besonders überrascht von der Ähnlichkeit zwischen den Weinen unserer beiden Länder. Aber so überraschend ist das eigentlich nicht. Wenn man die klimatischen und Wachstumsbedingungen der Weinländer vergleicht, kann man sehen, daß Deutschland und Neuseeland die ähnlichsten auf der Erde sind."

Natürlich gibt es in den Herstellungsdimensionen gewaltige Unterschiede. Der Neuseeländer hat erst in jüngster Zeit Geschmack am Wein entwickelt. rx.

NZGBA / Guter Start

Großer Dienst-Radius

Von SYDNEY D. PASLEY

Als der erste Präsident der neugegründeten New Zealand German Business Association, Neuseeländisch-Deutsche Wirtschaftsvereinigung, bin ich davon überzeugt, daß sich nun zwischen den Unternehmern unserer Länder viel stärkere Verbindungen entwickeln werden.

Die Vereinigung wurde in August dieses Jahres gegründet, um ihre Dienste der wachsenden Zahl von Firmen anzubieten, die sich mit dem Handel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Neuseeland befassen. Sie trat damit an die Stelle des German Trade Office, das zum 30. Juni 1983 geschlossen wurde, und bietet einen vergleichbar großen Radius an Dienstleistungen wie die in vielen Ländern der Welt arbeitenden Deutschen Industrie- und Handelskammern.

Die Vereinigung ist eine unabhängige Organisation, die sich aus Beiträgen ihrer Mitgliedsfirmen finanziert. Obwohl davon auszugehen ist, daß die Mehrzahl der Firmen eine Niederlassung in Neuseeland haben wird, wäre es für die Zukunft doch sehr wünschenswert, wenn auch deutsche Firmen Mitglieder der Wirtschaftsvereinigung würden.

Ihre Dienste stehen indes auch Nicht-Mitgliedern gegen Bezahlung der inanspruchgenommenen Dienste zur Verfügung.

Schon heute haben sich viele der größeren neuseeländischen Firmen und deutsche Tochtergesellschaften der Vereinigung angeschlossen, und ich erwarte für die Zukunft noch einen beträchtlichen Zuwachs.

Als der Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff im Juli dieses Jahres Neuseeland besuchte, sagte er, daß er die Gründung der Vereinigung voll unterstütze und begrüße. Der Minister Neuseelands für Handel und Industrie, Hugh Templeton, äußerte sich in gleicher Weise.

Ich möchte hinzufügen, daß wir sehr die Hilfe der Deutschen Industrie- und Handelskammer geschätzt haben. Unsere Mitgliedsfirmen können ihre Hilfe und die Kontakte über ihr Netz von mehr als 80 Kammern in der Bundesrepublik Deutschland in Anspruch nehmen.

PARTNER DEUTSCHLAND / Nicht nur in der Wirtschaft

Bonn hat Funktion in der Region

Von ROBERT D. MULDOON

Ich darf zunächst DIE WELT dazu beglückwünschen, daß sie dieses Supplement veröffentlich und so die Gelegenheit gibt, Neuseeland ihren Lesern näherzubringen.

Die bilateralen Beziehungen zwischen Neuseeland und der Bundesrepublik Deutschland haben sich in den letzten Jahren beträchtlich entwikkelt, und der Staatsbesuch von Präsident Scheel im Jahre 1978 bekräftigte dies und war weiterer Ansporn für diese Entwicklung. Ich habe als Premierminister von Neuseeland die Bundesrepublik mehrere Male besucht. Auf einem weiten Feld – unter Einschluß der Finanz- und Investitionspolitik, des Handels, der Wissenschaft und in Einwanderungsfragen gibt es wachsende Kontakte und Initiativen.

Die Vertiefung der Beziehungen bedeutet, daß unsere beiden Länder anerkennen, welche beidseitigen Vorteile Zusammenarbeit und Freundschaft mit sich bringen. Neuseeland für seinen Teil ist dankbar für die tatkräftige und wirkungsvolle Unterstützung, die die Bundesregierung gibt, damit unsere Molkereiprodukte und unser Hammelfleisch weiter den Zugang zu den Märkten in Europa behält. Wir freuen uns über eine tiefere wirtschaftliche Partnerschaft, die zu einem wachsenden bilateralen Handel, zu größerem deutschen Investment und zum Transfer von Technologie und Fähigkeiten im Management führt. Schon jetzt gibt es sinnvolle Projekte auf diesem Gebiet.


Neuseelands Premierminister Robert D. Muldoon
FOTO: DIE WELT

Aber unsere beiden Länder pflegen auch die Zusammenarbeit auf andere, nicht weniger wichtige Weise. Wir haben eine aktive kulturelle Zusammenarbeit, die über starke finanzielle Unterstützung sowohl aus staatlichen als auch privaten Quellen in Deutschland verfügt. Die neuseeländische Regierung hat die Eröffnung einer Zweigstelle des Goethe-Instituts in Wellington im Jahre 1980 begrüßt, um zum Erlernen der deutschen Sprache anzuregen und um den Kulturaustausch und die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu fördern.

Tourismus ist ein anderes wichtiges Bindeglied. Neuseeländer sind zu allen Zeiten nach Deutschland gereist, um seine Städte zu bewundern, die deutsche Lebensart zu genießen und um von der langen Geschichte zu lernen. Ich erinnere mich mit großer Freude meines eigenen Besuches im Mai des vergangenen Jahres zur Jahrhundertfeier des Müller-Thurgauer Weines. Jetzt kommen auch die Deutschen nach Neuseeland mit Jahr für Jahr steigender Tendenz.

Obwohl Deutschland so weit von Neuseeland und dem Südpazifik weg ist, wie es nur geht, nehmen wir doch mit Genugtuung zur Kenntnis, daß die Bundesrepublik Interesse daran gezeigt hat, das Wohlergehen der Inselbewohner zu fördern. Neuseeland schätzt die von Deutschland übernommene positive und konstruktive Rolle in dieser Region. Wir sind glücklich über die engen Konsultationen zwischen Bonn und Wellington, auf welche Art und Weise der beste Nutzen aus dieser Hilfe gezogen werden kann.

Dieser Geist der Zusammenarbeit, der hilft, die Position des Westens im Pazifik zu stärken, wird auch deutlich in unserer Zusammenarbeit als Partner innerhalb des Vertrages über die Antarktis. Deutschland hat eine ständige Basis in der Antarktis, und eine Übereinkunft sichert seit 1981 der Bundesrepublik den Zugang zu den neuseeländischen Häfen und ihren Facilities. Auch die Zusammenarbeit unserer Wissenschaftler in der Antarktis-Forschung geht voran.

Eine sichere Grundlage für diese gesunden Geschäfts-, sozialen und politischen Kontakte ist, daß wir den Glauben an demokratische Regierungen teilen, die den Menschenrechten und einer freien Wirtschaft den größten Wert beimessen.

Ich habe jedes Vertrauen, daß die kommenden Jahre weiter Zeuge einer erfolgbringenden, herzlichen und freundschaftlichen Beziehung zwischen unseren Ländern sein werden.

Mit frischer Kiwi zur Anuga

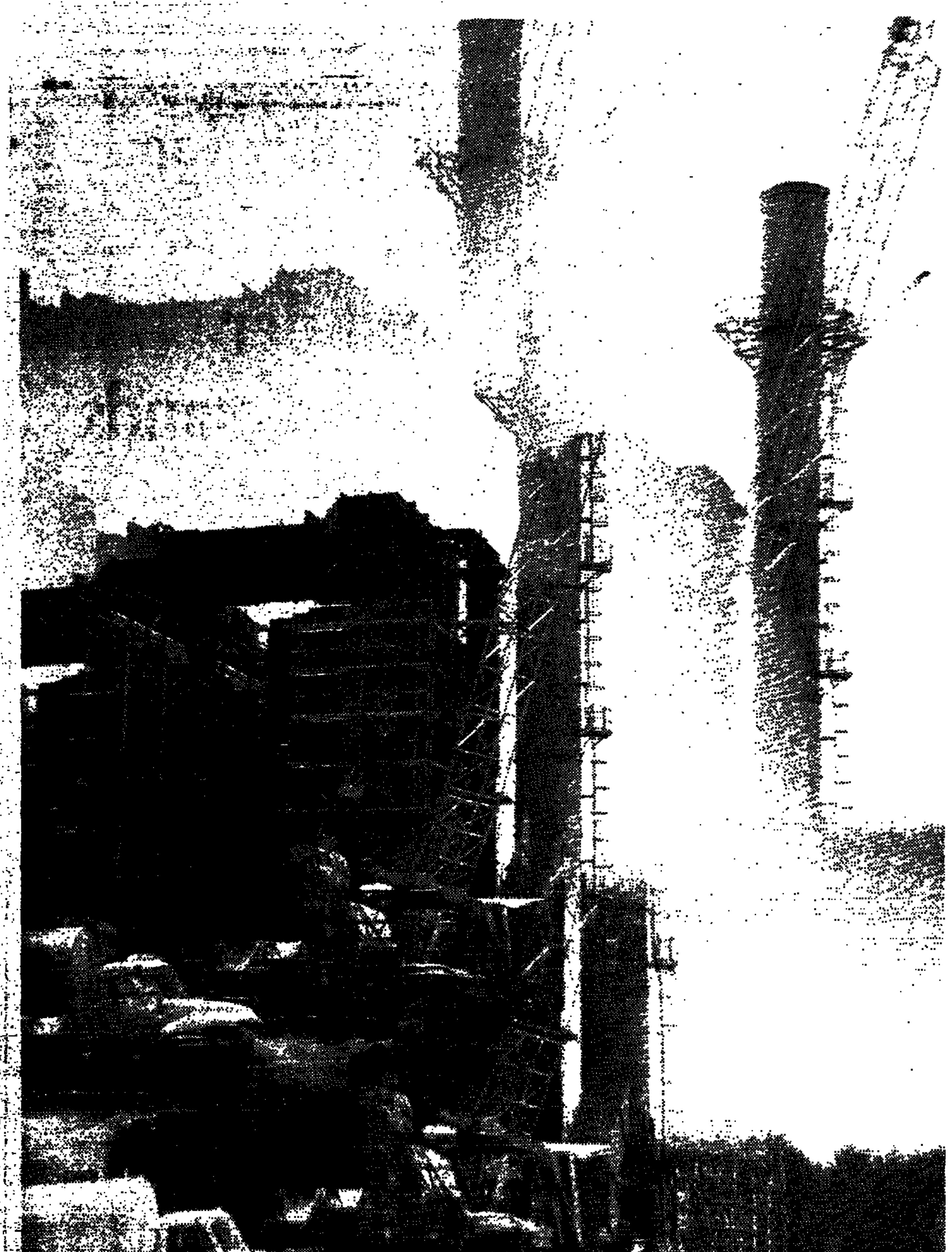
Auf der Anuga, die in zehn Tagen ihre Pforten eröffnen wird, ist auch Neuseeland mit einem Stand vertreten. Die fernen Inseln mit der beeindruckenden Produktion agrarischer Güter durften da nicht fehlen. Eine kleine Frucht wird auf dem neuseeländischen Stand wieder das Interesse auf sich ziehen, die Kiwi.

Aus unseren Läden sind sie inzwischen nicht mehr fortzudenken. Und das hat einen Grund. Kiwis gibt es fast das ganze Jahr, mit einer Hauptsaison von Juni bis Dezember. Aber Kiwi ist nicht gleich Kiwi, es gibt vier Hauptsorten, die Hayward, groß, dick und sehr aromatisch, dann die Abbot, mittelgroß mit Stachelbeeraroma. Dann die leicht bittere Bruno und die Monty, klein und leicht bitter.

Reif ist die Kiwi, wenn ihre Schale auf Fingerdruck leicht nachgibt, harte Kiwis reifen zu Hause im Plastikbeutel nach. Will man diesen Vorgang beschleunigen, gibt man eine Banane oder Apfelstückchen hinzu.

Die Kiwi ist vielseitig wie keine andere Frucht. Man kann sie grillen, marinieren, kandieren, einfrieren oder einfach essen. Sie ist auch eine der gesündesten. Mit einer Kiwi zum Frühstück ist der Vitamin-C-Bedarf des Tages gedeckt.

Der Erfolg der neuseeländischen Kiwi (die ja eigentlich eine veredelte chinesische Stachelbeere ist), immerhin erlebte sie jährliche Export-Steigerungsraten von mehreren hundert Prozent, rief auch andere Länder auf den Plan. Aber über die neuseeländischen Besonderheiten verfügen sie nicht. Wo gibt es sonst noch 200 Sonnentage pro Jahr und dazu gleichmäßige Niederschläge? M.M.



Air NZ: Blumen für Hongkong

Da im Grunde alles von Neuseeland weit weg ist, selbst bis zum Nachbarn Australien sind es über 1000 km, braucht das Land eine schnelle und zuverlässige Fluggesellschaft. Mit der Air New Zealand ist sie vorhanden. Auf ihren Routen, die insgesamt länger als 100 000 km sind, trägt sie Neuseeländisches in alle Welt. Wenn in Europa die Tage kürzer werden und Holland nicht mehr seine Blumen nach Hongkong liefern kann, ist Neuseeland an der Reihe.

Aber nicht nur Blumen, auch agrarische Frischprodukte jeder Art werden per Luftfracht an ihren Bestimmungsort gebracht, im Jahre 1982 machten Molkereiprodukte etwa die Hälfte der 24 Mio. Kilo aus, die als Cargo die Inseln verließen, an Bord der Maschinen mit dem „Koru" am Heck, dem Symbol der Maori für neues Leben und Neuanfang.

Wichtig auch der Transport von Reisenden aus 40 Ländern der Erde, die als Geschäftsleute oder Touristen in den Südpazifik kommen.

Und obwohl das Land nur 3 Mio. Einwohner hat, bedient Air New Zealand im Domestic-Bereich 23 Flughäfen, die durch 11 250 Flugkilometer verbunden sind.

Ohne das dichte Flugnetz wäre eine Infrastruktur in dem langen und schwachbesiedelten Land nicht denkbar. M. M.

Gemeinsame technologische Interessen finden

Um die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit für friedliche Ziele zu fördern, schlossen die Regierungen von Neuseeland und der Bundesrepublik einen Vertrag im Jahre 1977. Dieser Vertrag wendet sich an Institute und Organisationen im öffentlichen und im privaten Sektor beider Länder.

Als der Koordinator auf neuseeländischer Seite sehe ich es als meine Aufgabe an, die Herstellung von Kontakten zu erleichtern. Das geschieht durch die Identifizierung von Gebieten, in denen eine Zusammenarbeit für beide Seiten von Interesse sein kann.

Dabei handelt es sich um Gebiete, in denen Neuseeland über besondere Erfahrungen verfügt, zum Beispiel in der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, des Gartenbaus. Oder um Gebiete, in denen wir die Erfahrung überseeischer Firmen benötigen, damit wir imstande sind, unsere natürlichen Ressourcen zu erschließen, namentlich bei Kohle, Naturgas, Mineralien und beim Fischfang, um nur wenige zu nennen. Auch im industriellen Bereich ist eine wachsende Zusammenarbeit festzustellen.

Die neuseeländischen Firmen mit ihrer Fähigkeit zur Innovation und dem Vermögen, auch Einzelanforderungen oder kleinste Serien zu wettbewerbsfähigen Preisen herzustellen, sind eine ideale Ergänzung für die deutsche Industrie, vor allem im Bereich von Elektronik und Leichtmaschinen.

Die Zusammenarbeit kann in vielen Formen stattfinden, von gemeinsamen Forschungsvorhaben und dem Austausch wissenschaftlicher Mitarbeiter bis zum Direkttransfer von Know-how und Lizenzvergabe technologischer Patente.

Es kann heute schon festgestellt werden, daß das Abkommen mit Erfolg arbeitet. Und Neuseeland blickt einer noch besseren Zusammenarbeit mit Zuversicht entgegen. rx

MAORI / Stärke durch Vielfalt

In Treue fest zur Kuini o Ingarani

Aotearoa – das Land der langen, weißen Wolke, so nannten die Maoris einst Neuseeland. Die Ureinwohner sollen vor 600 Jahren aus Polynesien gekommen sein. Sie ruderten seetüchtige Kanus, die sehr kunstvoll gefertigt waren.

Die Maoris lebten als Fischer und Jäger. Mit ihren primitiven Waffen konnten sie die neuen Herren nicht aufhalten, die im vorigen Jahrhundert aus Europa kamen. Sie mußten die Herrschaft einer fernen Königin namens „Wikitoria" anerkennen.

Heute hält sich jeder zehnte der drei Millionen Neuseeländer für einen Maori. Eine genaue Definition gibt es nicht. „Ein Maori ist, wer sich als Maori erklärt", heißt es in einem Handbuch der Regierung.

Bei einer Volkszählung galt als Kriterium, wer wenigstens 50 Prozent Maori-Blut hat, der wurde zu dieser Volksgruppe gerechnet. Danach waren es 270 000, zu denen weitere 50 000 Einwohner mit erkennbarer Maori-Abstammung gezählt wurden. In den letzten Jahren gab es zahlreiche Mischehen.

Am Rotorua-See, auf der Nordinsel zwischen Auckland und Wellington, existiert das bedeutendste Siedlungsgebiet der Maoris. In der Ortschaft Ohinemutu wird die überlieferte Lebensweise (Maoritanga) am reinsten erhalten; und zwar nicht nur für Touristen.

Sollen die Maoris ihre eigene Sprache und Kultur weiterentwickeln oder im westlichen Lebensstil Neuseelands aufgehen? Müssen sie als starke Minderheit ihre Rechte auch politisch stärker vertreten, oder werden sie sich mit den im voraus zugestandenen Sitzen im Parlament begnügen?

Die frühere Parole „Ein Land, ein Volk" ist in Neuseeland überholt. Das räumen auch die „Pakeha" (Neuseeländer europäischer Herkunft in der Maori-Sprache) mittlerweile ein. Man macht sich die neue Losung „Stärke durch Vielfalt" immer mehr zu eigen.

„Oberflächlich betrachtet, sind die Beziehungen zwischen den verschiedenen Rassen bei uns die besten in der Welt", erklärte Peter Sharples, ein Schlichter bei Rassenstreitigkeiten in Auckland. „Das trifft insoweit zu, als es gemischte Ehen, die Nachbarn und den Sport angeht."

Legt man für die Beurteilung jedoch andere Maßstäbe an, so sieht das Bild nach seiner Aussage wesentlich negativer aus. „Unter den Insassen von Gefängnissen und Nervenheilanstalten sind die Maoris proportional stärker vertreten als die andere Bevölkerung", konstatierte Peter Sharples.

Als Ursache kommen geringere Bildungschancen, häufigeres Scheitern im Berufsleben und eine höhere Arbeitslosigkeit der Maoris in Frage. Auch die Entfremdung von der überlieferten Lebensweise durch die Abwanderung in die Städte spielt mit hinein.

Aber die Maoris können nicht in einer exotischen Oase leben; sie wollen in das nationale Leben integriert werden, um nicht Staatsbürger zweiter Klasse zu sein. „Tu Tangata" lautet die Aufforderung, die Eigenständigkeit der Maoris bei voller Teilnahme am gesellschaftlichen Fortschritt bedeutet.

Als gegen Ende der siebziger Jahre wieder Banden jugendlicher Maoris in den Städten auftraten, die ohne Schulabschluß und arbeitslos waren, fiel auf Neuseeland der Schatten von Rassenspannungen. Die Regierung bemühte sich jedoch darum, diese zu bannen. Unter Wahrung ihrer Idenditāt sollen die jungen Maoris zu kommunalen Vorhaben hinzugezogen werden.

Das Ministerium für Maori-Angelegenheiten organisierte auch zweiwöchige Besuchsreisen für die Stadt-Maoris zu den Stammesgebieten, um sie für die Wahrung ihres kulturellen Erbes zu interessieren. Sogar Premierminister Robert Muldoon schaltete sich in diese Aktionen persönlich ein.

Daß die Vulkane schon vor hundert Jahren zu einem Naturschutzgebiet erklärt wurden, verdankt Neuseeland immerhin dem Maori-Häuptling Horonuk. Er machte dem Staat eine Schenkung, die zur Keimzelle des Nationalparks Tongariro wurde. Die Hänge der Vulkane (zuletzt war der Ngauruhoe im Jahre 1975 aktiv) sind für die Maoris heilig.

Obwohl die Ureinwohner Neuseelands nach der Entdeckung durch die Briten noch Jahre hindurch gegen die Soldaten und Siedler der „Kuini o Ingarani" (Königin von England) kämpften, ließen sie sich dann schnell zum Glauben der weißen Herren bekehren. G. K.



Liebespaar der Maori von Whakarewarei
Foto: WILHELM KNÜTTEL

TOURISMUS / Die Hotel-Ketten spürten als erste den Trend

Weg vom Alltag und den Krisen der Welt

In den neuseeländischen Tourismus ist Bewegung gekommen. Schon ist es nach der Forstwirtschaft die Industrie mit den größten Zuwachsraten.

Daß Schwung in die Reisewelle zum Land kommt in dem bekanntlich zuerst die Sonne aufgeht, haben als erstes die großen internationalen Hotelketten gespürt. Hyatt International stieg gleich in vier Hotels ein, ins Inter-Continental, Auckland, das Vacation, Queenstown, und in zwei andere in Christchurch und Totorura.

Sheraton eröffnete im Zentrum von Auckland ein 420-Zimmer-Hotel für 48 Mio. NZ-$, Travelodge ging in die Nähe des Flughafens und Regency nach Wellington.

Sie alle bemühen sich um die halbe Million Fernreisende, die „down under", tief unterhalb des Äquators Urlaub machen. 8968 davon kamen im Jahre 1982 aus der Bundesrepublik. Das Tourismus-Office in Frankfurt ist darüber nicht unzufrieden, habe man selbst doch nur 3 Mio. Einwohner. Und man ist zuversichtlich, daß es Zuwächse gibt.

Fernwehspezialisten in der Reisebürobranche, wie Franktours in Kronberg bei Frankfurt brauchen sich jedenfalls um ihre Reisen in den Südpazifik keine Sorgen zu machen.

Zu dem Reiz, sich im Urlaub mal just auf der anderen Seite des Globus zu befinden, auf dem man für gewöhnlich arbeitet, kommt, daß der Aufenthalt im Lande selbst erheblich preiswerter ist als zu Hause. Doppelzimmer kosten etwa 88 NZ-$ im Vergleich zu 156 NZ-$, Zimmer in einer Kleinstadt 35 NZ-$ im Vergleich zu 69 in der Bundesrepublik. Auch die Reise mit der Bahn oder im Auto ist billiger. Ob und wie sich das ändert, wenn sich die Hotelriesen der touristischen Infrastruktur angenommen haben, bleibt indes abzuwarten.

Den Ausschlag für eine Reise ans andere Ende der Welt gibt aber fraglos die grandiose Landschaft der Inseln. Wer im Milford Sound im South Islands Fjordland National Parc die Berge kilometerhoch aus dem Meer hat steigen sehen, wird sein Leben lang davon schwärmen.

Faszinierend ist überall die Vielseitigkeit Neuseelands. Die langgestreckte Form sorgt im Norden für tropische, im Süden für eher schottische Verhältnisse. Skilaufen in den neuseeländischen Alpen läßt sich bequem mit einem Badeurlaub an der sonnenüberfluteten Küste des Pazifik verbinden.

Was darüber hinaus viele Urlauber an dem Land schätzen, ist seine Friedfertigkeit. Und das ist nicht alleine psychologisch zu begründen, daß die Reisenden glauben, weiter weg von den Unruheherden der Erde könne man nicht fahren.

Es hat auch viel mit der Mentalität der Bewohner zu tun. Spötter sagen, die Europäer wären hier so friedlich durch die 60 Mio. Schafe geworden, hätten sich ihrem Lebensrhythmus angepaßt. Romantiker führen das auf das Klima des Südpazifik und den positiven Einfluß der Maori zurück. Wie auch immer, man urteilt am besten selbst an Ort und Stelle. rx.

KAITI BEACH / Wo die Geschichte begann

Matrose Hick als Hauptgericht

Hier ist es also gewesen, wo am 8. Oktober 1789 Kapitän James Cook zum ersten Male in Neuseeland gelandet ist. Nach einer langen Reise von Tahiti über den Südpazifik waren die Wasservorräte der Endeavour erschöpft. Am Kaiti Beach kam es zu unfreundlichen Auseinandersetzungen mit Maoris, genauer mit ein paar Leuten des Taira-Whiti-Stammes. Sie gaben weder Wasser noch frisches Gemüse – warum eigentlich nicht?

Graw und Pauline Summersby sind heute zu ihren Gästen heute viel freundlicher. In ihrem gut geführten Restaurant, in ihrem Motel an Hicks Bay mit Blick auf Cooks Landeplatz ist preiswert zu haben, was Küche und Keller bieten. Nicht allzuviel zwar – aber immer frisches Gemüse, immer Scallops, immer ein Steak und natürlich die bemerkenswerten Weißweine aus dem nahen Ghisborne, dem größten Weinanbaugebiet des Landes: ein Müller-Thurgau, ein Chardonney, ein Riesling Sylvaner.

Davon, vom Weinanbau in Neuseeland, haben weder Kapitän Cook noch die Maoris etwas geahnt. Sie sind keine Eingeborenen wie vielleicht die Moiras, die wohl vom heutigen Indonesien aus die beiden Inseln am schönsten Ende der Welt besiedelt haben. Erst dreihundert Jahre vor den Engländern sind sie mit dem berühmtesten, dem heiligsten all ihrer Canoes Takitimu hier am Ostkap, am East Cape von Hawaii aus angekommen.

Und wer sich noch ein bißchen mehr von diesen mündlich überlieferten Stammesgeschichten verwirren lassen will, die alle mit dem Namen eines bestimmten Canoes vor sechs-, vor achthundert Jahren beginnen, der soll noch schnell erfahren: der berühmteste Navigator, der von Hawaii – also viel weiter als Cook von Tahiti – übers Meer gesegelt ist, der heißt Toroa. Er ist mit dem Mataatua Kanu vor 600 Jahren beim heutigen Whakatane gelandet.

Die Hot Springs, die warme Quelle, in Te Puia ist bis auf weiteres wegen der Trockenheit versiegt. Die Hawaii-Stream, ein Bach, führt gleichfalls kaum Wasser, erinnert jedoch seit altersher mit seinem Namen an die Herkunft der polynesischen Einwanderer-Kanus.

Die wenigen kleinen Siedlungen an der abenteuerlich schönen Panoramastraße sind kaum der Rede wert. In Te Araroa am Fuße des größten Pohutukawa-Baumes in der Welt nennt zwar der Prospekt das Kawa-Hotel als „willkommene Überraschung". Aber der überraschte Gast stellt fest: das Restaurant ist mittags geschlossen, und an dem uralten Caravan nebenan gibt es nur Pies und ein paar Süßigkeiten.

Unmittelbar an der Datumsgrenze geht zuallererst die Sonne auf und zuletzt dann sozusagen 23 Stunden später ein paar Flugstunden nördlicher in Hawaii. Wer in dieser Richtung aus Neuseeland abreist, der erhält dort als Geschenk sozusagen einen zusätzlichen Tag, oder er bekommt den Tag zurück, den er bei der Anreise aus dieser Rcihtung hat ersatzlos im Kalender streichen müssen. So geht es also zu, wenn man unbedingt immer weiter nach Osten möchte bis zum alleröstlichsten Punkt, bis zum East Cape von Neuseeland.

Dort ging es schon in den Zeiten der Maoris demokratisch zu. Sie haben am Pohatuuroa-Felsen getagt, gewählt, gebetet, manchmal allerdings ihre Feinde verzehrt. Immerhin erinnert an einen dieser vier Seeleute des Kapitäns Cook, die als Nahrungsmittel verwendet worden sind, an den Matrosen Hick, die schöne gleichnamige Bucht an der East Cape Road. GÜNTHER SCHOLZ

OTAGO / Überaus schottisch

Voller Romantik und Weltrekorde

Natürlich fehlen Burgen und Schlösser. Aber wer die neugotischen Spitzbögen der Universität von Otago mit Glockenturm und Registratur sieht, fühlt sich nach Oxford versetzt. Und wer mit einigen der 7000 Studenten an dieser ältesten Hochschule von Neuseeland spricht, fühlt sich wie im Gründungsjahr 1896. Hier allein im Commonwealth scheinen fröhliche Bescheidenheit, Vaterlandsliebe und Moral des neunzehnten Jahrhunderts überlebt zu haben.

Queen Victoria wäre stolz auf diese wohlerzogenen Landeskinder, wenn sie heute nach Dunedin zu Besuch käme, der zu ihrer Zeit größten und reichsten Stadt. Diese schottische Gründung aus dem Jahre 1849 bewahrt nicht nur in den sorgfältig restaurierten Kirchen und Bibliotheken die Traditionen des viktorianischen Zeitalters. Auch der schottische Fleiß, sein Wagemut, seine Sparsamkeit und seine Zuverlässigkeit beseelten auf verblüffende Weise die Nachfahren. Ein Stück Europa-Museum ist zu besichtigen, das sonst nur noch in der Literatur lebt.

Diese romantische Verklärung wird nicht allen der rund hunderttausend Einwohner dieser drittgrößten Stadt des Landes behagen. Lieber schon hören sie, daß von hier vor genau hundert Jahren 1882 die erste Ladung mit gefrorenem Schaffleisch Port Chalmers nach England verlassen hat. Dort verwaltet der deutsche Kurt Plate den modernsten Container-Hafen von Neuseeland. Seine Verladeeinrichtungen machen ihn sogar zum schnellsten Containerterminal der Welt – schneller als Bremerhaven oder Tokio oder Rotterdam.

Es gibt noch mehr Rekorde. Der größte Staudamm – genauer vier Dämme – entsteht mit dem Clutha-Valley-Projekt bis 1991. In der Provinz Otago ist in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts am meisten Gold gefunden, die erste Eisenbahn der südlichen Hemisphäre gebaut worden. Auch das älteste noch in Betrieb befindliche Dampfschiff, die MS Earnslaw, verkehrt noch bei Queenstown auf dem Lake Wakapitu. Er transportiert Touristen und hält Chicken and Champaigne für sie bereit, den leider etwas süßlich geratenen Sekt dieses Landes.

Um Queenstown herum, das ehemalige Goldgräberzentrum, gruppieren sich heute die wichtigsten touristischen Attraktionen der Südinsel: der Coronet-Peak mit seinem durch Lifte erschlossenen aussichtsreichen Ski- und Wandergebiet, der Shotover River mit dem schnellsten und flachsten Jetboot, das diesen Fluß bei zwanzig Zentimeter Tiefgang in abenteuerlicher Fahrt entlangstäubt, nichts für ängstliche Gemüter. Das Automuseum bewahrt über hundert wohlgepflegte Oldtimer, die Sesselbahn zum Aussichtsrestaurant 600 Meter über der Stadt schenkt den 1000-Dollar-Blick auf die Remarkables, die unvergeßliche Bergwand am südlichen Seeufer. Bergsteiger erklettern mehrere Dreitausender. Wanderer marschieren von hier vier Tage lang durch unberührte Natur auf dem Milford Track zum Milford Sound, dem schönsten Fjord der fjordreichen Westküste. Golf, Krikket, Fliegen, sehr gute Quartiere und gutes Essen bei Josef Höberle, der im Gourmet-Expreß den kulinarisch nicht verwöhnten Neuseeländern europäische Überraschungen zubereitet. Merkwürdigerweise schmeckt – außer bei Josef – ein Lammrücken in Europa besser als in dem Lande, aus dem er stammt.

GÜNTHER SCHOLZ

Von D. L. WILKS

FINANZSYSTEM / Im Auf und Ab von Restriktionen und Stimulantien

Banken als Instrument staatlicher Währungspolitik

Die wichtigeren privaten Geldinstitute in Neuseeland entstanden als Töchter britischer Banken schon in den ersten Tagen der europäischen Besiedlung. In der Folge wurde die weitere Entwicklung der neuen neuseeländischen Finanzwelt durch die Arbeitsbedingungen der örtlichen Institute und durch die politisch-wirtschaftliche Entwicklung des Landes stark beeinflußt. Zu diesen letzteren Faktoren kann hinzugefügt werden, daß die Wirtschaft eine relativ kleine Größe aufweist. Das hat natürlich Auswirkungen auf den Wirkungskreis der Banken, wie er sich bis heute entwickelt hat, und auf die Währungspolitik des Landes.

Heute umfaßt das Finanzsystem Neuseelands eine große Vielfalt an Institutionen und Märkten. Ihre zentrale Rolle ist es, trotz bedeutender Unterschiede in ihren individuellen Aktivitäten, Kanäle anzubieten, auf denen die Geldmittel von Personen oder Organisationen, die davon zuviel haben, an die geleitet werden können, die sie entleihen wollen. Dazu zählen Banken, vor allem Wirtschaftsbanken, Sparkassen, Finanzierungsgesellschaften, Börsenmakler, der private Hypothekenmarkt, Baugesellschaften, Lebensversicherungsgesellschaften, Handelsbanken, Fonds, der Geldmarkt, der interbankäre Markt, der Markt der staatlichen Schuldverschreibungen, die Effektenbörse, der Markt der Wechselstuben und verschiedene amtliche Agenturen, die Geld verleihen.

Reguliert und kontrolliert werden die Währung, das Banksystem, die Zinskurse und internationale Währungstransaktionen durch die Zentralbank, die „Reserve Bank of New Zealand", die 1933 gegründet wurde. Ihre Entstehung beruht weitgehend auf die Depression der 20er und der frühen 30er Jahre. *Darauf folgte* eine Neubeurteilung der Rolle der Regierung im Wirtschaftsleben. Heute ist die eigentliche Aufgabe der „Reserve Bank", die Währungspolitik der Regierung auszuführen.

Das Hauptinstrument dieser Politik in Neuseeland ist die Anlage von Reserven, die Geldinstituten, zum Beispiel den Handelsbanken, auferlegt werden. Diese sind verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Rücklagen in Cash, Regierungsanleihen oder auf Konten der „Reserve Bank" zu halten. Weiter können die Behörden Direktiven und Richtlinien für die Banken und andere Finanzinstitutionen erlassen, in denen die Natur und das Ausmaß der Geschäfte festgelegt werden. Schließlich ist die „Reserve Bank" in der Lage, selbst auf dem Markt öffentliche Anleihen und andere Wertpapiere zu kaufen oder zu verkaufen.

Der Marktanteil der Handelsbanken ist bis 1968 ständig gesunken. Seitdem hat sich der Trend umgekehrt, und 1982 nahmen die Handelsbanken die Spitzenposition mit 45,4 Prozent aller Rücklagen ein. Das wirtschaftliche Bankensystem in Neuseeland besteht zur Zeit aus vier verschiedenen Handelsbanken. *Jede verfügt* über Niederlassungen im ganzen Land. Sie bieten die üblichen Bank- und Geldwechseldienste, dazu kurz- und mittelfristige Kreditvergabe an Privatpersonen oder Geschäftsleute an.

Bis in die Mitte der 60er Jahre versuchten die Regierungen, die Wirtschaftsbedingungen und die Währungspolitik zu beeinflussen, wobei sie prinzipiell die Handelsbanken im Auge hatten. Die Folge war, daß, unter anderem, die Handelsbanken strengeren Kontrollen seitens der Finanzbehörden unterworfen waren als andere Geldinstitute. Daher nahm ihre Bedeutung innerhalb des Finanzsystems zugunsten anderer Firmen ab, deren Einfluß schnell anwuchs.

Seit Mitte der 60er Jahre dann wurden diese Kontrollmaßnahmen erleichtert, und dies erlaubte den Handelsbanken, den Negativtrend ihrer Bedeutung umzukehren und wettbewerbsfähiger zu werden. So konnten sie auch ihre Tätigkeiten stärker diversifizieren.

Ein Beispiel hierfür ist die Gründung von Sparkassen-Töchtern (privaten Sparkassen). Hinzu kam, daß sie für eine Zeit weitgehend von Restriktionen bei der Festlegung des Zinssatzes befreit waren. Seit April 1978 haben sie auch die Erlaubnis, ohne Beschränkungen auf dem wirtschaftlichen Anlagemarkt zu operieren. Diese Änderungen in der Politik haben zu einem erheblichen Anwachsen des Anteils der Privatbanken am Kapital*markt geführt*.

An Sparkassen gibt es drei Arten in Neuseeland, die Bank der Post (die Post Office Savings Bank), die treuhänderischen Sparkassen und die privaten Sparkassen, die sich vor allem durch die Rechtsnatur ihrer Eigentümer voneinander unterscheiden.

Das Eigentum an den zwölf treuhänderischen Sparkassen, die zur Zeit aktiv sind, basiert auf dem Prinzip kommunalen Besitzes innerhalb der verschiedenen geographischen Regionen, in denen jede arbeitet. Die Post Office Savings Bank gehört hundertprozentig dem Staat, während die privaten Sparkassen im Eigentum der Handelsbanken stehen.

Als Gruppe gesehen, hat sich der Anteil der Sparkassen am Kapitalmarkt bis 1968 ständig vergrößert. Dies spiegelt das frühe Wachstum der Sparkassen bei ihrer Gründung und in *ihren ersten Jahren wider. Ihr Anteil* ist jedoch seitdem einem scharfen Rückgang ausgesetzt gewesen. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Sparkassen in einem Umfeld arbeiten mußten, das stärkeren Restriktionen ausgesetzt war, als es für die meisten anderen Geldinstitute der *Fall war*. Sie *mußten mit* Beschränkungen bei der Festsetzung der Zinsen arbeiten. Das beeinflußte ihre Fähigkeit, marktgerechte Habenzinsen zu geben negativ und so ihre Fähigkeit, bei Einlagen mit anderen zu konkurrieren.

Obwohl 1976 Maßnahmen in Kraft traten, das Finanzsystem von den Zinsbeschränkungen zu befreien, blieben die Kontrollen für Bankeinlagen erhalten. Diese Lage änderte sich erst 1977, als fast alle verbliebenen Zinskontrollen für die Sparkassen aufgehoben wurden. Dadurch wurden diese in die Lage versetzt, viel wettbe*werbsfähiger zu arbeiten.*

Die unterschiedlichen Trends bei der Einlagen-Politik der verschiedenen Typen der Privatbanken kann zum Teil darauf zurückgeführt werden, daß sie im Wettkampf um die Einlagen verschiedene Haltungen eingenommen haben und darauf, daß einige der Privatbanken ihre Einlagen an die Handelsbanken abgegeben haben, die vor allem für den „kleinen Sparer" attraktivere und flexiblere Anlagemöglichkeiten auf den Markt bringen konnten, weil sie unter geringeren Restriktionen arbeiten konnten.

Finanzierungsgesellschaften zählen zu den Gesellschaften, die in den vergangenen Jahren in Neuseeland am schnellsten wuchsen. Dieses schnelle Wachstum resultiert aus einer Verbindung von den Wirkungen, die von den Beschränkungen der anderen Finanz-Gesellschaften (Handelsbanken und Sparkassen) ausgingen und der Bereitschaft, das eigene Geschäft mit interessanten Angeboten für den Investor zu betreiben. Auch bemühten sie sich, Möglichkeiten zur Finanzierung von Investitionen anzubieten, die den Notwendigkeiten des Marktes auf den Leib geschneidert sind.

Einzigartig in Australien und Neuseeland sind die Börse und die Warentermingeschäfte. Ebenso die Leistung von finanziellen Diensten für den landwirtschaftlichen Sektor, für die Agenten, die beim Wollverkauf, bei Getreide und Saatgut, bei Verwaltung und Erwerb von Grundeigentum, bei der Lieferung von Handelsware, der Ausstattung und anderer verschiedener Waren, die auf der Farm benötigt werden, beschäftigt sind. Diese Firmen haben einen langsamen Rückgang ihres Anteils am Kapitalmarkt erlebt. Im Jahre 1982 waren es nunmehr 0,9 Prozent.

Dies war eine Folge der Beschränkungen für ihre Zinssätze bei Krediten und Einlagen und auch eine Folge des Wettbewerbs im landwirtschaftlichen Kreditgeschäft, den andere größere Konkurrenten ihnen lieferten, zum Beispiel die Handelsbanken. Hinzu kommt, daß der Erfolg ihrer Vertreter zusammen mit dem des Agrarsektors schwankte, weil sie mit den Landwirten eben sehr eng assoziiert sind.

Der sogenannte „offizielle" Geldmarkt würde 1962 eingeführt durch die Möglichkeit des „*Kredits der letzten Zuflucht*". Das Recht hierzu wurde vier ausgesuchten Gesellschaften durch die „Reserve Bank" eingeräumt. Der Marktanteil dieser amtlichen Händler ist seit den frühen 70er Jahren gesunken. Dies spiegelt ihre Unfähigkeit wider, von der flexibleren Zinspolitik Gebrauch zu machen, die in diesen Jahren einsetzte. Denn aus Sicherheitsgründen wurde von ihnen verlangt, einen größeren Anteil ihrer Rücklagen in staatlichen Sicherheiten anzulegen, deren Zinssätze unter dem Marktniveau lagen. In jüngster Zeit sind jedoch die staatlichen Schuldverschreibungen wettbewerbsfähiger geworden und mit ihnen die Zinsen für Einlagen bei den Händlern.

Für eine Vielzahl von Geldinstituten sind 1981 wieder Kontrollen für ihre Zinspolitik eingeführt worden. Während diese Kontrollen nur als effektive Beschränkungen für kurze Zeit gelten sollen, mit der Wirkung, daß Zinssätze auf dem Markt in der Folge unter die festgesetzte Obergrenze gefallen sind, hat man auch die Auswirkungen solcher Kontrollen auf den Einlagenfluß zwischen den verschiedenen Geldinstituten einer strengen Überwachung unterzogen.

Seit 1976 wurden Schritte unternommen, die Entwicklung eines aktiveren staatlichen Rentenmarktes zu ermutigen, unter Einschluß zum Beispiel der Ausgabe von Papieren, deren Zinssätze eher mit denen des Marktes in *Einklang sind. Zu diesen Maßnahmen* zählt auch die Ankündigung von Ministerpräsident R. D. Muldoon, ab September 1983 für die Ausgabe staatlicher Anleihen das System von Angebot und Nachfrage einzuführen.

Im Frühjahr 1982 wurde ein internes Arbeitskomitee eingesetzt, um die Strukturen des Finanzsystems zu studieren. Experten der „Reserve Bank" Neuseelands und des Amtes für Vermögensverwaltung waren beteiligt. Ihre Zielsetzung war zu prüfen, in welche Richtung sich zu entwickeln das Finanzsystem ermutigt werden sollte. Auch sollten Maßnahmen zu Änderungen der gegenwärtigen Arbeitsbedingungen untersucht werden, um die Effizienz zu erhöhen.

Die Arbeit dieses Komitees hat nützliche Erkenntnisse und Empfehlungen für die notwendigen Schritte gebracht, welche die Entwicklung zu einem effizienteren und wettbewerbsfähigeren Finanzsektor in Neuseeland stärken sollen.

D. L. Wilks ist Governor der „Reserve Bank" von Neuseeland

Mit CER kommt Nachbar Australien (noch) näher

Seit dem 1. Januar ist das Abkommen über engere Wirtschaftsbeziehungen zwischen Australien und Neuseeland, das „Australia – New Zealand Closer Economic Relations Trade Agreement" (CER), in Kraft.

Vermutlich wird sein Ergebnis sein, daß der gesamte Warenaustausch zwischen beiden Ländern von Zollhemmnissen befreit sein wird.

„Unsere Länder sind durch enge Bande aus Geschichte, Sprache und Geographie miteinander verknüpft", sagte Neuseelands Ministerpräsident Muldoon im Dezember bei der Unterzeichnung. „Es ist sehr sinnvoll für Neuseeland und für Australien, diesen weiteren Schritt zu unternehmen. Wir sind natürlich glücklich, daß die größere pazifische Region über einige der dynamischsten Volkswirtschaften der Welt verfügt. Australien und Neuseeland werden nun in einer besseren Lage sein, die Chancen, die das bietet, zu ergreifen", sagte der Premier.

Zentraler Inhalt des Vertrages ist, alle handelsrechtlichen Vereinbarungen zwischen 1983 und 1988 auslaufen zu lassen, die Import-Lizenzierung bis 1995 und steuerliche Anreize für den Export bis 1987.

Das ergibt einen ordentlichen, langsamen Abbau aller Handelshemmnisse, um innerhalb von 12 Jahren eine komplette Freihandelszone zu erreichen. Molkereiprodukte und Wein werden in gesonderten Vereinbarungen geregelt, ebenso Haushaltsgeräte, Teppiche, Plastikartikel und einige Gartenbauprodukte. Einige andere Erzeugnisse müssen noch abgehandelt werden, wie Stahl und Motorfahrzeuge. Die Pläne für die Industrieentwicklung in beiden Ländern sind schon abgestimmt.

Dementsprechend wird bald der Handel sämtlicher Erzeugnisse liberalisiert sein.

Hugh Templeton, der neuseeländische Minister für Handel und Industrie, hat jüngst einige Vorzüge des CER aufgezeigt:

- ein größerer Markt von 18 Millionen Menschen, die vereinigte Bevölkerung von zwei Ländern;
- eine gemeinsame Planung und Erschließung der immensen Ressourcen beider Länder;
- erhöhtes industrielles Wachstum und größere Effizienz;
- gesteigerte Attraktivität für Investoren;
- verbessertes Marketing durch die Harmonisierung der Handelsinteressen beider Länder;
- eine stärkere Bedeutung beider Länder für die Sicherheit und die Entwicklung der pazifischen Region.

Schon Dutzende von Firmen auf beiden Seiten treffen die Vorbereitungen, um die Vorteile, die CER bringt, zu nutzen. Zwei Firmen, die gleichartige Produkte herstellen, handele es sich nun um Chemieprodukte, Kühlschränke, Stereoanlagen oder chirurgisches Besteck, können ihre Forschungs- und Entwicklungskosten verbinden. Sie können ihre Produktionskapazität wirkungsvoller durch größere Spezialisierung einsetzen. Und diese Waren können dann in größeren Einheiten hergestellt und in wirtschaftlicherem Maßstab abgesetzt werden. So können sie beispielsweise von dem einen ins andere Land transportiert werden, um dort verpackt und an den Handel ausgeliefert zu werden.

Europäische Investitionen in Neuseeland sollten durch CER einen Schubs kriegen. Die Aussicht, imstande zu sein, nach den gleichen Regeln auf dem australischen Markt zu verkaufen wie auf dem heimischen in Neuseeland, sollte Unternehmen der nördlichen Hemisphäre anstacheln, eine Partnerschaft mit einer neuseeländischen Firma zu suchen, um gemeinsam die Vorteile des größeren Marktes zu nutzen.

Die besten Erfolgsaussichten bieten sich für Firmen, die im Bereich der fortschrittlichen Technologie zu Hause sind. Das umfaßt holzverarbeitende Firmen, die Hersteller von Haushaltsgeräten, von Präzisionswerkzeugen, von speziellen medizinischen Geräten, von Chemieprodukten, umfaßt die Druckindustrie, die Hersteller von Fahrzeugkomponenten und schließlich die Textil- und die Bekleidungsindustrie.

Es bieten sich ferner auch für Dienstleistungsbetriebe Expansionsgelegenheiten, indem sie ihre Tätigkeiten auf das andere Land ausdehnen.

Aber es wäre wohl ein Fehler, CER nur im wirtschaftlichen Kontext zu begreifen. Der CER-Vertrag bietet auch für Australien und Neuseeland die Grundlage, ihren Platz in der größeren asiatisch-pazifischen Region zu entwickeln. MM.

GROSSPROJEKTE / Erdgas als Basis

Deutsche Firmen sind beteiligt

Mit Nachdruck arbeitet man jetzt in Neuseeland an der Realisierung einiger größerer Projekte, deren hauptsächliches Ziel es ist, die beträchtlichen Energiereserven des Landes zu erschließen.

Dazu zählen Naturgas, Kohle und Wasser sowie geothermische Kräfte. Mit der Erschließung dieser Quellen verbindet sich vor allem die Überlegung, die zu erheblichen Preisen importierte Energie zu ersetzen und dadurch im Ergebnis die Zahlungsbilanz Neuseelands zu verbessern.

Die Strategie der Regierung zum wirtschaftlichen Wachstum betont daher eine wirkungsvolle Nutzung der heimischen Energiequellen, wobei diese den Umweltkonzeptionen der 80er Jahre angepaßt sein muß.

Die Regierung hat die Errichtung einiger größerer Vorhaben gebilligt, damit sie die Energie, das „Arbeitskapital" liefern, um eine diversifizierte und weniger verwundbare Wirtschaft zu entwickeln.

Im Vordergrund bei den Energievorhaben steht die Erschließung des großflächigen Maui-Gasfeldes und seiner Reserven. Damit soll bis 1987 eine 50prozentige Selbstversorgung bei Kfz-Treibstoffen erreicht werden. Zugleich soll das Gas als Grundstoff für eine Vielzahl petrochemischer Erzeugnisse zum Einsatz kommen.

Hierbei ragen zwei Vorhaben hervor, die auch im Weltmaßstab groß zu nennen sind. Das ist einmal das Gasoline-Projekt der New Zealand Synthetic Corporation, mit dem das Maui-Gas zu Methanol und dann zu synthetischem Benzin umgewandelt werden soll. Mitte 1985 soll das Werk stehen. Das Vorhaben, das einen jährlichen Output von 570 000 t haben soll, wird 1502 Mio. NZ-£ kosten.

Das Erzeugnis des synthetischen Benzin-Vorhabens wird dann zur Marsden Point Petrol Raffinery verschifft, wo es mit Benzin, das dort in der Raffinerie hergestellt wurde, verschnitten wird. Aus diesem Grunde wird die Marsden Point Raffinerie zur Zeit erheblich erweitert, um die Produktion von raffiniertem Benzin von gegenwärtig 2 575 000 auf 3 370 000 t zu erhöhen (jährlicher Produktion). Zusätzlich wird ein Hydrocracker installiert, um die Flexibilität der Raffinerie zu steigern. Die Kosten der Erweiterungsarbeiten belaufen sich auf 1 Mio. NZ-£ (1982).

Unter den kleineren Vorhaben auf Gasbasis ist die Amonium-Ureat-Anlage zu nennen. Sie nutzt Maui-Gas um jährlich 155 000 t von granuliertem Urea und 7000 t von Amonium herzustellen. Das Amonium Urea wird in granulierter Form hauptsächlich als Düngemittel Verwendung finden. Die Kosten des Projektes belaufen sich auf etwa 110 Mio. NZ-£.

Deutsche Beteiligung gibt es unter anderem beim Bau des Clyde-Damms, der die Elektrizitätsversorgung verbessern soll. Das Konstruktionsunternehmen Zublin GmbH ist mit der neuseeländischen Firma Williamsson Construction Ltd. ein Joint Venture eingegangen, welches den Hauptauftrag über 590 Mio. NZ-£ erhalten hat. Bei der Ausbaustufe II sind mit Mannesmann Demag Sack GmbH und Schloeman-Siemag zwei weitere deutsche Firmen unter den fünfen, die sich für den Auftrag zur schlüsselfertigen Herstellung vorqualifiziert haben.

Aber darüber hinaus sind noch eine Reihe deutscher Firmen bei der Erschließung der Energiequellen beteiligt. Es ist zu erwarten, daß, wenn sie sich auf dem neuseeländischen Markt zurechtgefunden haben, sie die Schrittmacher für viele andere sein werden.

M. M.

SCHIFFAHRT / Störende Aktionen gegen deutsche Schiffe

Dichte der Linienabfahrten verwundert die Experten

Hamburg ist für Neuseeland einer der wichtigsten Häfen in Europa. Nahezu alle Exportwaren werden verschifft. Für die neuseeländische Ausfuhr ist Fleisch nach wie vor das weitaus bedeutendste Produkt. Wolle ist nach Fleisch und Milchprodukten auf den dritten Rang zurückgefallen. In Hamburg werden vor allem Wolle, Früchte und Fleisch gelöscht. Deutsche Exporte nach Neuseeland umfassen die gesamte Palette deutscher Industrieerzeugnisse.

Wie aus einer Analyse des „Unternehmensverbandes Hafen Hamburg" hervorgeht, ist Neuseeland nicht nur das von Hamburg weitestmöglich entfernte Fahrtgebiet, sondern es ist auch eines der jüngsten überhaupt. Dennoch ist es ein Fahrtgebietsteil, der in der Dichte der Linienabfahrten Australien nicht nachsteht. Dies ist um so verwunderlicher, da der Seegüterverkehr von der Bundesrepublik Deutschland nach Australien ein Vielfaches desjenigen mit Neuseeland ausmacht.

Wichtigster Hafen ist Auckland

Fast alle wichtigen Inlandsplätze Neuseelands sind von den Häfen aus sowohl über das mehr als 5000 Kilometer lange Netz der privaten wie staatlichen Eisenbahnen als auch über das gut ausgebaute Straßennetz zu erreichen. Die Eisenbahnen der Nord- und Südinsel sind durch Fährschiffslinien über die Cook-Straße miteinander verbunden.

Der wichtigste Hafen von Neuseeland ist Aukland. Der Seegüterumschlag betrug im letzten Jahr rund sechs Millionen Tonnen, ein Zehntel des jährlichen Umschlages im Hamburger Hafen. Aukland sowie Port Taranaki, Wellington, Napier und Nelson werden hauptsächlich für die Verschiffung von Forst- und Agrarprodukten benutzt.

Der Güteraustausch mit Neuseeland stagniert gegenwärtig. Die Wirtschaftslage läßt größere Importe nicht zu. Die Wachstumsaussichten der neuseeländischen Wirtschaft sind mittelfristig nicht besonders günstig, wenn auch mit einem verstärkten Anziehen der Preise für Agrarerzeugnisse und forstwirtschaftliche Produkte gerechnet wird. Das käme Neuseeland zugute.

Auch die restriktive Landwirtschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaft macht der neuseeländischen Wirtschaft zu schaffen. Angesichts dieser Lage ist es um so unverständlicher, daß zwei Gewerkschaften den Handelsverkehr mit Europa und der übrigen Welt durch Boykottaktionen gegen deutsche Schiffe stören.

Deutsche Schiffe mit deutscher Besatzung unter deutscher Flagge geraten bisweilen in Neuseeland und Australien unter heftigen „rhetorischen" Beschuß. Die Columbus-Line, eines der erfolgreichsten deutschen Containerschiffsunternehmen und eine Tochter der Reederei Hamburg-Süd (Oetker-Konzern), wird von australischen und neuseeländischen Gewerkschaften schwerpunktmäßig bestreikt. Die Gewerkschaften in Neuseeland wie in Australien wollen erreichen, daß diese Schiffe künftig nicht mehr unter deutscher, sondern unter deren nationaler Flagge mit einheimischer Besatzung fahren.

Zuletzt war im August dieses Jahres die „Columbus America" im Hafen von Port Chalmas (Neuseeland) festgehalten worden. Ziel der Boykottmaßnahmen ist es, daß Schiffe der Reederei unter neuseeländischer Flagge gestellt und mit neuseeländischen Seeleuten bemannt werden. Auf diese Weise wollen sich die Neuseeländer einen „angemessenen" Frachtanteil am Ladungsaufkommen zwischen Nordamerika und Neuseeland sichern.

Die Columbus-Line setzt zur Zeit zehn Containerschiffe à 1000 Container im „Pendelverkehr" vor allem zwischen Australien, Neuseeland und den USA ein. Dieser „Cross Trade" ärgert die Unions in Neuseeland. So wurden die Schiffe der Hamburger Reederei bisher von zwei Gewerkschaften boykottiert.

Arbeitslosigkeit schafft Probleme

Die Columbus-Line und die Hamburg-Süd Reederei haben in diesem Streit bereits die Bundesregierung eingeschaltet. Auch sind Gerichte in Neuseeland in diesem Streit angerufen worden.

Unter den neuseeländischen Seeleuten herrscht große Arbeitslosigkeit. Dies ist einer der Gründe, weshalb die Unions die deutsche Besatzung gegen einheimische Seeleute auswechseln wollen.

Zum anderen aber verfügt die staatliche „Shiping Corporation of New Zealand" nur über neun Schiffe. Sie fahren zwischen Europa, USA, Asien und Neuseeland.

Der Schaden, der durch den Boykott entstand, wurde von der Reederei Hamburg-Süd mit rund einer Million Mark angegeben.

HANS MANN

INTERVIEW MIT RON TROTTER

Kontingente bremsen den freien Handel

DIE WELT: Während seines Besuchs in Auckland schlug Minister Lambsdorff vor, daß westdeutsche Firmen verstärkt in Neuseeland investieren sollen. Ist dies ein realistischer Vorschlag?

Ron Trotter: Die Bundesrepublik ist bekannt für ihre ausgesprochen leistungsfähige und fortschrittliche Industrie, vor allem auf den Gebieten Schwermaschinen, Transport, Präzisionsinstrumente. Neuseeländische Geschäftsleute hoffen, von der technologischen Führungsrolle der Deutschen zu profitieren, um die eigene Industrie leistungsfähiger zu machen. Unsere Arbeitskräfte sind sehr gut ausgebildet und haben anerkannt überdurchschnittliche Fähigkeiten; für westdeutsche Unternehmen, die bei uns investieren wollen, sind die Voraussetzungen also günstig. Deshalb würde ich sagen: Ja, der Vorschlag ist realistisch.

DIE WELT: Die Beschränkungen der EWG beeinflussen den Handel zwischen der Bundesrepublik und Neuseeland. Sehen Sie da eine Lösung? Könnte eine 5-Jahres-Garantie, wie sie für Butter im Gespräch ist, ein Modell für weitere Exportgüter sein?

Ron Trotter: Die Beschränkungen der EWG wirken sich in erster Linie auf Milchprodukte und in geringem Maße auf Lammfleisch und Äpfel aus. Die meisten anderen Warengruppen sind relativ frei von Beschränkungen. Natürlich waren die tiermedizinischen Vorschriften der EWG sehr kostspielig und waren mit hohem Kapitalaufwand für unsere fleischverarbeitenden Unternehmen verbunden, um den EWG-Vorschriften gerecht zu werden. Diese Vorschriften sind jedoch globaler Natur und beschränken sich nicht nur auf Neuseeland, und ebenso wie die anderen Länder, die von ihnen betroffen sind, müssen wir uns an diese Vorschriften halten.

Was die 5-Jahres-Garantie angeht, so würden wir nicht in eine Lage kommen wollen, in der unser Handel von Kontingenten diktiert wird. Wir, als GATT-Mitglied, sind überzeugte Anhänger des freien Warenverkehrs im internationalen Handel, vor allem auf dem Agrarsektor.

DIE WELT: Neuseeland hat eine wichtige Rolle in der Entwicklung der Südpazifik-Region übernommen. Welche Aussichten gibt es hier?

Ron Trotter: Neuseelands Beziehungen zu bestimmten Staaten im Südpazifik bestehen seit langem: Diese sind mit der allgemeinen Bewegung hin zur Unabhängigkeit in dieser Region noch gewachsen. Neuseeland nimmt aktiv an regionalen Organisationen teil und hat seine bilaterale Entwicklungshilfe dorthin in bedeutendem Maße erhöht: mehr als 65°. fließen nun in südpazifische Länder. Neuseelands Hilfe konzentriert sich auf die Entwicklung im Agrar- und Forstbereich, auf Energieschätze, Transport- und Kommunikationswesen. Auch in anderer Weise hat Neuseeland an der wirtschaftlichen Erschließung der Region mitgeholfen, so zum Beispiel durch ein Industrieentwicklungsprojekt, das neuseeländische Unternehmen anregt, in ausgewählten pazifischen Staaten verarbeitende Industrie zu schaffen. Die Gesamtwirkung dieser erhöhten wirtschaftlichen Aktivität müßte für den neuseeländischen Handel sowie für Handelspartner wie die Bundesrepublik von Vorteil sein.

Ron Trotter ist Berater der neuseeländischen Regierung und Chef von Fletcher Challenge.

INDUSTRIEN / Wachstum durch ausländische Investitionen

Klein, aber fein und mit guten Partnern ausbaufähig

Von EARL RICHARDSON

Wahrscheinlich sehen viele Europäer in Neuseeland nur eine riesige Farm. Aber das stimmt nicht. Heute hat die Industrie die Rolle von Neuseeland als große Farm erheblich revidiert. Sie stellt heute mehr als 25 Prozent der gesamten Produktion des Landes, der Beschäftigten und des Exports.

Die verarbeitende Industrie hat sich in den letzten 40 Jahren erheblich entwickelt. Dabei vollzog sich das größte Wachstum etwa in dem letzten Jahrzehnt.

Diese Entwicklung vollzog sich unter einem Schutzschild der Regierung. Diese begünstigte die Exportsubstitution, während der eigene Export Neuseelands bis vor etwa 20 Jahren keine große Rolle spielte.

Heute dagegen ist der Export zu einem bedeutsamen Faktor geworden. Er übernimmt 12 Prozent der Gesamtleistung der Industrie und zeigt eine Wachstumsrate seines Volumens von jährlich 10 Prozent während der letzten Dekade.

Einen bedeutsamen Anstoß erhielt der neuseeländische Export durch das mit Australien geschlossene Freihandelsagreement, das „New Zealand Australia Free Trade Agreement", *das 1965 unterzeichnet wurde.* Und Australien und Neuseeland sind noch heute gegenseitig die größten Märkte für die Abnahme von Industriegütern.

Das Freihandelsagreement wies indes Beschränkungen auf, die von dem Vertrag über engere wirtschaftliche Beziehungen beider Länder, dem Australia New Zealand Closer Economic Relations Treaty (ANCERT) aufgehoben wurden, als sich dieser in der Ausarbeitungsphase befand. Rechtsgültig wurde er zum 1. Januar dieses Jahres. Unter ANCERT werden die Handelsbeschränkungen zwischen beiden Ländern auslaufen. Und ab 1995 werden alle Produkte frei gehandelt werden, lediglich Regelungen unterworfen, die für die ganze Region gelten (siehe auch Beitrag S. 6).

Eine Übereinkunft, die dem Lomé-Vertrag der Europäischen Gemeinschaft mit den AKP-Staaten ähnlich ist, wird überdies allen Ländern des South Pacific Forum erlauben, ihre Güter (mit Ausnahme einer sehr beschränkten Liste) zollfrei nach Neuseeland zu exportieren.

Diese beiden Vereinbarungen unterstreichen, wie sehr sich Neuseeland der pazifischen Region verpflichtet fühlt. Und Randstaaten des Pazifik, wie etwa Japan, die USA und die Mitgliedsländer der ASEAN sind ebenfalls Märkte für die Industrieprodukte des Landes.

Die Entwicklung von ANCERT wird es Neuseeland erlauben, die Beschränkungen seiner sehr kleinen heimatlichen Basis zu überwinden, die von einer Bevölkerung von etwas über 3 Mio Menschen herrührt. Die Schaffung eines echten gemeinsamen Marktes zwischen Australien, und Neuseeland schafft eine Basis von an die 18 Millionen Menschen.

Gleichwohl hat der Produzent aus Neuseeland diese Beschränkung sehr oft in seinen Vorteil verwandeln können. Oft konnte er Exportaufträge für sich gewinnen, weil er wirtschaftlich und zuverlässig eine kleine Lieferung von Spezialprodukten herstellen konnte.

Obwohl sie so klein ist, zeichnet sich die Industrie Neuseelands durch ihre Vielseitigkeit aus. Die ganze Spannbreite der Verbrauchsgüter wird hier produziert, und auch die Schwerindustrie ist vorhanden einschließlich der Pkw-Montage, schwerer Maschinen, Aluminiumverhüttung, Stahlproduktion und Produkten für die Forstwirtschaft.

Die Forstwirtschaft insbesondere ist in der letzten Zeit bedeutsam geworden, weil riesige Plantagen von Pinien, der Spezies Pinus radiata, bewirtschaftungsfähig geworden sind. Und alleine der Export aus den Wäldern im Zentrum der Nordinsel kann Neuseeland einen Verdienst von an die 2 000 Millionen $ innerhalb der nächsten 30 Jahre bringen.

Andere bedeutsame Industriezweige sind die wolleverarbeitenden Fabriken, die Teppichherstellung, die Textil- und Bekleidungsindustrie, die Produktion von Schuhen, Plastikgegenständen und andere mehr. Der Erfolg der meisten von ihnen hängt davon ab, die neuseeländischen Vorkommen an Energie und Primärprodukten zu nutzen.

Die Entwicklung der neuseeländischen Energievorkommen ist bereits ein Teil der Industrielandschaft geworden. Wasserkraft, Geothermik, Naturgas (sowohl onshore als auch offshore) und Kohle haben schon zu Industrieansiedlungen geführt, die sich mit der Exploration und der Verarbeitung befassen.

Besondere Vorhaben schließen die Erweiterung von Raffinerien ein, eine Anlage zur synthetischen Benzinherstellung arbeitet nach dem Mobil-Verfahren, eine Anlage zur Methanolherstellung wird 1200 t pro Tag liefern. Erweitert wird die Aluminium-Erzeugung, wesentlich ausgebaut die Stahlindustrie und die Stromerzeugung aus Wasserkraft.

Die gegenwärtig laufenden Entwicklungsvorhaben zielen darauf ab, Neuseeland zu einen 50prozentigen Selbstversorger bei Kfz-Treibstoff bis 1987 zu machen und im Jahre 2000 völlig autark in seiner Energieversorgung.

Seit 1979 befürwortet die Regierung öffentlich, daß ausländische Investitionen willkommen sind, vor allem, wenn dies mit der Einführung neuer Technologien und wachsenden Netto-Gewinnen in ausländischer Währung verbunden ist.

Das größte Herkunftsland für ausländische Investitionen ist Großbritannien mit 39,4 Prozent; die übrigen EG-Länder weisen dagegen nur 0,8 Prozent auf. Auf Steigerung wird gehofft.

Earl Richardson ist Präsident der New Zealand Manufacturers Federation.

Internationale Sonderbeilage Neuseeland

DIE ● WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Redaktion und Gestaltung: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans-Heinrich Lange, Hamburg

Internationale Sonderbeilagen
Skala Gesellschaft mbH & Co. KG.
Leo C. F. Bursky
W 173 17 83